

kürbiskern

16.9.68

B 20094 F

Johannes Schenk: Kann das tun
Eugen Leviné: Spendenaufruf
Volker Braun: Gedichte
Günter Bruno Fuchs: Kalendergedichte in Prosa
F. C. Delius: Gedichte
Christa Wolf: Nachdenken über Christa T.
Werner Bräunig: Prosa schreiben
Peter Hamm: Opposition - Beispiel Enzensberger
Yaak Karsunke: Vom Singen in finsternen Zeiten
Günter Frank: Zur Rezeption Bertolt Brechts
Wolfgang Heise: Fragen zur Marxfeier
Artur Schnickmann: 40 blaue Bände
H. Salzinger: W. Benjamin - Revolutionstheologe
Prof. Hofmann, F. Hitzer, C. Geissler, Y. Karsunke, M. Vosz: Stellungnahmen zum Wahlbündnis 1969
Wolf Brannasky: Der neue Anfang
Protokoll I: Universitätskrawalle
Hans Werner Saß: Rede vor Gericht
Protokoll II: Politische Prozesse

kürbiskern

Literatur und Kritik

Herausgegeben von Christian Geissler, Friedrich Hitzer,
Yaak Karsunke, Hannes Stütz, Manfred Vosz

Damnitz Verlag München

Johannes Schenk
Kann das tun

1.
Kann die rote Fahne nehmen, auf die Straße gehen,
Arbeitern sagen:
seht das ist eine gute Sache, laßt euch
nicht verbraten. Steckt die Augen raus:
aus den Hochöfen aus den Spinnereien
Hutmaschinen Federfabriken
Fabriken zur Konstruktion von Apparaten die euch
ersetzen.

Kann nur zum Spaß auf einen Schornstein klettern
und nicht zum Spaß Flugblätter runterwerfen,
aber ich bin schwindlig.
Kann Kinder unterrichten, sagt mein Nachbar,
die Kinder zu Hause:
Es lebe die Revolution der Kinder.
Seht das ist eine gute Sache!

Es lebe die Revolution!
sage ich und einige Arbeiter sagen Ja
hier
aber noch viele zu viele lassen mich nicht ohne Prügel
gehen und schlagen zu viert
wie zu Hause
ihre Kinder.

2.
Verflucht die fetten Bäuche,
die baden in Whisky ihre Damen
baden in reinem Whisky ihre Damen.
Tätscheln ein Kind,
aber nicht weil es weint oder hungrig ist:
Das Fernsehen richtet sich
auf des mächtigen Herren Visage,

die ist
für eine Minute mitleidig bis ans Zahnfleisch.
Und hinterher wird chinesisch gegessen.
Ohne Kind.
Und gedroht Bambusschößlinge und Kinder, Hütten und Ochsen,
Reisfelder und Affen, Insekten und Pisangbäume,
die Liebespaare mit den Fingerspitzen,
ganz Vietnam ganz China in ihre Bäuche zu stopfen.

Da kann ich sagen: Der Mond ist klein geworden,
die rote Fahne wird ihn umwickeln.
Im Wachskabinett die letzten Unterdrücker
mitleidig beguckt von den Armen.
In einer Welt wo *ein* Magen nicht alles frisst,
und jeder sich nehmen kann.

3.
Das kann ich hier Arbeitern sagen
wie ich einem Stuhl das sagen kann,
o weh! wie einem Stuhl der steht,
daß sich draufsetzen die ich beschimpfe:
Springer und Polizisten Bürgermeister und Kanzler
hier in diesem Land,
Deutschland ohne Witz
dreimal gewitzigt die Herren von draußen.

Nein ich will das nicht:
Die Arbeiter, geköpft in den Straßen,
tragen ihre eigenen Köpfe in ihren Bäuchen
und sind ihre eigenen verschluckenden Wale
und werden nicht ausgespuckt vom großen Hai
und wenn auch, dann nur zerfressen
und ohne Rente.

Kann sagen, zieht dem Hai die Zähne.
Ihr wißt er sitzt hier und da
in hohen Häusern hinter kugelsicheren Scheiben
sage ich und warte weiter auf das Prügeln
der vom Hai Verprügelten.
Aber wir werden mehr

Freundliche Leute!

Eugen Leviné Spendenaufruf zur Herrichtung seines Grabes

Am 3. Juni 1919 wurde Eugen Leviné vom Standgericht München wegen Hochverrats schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Anders als Albert Einstein, Ernst Cassirer, Hugo Hase, Karl Kautsky und Maximilian Harden, die bereits während des Prozesses in einem beschwörenden Appell vor der Vollstreckung eines standrechtlichen Urteils gewarnt hatten, vermochte der Staatsanwalt in seinem Bericht an das Justizministerium vom 4. Juni 1919 „Dr. Eugen Leviné eines Gnadenaktes nicht würdig zu erachten“. Auch der Ministerrat des Freistaates Bayern sah sich dazu nicht in der Lage; noch am Abend desselben Tages ordnete er die Vollstreckung des Urteils an. Am 5. Juni wurde Leviné hingerichtet. Seine letzten Worte waren: „Es lebe die Weltrevolution.“
Leviné liegt auf dem Jüdischen Friedhof in München begraben. Sein Grab befindet sich in einem bedauerlichen Zustand. Wenn der *kürbiskern* seine Leser hiermit aufruft, einen Geldbetrag für die Herrichtung des Grabes zu spenden, so geschieht dies nicht, um einem exekutierte Revolutionär nachträglich die üblichen Ehren des bürgerlichen Totenkults zu erweisen, sondern es geschieht in der Erkenntnis, daß der verwahrloste Zustand dieses Grabes einer Verwahrlosung des politischen Bewußtseins und historischen Gedächtnisses einer Öffentlichkeit entspricht, die sich dadurch, daß sie die Erinnerung an Leviné verdrängt oder sein Bild verfälscht, zu seinen Henkern bekennt.¹⁾

Die folgende biographische Notiz soll den Lesern, denen Leben und Wirken Eugen Levinés nicht vertraut sind, als erste Information dienen.

Eugen Leviné wurde 1883 in Petersburg geboren. Sein Vater, ein wohlhabender Kaufmann, starb drei Jahre später. Die Mutter schickte den Jungen auf das deutsche Gymnasium in Petersburg. 1897 zog sie mit ihm nach Deutschland. In Heidelberg fand Leviné Kontakt zu revolutionären russischen Kreisen. Er schloß sich 1903 der russischen Sozialrevolutionären Partei an und ging bei Ausbruch der Revolution des Jahres 1905 nach Rußland. Gegen den Widerstand der Mutter setzte er — zum Teil unter schweren Entbehrungen — nach dem Zusammenbruch der Revolution seine politische Tätigkeit im Inneren Rußlands fort. Er wurde verhaftet, entkam nach Deutschland, wurde dort festgenommen und an Rußland ausgeliefert, arbeitete als Verbannter in einer sibirischen Bleimine und floh schließlich über Turkestan und Tibet erneut nach Deutschland. Er setzte sein

¹⁾ Geldspenden zur Herrichtung des Grabes bitten wir — versehen mit dem Kennwort „Grab Eugen Leviné“ — auf das Postscheck-Konto des *kürbiskern*, Nr. 33381, Postscheckamt München, einzuzahlen.

Studium der Nationalökonomie fort und promovierte 1914 in Heidelberg. Ein Jahr später wurde Eugen Leviné — inzwischen deutscher Staatsbürger — als Heeresdolmetscher eingezogen. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk arbeitete er in einer russischen Nachrichtenagentur in Berlin.

Seit 1909 war Leviné politisch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tätig. Als Angehöriger des linken Flügels dieser Partei bekannte er sich zu den Unabhängigen Sozialisten und schließlich zur Spartakusgruppe Liebknechts. Der Oktoberrevolution in Rußland stand er — solange er sie nur aus deutschen Pressemeldungen kannte — anfangs ablehnend gegenüber, da er sie für verfrüht hielt.

Zu Beginn der revolutionären Ereignisse in Deutschland arbeitete Leviné als Agitator der Kommunistischen Partei im Ruhrgebiet und in Sachsen. Im März 1919 ging er als Redakteur der „Roten Fahne“ nach München. Die Situation in Bayern war verwirrend. Kurt Eisner, der erste Ministerpräsident des Freistaats, war kurz zuvor ermordet worden. Er hatte ein Räteresystem hinterlassen, neben dem nach wie vor der Landtag und die komplette bürgerliche Bürokratie existierten. Um die Verwaltung dieses Erbes bemühten sich die SPD, die USPD — im Parlament nur schwach vertreten, dank der Überzeugungskraft Eisners jedoch einflußreich bei der Arbeiterschaft — und die Anarchisten. Diese drängten auf die rasche Errichtung einer reinen Räterepublik. „Ich habe den Eindruck“, sagte Leviné in jenen Tagen, „als lege man in München zu viel Wert auf die große Politik, als beschäftige man sich zu sehr mit der Frage einer großen Zukunft und vernachlässige darüber das gegenwärtig Notwendige, das dazu bestimmt ist, jene Zukunft einmal zu tragen. Gewiß, wir stehen auf dem Boden des Räteresystems, aber wir haben die Voraussetzungen erst noch zu schaffen, die dieses System gewährleisten . . . Wir haben die revolutionäre Organisation der Arbeiter zu betreiben. Wir haben Arbeiterräte zu bilden aus den Betriebsräten der beschäftigten Arbeiterschaft und der Fülle der Arbeitslosen.“

Als in der Nacht vom 4. zum 5. April 1919 der sozialdemokratische Militärminister Schneppenhorst — derselbe Schneppenhorst, der zwei Monate später als Mitglied des Ministerrats den Befehl zur Hinrichtung Levinés unterschrieb — eine Sitzung einberief, auf der die Ausrufung der Räterepublik beschlossen werden sollte, lehnte Leviné ab: „Eine Räterepublik wird nicht vom grünen Tisch proklamiert, sie ist das Ergebnis von ernsten Kämpfen des Proletariats und seines Sieges. Das Münchener Proletariat steht noch vor solchen entscheidenden Kämpfen. Wir bereiten uns dazu vor und haben Zeit. Gegenwärtig ist der Augenblick der Proklamierung einer Räterepublik außerordentlich ungünstig. Die Massen in Nord- und Mitteleuropa sind geschlagen und sammeln sich erst zu neuen Kämpfen, und Bayern ist kein wirtschaftlich geschlossenes Gebiet, das sich selbständig längere Zeit halten könnte. Nach dem ersten Rausch würde folgendes eintreten: die Mehrheitssozialisten würden sich unter dem ersten besten Vorwand zurückziehen und das Proletariat bewußt verraten.“

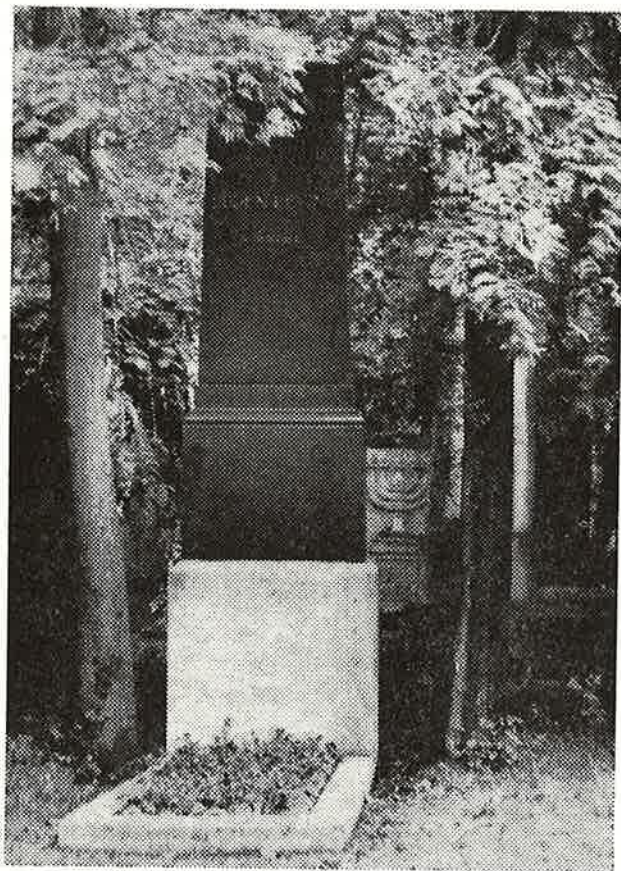
Und wir Kommunisten würden mit dem Blut unserer Besten eure Tat bezahlen.“ Seine Voraussage ging in Erfüllung. Als sich im Reich die Weißen Garden gegen die am 7. April proklamierte Münchner Räterepublik sammelten, ging Schneppenhorst zur Gegenregierung Hoffmann nach Bamberg. In der Bayerischen Sozialdemokratie fand sich keine Mehrheit mehr für die Räterepublik. Alles, was seit der Eisner-Revolution vom 7. November erreicht worden war, drohte verlorenzugehen. In dieser Situation stellten sich die Kommunisten dem Zentralrat, in dem Ernst Toller den Vorsitz führte, als Berater zur Verfügung. „Die Räterepublik ist nicht lebensfähig“, schrieb die „Rote Fahne“, „aber es ist nicht möglich, einfach das Geschehene ungeschehen zu machen . . . Die Reaktion wendet sich gegen die Räterepublik, um das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen.“

Als am 13. April die Münchner Garnison putschte und die Freikorps bedrohlich näherrückten, übernahmen die Kommunisten die Führung der Räteregierung. Ein fünfzehnköpfiger Aktionsausschuß von Unabhängigen Sozialdemokraten, Anarchisten und Kommunisten wählte Leviné zum Vorsitzenden eines aus vier Mitgliedern bestehenden Vollzugsrats. Die Niederschlagung des Putsches und ein überraschender Erfolg der neugebildeten Roten Armee bei Dachau konnten jedoch den Sieg der weißen Truppen nicht verhindern, die der Revolution in Bayern ein blutiges Ende bereiteten.

Auf die Frage, warum Leviné und die Kommunisten sich schließlich doch auf eine Politik einließen, die sie von Anfang an als verhängnisvoll bezeichnet hatten, gibt Ruth Fischer eine — wie sie schreibt „sehr einfache“ — Antwort: „Die Kommunisten konnten sich dem Drängen der Münchner Arbeiter nicht entziehen, die, aufgebracht durch die Garnisonsrevolte, München verteidigen wollten.“

In der Tat hatte Leviné während der wenigen Wochen seiner Tätigkeit in München der jungen Kommunistischen Partei zu beträchtlichem Ansehen und Einfluß verholfen. Er wußte, daß die Münchner Arbeiter im Augenblick der Bedrohung durch die bewaffnete Macht der Restauration von der Kommunistischen Partei und ihren Führern eine klare Entscheidung erwarteten; er wußte aber auch, daß diese Entscheidung allein nicht die fehlenden Voraussetzungen für ein Gelingen der Revolution schaffen konnte. Leviné sah sich verpflichtet, die Ursachen für diesen Widerspruch den Münchner Arbeitern, denen allen er sich verantwortlich fühlte, zu erklären. So verzichtete er in seiner Verteidigungsrede auf eine persönliche Rechtfertigung vor seinen Richtern. In dieser Rede heißt es: „Ich bin es den Arbeitern schuldig, mich gegen die Anwürfe zu verteidigen, die absolut ungerechtfertigt in der Presse erhoben werden, nicht um eine Strafmilderung herbeizuführen. Der größte Gegensatz zwischen mir und der Staatsanwaltschaft besteht darin, daß wir alle politischen Vorgänge, alle sozialen Vorgänge in Deutschland von vollkommen entgegengesetztem Standpunkt auffassen. Der Staatsanwalt überschätzt die Macht und die Fähigkeit der Führer,

etwas zu tun und zu leiten. Ihm scheint, daß die Würfel der Weltgeschichte ins Rollen gebracht werden können von ehrenhaften oder ehrlosen, gewissenhaften oder gewissenlosen Führern, und daß sie nur zu Führern werden, wenn sie durch Bildung über die Massen hervorragen. Sie werden aber nur zu Führern dadurch, daß sie befähigt sind, das auszusprechen, was sehnlichst von allen gewünscht wird, und was die Masse durch Mangel an Bildung nicht zum Ausdruck bringen kann. Es war die Tragödie, daß die Arbeiter zu wenig geschult waren und sich lenken und leiten ließen. Ihnen schien, daß es vollkommen genügt, wenn die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten einen Pakt schließen, und dann wäre die Einigung des Proletariats da. An der falsch verstandenen Parole der Einigkeit ist die Bewegung gescheitert. Wenn das Proletariat in seinem Willen einig ist, ist es unbesiegt, sonst kann es zerschmettert werden.“



WIR UND IHR

Diese Durststrecke gegen den Hang
Voll Eigenheimen und -nutzen,
Den Gartenlauben der Redaktionen
Und Doktorhüten, unter die wir kommen,
Der goldene Durchschnitt, gemeinsame Nenner
Der Wahrheit platt wie die Stirn,
Selbstbrötler, wir stoppeln noch stolz
Durch die gemäßigte Zone
Und winden uns, wann!, heraus —

In den andern Städten, ihr geschlagenen
Brüder, fern von uns bewegt,
Nichts bewegend: ihr ratet uns nicht
In eure verschlossenen Straßen, das ist kein Weg
Oder auf Knien, geprellt von den Bürgersteigen,
Das führt nicht aus den gleißenden Grachten
Voll Schweiß:

ihr zwar könnt machen
Was ihr wollt: es hilft euch nichts
Aus der Gefahrenzone, und sagen und singen
Folgenlos, ihr redet euch nicht heraus

Wie kommen wir über den Hang
Hinweg, ohne Hängen und Würgen, den Schotter,
An dem wir lehnen von Schritt zu Schritt,
Unser kleines Begehren? Und kehren, ja wann!
Den Stolz um, einen Spieß ins eigne
Fleisch, einen Stachel? die Wege
Sind längst bereitet von unsern Blicken
Und eröffnet feierlich: wenn wir nur gehn,
Und vieles ist möglich

Euch ist nichts möglich
Oder, was wir brechen, unsere Schranken,
In die fordert euch das Land,
Noch einmal da wird geschehn
Unsre Vergangenheit,
die wird euch schneller vergehn,
Lauscht nicht immer erst, betreten,
Auf den gallischen Hahn: laßt nicht unter dem Beil,
Das fällt aus den Wolken, liegen
Euern Speck, erwartet nicht
Daß wir warten

Was ist nicht möglich hier
Auf der freien Strecke, hier ist kein Halt,
Wenn wir die Finger lassen von den Bremsen,
Das ist erreicht, es liegt
In unserer Hand, unserm Feld,
Und wird aufgehn, ein blühender Donner
In der Geschichte: wenn wir nur wolln
Und wünschen und tun, aber wie,
Was an uns liegt.

ANSICHTSKARTE

Hoch glänzend der Himmel vom fetten Rauch,
Die Bäche rauschen, beschissen dran an den Städten,
Und der stolze Wald, mit tiefen Schatten
In seinen Lungen, von Säuren bedrückt
Das verkommene Gras, und die Küsten
Bleich vor der gebleckten See, die Berge
Glühn vor Eifer und Scham.

Die Schöne Aussicht bei Rosenheim.

Größer die Bewegung der Straßen, härter
Gegen die Tore. Die Sirenen locken
Auf den Dächern. Die Feuerwehren in den Fabriken
Laden die Kugelspritzen. Tief greifen
Schlagartig die Büttel in die Menge ein.
Die Panzer unter gefleckten Planen
Umkreisen trüg die Städte.
Die Flieger wie Fliegen
Über dem Haufen Land.

Eingeschrieben ins Land Hiobs Botschaft,
Hochglänzend, gestempelt von Schweiß und Rauch.

DER NOTSTAND

Nicht dann wenn es geschähe,
Aber es wird nicht geschehn,
Nicht dann erst wenn alles zerbricht,
Was uns hält im Land und im Wasser,
Im Nerz, nicht erst wenn die Haut zerhaut
Eine Faust aus Asche, aus Feuer, bei Flick,
Nicht erst an der Flak, solange
Noch Hoffnung ist, weit
Vor euerm Ende (aber das wird nicht geschehn),
Nicht am Tag X: hier und

Jetzt ist es soweit, jetzt, nicht erst dann
Ist Not am Mann: laßt ihr die Ohren
Hängen, die Zunge, feig, das Zahl-
Brett vorm Kopf? seht ihr fern
Und nicht weit, am hellen Bundestag,
Wird jetzt zur Tugend die Not? steckt ihr
Die Fahnen ein, die Hände,
Vor den Kanzlern, die euch abkanzeln,
Diesen Leichenreden von Rache?
Seid ihr jetzt stumm und gestorben,
Wie dann euer Staub, wie die Maden matt
In bald euerm Speck, in Massen

Formiert wie ins große Grab?
 Die ihr schweigt wie erschossen,
 Aber wir werden reden,
 Die ihr schweigt mit verschlagener Stimme:
 Wenn er nicht auf euch fällt könnt ihr sprachlos
 Blicken zum Himmel: ein Wunder
 Wird sein euer Leben, unverdient
 Sind euch Jahre und Tag.
 Nicht euch dankt ihr die Luft und das weiche
 Wasser der Erde: den andern
 Die sich fürchten vor der Gefahr, die
 Gerüstet sind gegen die Schrecken, kalt
 Zückend den Zorn in die
 Wuchernde Not.

VERMUTUNG ÜBER HESSEN

Wenn dein starker Arm es will:
 Zieht sich zurück aus dem Getrieb,
 Aus der Flut: schlägt an die Stirn.
 Lehrer drehn zu Tüten ein
 Zeitungen. Die Post-
 Beamten geben sich selber auf,
 Gutgläubige falten die Finger innig
 Um Knüppel jetzt, sehn nach dem Recht,
 Schüler pauken auf das Pult.
 Wahrheit steht auf dem offenen Markt,
 Öffnet die Blätter schon im Licht,
 Maurer und Händler Arm in Arm
 Streun Proklamationen. Die Straßen auf
 Rührt ein Sturm, von Lärm laut!
 Kanzler auf dunkle Pisten fliehn:
 Aus Hallen schlägt die dicke Luft,
 Schweiß bricht aus, der kalte Zorn.
 Die Loks halten den Atem an.
 Die Brücken sind besetzt von Lust,
 Den Platz vor Tag reißt auf ein Lied,
 Steine springen in die Hand,
 Dampf fährt aus den Hähnen schrill,
 Alle Räder stehen still:

PROMETHEUS

Weg, blinde Hoffnung, die unsre Städte
 Beschlägt, süßer Dunst,
 Und unsre Felder jaucht
 Mit Spülicht aus Kinos und Kneipen:
 Was geht denn gut,
 Wenn wir es nicht versehn, jeder,
 Wie unsern Herd, auf dem wir
 Selber die Suppe kochen?

Ich fliege am Himmel
 Nicht nur in Gedanken:
 Was uns Neues gelingt, sprengt
 Fast die Adern vor Schmerz, und dröhnt
 Die zuschaun, in den Ohren. Noch die Luft
 Müssen wir uns erzeugen
 Im leeren Raum.

Ich seh die Länder, gezeichnet
 Von einem Schein, den sie wahren
 Wie lange? Drohend machen alte
 Landstriche, quer
 Durch die Welt, ihre letzten
 Versuche, mit unbeherrschter
 Kraft. Die Flugzeuge gehn durch die schwachen
 Lappen des Himmels,
 Und das gelegt wird, unser Feuer,
 Löscht uns aus.

Und im friedlichen Land:
 Liegt die Zukunft da, leicht
 Wie auf der Zunge? die Erde
 Bricht sich wie Brot an den Lippen,
 Das Leben fällt in den Schoß
 Zu euern Händen? die Bücher
 Leben? Woher denn,
 Woher auf andre Art
 So große Hoffnung?

Kein Haus steht,
 Wenn wir es nicht erhalten,
 Das Land, bei leichtem Regen,
 Sackt weg. Wo wir nicht sind
 Und sehn, geht etwas vor,
 Das wir nur ahnen,
 Das schießt ins Kraut und nicht nur
 Und wie Hoffnung, das zieht auf uns her,
 Ein trübes verlorenes Wetter —

Was glaubt ihr denn
 Wenn nicht an euch? worauf
 Hoffen wir sonst: ist unsre Hand
 Faul, unser Feuer? Was
 Schlagt ihr die Augen nieder
 Vor den Schlägen der Zeit: ist hier
 Nicht *mehr* zu machen? das
 Nimmt uns keiner ab; wollt ihr
 In Vorzimmern warten auf
 Die neue Verfügung?

Auf diese Zeit nicht, auf nichts
 Vertrauend als auf uns, nicht
 Mit freudig geschlossenen Augen;
 Bedroht, aber nicht gedrillt
 Soll uns sehn der Tag,
 Der widerstrahlt,
 Wenn wir unser Feuer tragen
 In den Himmel.

SCHÖNEWEIDE

Gruß, Fabrik, vertrautes Eisenheim
 Vor Tag laut aus dem Stahlbett, krankrähend
 Über das breite Wasser, Rauch winkt
 In die Stadt: die Straßen ziehn mich mit
 In der Kolonne, Gesichter Gesichter
 Bekannt, überm hellen Pflaster endloses
 Nicken wie zum Gruß. Ohne Blick
 Wie ins eigne Haus: gezählte Schritte.

Vom Tor leuchtgeschrieben unser Name
 VOLKSEIGEN. Von den Wänden unsre Köpfe
 Breit lachend. Der gewöhnliche Griff ruhig
 An die Hebel: reißt die Ruhe aus
 Hell surrt der Motor. Schön. Stunden. Der Griff
 Der immer gleiche Handgriff, müde, die Hand
 Gebleit, öd dröhnt das Schaltfeld, immer auf den
 Stahl stieren, Stunden. Bis ich
 Mit dem Kopf durch die Wand seh:
 Vor Jahr und Tag verbaute Bude, stehnd
 In den Abwässern, Rauch hängt zum Hals heraus
 Die Stadt wird schwarz vom Hinsehn, Beton-
 Stall auf Schöneweide, in Herden
 Treiben wir herum auf einen Pfiff
 Ich geh ins Knie acht Stunden bis zur Rente
 Vor drei Hebeln, die mir endlos in den Leib
 Schlagen! hier kenn ich keinen, weiß ich denn
 Wie ers aushält? Der Stahl
 Fällt mir aus der Hand, der Nebenmann
 Läuft her, lachend, heben das Werkstück
 Beide, seh sein Gesicht wieder. Lacht er?
 Hinter ihm, wenn ich genauer hinseh
 Ruhig, beschienen von Sonne, sitzen sie
 In den Maschinenstraßen, aneinander
 Gelehnt. Kauen Brot, Wurst, Apfel.
 Einer reicht mir schmatzend die Flasche
 Milch. Heiter, reden wir von dem was wird
 In der Hand. Pfeifen, auf alles andre
 In den Saal. Halten den kleinen Brand
 Vor den Lippen glimmen, zufrieden
 Mit Gott und der Welt. Aber ich seh
 Plötzlich, hinter der Zeitung, andre, kauern
 Am nackten Boden. Laufen schreind in Hütten
 Die krachend auflohn. Die Soldaten der
 Eisengruben, fremd redend, schlagen die
 Aus dem Feuer, die es löschen wollen.
 Nur Rauch steht jetzt zwischen den Bäumen, daß
 Kein Bett mehr stehn kann hier. Furcht bewohnt
 Allen Raum allein. Dann hängen Schilder
 An schwarzen Balken: ORINOCO MINES
 Wo noch ihr Dorf war, da ziehn sie grau ab
 Und der Rauch. Doch seh ich sie dann

Im Dickicht an Truppen stoßend, greifen
 Sie nach den weißen Hälsen, in gewohntem
 Hunger wie nach Hähnen, aber Ungenießbares
 Fällt aus Monturen. In den Händen haben
 Sie jetzt Gewehre, und die Hand wird leicht.
 Sie laufen in die Berge, zu verbergen
 Ihre langen Arme. Schlagen manchmal rasch
 Aus den Blättern an die fremden Stirnen
 Der Aggressoren. Aber das Bild bleibt nicht.
 Während wir ruhig sitzen, steigen aus
 Den Ölhäfen endlose Truppen. Die
 Kreisen allmählich die Gebirge ein mit
 Fosfornetzen. Stoßen die Straßen zu
 Mit Stahl. Schnüren den Dschungel enger, bis nur
 Ein Ausgang klappt. Dort, am Loch
 Des Trichters, unter lautlosem Himmel
 Warten sie auf die fliehenden Guerilleros
 Sie zu schlachten. Dann
 Surren wieder die Motore. Mild
 In die Halle bricht der gewöhnliche Tag
 Milch und Honig. An den blanken Bänken
 Stehn wir sicher, in der eignen Welt
 Fern von Schüssen. Drehen schönen Stahl
 Schwitzend vor Glück zupaß, sichere Arbeit
 Sicher sicher sicher. Und die andern
 Sterben, sicher. Wir schlagen sacht Lärm:
 An den Maschinen. Kämpfen fast verbissen:
 Um Prozente. Helfen acht Stunden: uns
 In die Hollywood-Schaukeln an der Spree
 Das ist das Leben, an dem Tag besehn
 Der noch nicht endet. Nach der Schicht, in selben
 Ölheden, Hände noch geballt wie um
 Hebel, sind wir auf kleinen Stühlen. Der
 Oder der, langsam, redet über
 Nächstes. Oder hört lange zu oder
 Ruft. Ich seh über Papier Gesichter
 Gespannt, ruhig. Wiegen jeden Satz
 Im Kinn. Treffen sich mit den Augen.
 Bewegen leicht die Lippen, mündig, pfeifen
 Durch die Zähne. Wippen mit dem Fuß.

SCHAUSPIEL

Das ist kein Geheimnis mehr:
 Wir lassen uns nichts mehr vormachen.
 Wir sitzen nicht stumm mit glotzenden Augen.
 Wir trommeln nicht Beifall auf die Folterbänke.
 Wir zahlen nicht gröhlend das Spiel der Großen
 Das Schlachten der Körper oder wenigstens Seelen.
 Der Auftritt der Massen hat begonnen
 Auf der grell beleuchteten Szene:
 Überall finden Proben statt ohne Netz
 Auf den Straßen, Kathedern und Partituren.
 (Nur das Banjo darf noch nicht spielen.)
 Fernrohre sind auf die Ränge montiert
 Die Zeichen der Zeit zeitig zu entdecken.
 Souffleure funken ratlos dazwischen
 Und drehn sich fröhlich das Wort im Mund um.
 Jeder sagt was er denkt — wir spielen das Stück
 Unsres Lebens. Es kann nicht mehr verboten werden.
 (Das Banjo wartet auf seinen Einsatz.)
 Verständlich wie eine Losung, leicht wie ein Gewand
 Das jedem paßt, führen wir sie herauf:
 Die zögernde Freiheit.

Günter Bruno Fuchs
Kalendergedichte in Prosa

Einweihung

Diese Grundschule

soll den Namen Grundschule tragen. Der Grund, auf dem sie errichtet wurde, ist gleichsam ein Meilenstein in der Geschichte dieses Bezirks. Nämlich:

ein galizischer Arbeiter im Jahre 1889 stach hier zum ersten Mal seinen Spaten in den schwarzen Graben, in ein übelriechendes Brackwasser, das unter Mühe trockengelegt wurde von Arbeitern aus der Slowakei und aus Polen

über geraume Zeit. So

entstand billiger Boden. Hier schossen bald in die Höhe jene Ein-bis-Zwei-Familienhäuser in selbstbewußtem Stil. Das war die erste Gemeinde, und die Anzahl der Kinder wuchs rasch. Es kam endlich heran

das gute Jahr 1903. Das alte Gemeindeschulhaus wurde errichtet, es diente fortan (mit notwendigen Pausen in ernster Zeit) allen Kindern dieses Bezirks als eine frühe Stätte, die ihnen zu Grund und Boden verhalf. Manche

bekamen ein Plätzchen bei Langemarck, andre bei Scapa Flow, manche tief im Argonnerwald. Es war noch

kein Meister vom Himmel gefallen.

Grundlose Störungen

Durch unser Haus

(wo wir jeden Tag Kommunalpolitik treiben) rollt ein selbständiger Müllkutscher grundlos eine Tonne vor sich her und stört unsre Arbeit. Was

will dieser Mann? Man fragt sich: Gehört was zusammen? Und: Sind das Selbständigkeiten? Und: Trägt denn

einer von uns (die wir Kommunalpolitik treiben) selbständig einen Aktenberg durch das Haus des Müllkutschers und stört dessen Arbeit

grundlos?

Ordensverleihung

Mein

Gott! rief der Soldat, als ihm plötzlich verliehen wurde ein Kreuz aus Eisen. (Selbstverständlich,

so erklärt der Kompanieführer später, selbstverständlich hat unser Soldat während der raschen Ordensverleihung nicht einfach gerufen, sondern er hat selbstverständlich geschrien, oder in der Sprache des

gemeinen Mannes: viehisch gebrüllt.)

Zorn des Maklers

Meine Firma

hat alles hergegeben, was herzugeben war an sachlicher Beratung des Kunden, an solider Vermittlung, an Diskretion in ungezählten Fällen, an rechtzeitigem Hinweis auf jedes Angebot, das gewissermaßen unseres Segens bedurfte, will sagen: auch

meine Firma

erlaubt sich mal einen Scherz, springt über den Schatten mancher Fassade (!), gibt dem Kunden die Hand, reicht sie ihm so, daß er sieht: Diese Hand ist geöffnet, und nicht jedesmal greift diese Hand durch den Kunden hindurch ins nächste Gebäude, ich weiß,

meine Firma

bedient sich hier einer Sprache, die meiner Firma nicht ansteht! Der Grund für diesen abwegigen Stil ist in einer Plastik des Bildhauers Günter Anlauf zu suchen, dort wird man ihn finden: den gerechten Zorn des Vereinigten Maklers, denn ich ahne mit Recht, auch

meine Firma

soll durch diese Plastik festgelegt werden auf den Makel (oder die Makel?) des Maklerberufs, also auf einen Beruf, der uns Allen bei Bedarf zu einer Wohnstatt verhilft! Das Gebilde, das mich leider heftig in Zorn bringt und meiner Tagesarbeit mich fernhält, die

meine Firma

auch von ihrem Inhaber verlangt, dieses Gebilde nennt sich grob: *Immobilienkäfer* und zeigt einen hochbeinigen Lurch (oder eine weggeworfene, rund um den Leib — Verzeihung! — gerillte Zigarre auf vier unappetitlichen Beinen), vorn, was der Bildhauer wohl Kopf nennt, glotzen zwei Augen frech und stumm (oder stumm und frech), jedenfalls mit penetranter Gelassenheit vor sich hin, während auf dem Rücken des Viehs (wobei ich nicht sagen kann, obs wirklich ein Tier ist) umgekehrt, mit dem First des Hauses nach unten, quasi im Kopfstand, ein zweifensstriges Haus auf dem Rücken des unbestimmten Wesens regelrecht kopfsteht — genauso gelassen, frech und stumm vor sich hin glotzend, daß ich diesen Anblick nicht vergessen kann, zumal ich spüre, daß sprungbereites Lauern beider Wesen (das Haus muß auch ein Wesen sein) es abgesehen hat auf mich

und meine Firma.

Johann Gutenberg

Nicht mit Hilfe

des Rohrs, der Feder, des Griffels, mit Hilfe gegossener Lettern in Ebenmaß, mit schönen Typen, sauber geschnitten, gut ins Verhältnis gebracht, aneinandergefügt zum gleichwertig druckenden Druckstock

Punkt für Buchstabe Punkt für Buchstabe für Punkt

erschien die neue Art des Schreibens auf der Handpresse gedruckt unter dem Preßbalken nach Vorbild der Kelter und bewegt von Menschenhand durch Auflegen und Abheben der Papierbogen, Psalter, Ablaßbriefe, zehn Druck in der Stunde,

Schön- und Widerdruck

einer sechsunddreißigzeiligen Bibel nie mehr erreicht seit der Erfindung, endlos treibt die Papierbahn über Rotationstrommeln hinweg zu fünfzigtausend Andruck pro Stunde im Zeitungsdruck, unaufhörlich beschleunigte

Ablaßbriefe, Goethe aus Weimar

sprach von Erbrechen beim Anblick der Zeitung, also kotzen wir jetzt zu Ehren des Menschen aus Mainz, dessen Grab in Vergessenheit fiel und weiterhin fällt mit Hilfe der nächsten Morgenausgabe

im Abonnement oder einzeln.

Alte Dienstvorschrift

Polizisten,

deren Gesichter mit Kreide an den Rinnstein gemalt werden von Kindeshand, dürfen sich nie in kleine Katzen verwandeln und Wasser trinken aus den Straßenpumpen,

sondern

haben, wie immer, sofort ihre Zinngeschütze aufzustellen gegen jede Herausforderung. (In diesem Falle muß das Geschütz, mit Erbsen geladen, zwei Warnschüsse abgeben zur frühen Belehrung, mehr

nicht.)

VERSCHIEDENE TÄTIGKEITEN

(„Verschiedene Tätigkeiten übte ich
aus / in letzter Zeit“

Christoph Meckel)

Erst lief ich mit
und spielte Rüpel Spiele mit
Wirrköpfen die waren ganz kritiklos und unappetit-
lich dann machte ich gemeinsam Sache mit

Ich achtete nicht länger guten Rates
legte die Axt an Wurzeln unsres Staates
ich Außenseiter intellektuell
verbesserte die Welt ganz kriminell

Ich nahm Marschierer ich und Spinner
die Butter wem vom Brot
gerade jetzt sehr oft wie immer
ich spuckte Amis auf die Stiefel
zertrampelte die freiheitliche Stadt
die jetzt die Schande wiedergutzuprügeln hat

„Und mancherlei zu tun hab ich
mir vorbehalten“ bis auch ich
ein Untermensch und radikaler Feind da hin
geh wo ich halb Stark hergekommen bin

AUF DER SUCHE NACH MUSEN

Solche Berge, dachte ich, wie dieser
Taufstein (Vogelsberg), wären Reviere für Musen.
Immerhin pennen auf Hessens Helikon auch
Allegorien. Dort seh ich was, weniger klassisch, seh
Einen, der reitet, rent-a-horse, hoch und
Poetisch im Sattel auf öden Höhen, ein Maulheld,
Trabend, an Keuschheit Lyrikern gleich,
Nicht mal gerissen im Skat, und die Zeilen
Falln ihm schon aus, und wenig
Mundvorrat, wenig Verstand, nun im Galopp
Durch die Wiesen.

IMMER NOCH AUF DER SUCHE NACH MUSEN

Ein Fußgänger, wie der mit langen
Schritten läuft. Der pfeift, weit weg,
Auf Germany und liegt im Gras
Und macht die Ohren auf.
Der hebt jetzt spielend aus
Dem Sattel, was da schwatzt von flower power.
Ein Fußgänger, zwischen den sieben Hügeln
Von London. Der weiß, aus welcher Eck
Der Winter kommt, wo hier und da noch
Brombeern wachsen. Da rennt er hin. In
Den Lüften liegen Wörter wie Idyll.
I shall vote Labour. Rasenmäher
Stehn im Weg.
Und nix, was ihm noch Lyrik oder
Sowas wie Heimweh eintreibt:
Hurra, lebt wohl, lebt wohl, wir
Pfeifen auf Musen oder wie
Die Viecher sonst heißen.

ALBERTZENS AUGEN

Rosen, Lupinen im Garten, er, sie, es
Flezt sich im Grase. To be, or to be
A German. Einer erzählt Märchen von
Fernen Ländern, einer vom Klassenkampf,
Einer schlägt zu. Diese Dresche gilt allen.
Diese Dresche gilt allen. Und
Albertzens großes Auge glotzt
Über Böse und Gute, glotzt weit, bis
In englische Gärten, da liegen Zeitungen rum
Und ich. Lieg im Gras, alleingelassen mit
Fremdwörtern wie Solidarität, und Wut im
Bauch und Wut im Kopf. Prügel verbieten Pointen,
Halts Maul, rüst auf, rüst auf!

Juli 1967

SORGEN UM DIE ZUKUNFT DES L.

Man wird ihn besonders auffällig verscharren.
Man wird auf dem Kahlen Asten
einen Aussichtsturm nach ihm benennen.
Halbe Schulen aus der Umgebung werden
kommen, unter anderm den Turm anpinkeln
und ins Holz schnitzen:
Der und der und auch der L. sei doof.

Zuhaus, in den Aufsätzen über den
Wandertag, werden sie, was sie anpinkelten,
schön finden, wen sie doof nannten,
gut und vorbildlich. Und die guten Noten
der schlechten Lehrer halten
den L. und seinen Turm
noch lange instand.

AN MICKEL

Schütz salutiert, es salutiert Berlin. Doch hier
In deinen Sesseln sitzen Biographen, die
Sich anerkennen, die sich was erzählen. Lebhaft
Gestaltet sich im Bereich der Ringbahn der
Kulturaustausch. Stolz auf das Grundrecht Kunst trinken wir auf
Zukunft und auf die metrischen Anstößigkeiten gegen
Den laufenden Geschmack. Jeder entscheidet für sich,
In welche Richtung der Trinkspruch abgehn soll:
'Fuck off!', so halts noch lange durch die
Beste aller Lüfte.

EROBERUNG EINER EVANGELISCHEN AKADEMIE

Auf dem platten Land (immer
veranstaltet Bundeswehr lustlose Manöver
irgendwo, Hilfsschulen und Hochschulen
lehren einträchtig Meinungen wie sie
in der Zeitung stehn, Barzel und Thadden
wären auf diesen Äckern kaum noch
zu unterscheiden),

in platter Umgebung
finden sich manchmal Lokale (die
fromme Wünsche und milde, scheißfreundliche
Winde durchziehn, wo Grünschnäbel und
Redakteure immer wieder Besserung geloben,
wo Probleme im Raum, Fragen kühn angeschnitten,
Anliegen jeden Schlags in Ehren, Kritik
immerhin amtlich gesegnet),

da stritt
mal einer und es gelang ihm, daß Wörter wie
Notstand, Enteignung, Revolution die Rede
beherrschten, gewaltlos siegten,
sich ein paar Stunden hochgehißt hielten,

dann aber kampfflos abzogen, wie das
Programm es befahl: radikal, und
einen Furz hinterließen und
einen Zinken am Portal.

HECKENSCHÜTZE

Der hier wacht verbissen im Unterstand,
verrichtet die bekannten militärischen Tätigkeiten,
kämpft für nichts gegen einen Feind,
besonders den jungen, den auffälligen,
legt an auf alles Lebendige, knallt jedem
was ab, auch Kindern wenigstens den Ball
aus der Hand, blättert zwischendurch
im Soldbuch mit den dicken Lettern,
steht unvorsichtig ungedeckt, wie alte Soldaten
auf alten Stichen, neunzehntes Jahrhundert,
der Rentner stundenlang auf dem Balkon.

Christa Wolf
Nachdenken über Christa T.

— ein Selbstinterview —

Frage: Was lesen Sie?

Antwort: Ich lese die ersten Seiten einer neuen Erzählung, an der ich, womöglich noch längere Zeit, arbeite. Wahrscheinlich wird sie heißen: „Nachdenken über Christa T.“

Frage: Könnten Sie etwas über den Stoff dieser Erzählung sagen?

Antwort: Schwerlich. Denn da ist kein „Stoff“ gewesen, der mich zum Abschildern reizte, da ist kein „Gebiet unseres Lebens“, das ich als Milieu nennen könnte, kein „Inhalt“, keine „Fabel“, die sich in wenigen Sätzen angeben ließen. Zu einem ganz subjektiven Antrieb muß ich mich bekennen: Ein Mensch, der mir nahe war, starb, zu früh. Ich wehre mich gegen diesen Tod. Ich suche nach einem Mittel, mich wirksam wehren zu können. Ich schreibe, suchend. Es ergibt sich, daß ich eben dieses Suchen festhalten muß, so ehrlich wie möglich, so genau wie möglich.

Frage: Gut. Aber die Substanz dieses Suchens? Was wird denn die Seiten ihres Manuskriptes füllen?

Antwort: Ich dringe in die frühere Welt dieser Toten ein, die ich zu kennen glaubte und die ich mir nur erhalten kann, wenn ich es unternehme, sie wirklich kennenzulernen. Ich stütze mich nicht nur auf die trügerische Erinnerung, sondern auf Material: Tagebücher, Briefe, Skizzen der Christa T., die mir nach ihrem Tod zugänglich gemacht wurden. In dem Strom meiner Gedanken schwimmen wie Inselchen die konkreten Episoden — das ist die Struktur der Erzählung.

Frage: So schreiben Sie also eine Art von posthumen Lebenslauf . . .

Antwort: Das dachte ich zuerst. Später merkte ich, daß das Objekt meiner Erzählung gar nicht so eindeutig sei, Christa T., war oder blieb. Ich stand auf einmal mir selbst gegenüber, das hatte ich nicht vorhergesehen. Die Beziehungen zwischen „uns“ — der Christa T. und dem Ich-Erzähler — rückten ganz von selbst in den Mittelpunkt: die Verschiedenheit der Charaktere und ihre Berührungspunkte, die Spannungen zwischen „uns“ und ihre Auflösung, oder das Ausbleiben der Auflösung. Wäre ich Mathematiker, würde ich wahrscheinlich von einer „Funktion“ sprechen: Nichts mit Händen Greifbares, nichts Sichtbares, Materielles, aber etwas ungemein Wirksames.

Frage: Immerhin haben Sie nun zugegeben, daß zwei authentische Figuren auftreten: Christa T. und ein Ich.

Antwort: Habe ich das zugegeben? Sie hätten recht, wenn nicht beide Figuren letzten Endes doch erfunden wären . . .

Frage: Sie sprachen von Material, das Sie verwendeten. Von Erinnerungen.

Antwort: Das Material habe ich souverän behandelt. Die Erinnerung habe ich durch Erfindung ergänzt. Auf dokumentarische Treue habe ich keinen Wert gelegt. Ich wollte dem Bild gerecht werden, das ich mir von ihr, Christa T., gemacht hatte. Das hat sie und das Ich, um das ich nicht umhingekommen bin, verwandelt.

Frage: Sie betonen die subjektiven Elemente in Ihrer Erzählung. Können Sie trotzdem so etwas wie eine Idee angeben?

Antwort: Als ich schon bei der Arbeit war, als das Material, die Fakten, mir geläufig und wieder fremd geworden waren, sah ich allmählich, wenn nicht eine Idee, doch so etwas wie ein Motto. Ich fand es bei Becher formuliert und werde es meiner Arbeit voranstellen:

Denn diese tiefe Unruhe der menschlichen Seele ist nichts anderes als das Witterungsvermögen dafür und die Ahnung dessen, daß der Mensch noch nicht zu sich selber gekommen ist. Was ist das: Dieses Zu-sich-selber-Kommen des Menschen?

Es ist ein großer Gedanke, daß der Mensch nicht zur Ruhe kommt, ehe er zu sich selber gefunden hat. Die tiefe Wurzel der Übereinstimmung zwischen echter Literatur und der sozialistischen Gesellschaft sehe ich eben darin: Beide haben das Ziel, dem Menschen zu seiner Selbstverwirklichung zu verhelfen. Die Literatur nimmt sich, wie unsere Gesellschaft, gerade der Unruhigen an. Menschen darzustellen, denen diese Unruhe fremd ist: Selbstzufriedene, Platte, allzu Anpassungsfähige — das erscheint mir langweiliger und unergiebig. Es kann allerdings nötig sein. Zum Beispiel, um den Hintergrund zu zeigen, von dem ein unruhiger, produktiver Mensch sich abhebt, oder um die besondere Qualität seiner Unruhe herauszuarbeiten. Auch, um die Gründe zu finden, warum seine Unruhe steckenbleibt — wenn dies der Fall sein sollte; warum sie nicht aus sich heraustreten und sich voll verwirklichen kann.

Frage: Das wäre wohl der Fall der Christa T.?

Antwort: Sie meinen, weil sie so früh starb? Weil die Ergebnisse ihres Lebens nicht leicht aufzählbar und vorweisbar sind? Nein. Ich habe gefunden, daß sie in der Zeit, die ihr gegeben war, voll gelebt hat.

Frage: Also keine Trauer?

Antwort: Doch: Trauer. Aber nicht Verzweiflung oder Resignation. Ich halte es für das äußerste an Anti-Resignation, wenn man sich mit dem Tod nicht abfindet, wenn man gegen ihn aufbegehrt.

Frage: Sie haben also, indem Sie schrieben, etwas erfahren wollen, was Sie vorher nicht wußten?

Antwort: Ja.

Frage: Wie kommen Sie darauf, daß das auch andere interessiert?

Antwort: Ich bin dessen nie sicher. Ich kann mir nur Mühe geben beim Fragenstellen. Ich kann nur darauf vertrauen, daß mein ganzes Leben, meine Erfahrung aus der intensiven Anteilnahme an der Entwicklung unserer Gesellschaft Probleme und Fragen in mir erwecken, die auch anderen Menschen wichtig sind. Vielleicht lebenswichtig, aber das wage ich nicht vorauszusagen.

Frage: Sie halten Literatur für lebenswichtig?

Antwort: Ich glaube nicht, daß sich die Menschheit die große Anstrengung, die wir Kunst nennen, über Jahrtausende hin auferlegt hätte, daß sie in Zeiten größter materieller Not die Kräfte dafür freigegeben hätte, wenn nicht die Kunst dem Leben der Menschen etwas Notwendiges und Neues hinzufügen würde. Nicht unbedingt Materielles, obwohl ich mich frage, ob nicht Anna Karenina sich so gut wie materialisiert hat . . .

Frage: Sie kennen den Drang unseres Zeitalters nach Wissenschaft, nach Dokumentation.

Antwort: Ich kenne und schätze und teile ihn. Aber unser wissenschaftliches Zeitalter wird nicht sein, was es sein könnte und sein muß — bei Strafe einer unerhörten Katastrophe — wenn nicht die Kunst sich dazu aufschwingt, dem Zeitgenossen, den vielen einzelnen, an die sie sich wendet, große Fragen zu stellen, nicht locker zu lassen in ihren Forderungen an ihn. Ihn zu ermutigen, er selbst zu werden — das heißt, sich dauernd, sein ganzes Leben lang, durch schöpferische Arbeit zu verwandeln.

Frage: Liegt nicht ein Widerspruch zwischen dieser Zielstellung und dem konkreten Ergebnis? Könnten Sie die manchmal sehr intimen, auch privaten Konflikte der Christa T. mit diesem Maß messen?

Antwort: Ich weiß, worauf Sie hinauswollen: Deutet sich hier etwas an wie Rückzug in die Innerlichkeit, Ausflucht ins Privatleben? Ich finde nicht. Die absurde Meinung, die sozialistische Literatur könne sich nicht mit den feinen Nuancen des Gefühlslebens, mit den individuellen Unterschieden der Charaktere befassen; sie sei darauf angewiesen, Typen zu schaffen, die sich in vorgegebenen soziologischen Bahnen bewegen: diese absurde Meinung wird niemand mehr vorbringen. Die Jahre, da wir die realen Grundlagen für die Selbstverwirklichung des Individuums legten, sozialistische Produktionsverhältnisse schafften, liegen hinter uns. Unsere Gesellschaft wird immer differenzierter. Differenzierter werden auch die Fragen, die ihre Mitglieder ihr stellen — auch in Form der Kunst. Entwickelter wird die Aufnahmebereitschaft vieler Menschen für differenzierte Antworten. Das Subjekt, der sozialistische Mensch, lebt immer souveräner in seiner Gesellschaft, die er als sein Werk empfindet: nicht nur denkt und weiß, sondern *empfindet*.

Frage: Sie plädieren also für Empfindsamkeit in der Literatur? Wie wird die Jugend mit ihrem Hang nach Nüchternheit darauf reagieren?

Antwort: Empfindsamkeit ist nicht Rührseligkeit. Neben anderen Wirkungen hat die Literatur seit altersher versucht, die Sensibilität des Menschen zu steigern. Echte Empfindungen lehnt die Jugend nicht ab. Warum nicht an die alte Losung erinnern: denkend fühlen und fühlend denken?

Frage: So haben Sie also bei dieser Arbeit herausgefunden, wie Sie in Zukunft zu schreiben haben?

Antwort: Im Gegenteil. Ich habe einen Weg probiert, den ich hier nicht noch einmal gehen kann. Andere Autoren werden ihn für sich nicht angebracht finden, das ist selbstverständlich. Aber ich habe herausgefunden, daß man um jeden Preis versuchen muß, den Kreis dessen, was wir über uns selbst wissen oder zu wissen glauben, zu durchbrechen und zu überschreiten.

Christa Wolf
Nachdenken über Christa T.

— ein Romanauszug —

Sogar auf Wunder gefaßt sein hatten wir verlernt.

Wir hofften, im Gegenteil, auf den Beistand der Zufälle. Wer hätte, in seiner großen Verwirrung, sich ein Herz gefaßt und „so und nicht anders“ gesagt? Manchmal, in einer längst bekannten Umgebung, konnten wir noch den Kopf heben, plötzlich um uns blicken: Hierher also hat es mich verschlagen ...

An der Tafel im großen Hörsaal stand eine Verszeile, metrisch gegliedert: „uns hat der winter geschädet überall“. Kein Menetekel, nicht die Spur eines Zeichens; auch in mir sprach nichts. Ich hörte dem Redner zu, der ein blaues Hemd anhatte, rothaarig und sommersprossig war und großen Eifer für den Kinderspielfeld an den Tag legte, den unsere Fakultät bauen sollte. Nein, nichts durchfuhr mich, ich erschrak nicht und zweifelte nicht. Ich sah: Vor mir saß Christa T. Ich hätte ihr die Hand auf die Schulter legen können, aber ich tat es nicht. Sie sei es nicht, redete ich mir ein, wider besseres Wissen, denn es war ihre Hand, die ich schreiben sah. Als sie hinausging, blieb ich sitzen, ich rief sie nicht an. Ich sagte mir: Wenn sie es ist, sehe ich sie jetzt jeden Tag. Das war zum Staunen, aber ich staunte nicht, und die Erregung, auf die ich wartete, blieb aus.

Wenn sie es war — mein Gott, sie war es! — so wollte ich zuerst von ihr erkannt werden. Ich wußte, daß man viele Namen und Gesichter in sieben Jahren vergessen kann, wenn man will. Wir waren damals streng mit unseren Erinnerungen.

Dann standen wir uns unvermutet im schmalen Gang eines Kaufhauses gegenüber. Gleichzeitig, unwillkürlich gaben wir beide das Zeichen des Wiedererkennens. Sie war es, und ich war es auch. Ja, auch sie gab zu, mich schon in der Versammlung erkannt zu haben. Daß wir einander nicht fragten, warum wir uns erst jetzt, erst hier ansprachen, war das erste Zeichen der alten oder schon der neuen Vertrautheit.

Wir traten aus dem Kaufhaus und gingen langsam durch die Straßen der Stadt Leipzig, die mir noch fremd waren, zum Bahnhof.

Wiederauferstanden von den Toten. Wenn es Wunder gab, war dies eins, aber die rechte Art, es aufzunehmen war uns auch abhanden gekommen. Wir ahnten kaum, daß man einem Wunder anders als mit halben Sätzen, mit spöttischen

Blicken gegenüber treten kann. Über die kahlen Plätze, die wir passierten, piff noch der Wind, der sich in Nachkriegsstädten jeden Tag aus den Ruinenfeldern erhebt. In den Straßen fegte Staub vor uns her, es zog allenthalben, gemütlich hatten wir es nicht, wie immer schlugen wir den Kragen hoch und vergruben die Hände in den Taschen. Bedienten uns also jener halben Sätze und jener abwartenden Blicke, die noch am ehesten zu solchen Städten paßten.

Christa T. ging leicht nach vorn geneigt, wie gegen einen schwachen, aber dauerhaften Widerstand, an den man sich gewöhnt. Ich schob es auf ihre Größe. War sie nicht immer schon so gegangen? Sie sah mich an, lächelte.

Jetzt wußte ich auch, warum ich es mir verwehrt hatte, sie gleich anzusprechen. Jetzt fiel mir auch die Frage ein, die diesem Augenblick angemessen war. Aber ich machte keinen Gebrauch von ihr — damals nicht, später nicht, und erst in meinem letzten Brief, den sie nicht mehr hat lesen können, habe ich sie angedeutet.

Einstweilen mußten wir die Lücke für unser eigentliches Gespräch mit Mitteilungen ausfüllen. Wohin es sie verschlagen hatte, wohin mich. Als wunderten wir uns, schüttelten wir die Köpfe über die seltsamen Bahnen der letzten sechs Jahre, die sich doch mehrmals fast berührt hatten. Aber „fast“ ist nicht „wirklich“, das wußten wir inzwischen, und fünfzig Kilometer oder fünfhundert können gleich viel bedeuten. Ums Leben verpaßt ist soviel wie um Haaresbreite, wir hatten es erfahren, aber wir taten doch, als könnte der eine Kilometer, der gefehlt hatte, zu einem früheren Treffen, uns immer noch staunen machen. Taten, als wollten wir wirklich wissen, was aus allen geworden war, sagten aber nicht viel dazu, dadurch verrietten wir uns. Wenn sie vom Tod unserer Lehrerin nichts gewußt hatte, so erfuhr sie es jetzt. Ach, sagte Christa T. Schnell sahen wir uns an. Ein ferner Tod.

So fragten wir uns unsere Erlebnisse ab, als ließen sich Schlüsse daraus ziehen. Dabei merkten wir: Wir gebrauchten und mieden die gleichen Wörter. In der gleichen Versammlung hatten wir auch eben noch gesessen, die gleichen Schriften mußten wir beide gelesen haben. Viele Wege gab es damals nicht für uns, keine große Auswahl an Gedanken, Hoffnungen und Zweifeln.

Eines nur wollte ich wirklich wissen: War sie es noch, die in jedem beliebigen Augenblick, jetzt gleich, mitten auf der belebten Straße, unter den eiligen, schlecht gekleideten Leuten, ihren Schrei ausstoßen konnte: Hooohaahooo... Oder sollte ich sie vergebens wiedergefunden haben? Manches andere konnten auch andere Leute, denen ich inzwischen begegnet war. Das konnte nur sie.

Hatte ich Freude vermißt? Überraschung? Auf einmal kam Freude. Und sogar Überraschung traf ein, verspätet wie immer. Ein Wunder! Wenn es Wunder gab, war dies eins. Und wer sagt denn, daß wir nicht darauf gefaßt waren und ihm mit halben Sätzen ungebührlich begegneten? Wir standen an einer Straßenbahnhaltestelle und begannen zu lachen. Alle die Tage, die auf einmal vor uns lagen! Wir sahen uns an und lachten, wie über einen gelungenen Streich, wie über ein

ausgekochtes Schnippchen, das man jemanden gespielt hat, sich selbst vielleicht. Lachend trennten wir uns. Lachend stand sie und winkte mir nach, als ich abfuhr. Das Lachen könnte ja bleiben. Aber den Weg vom Kaufhaus zum Bahnhof müssen wir noch einmal gehen, uns andere Worte sagen, den Mut endlich finden, aus unseren halben Sätzen ganze zu machen, die Unschärfe aus unserer Rede tilgen, schade um die Zeit. Anders ansehen sollen wir uns auch, und andere sehen. Nur das Lachen am Schluß soll bleiben: Weil alle die Tage vor uns liegen. Die ganze Zeit, die die Unschärfe wegnehmen wird, ob wir wollen oder nicht. Dann lieber schon wollen.

Dann lieber schon einen Weg zweimal machen.

Unschärfe? Das Wort mag befremden. Hat es doch den Jahren, von denen zu reden gewesen wäre, an Schärfe nicht gefehlt. Den Schnitt machen zwischen „uns“ und „den anderen“, in voller Schärfe, endgültig: das war die Rettung. Und insgeheim wissen: Viel hat nicht gefehlt, und kein Schnitt hätte „das andere“ von uns getrennt, weil wir selbst anders gewesen wären. Wie aber trennt man sich von sich selbst? Darüber sprachen wir nicht. Aber sie wußte es, Christa T., wie sie neben mir ging über die windigen Plätze, oder wir hatten uns nichts zu sagen. Der schnelle Blick, als wir über den Tod der Lehrerin sprachen — ein schwerer, ferner Tod — bewies mir: Sie kannte diese Schuldlosigkeit aus Mangel an Erwachsensein.

Hier soll, auf unserem wiederholten Weg, bei unserem Wiedersehen, Horst Binder zwischen uns auferstehen, der Sohn unseres Nachbarn, eines Eisenbahners. Sie, Christa T., kannte ihn auch, ich hatte ihn ihr gezeigt, wie er mich verbissen verfolgte, wohin ich auch ging. Ich war wütend, von einer solchen Eroberung hat man nichts, er war unheimlich, man konnte sich nicht mit ihm brüsten. Ich riß ihm die Tasche wieder aus der Hand, die er mir tragen wollte, ich haßte sein strähniges Haar, das ihm in die Stirn fiel, und am meisten haßte ich seinen bedeutsamen, glühenden Blick. Ich wollte mit Christa T. über ihn lachen können, aber sie lachte auch nicht, mir schien, er tat ihr leid.

Bis wir eines Tages nebeneinander in Reih und Glied angetreten standen, ein riesiges Karree, weiße Blusen und braune Hemden. Der einarmige Bannführer rief mit lauter Stimme einen Namen über den großen Platz: Horst Binder. Was jetzt kommen sollte sah ich voraus. Er war ja mein Nachbar, und unsere Straße war seit Tagen voll von seinem Namen, aber ich konnte diesen Namen nicht mehr aussprechen, darum schwieg ich über ihn, auch zu Christa T. Ich wich ihrem fragenden Blick aus und wünschte, was ich nicht wünschen durfte: Ich stünde nicht hier, nicht in dieser Reihe; er, Horst Binder, würde nicht vom Bannführer belobigt dafür, daß er seinen Vater, einen Eisenbahner, wegen Abhörens feindlicher Sender angezeigt hatte.

Ob sie begriff, warum wir uns nicht in die Augen sehen konnten, als wir wegtraten durften, habe ich nicht erfahren. Jetzt, während wir noch einmal vom Kaufhaus zum Bahnhof gehen, könnte ich ihr sagen, daß Horst Binder zuletzt,

ehe die Rote Armee einzog, seine Mutter und sich erschossen hat. Wir könnten uns fragen, warum wir verschont geblieben waren, warum uns die Gelegenheiten nicht zugetrieben waren. Welche denn hätten wir ergriffen: Alle, keine? Und was wußten wir von uns, wenn wir das nicht wußten?

Diese entsetzliche Dankbarkeit über den Mangel an Gelegenheit wird man nicht vergessen. Und diesen Argwohn gegen den Erwachsenen in sich ... Gegen ihn vorgehen, endlich, in voller Schärfe. Ihn verdächtigen, ihn anklagen, ihn überführen. Keine Widerrede dulden. Verteidigung höhnisch zurückweisen; das Urteil sprechen: Lebenslänglich. Es annehmen. Es selbst vollstrecken.

Lebenslänglich. Kein leeres Wort.

Ein halber Satz genügt, auf einem Weg, sieben Jahre später, sich auch darüber zu verständigen.

Damals brach sie zusammen. Die Arbeit war es nicht, obwohl sie schwer gewesen sein mag, Uniformteile zuschneiden, in diesem mecklenburgischen Bauernhaus, an einem zerkratzten Holztisch, während es trotz allem wieder Sommer wurde. Der junge sowjetische Leutnant kam manchmal herein und stellte sich an den Türrahmen, sah ihr zu, sah sie an, keiner wußte, was der andere denken mochte. Er gab ihr einmal die Hand, ehe er ging: Warum traurig? Da lief sie nach Hause, warf sich aufs Bett, biß in die Kissen, dann half nichts mehr, sie schrie. Ach du lieber Himmel, Herr Lehrer, die Empfindlichkeit aber auch! Und immer ohne Grund!

Der Reiter, hinter dem nichts lag als ein zufällig fest gefrorener See, fiel tot vom Pferd, als er erfuhr, was er hinter sich hatte. Sie schrie nur, das ist nicht zuviel. Sie verbrannte ihre alten Tagebücher, da gingen die Schwüre in Rauch auf und die Begeisterung, deren man sich nun schämte, die Sprüche und Lieder. Die Lebenszeit wird nicht ausreichen, wieder davon sprechen zu können, ihre Lebenszeit nicht. Für diese Sache bis zum Schluß die halben Sätze ...

Da haben wir in demselben Sommer, keine fünfzig Kilometer voneinander entfernt, auf Feldern gearbeitet, die einander sehr ähnlich waren. Da muß sie gemerkt haben, daß man auch hier atmen kann, daß auch für diese neue Luft die Lungen gemacht sind. Also leben, sich aufrichten, schweißüberströmt, um sich blicken. Dieses Land also. Felder, Wiese, ein paar Büsche, der Fluß. Magere schwarzfleckige Kühe, Koppelzäune. Diese fremde flimmernde Hitze, die weit hinten am Horizont zwischen Himmel und Erde hin- und herspringt, unge mildert, ungekühlt vom Wald, der nach tiefer Überzeugung den Blick nach allen Seiten zu begrenzen hat. Das Gefühl von Unziemlichkeit überwinden, wenn das Land sich nackt und kahl und direkt, ohne die Vermittlung der Bäume, an den Himmel wendet. Den Blick haben. Nur nicht bis zur Sonne, die bringt mich um. Sie wird das Blau flüssig machen, metallisch und flüssig, sie gönnt es uns nicht, diese unerträgliche Sehnsucht nach dem wirklichen Blau, aber ich hole es mir, jetzt, eine Sekunde noch ... Ja.

Man legte sie auf einen Wagen, man fuhr sie vom Feld. Ihr seht doch, sie schafft

es nicht. Sieht kräftig aus, aber inwendig ist sie zart, oder was. Soll sie doch annehmen, was der Bürgermeister ihr vorgeschlagen hat. Ihr kann doch so ein Neulehrerkurs nichts ausmachen. Sieht sie denn nicht, was mit den Kindern hier los ist? Also gut, sagt sie, warum nicht Lehrerin. — Sie sah mich von der Seite an, ob ich verstand, daß es ihr nicht geheuer gewesen war, das erste Beste zu ergreifen, und dann noch dieses, was man, wie sie wußte, nicht halb tun kann. Lehrerin? sagte ich. Aber da hast du noch Glück gehabt!

Aus jener Zeit habe ich ja ihr Bild.

Ja, das mag sein, daß sie bei den Kindern Schutz gesucht hat. Ihr leichter, gefährdeter Atem, ihre kleinen Hände in den eigenen. Und daß mit ihnen nur wichtige Dinge wichtig bleiben. Liebe, zum Beispiel, sie kann doch nicht aufhören, etwas davon zu halten. Als die Zweifel kamen — Liebe, was ist das schon, Liebe! Läßt sich auch nur ein Stäubchen damit bewegen? — da hat sie manchmal an das kleine Schulhaus gedacht, an die dreißig Kinder vor ihr auf alten, wackligen Bänken, schlecht gekleidet, hungrig, und ach du mein Gott, ihre Schuhe! Aber Schutz anbieten mit der eigenen Schutzlosigkeit ...

Drei Jahre. Die Dachkammer mit den schrägen Wänden, der Stapel schlecht gebundener Hefte mit dem grauen, dicken Papier, die neuen Namen auf den Buchdeckeln: Gorki, Makarenko, die neuen Broschüren, die, so wichtig wie die tägliche Nahrung, jedem in die Hand gegeben werden, der seine Hände nicht zumacht. Ihr kommt, merkwürdig genug, manches bekannt vor, was sie da liest, ihr leuchtet ein, daß es gedacht werden konnte, sie begreift nicht, wieso, danach, nach dieser vernünftigen Klarheit, das Äußerste an Unvernunft noch möglich gewesen sein soll. Sie springt auf: Ja, so wird es sein. Dies ist der Weg zu uns selber. So wäre diese Sehnsucht nicht lächerlich und abwegig, so wäre sie brauchbar und nützlich.

Kein Wort davon auf unserem ersten Weg. Zwei, drei Titel, im Höchstenfall, nüchterne philosophische und ökonomische Begriffe: Werde ich Bescheid wissen? Den Schmerz der Selbstausdehnung kennen, auch die Lust, die man nie mehr vergessen und an der man alle künftige Lust messen wird? Wieviel wird da zu verwerfen sein! Sie aber, Christa T., auf unserem Weg zum Bahnhof, sie schlägt den Kragen hoch, ehe ich ihr zu nahe treten kann. Man weiß, nun gut. Was weiter?

In ihrer Kammer aber, damals, aufsehend von den strengen, erleuchtenden Sätzen der Broschüren, tritt sie ans Fenster. Der Blick auf die siebzehn Pappeln. Auf die höchste klettert heute der Sohn des Schäfers, Schüler meiner Klasse, und holt das Elsternnest herunter, unter den anfeuernden Rufen der Bande am Fuß des Baums. Die Eier aber, fast ausgebrütet, wirft er eins nach dem anderen gegen den großen Feldstein, an dem ich ihnen vorige Woche die geologischen Schichten ihrer Heimatlandschaft erklärt habe. Und ich stehe da, habe meine Broschüren gelesen, sehe mir das mit an und möchte heulen. So dünn ist die Decke, auf der wir gehen, so dicht unter unseren Füßen die Gefahr, durchzu-

brechen in diesen Sumpf. Den Kater an die Stallwand schleudern, den Jungen im Schnee liegen lassen, die Vögel gegen den Stein werfen. Das wird sie nun treffen, so oft es ihr begegnet.

Das Bild! Das Gesicht der Lehrerin, Christa T., „das Fräulein“, einundzwanzig-jährig, inmitten der zweiunddreißig Kindergesichter, vor der Backsteinwand des Schulhauses. In diesem Augenblick mögen sie wieder da stehen, die Kinder der damals Zehnjährigen, und sich fotografieren lassen, und die Lehrerin wird einundzwanzig sein, aber sie sieht anders aus. Mit dem alten Bild möchte ich durch das Dorf gehen, mich unter den fast Dreißigjährigen umsehen: Kennt ihr sie noch? Wißt ihr wenigstens noch den Namen? Habt ihr — das eine vielleicht doch — behalten, wie sie euch beschwor, die jungen Katzen nicht im Fluß zu ertränken, die alten blinden Hunde nicht mit Steinwürfen zu verfolgen, die Küken nicht gegen die Wand zu werfen? Habt ihr über sie gelacht? Oder dann, ihr Mädchen, deren Frauengesichter schon durchschimmern auf diesem Bild, habt ihr nicht einmal doch an sie denken müssen, als ihr eure Kinder auf den Armen hattet?

Die Kindergesichter. Lachende, selbstzufriedene, ein paar ängstliche, ein drohendes, einige finstere, aber ein Geheimnis kann ich nicht entdecken. Anders die Lehrerin, links oben, letzte Reihe. Sie hat etwas zu verbergen, eine Wunde, könnte man denken, die schwer heilt. Sie ist zurückhaltend, gefaßt. Da man sich an sie hielt, hat sie Halt gefunden. Da man sie darum bittet, lächelt sie. Die Augen, freilich ...

Ist das ihr Platz auf die Dauer? Drei Jahre lang stellt sie sich vor den großen Ferien zu ihrer Klasse, der Fotograf drückt auf den Knopf, er entwickelt die Platte, er sieht keinen Unterschied, liefert die Bilder ab und kassiert das Honorar. Die Lehrerin, Christa T., geht in ihre Kammer und stellt die drei Bilder nebeneinander, betrachtet sie lange, eine Bewegung ist ihr nicht anzumerken. Am Ende aber setzt sie sich an den Tisch, vor die Bilder, und schreibt ihren Aufnahmeantrag für die Universität.

So ist sie in den Hörsaal geraten, vor dieselbe Tafel wie ich, vor denselben sommersprossigen Jungen, der durchaus mit uns einen Kindergarten bauen will. Er heißt Günter, sagt Christa T. — da sind wir fast am Bahnhof —, ich kenne ihn, er ist nicht zu bremsen. Das ist der Augenblick, da wir zu lachen anfangen, lachen dann weiter, bis meine Bahn kommt.

Alle die Tage, die vor uns liegen!

Christa T. war scheu.

Vor allem anderen die Angst, einem selbst könnte zustoßen, was gang und gäbe war: spurlos zu verschwinden. Sie war gezwungen, Spuren zu legen, hastig und nachlässig, daß die Rechte nicht weiß, was die Linke tut, daß man jederzeit alles wieder verleugnen kann, vorzugsweise vor sich selbst. Daß auch keiner verpflichtet ist, mich zu finden, es sei denn, er suchte ausdrücklich — aber wer geht so schwachen Abdrücken nach, wie uneingestandene Angst sie

hinterläßt ... Wer hätte soviel beschriebenes Papier erwartet? Warum schreibst du nicht, Krischan? Ja, ja, sagte sie, bestritt nicht, gab nicht zu. Wartete. Wußte lange nicht, worauf, da bin ich sicher. Sie muß frühzeitig Kenntnis bekommen haben von unserer Unfähigkeit, die Dinge so zu sagen, wie sie sind. Ich frage mich sogar, ob man zu früh davon erfahren und für immer entmutigt werden, ob man zu früh klarsichtig, zu früh der Selbsttäuschung beraubt sein kann. So daß man verzichtet und die Dinge ihrem Lauf überläßt. Dann haben sie keinen Ausweg: Nicht den der Ungenauigkeit, nicht den der Lüge ... Dann machen sie das Beste aus sich, oder das Schlimmste. Oder das Mittelmäßige, was oft das Schlimmste ist. Und was man, wenn man sich davon bedroht fühlt, allerdings nicht mehr mit Schweigen übergehen kann.

Daß ich nur schreibend über die Dinge komme! — Hat sie es sich wirklich vorgeworfen? Erklärt dieser geheime Selbstvorwurf den Zustand ihrer Hinterlassenschaft? Der Tagebücher, Skizzen, Beobachtungen, Geschichten, Titellisten, der Entwürfe und Briefe. Soviel Achtlosigkeit läßt sich nicht mehr als Unordnung tarnen, oder als Flüchtigkeit. Der Vorwurf der Schwäche schimmert durch, mit der sie sich gegen die Übermacht der Dinge zu wehren meinte: schreibend. Und, trotz allem, über die Dinge kam. Sie hat nicht gewußt, daß sie das von sich sagen konnte.

Mir fällt ein, daß wir sie nie fragen konnten: Was willst du werden? Wie man andere doch fragt, ohne fürchten zu müssen, an Unaussprechliches zu rühren. Man saß sich gegenüber, im Oberstock unseres Stammcafés (Christa T. hatte die Universität gewechselt, auch das Fach, sie studierte das dritte, vierte Jahr, als ich sie wiedertraf), sie blätterte in Aufzeichnungen. Man sieht sie oft an diesem runden Marmortisch in der Nische sitzen, mit verschiedenen Leuten, die nur mit ihr, nicht untereinander befreundet sind. Sie sitzt auch allein da, sie hat zu tun, scheint es. Sie bereitet sich vor — worauf? Mit den letzten Pfennigen Stipendium bezahlt sie den billigen, dunklen Kuchen, sie tut, was alle tun, warum soll man sie nicht fragen dürfen, es wäre ja gelacht: Was willst du werden, Krischan? Da läßt sie die Kladde sinken, mit einer Bewegung, die man nicht gesehen haben will, da hat sie das Seminar vergessen, das ihr Sorge macht, kann lange hinaussehen, hinunter auf die Leute, die einzeln und in Gruppen aus der dunklen gegenüberliegenden Gasse treten, sich trennen, einander noch einmal zuwinken, oder gemeinsam weitergehen: Alltäglicher konnte kein Schauspiel sein. Was sah sie denn?

Also? — Der bekannte Blick, dunkel, leicht spöttisch, ein wenig vorwurfsvoll. Ich? Lehrerin doch wohl? konnte sie fragen. Da gab man es auf, da schwieg man, ließ die Sache auf sich beruhen, bestand nicht darauf, sie festzulegen, da allzu deutlich war: Sie konnte es wirklich nicht wissen. Sie gab sich ja Mühe, hineinzupassen, sie fiel nicht aus bloßem Übermut heraus. Sie hatte ja den guten Willen, sich einen der Namen zuzulegen, die auf andere so vorzüglich zutrafen, sie hat es sich als Mangel angekreidet, daß sie nicht fröhlich wie aus der

Pistole geschossen erwidern konnte: Lehrerin, Aspirantin, Dozentin, Lektorin ... Ach, sie traute ja diesen Namen nicht. Sie traute sich ja nicht. Sie zweifelte ja, inmitten unseres Rauschs der Neubenennungen, sie zweifelte ja an der Wirklichkeit von Namen, mit denen sie doch umging; sie ahnte ja, daß die Benennung kaum je gelingt und daß sie dann nur für kurze Zeit mit dem Ding zusammenfällt, auf das sie gelegt wurde. Sie zuckte davor zurück, sich selbst einen Namen aufzudrücken, das Brandmal, mit welcher Herde in welchen Stall man zu gehen hat. *Leben, erleben, freies großes Leben! O herrliches Lebensgefühl, daß du mich nie verläßt! Nichts weiter als ein Mensch sein ...*

Was willst du werden, Krischan? Ein Mensch? Nun weißt du ... Sie ging ja schon. Sie gab ja zu, daß man an sich zu arbeiten hatte. Sie verschwand für Tage. Sie arbeitet, hieß es, und wir taten, als glaubten wir daran; dann war sie wieder da, kurz vor den Prüfungen. Wir hatten den ganzen Stoff schon wiederholt, wir hatten schon unsere Kladden ausgetauscht, hatten schon Auszüge gemacht und Karteikarten angelegt, hatten Lernkollektive gebildet und waren Verpflichtungen eingegangen: Keine Durchschnittsnote unter „gut“! Da erschien sie wieder und konnte sich unschuldsvoll nach den Themen erkundigen. Wir verbargen unsere Verzweiflung. Anstatt sie in der nächsten Versammlung zu befragen, wo sie denn um Gottes Willen gewesen ist, womit sie denn ihre Tage hingebracht hat, anstatt sie zur Verantwortung zu ziehen, steckte man ihr Hefte zu, bot ihr Hilfe an. Günter, unser sommersprossiger Sekretär, legte ihr seine Tabellen vor: Wie sie durch schlechte Lernergebnisse die Durchschnittsnoten ihrer Seminargruppe drücken werde. Ob sie das wirklich wolle? — Um keinen Preis! sagte Christa T., ihr seid ja alle so tüchtig! Sie ging zu einer Freundin, Gertrud Born, und ließ sich das Versuchsschema der Merseburger Zaubersprüche abfragen, gehorsam deklamierte sie: Ik gihörta dat seggen, es wurde spät, sie mußte nach Hause gebracht werden. Es stellte sich heraus, daß sie Dostojewski gelesen hatte und nun nachdenken mußte über die Behauptung, das Allerweichste könne das Allerhärteste besiegen. Ob dieser Satz immer gelte, mußte man sich doch fragen.

Da waren sie schon an ihrer Haustür. Sie brachte Gertrud wieder zurück und überlegte laut, wie aus den Stücken von Leben, die jedem hingehalten werden, ein ganzes Leben zu machen wäre und ob dies überhaupt das Ziel sei ... Wenn aber dies nicht, was dann? Da gingen sie wieder zu ihrem Haus zurück. Die Stadt war schon verstummt. Fern in der Hauptstraße fuhr die letzte Straßenbahn. Vor Müdigkeit lehnten sie sich an eine Plakatwand. Hinter einigen Fenstern brannte noch Licht. Warum blieben die Leute wach? Griff die Unruhe um sich? Steckte sie alle an? Und wie sollte man ihnen Mut machen zu ihrer Unruhe? *Sehnsucht, du Vogel mit dem leisesten Schlaf ...*

Damals, übrigens, fiel sie wenig auf: Jedermann war gezwungen, den Mut zur Bewegung in sich wachzuhalten, die Zeit floss sehr schnell. Man überlegte nicht lange, fischte sich fast ohne hinzusehen ein Leben heraus, fragte nicht viel, ob

es paßte, lebte es eben, da wurde es passend. Oder jedenfalls glaubte man das mit der Zeit.

Die äußeren Umstände freilich standen dazu im lächerlichsten Widerspruch. Christa T., in der neuen Stadt, sah sich Zimmer an, Wirtinnen. Sie begriff, daß sie nach siebzehn Pappeln nicht suchen durfte, da ging sie lieber gar nicht ans Fenster. Sie schob die Unterlippe vor, also gut, sie nahm das Zimmer. Die Straße war nach einem deutschen Philosophen benannt. Abends wusch manchmal ein Kind sorgfältig die Ziersteine im baum- und strauchlosen Vorgarten ab. Frühmorgens klopfen Armeen von Hausfrauen ringsum auf allen Höfen ihre Teppiche. Und in der Tür erschien die Wirtin, einen Brief zwischen spitzen Fingern, oder unter dem Arm einen Wandspruch, den Christa T. eben heruntergenommen und in den Flur gestellt hatte: „Wenn auch der Hoffnung letzter Anker bricht, verzage nicht.“ Wäre es möglich — auch dieser sollte Ihnen nicht gefallen? So wollen Sie ohne jeden geistigen Zuspruch leben? Die Dame Schmidt, zerfallend in zwei Hälften, wirtinnenhaft die eine, den Anfechtungen der Menschenfreundlichkeit ausgesetzt die andere, also ausspielbar gegen sich selbst. Sie erkennt sich nicht wieder, wenn sie aus dem Zimmer geht. Nun trägt sie eigenhändig den Spruch hinaus, worauf hat sie sich da eingelassen? Schnell holt sie einen Hammer und schlägt einen Nagel auf ein freies Plätzchen in der langen Korridorwand, da wird der Spruch hängen, an sichtbarer Stelle zwischen den anderen Schildern: Wann jeder ihrer Untermieter zu Hause zu sein hat, allein, versteht sich, wann gutwillig das Licht zu löschen, wie oft die Toilette zu benutzen ist und welcher Wasserverbrauch für welchen Zweck angemessen erscheint.

Bürger, schützt eure Anlagen, sagt Christa T. und lacht der Dame Schmidt ins Gesicht. Vergebens, natürlich. Denn niemand kann auf die Dauer in der Welt leben, wie sie nun mal ist, ohne genau zu wissen, was verboten ist und was nicht. So tue ich meinen Untermietern etwas Gutes und nehme ihnen den Zweifel ab.

Bei der Dame Schmidt hat Christa T. drei Jahre gewohnt.

Wir wissen nicht viel über diese Jahre, denn man weiß nicht wirklich, was noch nicht ausgesprochen ist — die Möglichkeit, durch Aussprechen zu verfestigen, mit eingerechnet. Das eigene Zögern belehrt mich, daß noch nicht die Zeit ist, flüssig und leicht über alles und jedes zu berichten, wobei man anwesend war oder es doch hätte sein können. Warum dann aber überhaupt? Warum nicht schweigen, wenn man sich für befangen erklären muß.

Nun ja — wenn es sich um eine Wahl gehandelt hätte. Sie ist es ja, Christa T., die mich hineinzieht. Der Umstand, daß sie wirklich gelebt hat und wirklich gestorben ist, weitgehend unerkannt, ist ja alles andere als erfunden. Jetzt, wenn ich mir Zeit nehme, aufzublicken, sehe ich sie vor mir hergehen, nie dreht sie sich um, aber folgen muß ich ihr wohl, hinunter, zurück. Auch wenn ich zu ahnen beginne, worauf das alles hinausläuft, und was sie mit mir vorgehabt

hat, von Anfang an. Als von allen Beispielen — denn nichts anderes ist schreiben als: Beispiele anbieten — gerade sie sich aufdrängte. Sie, Christa T., auf die doch keines der rühmenden Worte paßt, die unsere Zeit, die wir mit gutem Recht hervorgebracht haben. Obwohl manches von ihnen ein wenig paßt, manches sogar stärker, wenn auch in einem anderen als dem landläufigen Sinn. Ach, hätte ich die schöne freie Wahl erfundener Eindeutigkeit . . .

Nie wäre ich, das möchte ich doch schwören, auf sie verfallen. Denn sie ist, als Beispiel, nicht beispielhaft, als Gestalt kein Vor-Bild. Ich unterdrücke die Vermutung, daß es nicht anders erginge mit jedem wirklich lebenden Menschen und bekenne mich zur Freiheit und zur Pflicht des Erfindens. Einmal nur, dieses eine Mal, möchte ich erfahren und sagen dürfen, wie es wirklich gewesen ist, unbeispielhaft und ohne Anspruch auf Verwendbarkeit.

Christa T. muß sich damals jahrelang über sich selbst getäuscht haben, und sie hat dafür bezahlt, wie ein Mensch mit starkem Wirklichkeitssinn Täuschungen aller Art bezahlt, am bittersten die über sich selbst. Mir ist es nicht aufgefallen, ich fand es natürlich, daß sie sein wollte wie alle. Nachträglich bin ich über ihre Tagebücher erschrocken. Ich könnte mich fragen, warum ich nichts bemerkt habe, oder fast nichts. Hatten wir uns nicht wiedergefunden? Hatten wir nicht, bei dieser Wiederbegegnung, am Ende die richtigen Worte, jedenfalls das richtige Lachen gehabt? Überraschung, Freude? Und Vertrautheit? Gewiß. Bis zu einem gewissen Grad. Da ich am Leben bin und sie nicht, kann ich bestimmen, worüber gesprochen wird, worüber nicht. Das ist die Rücksichtslosigkeit der Lebenden gegenüber den Toten. Was wir unser gutes Recht nennen: Das Recht des Nichtwissenwollens, oder des Nichtsagenmögens. Ein gutes Recht. Vielleicht sollte ich, wie die Dinge liegen, die Verantwortung nicht allein übernehmen. Ich könnte Zeugen aufsuchen, die, wie es den Gefährten einer zu früh Verstorbenen angemessen ist, noch am Leben sind. Könnte in die Stadt fahren, in der wir gemeinsam studierten. Über den Platz vor der Universität gehen. Wenn mich nicht alles täuscht, würde ich jetzt Blumenrabatten finden, nichts Selbstangelegtes wie unsere unbeholfenen Beete in unserem Patenkindergarten, auf denen Günter, der sommersprossige Günter, verbissen Tomaten und Feuerbohnen zog. Ich werde lachen müssen. Der Staub, das wird mir auffallen, der damals über den Platz trieb und uns immer zur Eile zwang, hat sich wirklich gelegt. Das war das Letzte, was ich erwarten konnte, jedoch die Rabatten erklären das auch.

Im Innern des Gebäudes übrigens würde ich wenig verändert finden, weniger als man wünschte. Der Innenhof auch von der neuen Generation unbetreten, immer noch behütet durch das Schild: Vorsicht! Einsturzgefahr!, obwohl wenig wahrscheinlich ist, daß die im Krieg beschädigte Dachkonstruktion nach mehr als zwanzig Jahren doch noch einstürzen wird. Die Studenten von heute würden, wie wir damals, gleichgültig an dem Schild und an mir, der Fremden, vorbeigehen, ich müßte mir einen Ruck geben und mir klar machen, daß sie mich

nicht als ihre Altersgenossin erkennen können, so sehr ich es auf beunruhigende Weise in diesen Wochen bin. Ich würde auf der Treppe — immer die gleichen ausgetretenen Steinstufen, immer noch der Zugwind durch das unreparierte Dach — einen von ihnen ansprechen, ihn nach Frau Doktor Dölling fragen. Er würde nicht zögern mit der Antwort, wie ich mit meiner Frage, weil ich zuerst das Bild der schmalen, blassen Gertrud Born beiseiteschieben muß, ehe ich ihren neuen Namen und ihren neuen Titel ohne Stocken sagen kann. Natürlich würde ich sie da antreffen, wo man auch vor zehn, elf Jahren die Dozenten traf. Ich würde anklopfen und eintreten, Gertrud Born würde aufblicken und mich erkennen. Ob ihre Freude gekünstelt wäre oder echt, das würde viel entscheiden. Nehmen wir an, ihre Freude wäre echt. So würde sie sich doch, nach wenigen Minuten, wundern, warum gerade Christa T. — von allen unseren Bekannten ausgerechnet sie — mich interessiert. Doktor Dölling wird maßvoll bleiben und sich nicht einmischen, das hätte ich mir auch verboten. Obwohl — warum würde ich sonst zu ihr gehen? Sie, Gertrud Born, wüßte ja sicher, wie man auszusehen hat, um „der Gestaltung“ wert zu sein, so würde sie sich wohl ausdrücken. Wenn sie sich erheben, hinter ihrem Schreibtisch hervorkommen könnte, ihre Festung verlassen — die paar Schritte durch das Zimmer zu der Sesselgruppe am Fenster könnten genügen, sich wieder in sie einzuleben. Die dort geht, ist Frau Doktor Dölling, eine gut angezogene, gepflegte Frau, kein Mensch, der aus der Fülle schöpfen kann, aber einer, der das Pfund nicht verkommen läßt, das ihm gegeben ist. Was es sie gekostet hat, die blasse, unscheinbare Gertrud Born loszuwerden, ihre Schüchternheit zu unterdrücken, so gehen zu lernen, wie sie es jetzt kann, das weiß nur sie, und sie will nicht, daß sonst irgend jemand es erfährt. Das würde ich, während ich mich ihr gegenübersetzte, zu respektieren haben.

Christa T. also. Gertrud Dölling wird eine Abwehrhaltung einnehmen, und ich werde nicht wissen, warum, werde mich aber verwünschen, daß ich hierhergekommen bin.

Sie war, wird sie sagen, anders als andere. Aber das weißt du ja. Von Einordnung hat sie nicht viel gehalten. Gleichmäßig gearbeitet hat sie nie — sie konnte es nicht.

Und du, Gertrud, diszipliniert wie nur einer, hast die Last damit gehabt, doch nie hat einer dich klagen hören.

Sie war merkwürdig, würde Gertrud Dölling sagen. Und ich müßte sie lange auffordernd ansehen, bis sie das Wort herausrückte: Ich möchte sagen, sie war — gefährdet.

Das Wort lasse ich sich zerstreuen, es gehört nicht in diesen Raum und vergeht schnell.

Ich möchte sagen — das hast du schon immer gesagt, erinnere ich Gertrud Dölling. Sie lacht und legt die Fingerspitzen aneinander, das tat schon Gertrud Born, wenn sie verlegen war.

Wodurch gefährdet?

Doktor Dölling ist gewöhnt, schnell und genau nachzudenken und das Ergebnis ihres Denkens zu formulieren. Jetzt mag sie zögern.

Durch ihre Vorstellungskraft, wird sie dann vielleicht sagen, nicht recht zufrieden mit sich. Sie war — ausschweifend. Sie hat es nicht fertiggebracht, die Grenzen anzuerkennen, die jedem nun einmal gesetzt sind. Sie verlor sich in jede Sache, du konntest drauf warten. Manchmal konnte man denken, das ganze Studium, der ganze Bücherkram gingen sie eigentlich nichts an, sie war auf was andres aus. Und das, weißt du, war fast — verletzend.

Sie blickte mich schnell an. Das wird der Augenblick sein, da ich die Lider senke, nehme ich an, denn daß ich mein eigenes Empfinden ruhig von ihr ausgedrückt hören kann, ist nicht denbar.

Gertrud Born ist immer schnell errötet, sie steht auf und tritt ans Fenster. Ich aber begreife endlich die Rolle, die Christa T. in ihrem Leben gespielt hat: Sie hat es in Frage gestellt. Und die blasse, schüchterne Gertrud Born hat das drei Jahre lang ausgehalten, sie hat es, wenn ich es recht bedenke, gesucht. Hier werde ich anfangen, Achtung vor ihr zu kriegen. Werde sie allerdings auch, auf Kosten der Wahrheit, beschwichtigen müssen.

Nun, werde ich sagen, sie hat eben zu viele Interessen gehabt; die weise Selbstbeschränkung hat ihr gefehlt, sie selbst hat es sich oft genug vorgeworfen.

Verrückt, werde ich denken, schon fängt man an, Christa T. zu verschleiern, die Tote zu opfern zugunsten der Lebenden, die die ganze Wahrheit nicht brauchen kann. — Aber da habe ich mich wieder geirrt in Gertrud Born.

Ach nein, wird sie sagen, eigentümlich einfach. Sie hat nur ein Interesse gehabt: Menschen. Das falsche Fach hat sie vielleicht studiert — Literatur, was sollte ihr das? Aber was wäre das richtige Fach gewesen?

Wider Erwarten soll man mit Gertrud Dölling darüber nachdenken können?

Übrigens, sagt sie da wahrscheinlich: Außer mir hat sie damals niemanden gehabt.

Nein, widersprechen werde ich nicht, aber es doch auch nicht ganz auf sich beruhen lassen. Kostja, werde ich sagen. Vergiß nicht Kostja.

Da wird sie natürlich den Kopf schütteln. Die Beharrlichkeit, die sie immer hatte, ist in Eigensinn übergegangen.

Niemanden, wird sie sagen, außer mir. Kostja! Kann man dieses Umeinanderherumgehen ernst nehmen?

Ich, im Besitz der Tagebücher von Christa T., werde in Schweigen verfallen. Also hat sie wirklich niemanden gehabt, also ist mein Rechtfertigungsversuch — denn warum sonst wäre ich zu Gertrud Dölling gegangen — gescheitert. Warum sollte ich ihr weiter zuhören?

Du denkst wie sie, wird Gertrud Dölling sagen: Alles käme darauf an, wie man eine Sache ansieht, ihr Verhältnis zu Kostja, zum Beispiel. Aber darauf eben kommt es nicht an, niemals. Das war auch so ein Zug an ihr: Sich über die

objektiven Tatsachen hinwegsetzen. Und danach der große Katzenjammer, daß man reden und reden konnte . . .

Katzenjammer? werde ich vorsichtig fragen.

Mehr als einmal. Dieses Meer von Traurigkeit! Bloß weil die Leute nicht so sein wollten, wie sie sie sah.

Oder, werde ich zu bedenken geben, weil sie nicht so sein konnte, wie wir sie haben wollten?

Gertrud Dölling hat sehr wohl verstanden, aber über diese Anfechtungen ist sie hinaus. Wollten? wird sie heftig erwidern. Wollten? Hat es uns denn freigestanden? Waren wir nicht gezwungen, das Nächstliegende zu tun, so gut wie möglich, und es zu verlangen, immer wieder? Ist nicht Erstaunliches daraus geworden? Oder könnte es uns heute besser gehen?

Aber das war ja nicht die Frage. Wohin geraten wir, werde ich denken, und sie, Gertrud Dölling, werde ich schonend fragen: Was wirfst du ihr vor?

Wem? wird sie verwirrt sagen. Ach so. Ihr. Du mußt mich falsch verstanden haben. Vorwerfen? Vergiß nicht, wir waren befreundet, wirklich befreundet. Sie hat sich immer auf mich verlassen können.

Und das ist wahr. Wenn Christa T. unruhig wurde, wenn sie umherzustreunen begann, wenn sie verschwand und irgendwann wieder auftauchte, fremd, als wäre sie lange weg gewesen — immer konnte sie sicher sein, daß Gertrud Born an ihrem Platz geblieben war und sie erwartete, unwandelbar in Treue und Liebe, daß keine Fragen gestellt würden und keine Erklärungen verlangt, daß sie aber, auch ohne Erklärung, verstanden wurde.

Was bleibt mir übrig, als aufzustehn und mich still davonzumachen?

Was ich ihr vorwerfe? sagt Gertrud Dölling da, vom Fenster her, und ihre Stimme hat sich verändert. Daß sie tatsächlich gestorben ist. Immer hat sie alles wie zum Spaß gemacht, versuchsweise. Immer konnte sie mit allem wieder aufhören und ganz was anderes anfangen, wer kann das schon? Und dann legt sie sich hin und stirbt in vollem Ernst, und kann damit nicht mehr aufhören. — Oder denkst du, daß sie an dieser Krankheit gestorben ist?

Nein.

Ich werde nicht zu ihr gehen, ich werde Gertrud Dölling nicht besuchen. Das Gespräch wird nicht stattfinden, diese Gemütsbewegungen werden wir uns ersparen. Und die Frage, woran Christa T. gestorben ist, werde ich selbst stellen, zu ihrer Zeit, ohne in Zweifel zu ziehen, daß es die Krankheit war, Leukämie, mit der sie nicht fertig werden konnte.

Ich werde zu Hause bleiben. Warum soll ich Gertrud Dölling traurig machen? Sie ist, wie sie sein kann. Wer kann wie sie von sich sagen, daß er bis an seine Grenzen geht? Und gewisse Fragen, die ich ihr stellen wollte, kann ich ebenso gut — oder besser — mir selbst stellen. Der Umweg war überflüssig.

Werner Bräunig Prosa schreiben

Erzählen bildet sehen und hören, beim Leser, beim Erzähler, manchmal auch bei einem, der gar nicht will. Es ist ein ordnendes und veränderndes, ein erfindendes Erinnern auf ein Gegenüber hin. Am Anfang war dies: Ein Erzähler erzählt einer Hörerschaft etwas, das geschehen ist. Geschehen muß es schon sein, wenigstens hätte es geschehen sein können. Einmal dort, das Präsens einmal verworfen, will auch gleich noch der Satz herüber, der den Erzähler postuliert als einen raunenden Beschwörer des Imperfekts — der hat aber den Schamanen bei sich, den Wahrsager und Magier, das Ursprünglichste vielleicht in unserer Angelegenheit. Allerdings ist vom Wie die Rede, danach erst vom Was.

Arnold Zweig sagt es, anders, so: „Die Technik der Märchenzyklen zeigt uns eine Art Fortsetzungsroman, der von einem Erzählen zum anderen die Leser nach den Schicksalen des Helden begierig hält. Aus diesen einfachen Grundelementen schon vermag man das Epische, die Kunst der Erzählung, den Roman als Form aufzubauen.“ — Das Gegenüber ist ein doppeltes: Der Erzähler befindet sich seinem Hörer oder Leser gegenüber, aber auch seiner Geschichte — er stellt sie „aus sich heraus“, nun ist sie da, sie kann betrachtet werden auch von ihm; erst was draußen ist, hat man wirklich. Man kennt die Anekdote von jenem Schriftsteller, der eine Erzählung beendet hat, sie gelegentlich wieder liest und sich plötzlich fragt: Aber wie ist das dorthingekommen? Wo habe ich das hergenommen? Wo kommt das alles denn her...? Aufhellung ist möglich, die geht vom Exempel aus; eine Abart will dem Was zuleibe ohne ins Wie zu wollen — das ist aber der Zugang. Zweig, auf Heinrich Mann bezogen, bemerkte beiläufig, daß der Roman etwa genauso strengen Gesetzen unterliege wie die Tragödie, nur daß sich noch kein Lessing um ihn bemüht hat und kein Aristoteles ihn kannte. In einem Brief an Wolfenstein fügte er zwei Jahre später hinzu: „Unser Unglück ist die deutsche Ästhetik und die in Formproblemen geradezu ahnungslose deutsche Literaturgeschichte.“ — Das sind schon Sprüche.

Die können so nicht stehenbleiben, und der Bertin der Dichtung läßt sie nicht und nicht der wirkliche Arnold. Also: wie kommt ein unbescholtener Mensch auf den Gedanken, daß er erzählen müsse, schlimmer noch, daß er etwas zu erzählen habe? Und was eigentlich ist das, Prosa? Dieser entdeckt die Fabel und die

Szene als das Eigentliche, ein anderer nennt es den epischen Vorgang — davon wird zu reden sein. Aber ist davor nichts, das in die Lesbücher paßt; was das ist — nun: Phantasie eben, die menschliche Fähigkeit und das menschliche Bedürfnis, sich mitzuteilen, zu kommunizieren; Erfahrungen, Kenntnisse und Einsichten „aufzuheben“; die Vorgabe, im Besonderen Allgemeines wahrzunehmen und nachvollziehbar auszusprechen, oder, was als schlimm gilt, der umgekehrte Vorgang? Die löbliche Absicht vielleicht, derlei zum Nutzen der Menschheit zu tun oder wenigstens zur Bereicherung der Kunst — das ist aber dasselbe? Umschreibungen, Mutmaßungen; blieben die Werke selbst und: Die Selbstzeugnisse der Erzähler. Die verraten mehr. Und dennoch: Jeder sagt es anders und hat einen anderen Ansatz, jeder nennt andere Gründe. — Das eben ist es: Weil es Dinge gibt, die sich im bloßen Sagen nicht erschöpfen, gibt es die Kunst. Weil es dem Beschreiben schwerfällt, hinter den Erscheinungen Wesen sichtbar zu machen in Gestalt und Entsprechung, gibt es das Erzählen. Wo die Formel nicht hinreicht, hat Chancen: Das Bild.

Zuletzt will der Erzähler nichts, was andere nicht auch wollten: Welt „an sich“ verwandeln in Welt „für uns“.

Nur will er dies auf seine Weise. Denn mit der Mitteilungssprache, mit den kürzenden oder stereotypen Chiffren und Formeln verhält es sich so: Sie verlieren an Wirklichkeit, was sie gewinnen an Verbindlichkeit oder Prägnanz. Sie verlieren an Sinnlichkeit.

„Der Aufstand der Fischer von St. Barbara“, heißt es, „endete mit der verspäteten Ausfahrt zu den Bedingungen der vergangenen vier Jahre“. Das ist die Information. Der Aufstand ist niedergeschlagen. Aber dann gibt die Erzählerin Anna Seghers jenes großartige Bild, das die Situation lebendig macht und durchscheinend, und gleichzeitig den besonderen Charakter dieser Erzählerin vorführt, ihre besondere Art, die Welt zu sehen; der Aufstand wird Wesen, die Sprache hebt das Eigentliche ins Wirkliche. „Der Präfekt reiste ab, nachdem er in die Hauptstadt berichtet hatte, daß die Ruhe an der Bucht wieder hergestellt sei. St. Barbara sah jetzt wirklich aus, wie es jeden Sommer aussah. Aber längst, nachdem die Soldaten zurückgezogen, die Fischer auf der See waren, saß der Aufstand noch auf dem leeren, weißen, sommerlich kahlen Marktplatz und dachte ruhig an die Seinigen, die er geboren, aufgezogen, gepflegt und behütet hatte für das, was für sie am besten war.“

Dergleichen gelingt selten. Stephan Hermlin hat einmal gesagt, es sei dies einer jener Sätze, die einen ein Leben lang begleiten können. Und Pablo Neruda, in seinem sehr schönen Brief zum 60. Geburtstag der Dichterin, fand für sie und ihre Erzählart ein sehr schönes Bild.

„Ließe ich diesen Brief an Dich irgendwo hier im feuchten Sande liegen, so würde er ebenfalls davonflattern. Vielleicht könntest Du ihn lesen, ohne ihn je zu erhalten, denn Deine Augen haben sich daran gewöhnt, unsichtbare Dinge zu sehen, zu durchdringen und zu verstehen, die fern oder verschwunden sind.“

In Deinen Erzählungen, die wir so lieben, hast Du sie festgehalten. Vielleicht gab diese Weisheit Dir der Wind ein: es ist, als kämest Du immer von einem hohen Bergesgipfel, um den die Stürme brausen. Mit zerzaustem Haar und frischem Gesicht kommst Du und Augen, die sich ein wenig öffnen und ein wenig schließen, wenn sie Fenster und Möbel sehen. Unter so vielen gemachten Dingen wirkst Du direkt natürlich, ein bißchen unreal und doch so phantastisch wahr. Auch Dein Lächeln hat Dich der Wind gelehrt.

Matilde, meine Frau, unternimmt gerade einen Spaziergang ans Meer. Vom Fenster aus kann ich sie noch erkennen. Sie ruft mich, und nun gehe auch ich hinunter zum einsamen Strand.

Obgleich Du so fern von uns bist, werden wir Dich im Geiste vor uns sehen, neben uns einhergehend und dennoch so weit, und unermüdlich erzählend wie das Meer.“

Das ist, natürlich, Dichtung. Sie verschlüsselt nicht, sondern erschließt, das hat sie mit jener gemein, von der sie spricht. Vielleicht ist die Isla Negra günstiger gelegen für ein deutliches Bild, und wir haben es schwerer mit ihr, der großen Nähe wegen. Ein bißchen unreal und doch so phantastisch wahr — so ist der „Aufstand der Fischer“ erzählt und „Das siebte Kreuz“, auch „Die Rettung“ und „Der Ausflug der toten Mädchen“ und „Transit“ — so verschieden sie immer sind. Es ist eine Prosa, die sich um die „inneren Landschaften der Menschen“ müht, und sich müht, die Dinge aus sich selbst hervortreten zu lassen, statt sie zu beschreiben und zu kommentieren und von außen hineinzutun das nicht Gemäße. Was Gorki an Babel rühmte, das Vermögen, die Menschen von innen her zu verschönen — hier ist es; und wie sie taumeln, und wie sie keuchen, geh, fall, kriech auf allen Vieren, wie sie gehn und niederbrechen und niederbrechen erneut, und doch vorankommen, und sich aufhelfen — um schließlich zu gehn. Das ist leicht nachgesagt: Die Kraft der Schwachen. Wäre sie nicht immanent, wären wir nicht, wäre sie nicht aktiv betont, wären wir nicht mehr.

Und so weit reicht das gar nicht zurück. Sicher zu Kleist, ganz sicher zu Büchner, von dem die Seghers sagte, daß mit ihm wohl die moderne deutsche Prosa anfange — das hat auch Zweig gesagt. Vielleicht fängt es wirklich mit jener Lenz-Novelle an.

„Den 20. Jänner ging Lenz durchs Gebirg. Die Gipfel und hohen Bergflächen im Schnee, die Täler hinunter graues Gestein, grüne Flächen, Felsen und Tannen.

Es war naßkalt; das Wasser rieselte die Felsen hinunter und sprang über den Weg. Die Äste der Tannen hingen schwer herab in die feuchte Luft. Am Himmel zogen graue Wolken, aber alles so dicht — und dann dampfte der Nebel herauf und strich schwer und feucht durch das Gesträuch, so träg, so plump.

Er ging gleichgültig weiter, es lag ihm nichts am Weg, bald auf-, bald abwärts. Müdigkeit spürte er keine, nur war es ihm manchmal unangenehm, daß er nicht auf dem Kopf gehn konnte.“

Die Tatsache, daß eine aus dem anderen zu reden vermag, liegt der Dichtung

sowieso zu Grunde. In Brentanos Sammlung findet sich das bekannte Lied von einem, der gern ein Vöglein wär und auch zwei Flügel hätt, und dem überdies keine Stund in der Nacht vergeht ohn' daß sein Herz erwacht „und an dich gedenkt“. Natürlich geht das nicht an, weder das Erwachen noch das Denken liegt in der Kompetenz der Herzen, aber jeder versteht: es ist von Sehnsucht die Rede — das schockiert also keinen. Dies andere schon eher: Da will einer auf dem Kopf gehen! Nichts mehr von einer Landschaft hier und einer Figur dort, von einem Autor vorgeführt: eins spricht im anderen, eins spricht durchs andere. Das klassische: „Der Stil — das ist der Mensch“, erfährt eine Differenzierung; sowieso braucht den Autor, aber es speist sich auch aus Figur und Milieu: Prosa von wenigstens drei Quellen her. Einmal mußte hinausgegangen werden über die erlebte Rede, und so wenig hier „gelassen betrachtet“ wird, so wenig der „gottgleiche Erzähler“ waltet, es kommt einem doch vor als eine sehr objektivierende Prosa, oder sagen wir getrost: gerade deshalb. Sie ist sehr nahe herangerückt an die Dinge, sie hat sich weit vorgewagt ins Wirkliche. Sie will aber nicht bloß wirkliche Dinge, sie will die Dinge, wie sie wirklich sind.

Seinen Lenz läßt Büchner sagen: „Die Dichter, von denen man sage, sie geben die Wirklichkeit, hätten auch keine Ahnung davon; doch seien sie immer noch erträglicher als die, welche die Wirklichkeit verklären wollten (...) Die Leute können auch keinen Hundestall zeichnen. Da wolle man idealistische Gestalten, aber alles, was ich davon gesehen, sind Holzpuppen. Dieser Idealismus ist die schmachlichste Verachtung der menschlichen Natur. Man versuche es einmal und senke sich in das Leben des Geringsten und gebe es wieder in den Zuckungen, den Andeutungen, dem ganzen feinen, kaum bemerkten Mienenspiel; er hätte dergleichen versucht im ‚Hofmeister‘ und den ‚Soldaten‘. Es sind die prosaischesten Menschen unter der Sonne, aber die Gefühlsader ist in fast allen Menschen gleich, nur ist die Hülle mehr oder weniger dicht, durch die sie brechen muß. Man muß nur Aug und Ohren dafür haben“ und: „Man muß die Menschheit lieben, um in das eigentümliche Wesen jedes einzudringen; es darf einem keiner zu gering, keiner zu häßlich sein, erst dann kann man sie verstehen. Das unbedeutendste Gesicht macht einen tiefern Eindruck als die bloße Empfindung des Schönen, und man kann die Gestalten aus sich heraustreten lassen, ohne etwas vom Außern hinein zu kopieren, wo einem kein Leben, keine Muskel, kein Puls entgegenschwillt und pocht...“ Er wollte „nichts Besseres gekleckst“ haben als die Schöpfung hervorbringt in Wirklichkeit, er verlangte in allem „Leben, Möglichkeit des Daseins, und dann ist's gut, wir haben dann nicht zu fragen, ob es schön, ob es häßlich ist.“

Er hat eher gefragt, ob etwas sich entwickelt, oder ob es abstirbt, ob es für die Menschen wirkt oder gegen sie. Was Lenz hier vorträgt, ist mehr Büchners Konzeption. Sie ist antiidealistisch wie antinaturalistisch. Sie beruft sich auf Shakespeare und Goethe — der eigentliche Gegenspieler ist Schiller. Sie meint aber dahinter vor allem jene Opposition, der Büchner selbst angehörte, deren

Programme und Taktiken aber nie ganz die seinen waren. Politischer Liberalismus ist gemeint, wenn ästhetisch „Idealismus“ gesagt wird; eine Konzeption wird verworfen, die mehr auf Veränderung der Individuen als auf Veränderung der gesellschaftlichen Umstände. Erziehung gewiß, aber nicht um den Preis des Aufschubs der Revolution, oder gar ihrer „Aufhebung“ im Evolutionären. Das ist die entschiedenste Gegenthese zur Ästhetik des deutschen Klassizismus, ihr folgt gleich der Gegenentwurf: Gegen alles Künstelnde in der Kunst, gegen das Zurechtgemachte und Bigotte. „Die Griechen wußten schon, was sie sagten, wenn sie erzählten, Pygmalions Statue sei wohl lebendig geworden, habe aber keine Kinder bekommen“ — sagt: Danton. Hundert Jahre später wird einer sagen, der ewigen Forderung nach Kunstfiguren aus Fleisch und Blut sei er gründlich leid, er kenne nur eine Möglichkeit, Wesen aus Fleisch und Blut zu erzeugen, die werde aber nicht am Schreibtisch praktiziert. Danton jedenfalls mißbilligt, mit ihm: Büchner. Zorn erfüllt ihn, wenn er den Künstler sieht, der „mit der Natur umgeht wie David, der im September die Gemordeten kaltblütig zeichnete und sagte: ich erhasche die letzten Zuckungen des Lebens in diesen Bösewichtern.“ Gegen das Unnatürliche *und* gegen das Ahumane: woher sollte bedeutende Prosa kommen, wenn nicht von dort? Der Dichter Büchner, der Arzt und der Politiker, sie wollen ans Leben heran so nahe wie möglich. Wo die Wirklichkeit mit Revolutionen schwanger geht, kann die Kunst nicht auskommen ohne sie. Schon gar nicht, wenn sie selbst auf die gesellschaftliche Veränderung hinwill.

Das ist gewiß nicht bloß ein Problem der Prosa, aber ihr ist es auch. Natürlich gibt es Mißverständnisse. Denn mit der Mitteilungssprache, wurde gesagt, mit der naturwissenschaftlichen oder philosophischen Abhandlung gleichviel, verhält es sich so: sie verlieren an Wirklichkeit, was sie gewinnen an Prägnanz. Wenn aber nun umgekehrt die Literatur ebenfalls zu bezahlen hätte; wenn die Genauigkeit literarischer Darstellung und Deutung von vornherein im Konflikt sich befände mit der Genauigkeit wissenschaftlicher Analyse und Synthese, Prognose und Therapie? Gegenstand der Literatur ist der Mensch — der ist aber auch Gegenstand etwa der Physiologie und Psychologie. Gegenstand der Literatur ist die Gesellschaft — die ist aber auch Gegenstand der Gesellschaftswissenschaft. Gegenstand der Literatur ist die Natur — die ist aber auch Gegenstand der Naturwissenschaft. Landläufige Witze fallen einem ein, etwa: Die Physik weiß alles über nichts, die Literatur nichts über alles. Andere Leute mögen andere Größen einsetzen; etwas Wahres bleibt. Aber dann wäre die Literatur ein Vehikel, Erkenntnisse bloß vermittelnd, die stammen von anderswo? Dann hätte jene recht, denen Kunst ohnehin vorkommt als eine höhere Art Schwindel, ganz amüsant zwar, aber doch nicht mehr? In Maßen auch die. Denn das Artifizielle, das subjektiv-originär und einmalig sein möchte, wenn es Dauer haben will, kann die Literatur nicht verleugnen, ihren Spielcharakter nicht, auch in deutlichsten Realismus ist Imagination. Und eben weil das so ist, ist da auch

Aneignung von Welt, Erkenntnis, anders als die wissenschaftliche oder praktisch-geistige, gerade deshalb gleichberechtigt neben ihnen. Die Literatur gibt Abbilder der Welt in Bezug auf den Menschen, und sie hat dabei mit dem Ganzen mehr zu tun als mit dem Einzelnen, mit dem Ensemble mehr als dem Speziellen. Die Prosa führt Menschen in ihrer Umwelt vor, in ihrer Beziehung zur Welt, die immer auch Rückbeziehung ist, und sie tut dies in bewegten Bildern, bewegten Abbildern einer bewegten Welt; ihr Gegenstand ist die Ganzheit des Weltgeschehens genauso wie die Ganzheit des Augenblicks. Weil der Autor ein Individuum ist, führt die Prosa Welt vor in einem individuellen Fall, sie führt Welt aber auch *an* einem individuellen Fall vor, an einer besonderen Erscheinung. Ihre Genauigkeit ist eine spezifische. Ansonsten hat sie genau so mit der objektiven Realität zu tun, wie jede andere Form menschlicher Erkenntnis auch.

Eben deshalb kommt auch größere Genauigkeit in der Literatur nicht zustande bloß durch fleißiges Studium etwa der Gesellschaftswissenschaften oder der Psychologie, obschon das nützlich ist und durchaus vonnöten, sie wird auch nicht verhindert durch die, wie man außer Haus hört, querulante Suche oder Sucht nach eigenem und gemäßen Ausdruck. Daß der Schriftsteller bemüht bleiben muß, auf die Höhe des Wissens seiner Zeit zu gelangen, und übrigens des Wissens über seine Zeit, steht außer Frage; er unterscheidet sich auch darin kaum von anderen. Aber davon gelingen die Werke noch nicht. Es bedarf schon der Anreicherung spezifisch künstlerischen Vermögens, und ferner: ganz einfach gelebt muß werden und gearbeitet. Und die historische Kluft muß abgebaut werden zwischen Kunst und Volk — von beiden Seiten her. Die Schwierigkeiten liegen nicht bloß bei den Produzenten, sie liegen auch bei den Verhältnissen und Gegenständen, zumal, wenn sie historisch neu auftreten.

Wo das Gegenteil verkündet wird, ist angezeigt, daß etwas in Gang ist oder notwendig in Gang zu bringen, das wesentlich hinausreicht über die Wirkungen, die Literatur allenfalls hervorrufen kann.

Zwischendurch kommen die Werke zustande. „Der Knabe war klein — die Berge waren ungeheuer.“ Das ist hingesetzt als große Exposition, nun kann das Dichtwerk sich entfalten, der König Henri Quatre seinen Weg nehmen durch seine Zeit für die unsrige, von seinem Autor herübergeholt. Solch ein Satz muß einem einfallen. Heinrich Mann ist er vielleicht eingefallen, weil der Autor sich in kaum anderer Lage befindet als dieser König der Franzosen, selbst wenn er nur annähernd Beträchtliches sich vornimmt. Was zwingt ihn dazu?

Vielleicht ist es, weil er die Welt nie so vorfindet, wie er sie sich vorstellen kann — und einrichten möchte? Vielleicht sind Schriftsteller einfach Leute, die nicht zurechtkommen mit der Welt und mit sich, und deshalb schreibend versuchen, Welt zur bewältigen, sich selbst zu bewältigen? Vielleicht ist es das noch nicht Erklärte, noch nicht Erkannte, noch nicht Erreichte — oder etwas von jenen Entdeckern, die ausfahren ins Ungewisse, ungefähr vielleicht wußten, wo sie hinwollten, aber nie, ob sie auch ankommen würden irgendwo? Der Mensch als

Schöpfer seiner selbst, der seiner selbst immer neu bewußt werden muß? Das Universum des Einzelnen, hineingestellt in das unerhörte Universum einer ungeheuren Welt? Das Aufheben des gelebten Lebens und die immer neue Überwindung der „Spanne zwischen Frost und Feuer“, zwischen Sein und Bewußtsein, Vergangenheit und Zukunft, Leben und Tod? — Das sind alles Pole, zwischen denen das weite Feld sich erstreckt, mit seinen Linien und Spannungsbögen, die alle von einem einzigen Pol nicht möglich sind, weil die Natur kein Kraftfeld und keine Spannung hervorbringt ohne Gegenpol, ohne Kontrast, ohne Widerspruch: eben darin besteht ihre Einheit. Wenn es einfacher wäre, wäre es nicht. Und unermüdlich erzählend wie das Meer? Prosa ist schon immer mit dem Meer verglichen worden, zu Zeiten des Homer, zu Zeiten Hegels, der die Epik bestimmte als mittlere der literarischen Gattungen zwischen Lyrik und Dramatik, und er war darin der erste nicht; sie wird es auch heute noch. Sie fließe breit dahin wie ein mächtiger Strom, in den man nicht zweimal steigen kann, sagte Tolstoi, an Heraklit gelehnt, und Thomas Wolf hielt das überhaupt für die wichtigste Forderung an gute Prosa, nämlich daß es darin „brodeln und strömen“ müsse. Feine Köpfe werden den feinen Haken finden: Ströme haben eine Richtung — welche Richtung hat das Meer? Muß nicht Anfang und Ende sein und also Richtung von hier nach dort, braucht nicht ein Flußbett, und einen Nachen vielleicht, auf daß die Wasser befahrbar würden?

Also die Fabel, wie Aristoteles sie definiert hat — Arnold Zweig schreibt ihr das „Geheimnis des europäischen Romans“ überhaupt zu, im Unterschied zu jenem „falschen, autobiografischen Roman der deutschen Klassiker“, gegen den er polemisiert. „In naiver Selbstüberschätzung sind sie nicht selten der Meinung, die Tatsache, daß ihr Held geboren wurde, lebte, liebte und starb, sei eminent genug, um einem Kunstwerk als Fabel zu dienen; manchmal erstrecken sie diese Wichtigkeit auch auf Vorväter, und so entsteht der Entwicklungs- und der Familienroman. Aber diese Art Fabel teilt der Mensch mit jedem Lebewesen, ob Fisch oder Baum, und sie reicht selbst bei Künstlern wie Gottfried Keller zur Achse eines Kunstwerks nicht aus. Was nämlich die Fabel leisten muß, ist die Verknüpfung so wesentlicher Ereignisse und auf so wesentliche und aufschlußreiche Art, daß durch diese Verknüpfung die Transparenz des Lebens erreicht wird; daß der Leser erschüttert oder entzückt ausruft: „Ja, so ist's, es ist wirklich so . . ! Wenn das Bildungsgesetz der Fabel mit einem der zahllosen Bildungsgesetze des Lebens zusammentrifft, entsteht diese Wirkung.“ Und anderswo heißt es: „Die Handlung strömt (dabei immer) auf einen (bestimmten) Punkt zu, aber sie strömt auch von einem nicht minder wesentlichen Punkt weg. Sie ist eingespannt zwischen zwei Augenblicke“.

Nun, Zweigs Romane folgen in etwa diesem Modell, und die Fälle, die seine Fabeln markieren, sind zumeist Justizfälle — im Grischa, in der Erziehung vor Verdun, sie begleiten den ganzen Zyklus vom großen Krieg der weißen Männer. Es ist aber schon nicht mehr die aristotelische Fabel, die hier gemeint wird. Die

ging aus von der Geschichte des Odysseus, welcher über die Meere verschlagen wird, weil Poseidon ihn dauernd verfolgt, wobei er, Odysseus nämlich, allenthalben erlebt, und anderswo geschieht einiges in seiner Abwesenheit. Diese Fabel verlangt lediglich, daß jemand dies und jenes erlebt aus dem „Weil“ eines Antriebs heraus. Die Dinge sind komplexer und differenzierter geworden seit Homer, es hat sich einiges getan in der Welt und der Epik. Mit dem aristotelischen Fabelmodell ist schon den großen Engländern nicht mehr beizukommen oder gar dem französischen Roman des 19. Jahrhunderts; von Tolstoi „Krieg und Frieden“ erst gar nicht zu reden. Die Verknüpfung wesentlicher Stationen des zu Erzählenden auf wesentliche Art — das ist ein anderer Kasus, der hat auch die Verknüpfung von Thema und Sujet im Sinn, von innerer und äußerer Handlung, von Motiven und Symbolen, und die „flexible Größe“ Gesellschaftsroman hat ihn weit weggeführt von den schlicht gebündelten Geschichten des pikarischen Romans und von jenen Rahmenerzählungen, unter denen Episodisches sich fassen ließ. Ob also Heinrich Mann, in einem Essay über Feuchtwanger, von „Antrieb und Gelegenheit“ spricht, Bruder Thomas von „Maß und Mitte“, Fontane von den „Anstößen“, die „über sich hinausweisen“ — es zielt aufs gleiche hin, und es sind Figuren bloß zu jenem Schillerschen Satz, der den Zweck des epischen Dichters schon in jedem Punkte seiner Bewegung erblickt: „darum eilen wir nicht ungeduldig zu einem Ziele, sondern verweilen mit Liebe bei jedem Schritte“. Die Teilstücke folglich sind im Epischen ungleich selbständiger als in der Lyrik oder Dramatik, wenngleich sie natürlich Teile eines Ganzen bleiben: sie hängen mit anderen zusammen und weisen auf sie. Nur braucht es nicht, sagt Wolfgang Kayser, das Vorausweisen und Herausfordern von etwas Kommendem zu sein, so daß eine Handlung sich fest fügt — es kann sich auch und gerade um die Erweiterung des Räumlichen handeln, um die Öffnung weiterer Horizonte in jegliche Richtung, vom Vordergrundgeschehen beispielsweise in die Tiefe des eigentlichen epischen Vorgangs.

Da aber Fabeln einen notwendigen Anfang und ein notwendiges Ende haben möchten — das „notwendig“ anbei dreimal unterstrichen — wäre zu fragen nach der nächsten Einheit, in der sie sich realisieren.

Diese Handlungseinheit ist aber die Szene. Sie hat manches gemein mit der dramatischen Szene, in der epischen freilich ist jedes Wort und jede Geste noch vom Erzähler getönt, und etwa der Dialog, der dort bestimmend ist, ist hier nur ein Mittel unter anderen. Sie stellt alles Geschehen, das der Erzähler zu erzählen hat, andauernd in eine größere Welt, eine äußere wie innere, sie macht Handlung erst möglich und ordnet Reflexion und Betrachtung, Beschreibung und Bericht zu in beliebiger Zeitebene; sie ist strukturbestimmend. Die gängige Einteilung des Romans in Kapitel besagt wenig, ja es waltet da geradezu die erstaunlichste Willkür — Struktur zeigt sich erst bei szenischer Analyse. Die Zuordnung, das Mit- und Gegeneinander macht die ausgesparten Räume sprechen, und oft sind es gerade sie, auf die der Erzähler hinwill: ein Ding wird so

eingekreist, daß es sich hervorhebt und aussagt. Daß der eine mehr wegläßt, der andere weniger, sind Fragen der Eigenart — alle bedienen sich des gleichen Grundprinzips. Erstaunliche Virtuosität wird mitunter erreicht und der Blick für formal Neues geschärft, wenn einige wenige Mittel auf Kosten anderer herausgehoben, „verabsolutiert“, auf partiellen Gewinn hin angestrengt werden — im Ganzen aber tritt eher Verlust ein. Dennoch verdankt die Prosa solchem Versuch manche neue Möglichkeit, manchen empfindlicheren Seismographen. Die gleichzeitigen Verluste an Material, an Welt, an Tendenz müssen allerdings bewußt bleiben. Weltverlust ist immer Ich-Verlust — und umgekehrt.

Es ist aber bei jener Prosa, von der hier die Rede ist, immer die Rede von ihrer Richtung auf die Realität hin, und es ist die Rede von der Richtung der Realität. Diese Prosa will die Welt nicht bloß interpretieren, sie will teilhaben an ihrer Veränderung. Sie will nicht das Spezielle und Elitäre auf Kosten des Allgemeinen und Weitwirkenden, sie will das Spezielle *im* Allgemeinen. Das ist die Hauptsache, könnte man meinen. Damit fängt aber alles erst an.

Also sieht man dort einen sitzen, der dem großen scheuen Fisch das Reden beibringen will, auf daß seine Leute ihn verstünden — mitunter gelingt das. Da sitzt ein zweiter an einem vermutlich fischlosen Kanal, wirft seine Netze aus; der tut das aus verschiedenen Gründen, auch, weil Vermutungen keine Beweise sind, und weil es ihn gerade dorthin verschlagen hat; überhaupt treten die Leute ja immer wieder an gegen das Aussichtlose, das manchmal bloß vermeintlich ist. Welche fahren mit Netzen hinaus, einzeln oder in Flotillen; Raubfischer fischen mit Dynamit. Die Fischer unterscheiden sich auch danach, auf welche Sorte Fisch sie ausgehen — mitunter findet einer nicht das richtige Angelzeug, und es ist vorgekommen, daß etwas ins Netz ging oder an den Haken, darauf der Fischer nicht vorbereitet war: mit und ohne Erfolg. Auch wenn man den Fisch hat, hat man noch nicht viel. Unter anderem, weil er noch auf den Markt muß.

Dort sind Heringe billig, Kaviar ist teuer, Stör kommt nicht vor. Der Preis ist abhängig von Angebot und Nachfrage, aber natürlich wird gelegentlich unter Wert verkauft, häufig darüber. Der Fischmarkt ist manipulierbar, wie andere Märkte auch. Und gelegentlich wird der Fisch zum bekömmlichsten erklärt, der gerade haufenweis anliegt — auf die Dauer setzen sich aber doch Bedürfnisse durch nach gewissen Fischen. Fängt die einer, kann es sein, er erzielt zeitweilig Überpreise — das hat manchen vormals nüchternen Fischer um den Verstand gebracht. Übrigens ist Frischfisch empfindlicher als Gefrierfisch. Steigende Tendenz in Importen. Es haben sich aber beträchtliche Erfolge eingestellt bei der Erziehung der Leute zu Fischessern; überdies weiß man: nicht den Vegetariern verdankt die Menschheit ihre Entwicklung. Und natürlich ist dies das Seemannsgarn, der Fischfang ist beschwerlicher.

Unter anderem, weil einer, der sich aufs Erzählen einläßt, sich mit dem Zeitproblem anlegt, das wiederum aufgehoben ist in dem anderen Problem: Komposition. Weil jegliche Gelegenheit ihr Maß und ihre Mitte hat, kann immer nur

getan werden, was die gegebene Gelegenheit zuläßt. Aus ihr muß herausgeholt werden, was immer herauszuholen geht, nicht aber hineingepropft, was anderer Gelegenheiten bedarf. Also muß, wer ein Stück Gegenwart zur Sprache bringen, ein Schicksal dieser Zeit sprechen lassen will, das Maß und den Raum finden, in denen Ausschnitt und Einzelschicksal sich ganz verwirklichen können: nur so können sie über sich hinaus. Es muß versucht werden, die Dinge „historisch zu machen schon zu ihrer Zeit“ — ein Vermögen, das man immer nur in der Annäherung erwirbt, und nur in der Annäherung ist das Bild jeweils möglich. Aber wenn es gelingt, ist immer mehr gelungen als das Einzelne.

Wenn das Mädchen Rita gesehen hat, was es auf sich hat mit der Teilung des Himmels, wenn sie ihre Geschichte, die ein Teil nur ihres Lebens ist und ein Splitterchen vom Ganzen, gelebt hat bis zu diesem Punkt, kann gesagt werden: Sie „macht einen großen Umweg durch die Straßen und blickt in viele Fenster. Sie sieht, wie jeden Abend eine unendliche Menge an Freundlichkeit, die tagsüber verbraucht wurde, immer neu hervorgebracht wird. Sie hat keine Angst, daß sie leer ausgehen könnte beim Verteilen der Freundlichkeit. Sie weiß, daß sie manchmal müde sein wird, manchmal zornig und böse. Aber sie hat keine Angst. — Das wiegt alles auf: Daß wir uns gewöhnen, ruhig zu schlafen. Daß wir aus dem Vollen leben, als gäbe es übergenug von diesem seltsamen Stoff Leben. — Als könnte er nie zu Ende gehen.“

Der Umweg, von dem die Rede ist, erweist sich als ein direkter Weg — in dieser Sache ist die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten nicht die Gerade. In dieser Geschichte aus dieser Zeit ist mehr verabschiedet als etwa der Manfred Herrfurth, um den sich viele mühten, weil es um jeden geht; einige nicht, und auch sie repräsentieren ihre Zeit: Letztlich war er selbst schon zu weit fortgegangen. Es ist mehr verabschiedet — und mehr gewonnen. Zur Sprache gebracht ist, was Antrieb und Gelegenheit zuließen, und was die Fabel trug: nicht ein Kompendium zur Geschichte dieses Landes. Das Mädchen Rita, der Genosse Meternagel, die Schwarzenbachs und Wendlands und jener Mangold sogar, denn es geht dialektisch zu — sie haben diesen seltsamen Stoff Leben zwiefach verändert und herübergehoben für uns: in der Wirklichkeit und in unserem Bewußtsein. Genau darauf aber hat Christa Wolf abgezielt. Freundlichere Zeiten kommen nicht, sie müssen gemacht werden.

Daß dies hier, in dieser Geschichte, so sichtbar verwoben ist ins Getane und Unterlassene, ins Innere Einzelner und ins Gemeinsame Vieler, ins Belebte, das aufgehoben ist für künftiges Leben — das weist hin auf die vielleicht unerhörteste Chance der Prosa: sie ist an keinerlei naturales Nacheinander gebunden, sie postuliert in sich ihre eigene Zeit. Auch dort, wo eine Geschichte äußerlich ganz chronologisch verläuft, folgt sie im Innern ihrem eignen Gesetz und ihrer eigenen Uhr — so besehen begibt sich mit der Karenina nichts anderes als mit der Bovary oder der märkischen Effi Briest, und von Bobrowski zu Grimmlausen ist's gar nicht so weit. Es ist ein Realismus der zeitlichen, also gesellschaft-

lichen Entsprechung — nicht der schmerzlichen Deckungsungleiche einer im Wirklichen schon aus den Fugen geratenen Zeit, die, undurchschaut, für undurchschaubar genommen wird: erlebte, aber in der Ursachen nicht begriffene Selbstentfremdung zieht nach sich die Selbstentfremdung der künstlerischen Mittel . . . Der Erzähler ist an keine Einheit von Ort, Zeit und Handlung gebunden und an keine objektiven chronologischen Abfolgen — aber er ist eingespannt zwischen zwei Pole: er muß fabulieren und sich „überraschen lassen“, das ist dem Erzählen immanent — er hat andererseits sein Material zu planen, auszuwählen, Abläufe im Voraus festzulegen. Das Sujet ist nichts anderes als die Logik der Entwicklung einer Figur, Komposition nichts anderes als die Logik der Entwicklung eines Themas — sagt: Konstantin Fedin. Der hiesige Streit um den seltsamen Begriff Sujet könnte damit abgeheftet werden, es wäre ein gutes Ende. Einmal entworfen und auf die Beine gestellt, entwickelt die literarische Gestalt Eigenleben, sie kann nicht mehr überall hin, wo der Autor sie hinhaben möchte, sondern nur, wo sie ihrer inneren Logik und ihren Möglichkeiten entsprechend hinkann. Aber auch die Idee, das Thema, die gedankliche Konzeption verändern sich während des Schreibens; Sujets und Komposition entwickeln sich nicht bloß mit- und aneinander, sondern auch gegeneinander. Wo eins auf Kosten des anderen vernachlässigt, eins auf Kosten des anderen forciert wird, beginnt schon die Kolportage, oder einfach: das Mißlungene. Hier ist aber das Zentrum, von dem aus die Schwierigkeiten sich organisieren, zuzüglich jener, die herrühren von der Notwendigkeit, eine immer mehr sich differenzierende Welt in möglichst prallen Ausschnitten und möglichst großer Tiefe und Eindringlichkeit auf die Komplexität des Epischen zu bringen. Es bedarf schon eines guten Blicks für die Spezifik der Gattung, wenn jenes notwendig angestrebte Maximum an poetischer Intensität erreicht werden soll.

Die Prosa, von der hier die Rede ist, will gerade darauf hinaus. Sie hat ihren Tolstoi noch nicht gefunden. Sie hat aber Themen vor sich, die nicht minder beträchtlich sind als jene, vor die jener sich gestellt sah — sie sind eher beträchtlicher. Mit deren Erschließung hat sie beträchtlich begonnen.

Es ist ihr nicht mehr so sehr um die Ausnahmefigur zu tun, um den überragenden Einzelnen; sie weiß, daß eine überragende Gesellschaft nur die Summe sein kann aus Einzelnen, die einander wenigstens annähernd ebenbürtig sind: jeder auf andere Weise bedeutend. Den macht sie zu ihrem Helden, den sucht sie als ihren Leser, sie bringt ihn selbst mit hervor. Eben weil sie teilhat an den Klassenkämpfen ihrer Zeit, eben weil sie in und mit der gesellschaftlichen Praxis ihrer Zeit hinwill auf die künftige klassenlose Gesellschaft, ist sie parteilich. Sie wird von Sozialisten gemacht in Richtung auf den Sozialismus.

Es geht dieser Prosa permanent um Hermann Kants: „Hier wird schon noch geredet werden . . .“ Einen sicheren Fundus hinter sich, fängt sie immer wieder damit an, weil immer wieder damit angefangen werden muß.

Opposition — am Beispiel H. M. Enzensberger

— ein Vortrag —

Vor das Thema „Engagierte Literatur — am Beispiel Enzensberger“ gestellt, gehe ich von folgenden drei Voraussetzungen aus:

- 1.) Kultur ist Kompensation. Kunst ein Mittel, mit dem man der Provokation durch die Realität eben ausweicht. Wer nicht handeln kann, macht Kunst. Kunst ist a priori Ersatzbefriedigung. Kunst versöhnt mit der unversöhnlichsten Realität. Kunst verträgt sich mit jeglicher Barbarei bestens. Denn Kunst ist ein Rauschmittel im Sinne Sigmund Freuds, der in seinem Essay „Das Unbehagen in der Kultur“ sagte: „Diese Rauschmittel (die Künste) tragen unter Umständen die Schuld daran, daß große Energiebeiträge, die zur Verbesserung des menschlichen Loses verwendet werden könnten, nutzlos verloren gehen“. „Engagierte Kunst“ ist also ein falscher, ein irreführender Terminus. „Die Kunst“, so Herbert Marcuse, „kann niemals politisch werden, ohne sich zu vernichten, ohne gegen ihr eigenes Wesen zu verstoßen, ohne abzudanken“.
- 2.) Der repressive Charakter unserer Gesellschaft bewirkt, daß diese permanent auf Ersatzbefriedigungen angewiesen ist, auf Rauschmittel aller Art. Deshalb kann derjenige, der solche Rauschmittel produziert (und handle es sich dabei auch bloß um Kunst), einen relativ hohen Stellenwert in der gesellschaftlichen Hierarchie erreichen. Obwohl der Künstler kein Eigentümer an Produktionsmitteln ist, sondern nur Scheinproduzent (und damit freilich auch Produzent des ideologischen Scheins), gehört er dennoch zu dem, was man heute Establishment nennt. Er ist, Dahrendorf schreibt darüber, an der Herrschaft beteiligt, übt sie mit aus.
- 3.) Die einzige Möglichkeit des Künstlers, jene Herrschaft, die er selbst mitrepräsentiert, zu desavouieren, besteht darin, den gesellschaftlichen Stellenwert, den er mit der Produktion von Rauschmitteln erlangt hat, für jene zu nützen, denen — weil sie das Bildungsprivileg nicht genossen — noch nicht einmal die Rauschmittel der Künste zur Verfügung stehen; d. h. der Künstler solidarisiert sich z. B. mit der sog. „Straße“, auf der allein heute ja noch Reste gesellschaftlichen Bewußtseins sich zu artikulieren versuchen. Gehen wir von der gerade in diesen Wochen so drastisch bestätigten Binsenwahrheit aus, daß gegen Gewalt nur Gewalt hilft, so kann der Künstler gewalt-tätig nur wirken, wenn er sich

zum Anwalt jener macht, die die revolutionäre Gewalt gegen die konterrevolutionäre setzen, wenn er — heißt das — jener Klasse, die ihn schon zu den ihren zählte, in den Rücken fällt, sie so spektakulär wie möglich verrät, bloßstellt (Maurice Merleau-Ponty hat in „Humanismus und Terror“ schon in diese Richtung gewiesen). Besonders wirkungsvolle Beispiele für derartigen Verrat lieferte Enzensberger, als er einen der Preise, mit denen sich die herrschende Klasse bei ihm für die Produktion von Rauschmitteln bedanken wollte, nicht annahm und einen anderen Preis jenen zur Verfügung stellte, die von dieser Klasse verfolgt werden (ich meine den Nürnberger Kulturpreis). Das publizistische Echo gerade auf diesen letzten „Verrat“ war bei weitem größer als das Echo auf die einzelnen Gedichtbände Enzensbergers — und wirkungsvoller schon deshalb, weil es nicht ausschließlich auf die Kulturspalten unserer Presse abgedrängt werden konnte.

Von allen westdeutschen Autoren setzte Enzensberger seinen gesellschaftlichen Stellenwert am bewußtesten und wirkungsvollsten für die politische Aktion in der hier definierten Art und Weise ein; zuletzt in diesem Frühjahr, als er die Gastdozentur an einer amerikanischen Universität vorzeitig aufkündigte und seine Begründung hierfür mit dem Hinweis schloß, im Herbst für etliche Zeit nach Cuba überzusiedeln, in jenes Land also, das für die USA — in grotesker Vertauschung der realen Macht- und Größenverhältnisse — noch immer Staatsfeind Nr. 1 ist. Doch auch und gerade jene Autoren, die sich der hier skizzierten Problematik überhaupt nicht bewußt sein mögen, liefern den Beweis dafür, daß in unserer Gesellschaft der Künstler Wirkungen nur außerhalb seiner Kunst erzielt. Man denke etwa an Uwe Johnson, der einen westdeutschen Skandal provozierte, als er vor einigen Jahren in Italien das über die Berliner Mauer äußerte, was er schon immer in seinen Büchern vertreten hatte. Oder man erinnere sich an den letzten Fall dieser Art, als nämlich der Schriftsteller Thomas Bernhard in Österreich einen Skandal verursachte, indem er sich für einen Staatspreis mit einer Rede revanchierte, die als unverschämter und frecher Undank empfunden wurde, obwohl sie ganz genau dem entsprach, was alle Bücher Bernhards artikuliert hatten, denen doch dieser Preis zugedacht war! Und wer Enzensbergers Gedicht „Schaum“ kennt, wird zugeben müssen, daß es darin weitaus aggressiver zugeht als in sämtlichen Verlautbarungen zusammen, die wir von diesem Autor kennen; doch lediglich die letzteren hatten jene Wirkung, auf die allein es heute ankommt. Bezeichnend hierfür, was man im Biographischen Archiv, im sog. „Munzinger-Archiv“ unter dem Stichwort „Enzensberger“ nachlesen kann: „Weniger durch die ausgezeichnete Qualität seiner Verse als durch die Verbitterung in seinen Angriffen auf die Kraßheiten des westdeutschen Industriewunders kam Enzensberger zu Ruhm und Gegnern“.

Inzwischen geht es freilich bei Enzensberger längst nicht mehr ausschließlich um „die Kraßheiten des westdeutschen Industriewunders“, sondern um die Kraßheiten einer Privilegierten-Kultur, die nicht nur die Mehrzahl der Menschen im eigenen Kulturraum niemals aus lebenslänglicher materieller Abhängigkeit und

Unfreiheit entläßt, sondern darüberhinaus die gesamte übrige, die Dritte Welt zu ewiger Sklavenkultur verurteilen will. Inzwischen hat Enzensberger die einzig mögliche Konsequenz aus seinen Einsichten gezogen, er mochte sich nicht mit Martin Walsers Konstatierung begnügen, die lautet: „Unsere Einsichten sind unserer Literatur voraus“, sondern er hat — jedenfalls bis auf weiteres — die Produktion von Rauschmitteln eingestellt. Er versucht, der affirmativen Kultur den Rücken zu kehren bzw. ihr in den Rücken zu fallen. Mit allen ihm möglichen Mitteln. Z. B. der Herausgabe einer Zeitschrift, „Kursbuch“, die 1965, als sie gegründet wurde, sehr wohl noch Ästhetisches im Sinn hatte, Gedichte und Prosa präsentierte, wie sie in anderen Zeitschriften ebenso kulinarisch zu finden waren, aber schon in Heft 2 ausschließlich Politisches intendierte, ausschließlich Theorie brachte — also Ernst machte mit der Einsicht Bertolt Brechts, der auf die Frage „Was also von dieser Kultur verteidigen wir“ meinte: „Die Antwort muß heißen: jene Elemente, welche die Eigentumsverhältnisse beseitigen müssen, um bestehen zu bleiben“. Dieses längst berühmt gewordene zweite „Kursbuch“-Heft, das ausschließlich Problemen der Dritten Welt gewidmet war, bedeutete — dankbar können wir das feststellen — im Grunde den Anfang einer neuen Linken in der Bundesrepublik, einer Linken, die man nicht mehr mit dem etablierten Kommunismus identifizieren konnte; dieses Heft führte vor allem mit zu den Berliner Ereignissen vom 2. Juni des vorigen Jahres, die Enzensberger endgültig davon überzeugten, daß sein Platz nur auf der Seite der „Kulturlosen“ sein könne, auf der Seite jenes Heizers Hieronymus, dem er in seiner Nürnberger Rede ein Denkmal setzte: „Der Heizer Hieronymus war kein Kulturträger, kein Amtswalter und kein Blockwart. Er waltete nicht, er wollte nicht warten, er konnte es nicht ertragen. Was die Richter ihm vorwarfen, weiß ich nicht. War es Zersetzung der Wehrkraft, war es Staatsgefährdung in Tateinheit mit Geheimbündelei, war es Landesverrat, war es Verstoß gegen das Parteienverbot? Und was ist ihm dafür zuteil geworden? Ich weiß es nicht. Aber fest steht, daß es kein Kulturpreis war.“ Am 2. Juni 1967 spätestens wurde es Enzensberger klar, daß der Heizer Hieronymus nicht spurlos verschwunden ist. „Er ist wieder da, in andern Kellern, unter anderem Namen, und mir scheint, als verteidige er heute wie damals die Kultur, nicht diese oder jene oder unsere, sondern die Möglichkeit, daß überhaupt einmal Kultur sei, gegen seine Ankläger und seine Richter.“ Im Oktober des vorigen Jahres zog Enzensberger vorläufige Bilanz in einem Brief an Justizminister Heinemann; in diesem finden sich die Zeilen: „Allzuviel Optimismus, Reformfreude, blindes Vertrauen auf die Staatsgewalt, das ist es, was ich mir vorzuwerfen habe. Noch im März dieses Jahres dachte ich, man riskiere wegen seiner politischen Gesinnung in diesem Lande weiter nichts, als vor Gericht gestellt zu werden. Inzwischen weiß ich anders. Wegen seiner politischen Gesinnung, ja selbst des Versuchs wegen, sich eine politische Gesinnung zu verschaffen, die man noch gar nicht hat: bei dem Versuch, herauszufinden, was bei uns auf offener Straße geschieht, kann man auf offener Straße erschossen werden.“

Tatsächlich hatte Enzensberger noch 1963, anlässlich der Verleihung des Büchnerpreises in Darmstadt, den er zwar noch nicht den politisch Verfolgten zur Verfügung stellte, aber für den er sich mit einer ungewöhnlich scharfen, an Gesamtdeutschland Kritik übenden Rede bedankte, tatsächlich hatte er damals noch geglaubt, Büchner (den er natürlich gegen den Klassiker, zu dem er hierzulande entschärft wurde, verteidigte), Büchner also in einem Punkt doch korrigieren zu müssen; er zitierte ihn folgendermaßen: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es dies, *nicht* Gewalt. Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Hilfe.“ Das „nicht“ im ersten Satz sowie der ganze zweite Satz stammten nicht von Büchner, sondern von Enzensberger. Doch bereits 1964 zitierte Enzensberger Büchners Brief vom 5. April 1833 richtig: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt“. Enzensberger hatte inzwischen den Blick über Gesamtdeutschlands hinausschweifen lassen, er hatte die Dritte Welt entdeckt, und wir, man wird das zugeben müssen, durch ihn, weil er nämlich dafür sorgte, daß die theoretische Literatur zu diesem Thema, von Merleau-Ponty bis Frantz Fanon, im Suhrkamp-Verlag endlich erschien. Er hatte entdeckt — ich meine, man darf es eine Entdeckung nennen, zumal inzwischen selbst katholische Bischöfe dieser Entdeckung zugestimmt haben —, daß nämlich die Welt nicht mehr in einen westlichen und östlichen Machtblock zerfällt, sondern in die reichen und die armen Völker. Enzensberger schrieb: „Das Verhältnis zwischen armen und reichen Völkern ist das einzig revolutionäre Element in dieser Welt. Nur mit Gewalt kann dieses Verhältnis aufrechterhalten, nur mit Gewalt kann ihm abgeholfen werden. Solange es sich mit jedem Tage zuspitzt, wissen die armen Völker, was sie von uns zu erwarten haben. Alles, was wir ihnen bewilligen, wird uns durch die Notwendigkeit abgezwungen, und selbst das Bewilligte werfen wir ihnen hin wie eine erbettelte Gnade und ein elendes Kinderspielzeug, um dem ewigen Maulaffen Asien unsere guten Geschäfte vergessen zu machen. Im übrigen haben wir unsere Paläste unter Denkmalschutz gestellt und uns einem neuen Motto verschrieben: Friede den Eigenheimen am Rhein und am Hudson! Krieg den Hütten am Kongo und am Mekong! Wer immer auf Büchner sich berufen kann, wir sind es nicht.“ Doch die Entdeckung der Dritten Welt bedeutete auch eine andere, eine neue Einschätzung der Lage im eigenen Lande, vor allem der Lage der Arbeiterklasse, die längst keine revolutionäre Klasse mehr war, schon weil sie an der Ausbeutung der Dritten Welt mit profitierte. In seinem Aufsatz „Berliner Gemeinplätze“, publiziert in „Kursbuch 11“, steckte Enzensberger das Feld neu ab, auf dem wir uns hier bewegen, noch bewegen dürfen. Keine Chance gab er dabei der — wie er sie nannte — „moralischen Aufrüstung von links“, also jenen, die immer noch meinen, wenn wir nur die KPD hätten, wär’ alles wieder gut, und nicht begreifen, daß gerade sie im Parlament nur Alibifunktionen für das herrschende System haben könnten — jene Alibifunktion, die das Parlament ja auch ohne KPD schon hat, bei Johannes Agnoli kann man darüber nachlesen. Daß der parlamentarische Weg zum Sozialismus eine Chimäre ist, bewies zuletzt das

Beispiel Griechenland, Italien wird es noch beweisen. Die einzige Chance, auch bei uns wieder einen revolutionären Prozeß in Gang zu setzen, gab Enzensberger in diesem Aufsatz mit Recht den Randgruppen, die „disparat bis zur Groteske“ sind: also beispielsweise den Schülern, Deserteuren, Arbeitslosen, Philosophen, Hippies, Studenten, unzufriedenen Frauen, Ostermarschierern, Gastarbeitern etc. Deren wichtigste Freunde und Helfer sieht Enzensberger in Polizei, Justiz und Geheimdienst, dem ganzen Unterdrückungsapparat des Systems, der diesem „Feinde auf Lebenszeit“ schafft. Auf alle Fälle sind es heute Privilegierte, „Studenten und Intellektuelle, die das System direkt angreifen, eine Ironie, die der Plankapitalismus nicht vorhergesehen hat und die deshalb besondere Wut hervorruft“; zumal der Plankapitalismus im Zuge des technischen Fortschritts, vor allem der Automation, sich gezwungen sieht, immer mehr Menschen an der Bildung zu beteiligen, zu Privilegierten werden zu lassen.

In diesem Aufsatz „Berliner Gemeinplätze“ gibt es einen Abschnitt, „Offenbarungseid“ überschrieben, in dem Enzensberger Rückschau hält, die Rolle der linken Intelligenz in den Fünfziger Jahren beschreibt, also auch seine eigene Rolle; es lohnt sich, diesen Abschnitt zu zitieren: „Diese linke Intelligenz war literarisch fleißig und fruchtbar, doch politisch im tiefsten Sinne unproduktiv. Sie bestand in der Hauptsache aus gebrannten Kindern, aus Alt-Sozialdemokraten, Neo-Liberalen und Spät-Jakobinern. Die einzige theoretische Basis, die sie verband, war eine unbestimmte Negation, nämlich der Antifaschismus. An das historische Trauma von 1945 blieb diese Intelligenz gebunden, fixiert an spezifisch deutsche Komplexe und Erscheinungen, von der Kollektivschuld bis zur Mauer, unfähig zu einem Internationalismus, der über die Rhetorik der Völkerverständigung hinausgegangen wäre. Moral ging ihr vor Politik. Der Sozialismus, dem sie anhing, blieb nebulös, schon aus Mangel an Kenntnissen; ihre soziologische Bildung war gering, ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus neurotisch und vordergründig. Pazifismus und Philosemitismus waren vorherrschende Tendenzen; mit wissenschaftlichen, technologischen und ökonomischen Fragen hat sich diese Intelligenz wenig und spät beschäftigt. In politischen Dingen hat sie sich eher reagierend als agierend geltend gemacht. Zu Erfolgen hat sie es, nicht von ungefähr, nur auf einem einzigen Gebiet gebracht: bei der Verteidigung der Meinungsfreiheit, also bei der Vertretung ihrer eigenen Interessen und der Behauptung ihrer eigenen Privilegien . . . Eine politische Theorie, die diesen Namen verdienen würde, hat sie nicht hervorgebracht. Die Niederlage der reformistischen Intelligenz in Deutschland ist vollkommen. Die Große Koalition von 1966 hat sie besiegelt, der Berliner Sommer von 1967 hat sie vor aller Augen demonstriert. Mit ihrem Narrenparadies ist es vorbei, die Zeit der schönen Selbsttäuschungen hat ein Ende.“

Hier ist der Punkt erreicht, wo wir einen kurzen Blick zurückwerfen können auf das Narrenparadies des *Lyrikers* Hans Magnus Enzensberger, auch wenn uns dieses in sehr weiter Ferne zu liegen scheint. Jedoch: zu überspringen war die

Periode der Negation, die Rauschgift-Periode sicherlich nicht. Rekapitulieren wir, 1957 erschien Enzensbergers erster Gedichtband: „Verteidigung der Wölfe“. Schon der Titel verrät die ideologische Position des Autors. Er ist offenbar von denen enttäuscht, die inzwischen etwas mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Er flüchtet sich in den Zynismus, verteidigt die Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten — und übersieht dabei, daß die Ausgebeuteten u. a. ihre Ausbeuter deswegen nicht zu durchschauen vermögen, weil diese ja eben nicht mehr als „Wölfe“ auftreten, wie Enzensberger suggeriert, sondern als Lämmer. Enzensbergers Haß gegen den Kleinbürger, den dieser erste Gedichtband durchgehend dokumentiert, trägt selbst kleinbürgerliche Züge. Statt Aufklärung bietet Enzensberger hier Ressentiments oder Sentiments. Alternative scheint ihm nur das Abseits. Gegen die „engerlinge in uniform“, die „schütterten wölfe“ und „geschminkten keiler“ (man beachte die Platttheit der metaphorischen Denunziation), gegen den „stinkenden bruder“ und das „sozialvieh stimmpartner“ weiß Enzensberger hier nur, wie unzählige deutsche Dichter vor ihm, eine scheinbar heile Natur zu setzen oder aber Benns „reinen Ausdruck“ samt seiner Geschichts- und Fortschrittsfeindlichkeit:

„katastrophen? kaffeeklatsch der geschichte,
überdauert von tonkrügen, von profilen,
und von deinen aprikosen, candide.“

Nicht nur in diesem ersten Gedichtband gibt sich als Enzensbergers gefährlichste Schwäche eine fatale Zivilisationsmüdigkeit zu erkennen. Der Autor wünscht sich hier zu makedonischen Hirten, Pferdemarkten, Zigeunerweibern und Korbmachern oder schnurstracks ins bloße, menschenleere All:

„laßt mich allein unter treuen kristallen,
in der hut der sonne, in der pflege des windes“.

Der Titel von Enzensbergers zweitem, 1960 erschienenen Gedichtband „Landessprache“ verrät nicht viel, allenfalls, daß der Autor noch nicht über die eigene Provinz hinauszusehen vermag. Und mit dieser vermag er sich nicht abzufinden. Schon das Titelgedicht beginnt so: „was habe ich hier verloren, in diesem land?“ So genau die Beschreibung des westdeutschen Teilstaates trifft, wo es heißt „unerbittlich nett zueinander sein“ und „wo es aufwärts geht, aber nicht vorwärts“, so unklar bleibt die Haltung des Autors. Der ostdeutsche Teilstaat jedenfalls ist ihm keine Alternative; das Titelgedicht schließt: „meine zwei länder und ich, wir sind geschiedene leute“. Der erste Abschnitt des Buches trägt den resignierten Titel: „gedichte für die gedichte nicht lesen“; Enzensberger nennt sie „schein-tote“. Der zweite Abschnitt ist „schaum“ überschrieben und die Gedichte dieses Teils sind tatsächlich mit Schaum vor dem Mund geschrieben. Jene, denen heute Enzensbergers Solidarität gilt, sind ihm hier noch zu unattraktiv, zu sehr im Sumpf des Konsumzwangs versunken; der Autor ruft: „wer reicht mir die klebrige bruderhand? / loslassen! loslassen! ich bin keiner von euch . . .“ Womit er recht hat. Woraus er aber noch keine Konsequenzen zieht. Oder die falschen.

Denn der dritte Abschnitt des Buches ist betitelt „oden an niemand“ — kein Kommentar — und der vierte Abschnitt „gewimmer und firmament“ — und auch dieser Titel sagt ja alles über Enzensbergers Bewußtseinslage, dem in der Ohnmacht offenbar nur der Blick nach oben bleibt. Immerhin erfährt man in diesem Band, freilich nur durch einen beigelegten Zettel, daß Enzensberger seine Gedichte, im Sinne Brechts, als „gebrauchsgegenstände“ verstanden wissen will und daß er um eventuellen Widerspruch bittet. Der hiermit erfolgt ist.

Wer sich, gestützt auf diesen beigelegten Zettel, vom dritten (und bisher letzten) Gedichtband Enzensbergers mehr erwartete als Ratlosigkeit, wurde schon durch den Titel „blindenschrift“ eines Besseren belehrt. Tatsächlich stellte dieser Band sogar einen Rückschritt gegenüber dem zuletzt erschienenen dar; nichts kann das deutlicher belegen als die Überschrift einer Rezension dieses Bandes in der „Zeit“, die lautete: „Das Staunen zurückgewonnen!“ Das Staunen verging einem, wenn man gewissermaßen das Credo dieses Bandes las: „zwischen fast nichts und nichts / wehrt sich und blüht weiß die kirsche“. Es scheint kein Zufall, daß Enzensberger in diesem Band mehrmals das Bild vom Doppelgänger aufnahm, das schon Rimbaud beschwor: „ich ist ein anderer“; dieses Bild entspricht der Diskrepanz zwischen humanem Anspruch und bürgerlicher Existenz, der Diskrepanz zwischen der propagierten politischen Aktivität und ihrer Erfolglosigkeit. In dem Gedicht „lachesis lappenica“ wirft ein Ich dem anderen immer wieder die Unangemessenheit einer Haltung abseits inmitten einer Welt der Revolution vor. Doch die Dialektik, die dieses Gedicht auszutragen vorgibt, ist von der kleinbürgerlichen Art, die Marx 1865 am Beispiel Proudhons attackierte: „Der Kleinbürger ist . . . zusammengesetzt aus einerseits und andererseits. So in seinen ökonomischen Interessen, und daher in seiner Politik, seinen religiösen, wissenschaftlichen und künstlerischen Anschauungen. So in seiner Moral, so in everything. Er ist der lebendige Widerspruch. Ist er dabei, wie Proudhon, ein geistreicher Mann, so wird er bald mit seinen eigenen Widersprüchen spielen lernen und sie je nach Umständen zu auffallenden, geräuschvollen, manchmal skandalösen, manchmal brillanten Paradoxen ausarbeiten.“ Diese Marxsche Charakterisierung trifft weit mehr als Enzensberger den Kulturkritiker Theodor W. Adorno, aus dessen Denkschule sich Enzensberger Anfang der Sechziger Jahre, als die Gedichte dieses Bandes „blindenschrift“ entstanden, offensichtlich noch nicht ganz befreit hatte. Ein Adorno gewidmetes Gedicht legt Zeugnis davon ab:

„im namen der andern
geduldig
im namen der andern die nichts davon wissen
geduldig
im namen der andern die nichts davon wissen wollen
geduldig
festhalten den schmerz der negation . . .“

Mit diesem Schmerz der Negation jedoch ließen sich jene, die Enzensberger „er-

trunkene in den vorortzügen“ oder „amokläufer in den kaufhallen“ nannte, nicht provozieren. Lediglich das intellektuelle Establishment applaudierte, glaubte sich in diesem Augenblick Enzensbergers noch einmal ganz sicher. So begrüßte Joachim Kaiser diesen Band als Versuch, der „unheilvollen Erstarrung“ und „zwanghaften Determination der spätindustriellen Welt“ zu entkommen in eine „Freiheit ohne Ausrufezeichen, ohne Pathos und Tremolo — einfach nur als notwendige Bedingung für das Entstehen lyrischer Gedichte.“ Enzensberger mußte erleben, daß er auf jenes Privileg der Produktion von Rauschgift vereidigt werden sollte, das er theoretisch wohl bereits als schwierigste Hürde zwischen sich und den Nicht-Privilegierten jeder Provenienz erkannt hatte. Enzensberger hätte freilich schon früher Gelegenheit gehabt, zu erkennen, daß sich an Kunst jeder anhängen kann, die Beispiele von Büchner bis Brecht beweisen es banal genug; die Wahrheit, so unversöhnlich sie sein mag, wird, sobald sie Dichtung ist, Versöhnung. 1961 schrieb, vielleicht wollte es so die List der Vernunft, ausgerechnet Hans Egon Holthaus folgendes über Enzensberger: „Denen, die ihn für einen ‚engagierten‘ Dichter nehmen und deswegen nach einem Ausweg fragen aus der Bedrückung durch die verwaltete Welt, die bürgerliche Restauration oder die Probleme einer durch Krieg und Psychosen bedrohten Massengesellschaft, denen zeigt er einen geraden Weg ins Absurde. Wer aber die Kühnheit seiner poetischen Erfindungen, die Leidenschaftlichkeit seines Schmerzempfindens und seines Glücksvermögens, wer die Frische und Dringlichkeit seiner Sprache und die gesegnete Spontaneität seiner Motivbildungen zu würdigen weiß, dem verschafft er Genugtuung vollauf. Der erkennt in seinen Gedichten den Sinnertrag eines ursprünglichen Menschseins, der vernimmt unter der besonderen Zeichensprache einer aktuellen, einer geschichtlich hochbewußten Thematik, was es mit dem Menschen überhaupt und von Herzens wegen auf sich hat. Mehr kann ein Dichter nicht tun.“ So weit Holthaus.

Seit 1964, seit er die Produktion eingestellt und sich jenen zugesellt hat, die ihn vielleicht gar nicht zu „würdigen“ wissen, hat Enzensberger mehr getan als ein Dichter tun kann.

Yaak Karsunke Vom Singen in finsternen Zeiten

In einer Anthologie „gegen den krieg in vietnam“, die Anfang des Jahres herauskam, schließt das letzte Gedicht mit den Zeilen:

Keine Gedichte gegen den Krieg in Vietnam!
AKTIONEN!!!

Majuskeln und die Häufung von Satzzeichen sind weder aktiver noch effektiver als etwa Kleinschreibung ohne Punkt und Komma: andererseits bin ich selbst in diesem Band mit dem Text einer Rede vertreten, die ich auf einer Demonstration gehalten habe — ein gelinder Zweifel an der politischen Wirksamkeit künstlerischer Mittel drückt sich wohl auch darin aus. Zweifel dieser Art sind allgemein, die Schlüsse, die aus ihnen gezogen werden, sind häufig Kurzschlüsse. Max Frisch z. B. plädierte für eine Reprivatisierung der Literatur, die, wenn sie gelänge, ein eminent politischer Vorgang wäre; schon die Durchsetzung des Terminus „Reprivatisierung“ ist eine reaktionäre Geschichtsfälschung, die schlankweg behauptet, Literatur sei bislang vornehmlich privat und das Politische an ihr nur eine kurzfristige Verirrung gewesen.

Wesentlich genauer geht die von Marcuse herkommende Kritik der affirmativen Kultur vor, die der vorgeblich reinen Kunst ihre repressiven politischen Bestandteile nachweist. Sie läuft jedoch ständig Gefahr, den richtig analysierten Kunst-Typ von seinen historischen Bedingungen zu trennen und zu verabsolutieren. Das vereinfacht die Fragestellung, verfälscht aber die Antworten, wie sich am Beispiel von Peter Hamm's „Opposition — Am Beispiel H. M. Enzensberger“ zeigen läßt.

Kunst, setzt Hamm voraus, sei a priori Ersatzbefriedigung, sei ein Rauschmittel im Sinn Sigmund Freuds. Freud selbst war anderer Ansicht. In „Das Unbehagen in der Kultur“ heißt es: „Das Leben, wie es uns auferlegt ist, ist zu schwer für uns, es bringt uns zuviel Schmerzen, Enttäuschungen, unlösbare Aufgaben. Um es zu ertragen, können wir Linderungsmittel nicht entbehren. (Es geht nicht ohne Hilfskonstruktionen, hat uns Theodor Fontane gesagt.) Solcher Mittel gibt es vielleicht dreierlei: mächtige Ablenkungen, die uns unser Elend gering schätzen

lassen, Ersatzbefriedigungen, die es verringern, Rauschstoffe, die uns für dasselbe unempfindlich machen. Irgend etwas dieser Art ist unerlässlich.“ Die Kunst hat bei Freud ihren Platz unter den (von den Rauschmitteln unterschiedenen!) Ersatzbefriedigungen: „Ersatzbefriedigungen, wie die Kunst sie bietet, sind gegen die Realität Illusionen, darum nicht minder psychisch wirksam dank der Rolle, die die Phantasie im Seelenleben behauptet hat.“ Der bei Hamm zitierte Satz: „Diese Rauschmittel (die Künste) tragen...“ beginnt bei Freud mit: „Sie tragen...“ und bezieht sich „auf die roheste, aber auch wirksamste Methode solcher Beeinflussung... die chemische, die Intoxikation.“ Der Mediziner Freud hatte eine begreifliche Scheu, ein Fachwort wie „Rauschmittel“ als Metapher zu verwenden.

Kunst — soweit hat Hamm recht — wird bei Freud aber doch definiert als eins der unerlässlichen Hilfsmittel, das Leben, „wie es uns auferlegt ist“ zu ertragen, als Linderungsmittel menschlichen Elends. Wer dieses Leben auferlegt, wird ebenso wenig diskutiert wie die Möglichkeit der Abschaffung des Elends — mit Fontane wird ein bürgerlicher Schriftsteller zitiert, der sich damit abgefunden hat, Hilfskonstruktionen zu liefern, die letztlich nicht nur das Leben, sondern auch das Elend verlängern. Freud untersucht weiter die Stellung der Religion in dieser Reihe der Hilfsmittel — es ist also vielleicht nützlich, an dieser Stelle an die Marx'sche Religionskritik zu erinnern, in der ja auch von Illusionen und Rauschmitteln die Rede ist.

„Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks. Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf*. Die Kritik der Religion ist also im Keim die *Kritik des Jammertales*, dessen *Heiligenschein* die Religion ist.

Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche.“

Offenbar ist es *diese* Kritik, die Hamm — geringfügig modifiziert — an der zeitgenössischen Kunst übt: fraglich ist nur, ob man ein kritisches Schema aus dem Jahre 1843 an eine Definition aus dem Jahre 1930 anlegen kann, um für das Jahr 1968 verbindliche Ergebnisse zu erzielen. Fast zeitgleich mit Freud notierte Brecht alternative Vorstellungen: „Auch die Kunst muß in dieser Zeit der Entscheidungen sich entscheiden. Sie kann sich zum Instrument einiger weniger machen, die für die vielen die Schicksalsgötter spielen und einen Glauben verlangen, der vor allem blind zu sein hat, und sie kann sich auf die Seite der vielen stellen und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände legen. Sie kann die Menschen den Rauschzuständen, Illusionen und Wundern ausliefern, und sie kann den Menschen die Welt ausliefern. Sie kann die Unwissenheit vergrößern, und sie kann das

Wissen vergrößern.“ Kunst, so scheint es hier, ist nicht *a priori* Ersatzbefriedigung. Brecht weist dem Freudschen Kunstbegriff seinen Klassencharakter nach, denunziert ihn als Waffe der wenigen, die über die vielen herrschen — und stellt ihm einen anderen entgegen, der den vielen bei ihrem Kampf gegen die wenigen helfen könnte. Die Kunst (oder der Künstler) müßte allerdings dazu *sich entscheiden*.

Hamm beschreibt einen Weg, der dieser Entscheidung scheinbar ausweicht, nämlich die Kapitulation, die Selbstaufgabe der Kunst. Ob das Beispiel Enzensberger gerade für diesen Vorgang gut gewählt ist, bleibt zu untersuchen, sicher aber besteht die beschriebene Tendenz bei vielen Autoren. Der radikale Reflex ersetzt dabei die genaue Reflexion: Enzensberger etwa hat — nach Hamm — „die Produktion von Rauschmitteln eingestellt“. Die Radikalität verschleiert dabei allerdings lediglich die getroffene (Vor-)Entscheidung, genau genommen umfaßt der besagte Entschluß *zwei* Phasen: a) der Künstler entscheidet sich *für* Freuds Kunstbegriff und *gegen* Brechts Alternative, um dann b) den gewählten Kunstbegriff *total* zu verwerfen. Die Alternative wird dabei glatt unterschlagen. Freud statt Brecht, und statt Benjamin Marcuse: „Die Kunst kann niemals politisch werden, ohne sich zu vernichten, ohne gegen ihr eigenes Wesen zu verstoßen, ohne abzudanken.“ Das eben ist die Frage: der Terminus „abdanken“ verweist recht deutlich auf eine Kunst, die — bewußt oder unbewußt — mit den bisher Herrschenden paktiert hat und wohl mit ihnen wird abdanken müssen. In diesem Paktieren aber liegt auch ihre politische Funktion, Kunst ist also immer politisch gewesen; Benjamin fragte mit Recht schon 1927 in einer Diskussion über russische Filmkunst und kollektivistische Kunst überhaupt: „Was soll der Jammer über die politische Entjungferung der Kunst, indes man allen Sublimierungen, libidinösen Restbeständen und Komplexen in einer künstlerischen Produktion von zwei Jahrtausenden nachspürt? Wie lange soll die Kunst die höhere Tochter bleiben, die zwar in allen verrufensten Gäßchen sich auskennen, beileibe aber von Politik sich nichts träumen lassen soll? Das hilft nichts, sie ließ es sich immer träumen.“ Nach dem Willen einiger bürgerlicher Autoren soll die Kunst aber ewig jene höhere Tochter bleiben. Das Rezept ist einfach: man bringt sie (samt ihren politischen Träumen) um — im Glassarg bleibt Schneewittchen Jungfrau (wenn auch — wie das Märchen lehrt — nicht lange). Ich fürchte, Vorstellungen dieser Art liegen den Reaktionen der Autoren zugrunde, die auf die Erkenntnis politischer Inhalte selbst vorgeblich reiner Kunst mit Produktionseinstellung zu antworten gedenken.

Zu antworten gedenken — bislang läßt man es nämlich meist bei der Androhung bewenden. Einen Spezialfall dieser Maschinenstürmerei mit schlechtem Gewissen habe ich in dieser Zeitschrift vorgeführt („Belanglose Belletristik“ in *kürbiskern* 2/68). Der dort erwähnte Autor hatte „keine Zeit mehr für Ästhetik“, donnerte „Was heißt da also belletristische Sommerlektüre!“ — und veröffentlichte wenig später unverdrossen in gleich zwei Zeitschriften belletristische Herbstlektüre,

u. a. auch in Enzensbergers *Kursbuch*. Diese Zeitschrift findet sich bei Hamm nicht recht zutreffend beschrieben als Unternehmen, das bei seiner Gründung 1965 „sehr wohl noch Ästhetisches im Sinn hatte, Gedichte und Prosa präsentierte . . . aber schon in Heft 2 ausschließlich Politisches intendierte . . .“ Heft drei bis fünf sowie sieben brachten u. a. wieder „Ästhetisches“, Nummer sechs war der Politik und Nummer acht der Mathematik gewidmet, mit der letzteren setzte sich leider die atomisierende Arbeitsteilung auch im *Kursbuch* durch: von da an trägt jedes Heft einen thematischen Titel — in Heft zehn etwa war die Literatur völlig unter sich und wird es in Heft 15 wieder einmal sein. Der *Kursbuch*-Herausgeber Enzensberger akzeptiert damit jene Trennung von Literatur und Politik, die zu denunzieren eines der größten Verdienste des Lyrikers Enzensberger war.

Anders als Hamm halte ich es nicht für fruchtbar, die Jahre von 1957 bis 1964, von der „verteidigung der wölfe“ bis zur „blindenschrift“ also, pauschal als „Rauschgift-Periode“ zu disqualifizieren: mit derart generalisierenden Etiketten scheint wenig gewonnen. Hamm zitiert den Beizettel zum zweiten Gedichtband Enzensbergers, der „landessprache“ — auch der „verteidigung der wölfe“ lag ein Zettel bei: „Hans Magnus Enzensberger will seine Gedichte verstanden wissen als Inschriften, Plakate, Flugblätter, in eine Mauer geritzt, auf eine Mauer geklebt, vor einer Mauer verteilt; nicht im Raum sollen sie verklingen, in den Ohren des einen, geduldigen Lesers, sondern vor den Augen vieler, und gerade der Ungeduldigen, sollen sie stehen und leben, sollen auf sie wirken wie das Inserat in der Zeitung, das Plakat auf der Litfaßsäule, die Schrift am Himmel. Sie sollen Mitteilungen sein, hier und jetzt, an uns und alle . . .“ Bei einer Erstauflage von 2000 Exemplaren war das natürlich eine Fiktion — andererseits war es in der Hochzeit solipsistischer Ausdrucks- und Laborlyrik eine provozierende Fiktion. Gedichte als Mitteilungen, nicht als Monologe, für hier und jetzt, nicht für die Ewigkeit, für uns und alle, nicht für die Elite der Kunstkenner — die „vielen“ Brechts tauchen wenigstens in einem Anspruch auf, wenn auch die Gedichte selbst hinter diesem zurückblieben. Hamms und Enzensbergers eigener Kritik an dieser Literatur ist ebenso zuzustimmen wie der an der „landessprache“: nur würde ich ihr nicht schlankweg allen „Gebrauchswert“ absprechen. Die Einsichten von heute sind kaum denkbar ohne die korrigierten Irrtümer von gestern; die „Gebrauchsanweisung“ zur „landessprache“ ermahnte den Leser immerhin „zu erwägen, ob er ihnen (den Gedichten) beipflichten oder widersprechen möchte“, war also ein Versuch zum Abbau jener kulinarischen Haltung, die vielerorts noch heute üblich ist. Und „gedichte für die gedichte nicht lesen“ schließlich rückten Leute ins lyrische Blickfeld, von denen bis dato in bundesdeutscher Dichtung kaum die Rede gewesen war.

Freilich griff das Paradoxon zu kurz. Wenn die Mitteilungen an die vielen ihren Adressaten nicht erreichen, muß man wohl mehr tun als den Tatbestand zu konstatieren. Wenn man Gedichte für Leute verfaßt, die bekanntermaßen keine Gedichte lesen, müssen vermutlich die Gedichte ebenso wie die Leute (bzw. ihre

Lebensbedingungen) geändert werden. Bürgerliche Autoren neigen dazu, eine Seite dieses zweiseitigen Prozesses zu vernachlässigen. Entweder disqualifizieren sie das Publikum als „dumm, unverständlich etc.“ — ihrem Rückzug in die eigene Klasse steht dann nichts mehr im Weg, ändern müßten sich bloß die Leute, die Gedichte sind schon gut; oder sie verfallen einem gewissen Primitivierungskult und erlegen die gesamte Änderung der Literatur auf, die gefälligst „volkstümlich“ zu sein habe. Es entsteht dann eine gewisse Sozialisierung der Verluste — ironischerweise wird dieser kapitalistische Trick häufig von Leuten ausgeübt, die sich für Wegbereiter einer sozialistischen Literatur halten. Beiden Verfahren liegt dieselbe Verachtung der „vielen“ zugrunde, worauf Brecht verschiedentlich hingewiesen hat.

Enzensberger wählte zunächst das erste Verfahren. Der von Hamm referierte bürgerliche Jubel über die „blindenschrift“ war die Reaktion auf jene Resignation, die der DDR-Kritiker Gerhard Wolf in diesem Band nachwies („Menetekel und Schattengefecht“ in *kürbiskern* 1/66). Außerhalb des Kulturghettos hatte der Lyriker weniger Leser als Probleme gefunden, die sich *allein* literarisch nicht mehr lösen ließen. Ferner fand er sich und die, die seine Gedichte nicht lesen, unter derselben Bedrohung, die jenen unbewußt war und die z. B. seine Gedichte ihnen bewußt machen sollten. Enzensbergers Rückzug in die „blindenschrift“ war die Reaktion des Lyrikers auf eine komplexe und komplizierte Lage, in der er buchstäblich am Ende seiner Kunst war — deren Wirksamkeit nämlich da aufhört, wo ein größeres Publikum beginnt.

Am Ende *seiner* Kunst — über die Schwierigkeiten einer anderen notierte Brecht 1938: „Die ‚Hauspostille‘, meine erste lyrische Publikation, trägt zweifellos den Stempel der Dekadenz der bürgerlichen Klasse. Die Fülle der Empfindungen enthält die Verwirrung der Empfindungen. Die Differenziertheit des Ausdrucks enthält Zerfallelemente. Der Reichtum der Motive enthält das Moment der Ziellosigkeit. Die kraftvolle Sprache ist salopp usw. Diesem Zweck gegenüber bedeuten die späten ‚Svendborger Gedichte‘ ebensogut einen Abstieg wie einen Aufstieg. Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist eine erstaunliche Verarmung eingetreten. Ist nicht auch alles einseitiger, weniger ‚organisch‘, kühler, ‚bewußter‘ (in dem verpönten Sinn)? Meine Mitkämpfer werden das, hoffe ich, nicht einfach gelten lassen. Sie werden die ‚Hauspostille‘ dekadenter nennen als die ‚Svendborger Gedichte‘. Aber mir scheint es wichtig, daß sie erkennen, was der Aufstieg, sofern er zu konstatieren ist, gekostet hat. Der Kapitalismus hat uns zum Kampf gezwungen.“ Dieser Kampf bedingt Opfer — Verarmung ist nicht immer nur vom bürgerlichen Standpunkt aus zu konstatieren, obwohl sie unumgänglich ist im aufgezwungenen Kampf. Brecht beendete die Notiz mit den Sätzen: „Abstieg und Aufstieg sind nicht durch Daten im Kalender getrennt. Diese Linien gehen durch Person und Werk hindurch.“

Die vielbeschworene Produktionseinstellung dagegen ist der Versuch, diese Linien in einer scheinbaren Radikalkur abzuschneiden. Wenn die Operation glückt,

bleibt der Patient scheintot zurück — um anderntags im bürgerlichen Feuilleton Auferstehung zu feiern. In Wirklichkeit wird damit nämlich der bürgerlichen Kunst kampflos das Schlachtfeld geräumt — lediglich nach Einbruch der Dunkelheit schleichen die radikalen Produktionseinsteller heimlich und einzeln dorthin zurück, um im bleichen Licht des Mondes in lyrischen Neuerscheinungen zu blättern. Einmal mehr werden nur die Verluste sozialisiert. Verloren gegangen nämlich ist der Glaube an die Autonomie der Kunst — und wenn die Kunst nicht einzig ist, soll sie nun wenigstens als einziges *nicht* sein. Auf keinen Fall aber soll sie eins unter vielen sein. Auch ihre radikale Verneinung wird der bürgerlichen Kunst aber ihren Sonderstatus nicht zurückgewinnen können, dem ihre enttäuschten Liebhaber nachtrauern. Man wird sie nicht aus der Geschichte heraushalten können, indem man sie abschafft — sie wird aufgehoben werden, und nicht allein mit literarischen Mitteln. In diesem Zusammenhang sehe *ich* Enzensbergers Entschluß, es nicht mit Gedichten bewenden zu lassen, auch mit Reden und einer Zeitschrift auf eine Situation zu reagieren, die Martin Walser kürzlich so beschrieben hat: „Alle Literatur ist bürgerlich. Bei uns. Auch wenn sie sich noch so antibürgerlich gebärdet. Ich bin nicht so sicher, daß sie nichts als ‚affirmativ‘ sei, aber bürgerlich ist sie sicher.“ Den Gedanken, in einer bürgerlichen Gesellschaft lebende „freie Schriftsteller“ könnten diese Literatur mit literarischen Mitteln ändern, verwarf Walser als lächerlich.

Der so konstatierte Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Literatur wird mit dem Gerede von affirmativer Kultur, deren Produktion einzustellen sei, nur verdeckt. Enzensberger selbst hat dieses Mannöver auch gar nicht mitgemacht. Im *Kursbuch* zehn veröffentlichte er im vergangenen Oktober „Fünf verschiedene Gedichte“, Beispiele jener „engagierten Kunst“, die Hamm nur noch für einen falschen, irreführenden Terminus hält — und über die es im Motto der „Svendborger Gedichte“ bei Brecht heißt:

In den finsternen Zeiten
Wird da auch gesungen werden?
Da wird auch gesungen werden.
Von den finsternen Zeiten.

Auf dem Kulturkongreß in Havanna fand Mehrings „In den Tagen des unerbittlichen Kampfes schweigen die Musen“ leidenschaftlichen Widerspruch. Die Zeiten sind finster: die Frage ist, ob man von ihnen singt oder von ihnen schweigt — wie die bürgerliche Kunst schon seit langem.

Günter Frank Zur Rezeption Bertolt Brechts

„Als ob man von Kunst etwas verstehen könnte, ohne von der Wirklichkeit etwas zu verstehen!“ (Brecht).

Am 17. Februar 1967 mahnte die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Es wäre an der Zeit zu überlegen, wie man diesen Stückeschreiber, diesen Theoretisierer ehrt . . . Dieser 70. Geburtstag sollte Anlaß sein für eine Brechtfeier, die das deutsche Theater ehrt.“ Diese Feier wurde nun zelebriert, sie hat „die volle Wirkung seines Schaffens“ würdig dokumentiert. Inszeniert doch das deutsche Theater in der Spielzeit 1967/68 103mal seine Stücke, haben 410 000 die Mutter Courage für 3,— DM gekauft, erkoren zwei Drittel der Abiturientinnen einer Darmstädter Oberprima ihn zu ihrem Lieblingsdichter, „Die Liebenden“ zu ihrem Lieblingsgedicht. Geliebt wird er auch von den Lesern der Dünndruckausgabe der Gesammelten Werke: „Sie zielt auf den Liebhaber des schönen Buches, auf die Freunde kostbarer Bücher, auf den Besitzer einer Bibliothek, in der Brecht nicht fehlen darf, sie zielt auf Dauer“. Dafür bürgen der Einband aus rotem ostasiatischem Ziegenleder und der Preis von 640,— DM. Der Anstoß zu dieser Ausgabe sowie zu der billigeren Werkausgabe, die „der aktiven und unmittelbaren Aneignung der Texte Brechts“ dient (es wurden auch innerhalb weniger Wochen fast 50 000 Exemplare gekauft), war natürlich der Wille des Verlages, seinen „großen Autoren des Hauses . . . demonstrativ zu ehren“. So kam es denn auch endlich zu einer konstruktiven Demonstration: Brecht-Fans zogen mit Werbeplakaten durch die Straßen (alle Zitate aus der Hauszeitschrift des Brecht verlegenden Unternehmens „Dichten und Trachten“ 29, 1967).

In der Tat, die Wirkung von Brechts Werk ist heute groß — sie beruht auf Wirkungslosigkeit. Dieser Widerspruch wird deutlich, wenn das Werk einem soziologischen Experiment unterworfen wird, wenn man es (wie Brecht den Dreigroschenfilm im „Dreigroschenprozeß“) in seiner Funktion innerhalb unserer Gesellschaft betrachtet. Dabei ergibt sich: „Diese Kultur steht keinen Millimeter über ihrer Praxis“ (Bd. 18 der Ges. Werke, S. 205), Brecht steht keinen Millimeter über seiner praktischen Rezeption. Deren gesellschaftliche Funktion ist heute, die Kulturinstitutionen nicht zu verändern, was der Stückeschreiber bezweckte, sondern sie zu beliefern. Je weniger die Haltung der Hersteller von Kulturprodukten und des Publikums sich ändert, desto mehr wird Brecht gedruckt, gespielt,

gekauft und gelesen. Weiterhin spielen die Theater neben Brecht die „Lustige Witwe“ und Hochhuths „Soldaten“, weiterhin gehen die Leute in die „Heilige Johanna der Schlachthöfe“ wie in ein Gotteshaus, nicht wie auf einen Fußballplatz. Brecht hat nicht ändern können, daß das in Theaterbetriebe gesteckte Sozialprodukt der „Selbstanbetung des Bürgertum“ (Walser) dient; die Theater bleiben „Städtebauliche Helmzier oder Ruhestätten des Bewußtseins, Freizeitkirchen, Seelenbadeanstalten, jetzt kitzelt uns mal“ (Walser). Und natürlich darf nicht geraucht werden.

Das alte Spiel, Brecht von allem Marxismus zum erhabenen Dichter zu reinigen, verliert an Notwendigkeit. Statt dessen kommt man dem Bedürfnis der Konsumenten entgegen, ihre politische Ohnmacht durch den reizvollen Genuß politischer Kunst zu überdecken und liefert den linken Brecht, bewußt, „daß der bürgerliche Produktions- und Publikationsapparat erstaunliche Mengen von revolutionären Themen assimilieren, ja propagieren kann, ohne damit seinen eigenen Bestand . . . ernstlich in Frage zu stellen“. (Benjamin, Versuche über Brecht.) Kunst, deren Gebrauchswert die Kritik bürgerlicher Ökonomie ist, wird rezipiert als deren stabilisierender Tauschwert. Marktforschung machte die Investition, die Brechts Verleger für die Gesamten Werke aufbrachte (es soll die größte für einen modernen deutschen Autor sein) so risikolos und einträglich, wie die von Theaterbetrieben, die selbst in Wien liberal sich weigern, Brecht so ernst zu nehmen wie nicht so fortschrittliche politische Instanzen, die einst Boykott empfahlen, weil sie seine Stücke nicht schlecht verstanden, ihre Wirkung aber überschätzt hatten. Waren die Zeiten für Brecht besser, die sich durch ihn politisch provoziert fühlten: als ein westdeutscher Minister ihn mit Horst Wessel gleichstellte, als nach dem Bau der Berliner Mauer staatliche Subventionen verwaltende Intendanten sich weigerten ihn zu spielen, als die Literaturwissenschaft in- und außerhalb der Universitäten ihn ignorierte oder ihn politisch zu widerlegen suchte? Nicht Aufführungen eines Marxisten, sondern die von Hochhuths „Stellvertreter“ mußten von der Polizei geschützt werden. Tatsache ist, daß die Gesellschaft zwar Brecht gegenüber liberaler, ansonsten aber wohl autoritärer geworden ist. Gibt es zwischen beiden Tendenzen einen Kausalzusammenhang? Wirtschaftssicherstellungsgesetze sind bei uns wichtiger als Kunstsensur. Wird diese nicht angewandt, dient das zur Legitimation überkommener Herrschaftspositionen, die jene stützen. Seht doch, wie frei wir sind, bei uns wird Brecht mehr gespielt als in der Sowjetunion. Brecht dient als liberales Mäntelchen über dem verschwiegene Abbau von Liberalität. Allerdings ist die Freiheit des Brechtkonsums die der Folgenlosigkeit. Das ist die unseren Theatern, unserer Gesellschaft einzig mögliche Reaktion auf Brecht. Wäre sie anders, wären die Theater, die Gesellschaft andere. „Obwohl das Theater meine besondere Passion ist, sehe ich doch ein, daß man in einem Land mit *solcher* Justiz, *solchem* Schulwesen und *solcher* Politik nicht gerade dem Theater übelnehmen muß, wenn es miserabel ist“ (15, 161). Absurd ist es zu glauben, die Kulturindustrie könnte, ansonsten stagnierend,

gleichsam einen Hohlraum schaffen, in dem dann nicht wie heute Brecht völlig verstümmelt gespielt würde, und die kleinen Leute würstchenkauend ins Spiel des Theaters und in die Gesellschaft eingreifen könnten. „Es ist keineswegs unsere Aufgabe, die ideologischen Institute auf der Basis der gegebenen Gesellschaftsordnung durch Neuerungen zu erneuern, sondern durch unsere Neuerungen haben wir sie zur Aufgabe ihrer Basis zu bewegen“ (18, 133). Denn: „Ein Drama denken oder schreiben oder aufführen bedeutet . . . : die Gesellschaft umändern, den Staat umändern, die Ideologien kontrollieren“ (18, 111). Solch eine Haltung können unsere Theater, unsere Gesellschaft nicht dulden. „Es gibt für diese Stücke kein Theater. Tatsächlich war die einzige Chance, die wir bekamen . . . eine Chance für das bourgeoise Theater.“ Es muß sich, „um unsere Stücke zu spielen, unbedingt ändern.“ (18, 103 f.)

Wie funktionierte dieses alte Theater, das bis heute trotz Brecht überlebt hat? Analog zum Industriebetrieb betrachtet Brecht es als Produktionsmittel, bei dem die Produzenten sowie das Publikum von seiner Kontrolle und Beherrschung wesentlich ausgeschlossen sind. „Die großen Apparate wie Oper, Schaubühne, Presse usw., setzen ihre Auffassungen sozusagen inkognito durch. Während sie schon längst die Kopfarbeit (hier Musik, Dichtung, Kritik usw.) noch mit verdienender — ökonomisch betrachtet —, also mit herrschender, gesellschaftlich betrachtet schon proletaroider — Kopfarbeiter nur mehr zur Speisung ihrer Publikumsorganisationen verwerten, . . . besteht bei den Kopfarbeitern selbst immer noch die Fiktion, es handele sich bei dem ganzen Betrieb lediglich um die Auswertung ihrer Kopfarbeit, also um einen sekundären Vorgang, der auf ihre Arbeit keinen Einfluß hat, sondern nur ihr Einfluß verschafft . . . in der Meinung, sie seien im Besitz eines Apparates, der in Wirklichkeit sie besitzt, verteidigen sie einen Apparat, über den sie keine Kontrolle mehr haben, der nicht mehr, wie sie noch glauben, Mittel für die Produzenten ist, sondern gegen die Produzenten wurde . . . Ihre Produktion gewinnt Lieferantencharakter“ (15, 477). Dieser Apparat umfaßt aber auch die Verkaufsorganisation. Damit wird Kunst zur Ware. Dieser Entwicklung gegenüber haben Produzenten, Kritik und Publikum sich adäquate Verhaltensweisen geschaffen. Es sind die von Affirmation und Konsum. Sie allein garantieren Abnehmer und die Stabilität des Apparates, von dem diese Gruppen abhängen und profitieren. „Die Darstellungen des bürgerlichen Theaters gehen immer auf die Verschmierung der Widersprüche, auf die Vortäuschung von Harmonie, auf die Idealisierung aus. Die Zustände werden so dargestellt, als könnten sie gar nicht anders sein“ (16, 706). Dem „liegt zugrunde die Vorstellung von einem unverletzlichen Phänomen Kunst, das direkt aus dem Menschlichen gespeist wird, . . . einem unabhängigen Phänomen gesellschaftlicher Art . . . , das sich überhaupt und überall manifestieren kann und muß . . . denn eines seiner vornehmsten Prädikate soll eine gewisse Nutzlosigkeit sein, der Nutzen davon wiederum soll darin bestehen, daß es . . . ohne Interesse geliebt wird“. (18, 199 f.) Diesen kulinarischen Standpunkt fördert die Kritik, denn sie

führt den Vermittlungsinstanzen der Kunst Publikum zu. Den Verbraucherstandpunkt einnehmend ist sie „Variantenkritik“ (Brecht), die nach individualistischen Geschmacksvarianten urteilt, ist sie bloße Symptomkritik, die die gesellschaftliche Funktion von Kunst, die Stellung des Künstlers im Produktionsprozeß nicht begreift. Sie demonstriert, „daß die Werte eine Kollasche Operette sich in der schulgerechten Sprache der Ästhetik leichter darstellen lassen, als die eines Brechtschen Dramas“. (Benjamin, Versuche S. 9.) Diese „Hydra der Schulästhetik mit ihren sieben Köpfen: Schöpfung, Einfühlung, Zeitentbundenheit, Nachschöpfung, Miterleben, Illusion und Kunstgenuß“ (Benjamin, Angelus Novus S. 453) reproduziert sich in der Konsumhaltung der Zuschauer. „Mit dem Hut geben sie in der Garderobe ihr gewohntes Benehmen, ihre Haltung im Leben ab“ (17, 1012), fühlen sich passiv ein in nichtgehabte Erlebnisse, die das Theater suggestiv serviert, werden verführt zur Versenkung ins Ritual der Kunstausübung, zur Täuschung, der Genießende verhalte sich über den Interessen stehend. „Der gerührte Mensch war also durchaus nicht durch ein Kunsterlebnis wegge- lockt worden, im Gegenteil lag die Rührung in seinem Interesse, denn sie setzte die Bestätigung der Unänderbarkeit einer ihm und nur ihm günstigen Situation voraus“ (18, 259). Das Publikum ist soziologisch gesehen völlig amorph. Weil die gesellschaftlichen Gegensätze im Theater nicht zu Wort kommen, schließt sich das Publikum gegen seine verschiedenen Interessen zu einer falschen, manipulierbaren Einheit zusammen. „Das hoffnungsvollste, was es an den heutigen Theatern gibt, sind die Leute, die das Theater vorn und hinten nach der Vorstellung verlassen: sie sind mißvergnügt“ (15, 84).

Weniger hoffnungsvoll sind die Satierten, die aus Erlebnissucht alles, was ihre Hände berühren, in Reize verwandeln. Sie bekommen neue Stücke in alter Weise und zu altem Zweck hergestellt, wobei der alte Apparat unangetastet bleibt. Er ist durch die bestehende Gesellschaft bestimmt und diese „nimmt durch den Apparat auf, was sie braucht, um sich selbst zu reproduzieren“ (15, 478). Nur Neuerungen, die diesen Vorgang nicht gefährden, sind akzeptierbar, ja sie werden gefördert. Die sogenannte linke Literatur gehört dazu, soweit sie der politischen Situation bloß neue Effekte zur Abendunterhaltung des bürgerlichen Publikums abgewinnt und den Kampf gegen Mißstände zum Gegenstand kontemplativen Behagens degradiert. „Sicher hat das Kollern in ... (ihren) Versen mehr von Blähungen als vom Umsturz“. (Benjamin, Angelus Novus S. 461.) Ihr Schrei nach einem neuen Theater ist nicht der Schrei nach einer neuen Gesellschaft, eher der nach einem neuen Geist.

Entscheidend ist nun, daß Brecht, die durch den Kapitalismus entwickelten Gebräuche auf ihren revolutionären Nutzen hin untersuchend, glaubte, die Entwicklung der Produktivkraft Technik und des Proletariats, also entscheidende Bedingungen des Kapitalismus, werde dessen Untergang samt seiner Organisation von Kunst selbst besorgen und die neue Gesellschaft als Basis für eine neue Kunstproduktion und -rezeption ermöglichen. „Anstatt von außen her unsere Zustände

einzurennen, hat Brecht vermittelt, dialektisch sie sich kritisieren, ihre verschiedenen Elemente gegeneinander ausspielen lassen“ (Benjamin, Versuche S. 15), hat ihre revolutionären von ihren reaktionären Tendenzen kritisch absondern wollen. Hier genau liegt der Ansatz für Brechts marxistisches (historisches und dialektisches) Denken und hier liegt der Ansatz für eine heutige kritische Darstellung Brechts.

Zunächst, was geschieht technisch mit der Kunst? Sie wird in den Kreis der Prozesse der Produktion gerissen, massenhaft reproduzierbar auf den Markt gebracht und wird damit, wie erwähnt, zur Ware, nicht nur die technisch fortgeschrittensten Künste wie der Film, sondern Kunst als Ganzes. Dieser Prozeß ist für Brecht ein Fortschritt, „durch diese Phase muß es (Kunstwerk) hindurch“, sofern sie „als durch weiteres Fortschreiten überwindbar angesehen wird“ (18, 201 ff). Denn Kunstwerke werden dadurch umfunktioniert: Sie sind „nicht mehr so sehr individuelle Erlebnisse ... sondern mehr auf die Benutzung (Umgestaltung) bestimmter Institute und Institutionen gerichtet.“ Die kapitalistische Produktionsweise zerstört die bürgerliche Ideologie, die das Kunstwerk als individuellen Ausdruck eines bestimmten Erlebnisses einer Persönlichkeit, als durch seinen unnahbaren „Kultwert“ (Benjamin), durch seine einmalige daseiende „Aura“ (Benjamin) bedingte Autonomie des schönen Scheins begreift. Die massenhafte Reproduktion vernichtet die Traditionswerte der Originalität des Hier und Jetzt von Kunst und aktualisiert sie. Ihre Einheit wird vom Markt zerstört; sie „ist mechanisch zerlegbar, nämlich nach wirtschaftlichen und polizeilichen Gesichtspunkten“ (18, 181). Kunst gewinnt „Ausstellungswert“ (Benjamin), der statt aufs Ritual auf Authentizität und Politik fundiert ist; sie zielt auf das Durchbrechen der konventionellen Schranken zwischen Realität und Kunst, zwischen Wissenschaft und Kunst, zwischen Autor und Publikum. Ihre Rezeption ist kollektiv, nicht mehr Kontemplation einer Elite; sie organisiert die Reaktion des Publikums, insofern sie es nach seinen Interessen spaltet, seine Kontrolle über die Produktion ermöglicht und seine kritische und genießende, Kunst rezipierende und produzierende Haltung tendenziell zur Deckung bringen kann.

Das Proletariat, das Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung, hat nach Brecht auf Grund seiner Stellung im Produktionsprozeß ein Interesse daran, die Möglichkeiten der veränderten sozialen Funktion und Rezeption der technisierten Kunst im Kapitalismus zu ergreifen und die diese Möglichkeiten nicht realisierende bürgerliche Kulturindustrie (Theater) zu zerschlagen. Es hat das Interesse, einzusehen, daß außerhalb des allgemeinen Produktionsprozesses Erkenntnisakte nicht mehr durchzuführen sind, die Frage zu stellen, wem die in Kunst dargestellten Ideen nützen, Kunst auf ihren Gebrauchswert als „Beweisstück in einem historischen Prozeß“ (Benjamin) zu untersuchen, Schriftsteller nicht als Geistige, sondern als Funktionäre in gesellschaftlicher Hinsicht, die bestimmte Schichten vertreten oder beeinflussen, zu analysieren und ihre realistischen Abbilder für seinen politischen Kampf zu verwenden. Umgekehrt ist das Proletariat Bedin-

gung für die Entfaltung der Produktivkräfte, für das Entstehen der neuen Kunst. Diese „setzt außer einem bestimmten technischen Standard eine mächtige Bewegung im sozialen Leben voraus, die ein Interesse an der freien Erörterung der Lebensfragen zum Zwecke ihrer Lösung hat und dieses Interesse gegen alle gegensätzlichen Tendenzen verteidigen kann“ (15, 272).

Eine solche Bewegung definiert auf der Grundlage der Sozialisierung und Funktionalisierung von Kunst im Kapitalismus deren Verhältnis zur Realität bzw. Politik so, wie es Brecht für das epische Theater begreift: dieses sei „eine Stätte der Unterhaltung“, die im „Reich des Wohlgefälligen“ zuhause sei. „Das Theater muß nämlich durchaus etwas Überflüssiges bleiben dürfen“ (16, 663 f). Fehlt das Bewußtsein dafür, erwartet der Zuschauer zuviel vom Theater, wird der Besuch der Aufführung leicht zum Ersatz für politisches Handeln. Keineswegs gehen Kunst und Realität bruchlos ineinander auf, schlägt die durch Kunst provozierte Erkenntnis notwendig in Praxis um. Derartige Überschätzungen der Kunst überließ Brecht der Bourgeoisie, der eigen ist, „die Kunst als den Zopf zu betrachten, an welchem sie sich wieder aus dem Sumpf ziehen“ (Franz Mehring) kann, während sozialistische Kunst sich als Nebenprodukt des politischen Kampfes, der ihr ihre Funktion zuweist, versteht und dessen primäre Bedeutung dem Zuschauer zu erkennen gibt, so in den Kampf eingreifend. Unterhaltung heißt dann, daß diese Kunst nicht die Aufgabe hat, nur Kunst zu sein, sondern ihrer Aufhebung durch Politik dient; daß sie die Kritik als Methode der Produktivität zur Lust, zum Spaß macht. So wie das epische Theater nicht nur an die Vernunft appelliert sondern auch vernünftige Gefühle, leidenschaftliche Kritik erwecken will, verbindet es den Zweck der Belehrung mit dem der Unterhaltung. Wissenschaft und Kunst dienen beide dazu, das Leben der Menschen leichter zu machen. „Dies erleichtert es aber dann dem Theater, so nahe an die Lehr- und Publikationsstätten zu rücken wie es ihm möglich ist“ (16, 672). Die Erkenntnisse, die das epische Theater vermittelt, haben erzieherische Funktion, so wie die erzieherische Wirkung sich in Erkenntnisse umsetzt. Didaktische Kunst stellt Abbilder her, die das Publikum für Einblicke und für Impulse der politischen Aktion praktisch verwendet.

Die Ursachen, warum Brechts Werk das heutige Publikum nicht oder nur wenig politisieren, die bürgerlichen Organisationsapparate der Kunst nicht zerstören, d. h. die (geschilderten) ihm immanenten, auf ihre Veränderung zielenden Möglichkeiten nicht aufgreifen kann, liegen in der falschen Rezeptionsweise Brechts, die bedingt ist einmal durch Schwächen des Werks selbst und zum anderen durch das Fehlen eines klassenbewußten Proletariats heute bzw. einer starken, auf Gesellschaftsveränderung sich richtenden politischen Bewegung, durch die die Existenz der entpolitisierenden Kulturindustrie ungefährdet bleibt. Zu den Schwächen von Brechts Stücken: ihr Abbild unterliegt der Abstraktheit, insofern es die traditionellen dramatischen Personen in ihrer Souveränität abschafft und die Beziehungen der Menschen untereinander als vom Tauschgesetz sozialisiert und abstrakt

geworden darstellt. Die Frage ist nun (Adorno stellt sie in seinem Aufsatz „Engagement“), ob diese im Rahmen des Verfremdungseffekts artistisch legitimierte Abstraktheit und Simplifikation, die verwandt wurden, um das Abbild für die Zuschauer einsehbar und praktikabel zu machen, das Dargestellte derart verzerren, verharmlosen, enthistorisieren und gesellschaftliche Vermittlungen außer acht lassen, so daß die gewünschte Wirkung beim Publikum ausbleibt. Hier muß Kritik ansetzen. Gewiß ist es nur bedingt möglich, die im Stück dargestellten sozialen Prozesse dem Kriterium einer sozialwissenschaftlich definierten Verifizierbarkeit zu unterwerfen; sinnvoller ist, Brecht beim Wort nehmend, die Wirkungen Brechts auf Bewußtsein und Verhalten der Zuschauer soziologisch zu untersuchen. Literatur ist zu beurteilen nach der Realität, die sie behandelt und zu der gehört auch die Wirkung von Literatur. „Das Epische meines Theaters (ist) eine Kategorie des Gesellschaftlichen, nicht des Ästhetisch-Formalen.“ Nach einem interesselosen Begriff der Wahrheit von gesellschaftlicher Realität Brecht zu kritisieren, ginge allerdings am Sachverhalt vorbei.

Eine unhistorische, alles ins allgemein Menschliche transformierende Rezeption legt etwa „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ nahe. Das Stück, das immerhin bezwecken will, daß die Zuschauer das Bewegungsgesetz des Kapitalismus erkennen können, beschreibt nicht die Vorgänge der Produktionssphäre, das, was mit der Arbeitskraft selbst geschieht (wenn ihr z. B. Mehrwert ausgepreßt wird), sondern die Vorgänge der Zirkulationssphäre, die nach Brechts Meinung die Weltwirtschaftskrise produziert haben. Das Publikum kommt leicht zur falschen Einsicht, mit der Änderung der Organisationsform des Handels würde vieles anders. Überhaupt hat Brecht für einen Marxisten erstaunlich wenig die Produktionssphäre, das primäre Erkenntnisobjekt des „Kapitals“ dargestellt, um so zahlreicher sind seine ideologisch-kritischen Absichten. Es dürfte auch schwierig sein, die Produktionssphäre sinnvoll auf die Bühne zu bringen; Brecht wußte, es gibt da wenig Dramatisches, wenig Personenhaftes. Um das Publikum über Arturo Ui lachen zu lassen, was sehr wichtig ist für eine kritische Haltung der Zuschauer, reduziert Brecht den Faschismus auf die Verschwörungen einer Gangsterorganisation, die zugleich Karfioltrust ist. Die Bedeutung der bürgerlichen Gesellschaft und im besonderen des Großkapitals für den Faschismus tritt nicht deutlich genug zutage. Das Publikum denkt zu leicht, ein Austausch der Personen würde Abhilfe schaffen. Aus dem Verhalten der Mutter Courage sollen die Zuschauer lernen, daß kleine Leute in Kriegen keine großen Geschäfte und keine großen Tugenden entwickeln können, weil nach dem ökonomischen Gesetz der Gesellschaft nur die Mächtigen am Krieg verdienen. Dies ist eine Lehre für die Menschen des 20. Jahrhunderts, dargestellt an der Gesellschaft des 30jährigen Krieges, die doch ganz anders war als die heutige, jedenfalls nicht, wie Adorno betont, den geschlossenen Funktionszusammenhang von Krieg und Vernichtung der kleinen Leute besaß. Deshalb kann die Lehre nicht stimmig und wirkungsvoll vorgebracht werden. Dem Publikum wird die historische Differenz zwischen dem 17. Jahrhundert und

der Gegenwart nicht deutlich, das Verhalten der Mutter Courage sieht es als allgemein menschliches.

Angesichts solcher Rezeption muß die Betrachtung von Brechts Kunst, die in der von ihr dargestellten Zeit die unsrige erkennen will, und die nicht einen Gedanken mehr an Brecht verschwenden will, der nicht unsere Welt (zu der ja auch Kunst gehört) zu erkennen mithilft, die Frage stellen, was von seiner Kunst bleibt, welchen Gebrauchswert sie für wen heute noch hergibt. Brechts Werk ist in der Tat klassisch geworden, allerdings so, wie er dasjenige Shakespeares oder Marxens verstand: als dokumentarisches Material, dessen Größe, d. h. Brauchbarkeit darin besteht, von Geschichte gesättigt, damit zum Teil veraltet zu sein. Auch für Brecht gilt: „Das Theater wird in absehbarer Zeit das verstaubte Repertoire eines Jahrhunderts einfach auf seinen Materialwert hin untersuchen, indem es die guten alten Klassiker wie alte Autos behandelt, die nach dem reinen Alteisenwert eingeschätzt werden“ (18, 50). Wenn die, für die Brecht noch von Nutzen ist, etwas bei ihm als für sich unbrauchbar erkannt haben, dürfen sie nicht zögern, es zum Abgelebten zu werfen. Wer sind diejenigen, die so mit Brecht umgehen? Es ist nicht mehr das Proletariat, das als sich emanzipierendes, die Produktivkräfte vorwärtstreibendes Subjekt der wichtigste Adressat von Brechts Kunst war. Als solches gibt es das Proletariat nicht mehr. Die Zeiten sind vorbei, in denen es sein dialektisches Verhältnis zum herrschenden Kapital begriff und politisch auswertete, um so zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft zu werden. Zur Herstellung solchen Verhaltens diene Brechts Theater. Als Triebkraft für revolutionäres Handeln galt ihm die Armut, weil sie es dem Menschen erlaubt, so nahe an das Wirkliche heranzukommen wie kein Reicher und es als veränderbar erkennen zu können. Mit der Integration der traditionellen Arbeiterbewegung in das kapitalistische System, der Besserung des Lebensstandards der Arbeiter und der wachsenden Manipulation ihres Bewußtseins geht einher die repressive Inbetriebnahme der anderen Produktivkraft, der Technik der Massenkommunikationsmittel wie Film und Rundfunk, von deren Kollektivrezeption durchs Proletariat sich Brecht seine Aktivierung versprach. Statt dessen versöhnt die Bewußtseinsindustrie den Einzelnen mit der schlechten Wirklichkeit. Selbst die Besucher von Sportveranstaltungen, die immer aggressiver und fanatischer werden und die Leser von Kriminalromanen, die immer weniger an die Logik appellieren, sind da keine Hoffnung. Natürlich ist das Verhalten beider immer noch rationaler als das von Konsumenten des bürgerlichen Theaters. — Die Bedingungen für eine das Publikum politisierende und aktivierende Rezeption Brechts sind also gering. „Großer, allseitiger, auf dem ganzen Gebiet der Gesellschaft schöpferischer Realismus kann in der Kunst nur entwickelt werden in Zusammenarbeit mit aufsteigenden Klassen, die in das Ganze der gesellschaftlichen Institutionen, die gesamte gesellschaftliche Realität eingreifen müssen, um sich zu entwickeln ... eine neue Klasse muß da sein, welche die Weiterentwicklung der Produktivkräfte übernehmen kann“ (19, 367).

Da aber das von Brecht Dargestellte, die kapitalistische Gesellschaft, in ihren Grundzügen überlebt hat, bleibt die Frage: wer ist der heute von Brechts Kunst Angesprochene? Benjamin nannte das epische Theater „das Theater des geprügelten Helden“ (Versuche, S. 41), der nicht ohne Grund zu denken beginnt, der Unterprivilegierte, der ein Interesse an der Veränderung seiner Lage hat, der in Opposition zu einer Gesellschaft steht, in der er nicht existieren, geschweige sich entfalten kann. Es wird in Deutschland auf dem Weg zur autoritären Leistungsgesellschaft häufig geprügelt, körperlich und geistig, in der Schule, in der Universität, im Betrieb und anderswo. In Reaktion auf diese Entwicklung haben sich die „geprügelten Helden“ in den letzten Monaten zu solidarischen Aktionen gegen die Faschisierung der Gesellschaft zusammengefunden. Sie werden Brecht auf seinen Gebrauchswert für ihre Theorie und Praxis kritisch untersuchen. Eine solche kritische Sichtung verteidigte Brecht in den dreißiger Jahren gegen Lukács, dem er Formalismus vorwarf, weil er unkritisch die Schreibweise der bürgerlichen Realisten wie Balzac, Thomas Mann und andere als vorbildlich für sozialistische Schriftsteller des 20. Jahrhunderts ansah, dabei die historische Differenz übersehend zwischen der Welt, die jene beschrieben und derjenigen, die diese darstellen wollen. So dürfen auch gegenwärtige Brecht Rezipierende nicht die historische Differenz zwischen der Realität, die Brecht begreifen wollte, und der unsrigen verschweigen. Neue Inhalte verlangen neue Formen, die diese organisieren. Das dokumentarische Theater von Weiss, die filmische Prosa von Kluge, die plakative Lyrik von Enzensberger, verwenden andere Formen als Brecht und müssen deshalb nicht falsche Einsichten vermitteln. Nicht nur an das gute Alte, auch an das schlechte Neue ist anzuknüpfen. „Ohne sich der inhaltlichen Entwicklung zu unterwerfen, ohne von ihr den Auftrag zu empfangen, bleibt jede formale Neuerung vollkommen unfruchtbar“ (19, 403). Unrealistisch ist es, den Realismus zu einer Formsache zu machen, ihn mit einer (alten) Form zu verknüpfen (wie Lukács es tat), oder alten Stoffen durch neue Formen bloße Reize fürs Publikum abzugewinnen, wie viele Schriftsteller heute es tun. „Über literarische Formen muß man die Realität befragen, nicht die Ästhetik, auch nicht die des Realismus. Die Wahrheit kann auf viele Arten verschwiegen und auf viele Arten gesagt werden. Wir leiten unsere Ästhetik, wie unsere Sittlichkeit, von den Bedürfnissen unseres Kampfes ab“ (19, 349). Man kann nicht nur in der Kunst Realist sein, man muß es auch im gesellschaftlichen Leben sein. „Der beschreibende Realist verhält sich realistisch in jeder Beziehung: seinen Lesern gegenüber, seiner Schreibweise (sich selber) gegenüber, seinem Stoff gegenüber.“ (19, 372.) Daß es Brecht mit dieser Haltung ernst meinte wird deutlich, als er 1938 die Realismusdebatte mit Lukács abbrach, weil er befürchtete, daß die unterschiedlichen Realismusauffassungen die Gegensätze in der Antifaschistischen Front vertiefen und somit das Dringlichste, den Kampf gegen den Faschismus schwächen könnten.

Auch die Form seines epischen Theaters galt Brecht nicht als Dogma. Er vermischte sie in „Die Gewehre der Frau Carrar“ z. B. mit Elementen des alten

Theaters, um zu erreichen, daß das Publikum sich durch rationale Einfühlung zu einer breiten auch emotional bestimmten Front gegen Hitler formierte. „Der Lernende ist wichtiger als die Lehre“ (20, 46). Die Aufgabe des Lehrers (als solchen verstand sich Brecht) ist, sich selbst überflüssig zu machen, Brecht tat alles, um seine Spuren zu verwischen, weil er wußte, daß seine Lehre als historische Waffe auch auffordert, neue Waffen herzustellen, weil er wußte, daß der historisch Denkende irren kann. „In mir habt ihr einen, auf den könnt ihr nicht bauen.“ Deshalb sind Brechtfeiern bei uns so peinlich, aber die Gesellschaft muß ihn so behandeln. Den Feiernden, die „die genau berechneten Unebenheiten des Versmaßes“ (Jens) von Brecht genießen und zu ihm kaum eine Beziehung haben können, wäre Brecht zu zitieren: „Ich habe zu verstehen gegeben, daß man das Hohelied von mir nicht mehr erwarten darf. Wer immer es ist, den ihr sucht: **ich bin es nicht.**“

Diejenigen, die Brecht wie ein Auto auf seine Benutzbarkeit hin betrachten und nicht an die übermäßige Wichtigkeit von Kunst (auch von Brechts Kunst) gerade heute glauben, eingedenk dessen, daß es nicht um Brecht geht oder nur um ihn in Hinsicht auf Erkenntnis und Gestaltung der Wirklichkeit, halten sich in ihren realen Handlungen und ästhetischen Manifestationen an die Zeilen: „Ausschließlich wegen der zunehmenden Unordnung / In unseren Städten des Klassenkampfes / Haben etliche von uns in diesen Jahren beschlossen / Nicht mehr zu sprechen von Hafenstädten, Schnee auf den Dächern, Frauen / Geruch reifer Äpfel im Keller, Empfindungen des Fleisches / All dem, was den Menschen rund macht und menschlich / Sondern zu reden nur mehr von der Unordnung / Also einseitig zu werden, dürr, verstrickt in die Geschäfte / Der Politik und das trockene ‚Unwürdige‘ Vokabular / Der dialektischen Ökonomie / Damit nicht dieses furchtbare gedrängte Zusammensein / Von Schneefällen (sie sind nicht nur kalt, wir wissen’s) / Ausbeutung, verlocktem Fleisch und Klassenjustiz eine / Billigung / So vielseitiger Welt in uns erzeuge, Lust an / Den Widersprüchen solch blutigen Lebens / Ihr versteht.“ (9, 519.)

Vor Jahren dichtete Ingeborg Bachmann: „Es kommen härtere Tage...“ Sie sind da. Die Härte hat Kontur erhalten. Mit dem saturiertfriedlichen Wirtschaftswunderbiedermeier im Flackerschein Vietnams ist es vorbei. Schlagstock und Wasserwerfer sind bundesdeutsche Staatssymbole geworden — die Opfer der Schüsse werden amtlich und öffentlich bezeichnet und Bedauern ist billig von Memphis bis Bonn und Berlin. Dieser Staat schützt seinen Springer, dessen und seine Ruhe und Ordnung. Wie auch nicht; wessen Staat ist er denn? Doch geht’s um mehr: Den Entwurf für Europa zu verwirklichen, bedarf es des gefügigen deutschen, allzudeutschen Menschenmaterials. Dessen Form und Formierbarkeit hängt von der Verinnerlichung des Feindmodells ab. Stramme Gesinnung weiß Freund und Feind klar zu trennen. Der Schlagstock klärt das formierte Feindbild: das nach außen orientierte wird nach innen gerichtet, aufs innere projiziert und daran zwecks künftiger äußerer Verwendung eingeübt. Die Volksgemeinschaft christlich-demokratischen Stils wird gegen die außerparlamentarische Opposition formiert. Und diese steht als Modell aller derjenigen, die wider die etablierte Wirtschafts- und Staatsmacht löcken. In neuer Form ein altes Modell: Gewalt gegen die Minderheit schweißt die Gemeinschaft zwischen denjenigen, die Macht haben, und denjenigen, an denen sie ausgeübt wird. Das würzt den Kakao, durch den das künftige Menschenmaterial gezogen wird, macht ihn als Hexentrank der Formierbarkeit trinkbar. Das sind also Präludien künftiger großer Zeit. Präludien auch der Feier zum 150. Geburtstage von Karl Marx.

Sie verdeutlichen die Fronten, zwingen, Farbe zu bekennen. Wie traurig nackt steht jenes liberale Kokettieren mit Marx da, seit es sich im Worte vom „linken Faschismus“ decouvrierte: solide jenseits der Barrikade, verwendbar zu Abwiegelungszwecken, kaum anhörens Wert jedoch, wenn Gewalt spricht — dann abschiebbar in innere Emigration. Soziale und politische Entscheidungen haben ihre eigene Logik, welche die Wahrheit der Motive am Resultat demonstriert. Schüsse, Schläge, Gerichte und hochtourige Seelenmassage der Informationsapparaturen können nicht rückgängig machen, daß Dutschke mit seinen Freunden ein Initiativmodell, ein mögliches, nicht das einzige, lieferten, daß und wie die Schwelle der Risikobereitschaft überschritten werden, daß und wie die Inte-

grationsangst überwunden werden kann — jene Angst, nicht zur etablierten Gesellschaft von Recht und Ordnung zu gehören, deren Majestät dieser Bundespräsident politisch-moralisch repräsentiert, deren Inhalt die nationale Gemeinschaft zwischen Akteuren und Objekten der Macht, deren Gesetz das Kapitalverhältnis, und deren Ziel die Profitoptimierung ist.

Die Angst, aus dem System genormter Rollen des integrierten Geistes zu fallen, ist als überwindbar demonstriert. Die Rollen des intellektuellen Hofnarren oder des staatlich lizenzierten Formuliers sensiblen Unbehagens, die Rollen des Indoktrineurs jenes hinreißenden Lebensgefühls, mit dem Strom von Geschäft, Markt und Macht zu schwimmen, oder des sublimen Genusses verzweifelter Ohnmacht, die Rollen des höflichen Warenverkäufers von Tips zur Systemverbesserung und des möglichst perfekten, beliebig verwendbaren zweibeinigen intellektuellen Instruments der Kapitalsverwertung und Untertanenerziehung sind abwerfbare intellektuelle Charaktermasken dieses Systems in geschichtlicher Sackgasse.

Wie von den Kommunisten, ist die Abgrenzung von der außerparlamentarischen Opposition zu einem Kriterium der Konformitätsbewährung und Sozialtreue geworden. Hier wird eine Feindgrenze gezogen — und erst diesseits dieser Grenze gibt es das verlockende Zuckerbrot für ordentliche Kinder, das verständnisvolle Gespräch über Jugendtorheiten und auch den Marx als historische Lektüre, als Ferment eines irritierten Selbstverständnisses, als liberalen Bildungsschmuck und theologische Herausforderung im Entfaltungsraum für die große Leidenschaft im Unverbindlichen.

Wer alles will des Karl Marx gedenken?

Er paßt schlecht an den Tisch der Koalition — dazu hat man's zu herrlich weit gebracht und das Erröten verlernt. Gedenken seiner diejenigen, die ihn plünderten, um seine Sache zu bekämpfen? Die aus ihm lernen, Gesellschaft als Totalitätszusammenhang zu sehen, um deren Widersprüche zu regulieren und zu stabilisieren? Die positivistischen Verehrer des Handgreiflichen gedenken des chiliastischen Kollegen und die kritischen Kritiker dieser Handgreiflichkeit gedenken ihrer Leistung, aus wirklicher Bewegung ein Restchen utopisiertes Ideal herauskristallisiert zu haben, fern, zart und hoch, um die menschliche Beschädigung im schlechten Dasein so erbittert wie deren Unveränderbarkeit zu behaupten.

Doch Marx und die Sache, für die er steht, sind längst Deutschlands und der deutschen bürgerlichen Ideologie Schicksal geworden. Die Dialektik des nationalen und internationalen Klassenkampfes bewirkt, daß die bürgerliche Konzeptionsbildung immer mehr von der sozialistischen Alternative als dem zu Negierenden ihre inhaltliche Orientierung empfangt. Es sei nur an die Rolle des Antikommunismus erinnert — und an den rhythmisch wiederholten Ruf nach einer einigenden bindenden positiven Idee — sei es des „gesellschaftlichen Bewußtseins“ der Formierung oder auch der abendländischen Einheit: das immer

neue Angebot aus dem Laden der widerlegten Traditionen findet ermüdete Käufer.

Die Lebensmacht des marx'schen Gedankens in der Realisierung der sozialistischen Staaten oder in der praktischen Problematik der bürgerlichen Welt — zwang und zwingt seine Gegner zur Negation und in der Negation weitgehend zur Anpassung, partiellen Übernahme, zur Plünderung, zwang und zwingt dazu, die eigene Herrschaftsordnung demagogisch zu verhüllen — sei es pseudo-sozialistisch, sei es im Gewande des „Gemeinwohls“. Längst hat man sich an den einst verketzten Gedanken wirtschaftlicher Planung gewöhnen müssen. Die Reflexion der eigenen Krisenerfahrung bedarf marx'scher Bestimmungen, um artikuliert zu werden. Dem Zwang der fortschreitenden Vergesellschaftung der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen folgt die Produktion gesamtgesellschaftlich konzipierter Regulierungsideen. Das Nein zu Marx, zum Marxismus-Leninismus als seiner heutigen Gestalt, zur neuen Formation als äußerer Wirklichkeit und innerer Möglichkeit ward so konstruktives Prinzip ideologischer Konzeptionsbildung — sowohl zum Zwecke praktikabler Herrschaftskonzeptionen als auch ideologischer Bindungen.

Das aber ist die Defensive des geschichtlich Unterlegenen.

Marx ist dem, was er negiert und was ihn negiert, nicht integrierbar.

Diese Entwicklung begann mit dem revisionistischen Opportunismus als Anpassungsform des Liberalismus innerhalb der Arbeiterbewegung, in der Soziologie mit Tönnies, in der Philosophie mit Nietzsches aggressiv-brutaler und des Neukantianismus liberaler Reaktion auf Pariser Kommune und deutsche Sozialdemokratie. Das zeigte sich zugleich in Stöckers erstem Versuch einer konterrevolutionär orientierten antisemitischen Massenbewegung. Hier ist nicht der Ort, die Linie vom Kriegsozialismus über den preußischen und deutschen Sozialismus faschistischer Prägung zu verfolgen, in der Soziologie der Weg von Max Weber und Simmel zu Dahrendorf und Adorno, die Linie von Spengler zu Heidegger und Jünger, von Carl Schmitt zur formierten Gesellschaft, von den technokratischen Konzeptionen der dreißiger Jahre zu den Wachstumsmodellen und zur Industriegesellschaftskonzeption heute.

Galt Marx in den 50er Jahren wesentlich noch als toter Hund, so hat die weltpolitische Entwicklung und das Ende der Nachkriegskonjunktur und ihrer Illusionen die große Unruhe — und damit ihn wieder „ins Gespräch“ gebracht. Wird den einen sein Studium ein Weg über das theoretische Verständnis der geschichtlichen Entwicklung die eingeübten ideologischen Bindungen zu zerbrechen und an die sozialistische Bewegung heranzukommen, so hat die Marxbeschäftigung und die entsprechende literarische Industrie auf der Gegenseite die Funktion, eben diesen Prozeß zu verhindern, zugleich einen ummontierten Marx als Waffe gegen die sozialistischen Länder zu kehren und schließlich zu eigenen praktisch-ökonomischen Zwecken ihm Gedanken über gesellschaftliche Zusammenhänge zwecks ihrer Beherrschung zu entlehnen. Beide Tendenzen

dokumentieren entscheidende Aspekte der Krise der bürgerlichen Ideologie. Die Realität zwingt, Marx zu bedenken.

Und Marx bedenken, heißt die in seinem Namen veränderte Wirklichkeit bedenken: in der Welt — und in Deutschland.

150 Jahre sind seit seiner Geburt vergangen: das ist historisch gesehen sehr wenig. Die Entwicklung, die sich an seinen Namen knüpft, wäre unwahrscheinlich, wenn das Maß des Wahrscheinlichen die Geschichte vor der Entstehung des industriellen Kapitalismus wäre. Nie hat ein Gedanke so schnell, so universell, so intensiv das soziale, politische und geistige Antlitz der Menschenwelt verändert, wie der Gedanke des Wissenschaftlichen Kommunismus. Freilich, wie dieser Gedanke zur Wirklichkeit, die Wirklichkeit der vom Kapitalismus entbundenen produktiven Kräfte zu ihm drängte, so bedurfte es der revolutionären Klassenorganisation, daß er Macht gewann, weil er eben den revolutionären sozialen Produktivkräften ein historisches Selbstbewußtsein verlieh, sie in der und durch ihre Organisation zum handelnden Subjekt wurden und dadurch die wissenschaftliche Prognose in Strategie des Klassenkampfes verwandeln konnten.

Was 1848 mit dem Kommunistischen Manifest als kleiner Bund der Kommunisten an die Öffentlichkeit trat, zeitigte — auf der Grundlage der richtig erkannten rasanten Entwicklung der Produktivkräfte und sozialen Widersprüche — jene Veränderung, die das Antlitz unserer Epoche prägt: die neue sozialistische Gesellschaftsformation hat schon auf einem Großteil der Erde die Herrschaft des Privateigentums abgelöst, sie hat sich, trotz schwierigster Startbedingungen und verheerender Kriege gegen innere und äußere Konterrevolution zum stabilen System entwickelt — auch in Deutschland, in der DDR — und ist Weltmacht geworden: unwiderrufliche gesellschaftliche Realität, deren gegenwärtiger Stand selbst Etappe im weitergehenden revolutionären Weltprozeß ist.

Mit dieser Realität konfrontiert nicht erst eine Erinnerungsfeier, doch könnte diese veranlassen, einige Voraussetzungen und Perspektiven zu bedenken.

Die entscheidende Voraussetzung ist Marx' Erkenntnis von der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse — als des Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums — als Totengräber der alten und Konstrukteur der neuen Gesellschaft. Proletariat wird von Marx nicht als Masse der Elenden, sondern als soziale Produktivkraft des Gesamtarbeiters innerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses verstanden. Aus diesem seinem Charakter gewinnt es seine produktive Energie.

Doch zum handlungsfähigen Subjekt wird es allein durch seine politische revolutionäre politische Klassenorganisation: durch die Vereinigung von Wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung vermittelt sie ihm das Selbstbewußtsein. Um so notwendiger ist sie für das Proletariat, als dieses durch die technisch-revolutionäre Entwicklung unseres Jahrhunderts unter kapitalistischen Bedingungen allgemeiner geworden ist. Marx' Prognose der zunehmenden

Klassenpolarisierung hat völlig recht behalten, aber diese setzte sich in Form einer wachsenden Differenzierung innerhalb des Proletariats in verschiedene Abteilungen durch, die sich durch Arbeitsfunktion und Qualitätsfunktion, Einkommen und Status unterscheiden. Seine Einheit liegt nicht auf der Hand, ist nicht Gegenstand der Alltagserfahrung, sondern muß begriffen werden unter Bedingungen, die den ideologischen Herrschaftsdruck, die integrierende Informationsregulierung gegenüber dem vorigen Jahrhundert multiplizieren. Gerade deshalb bedarf es — um so dringlicher, je organisierter der Kapitalismus wird — einer eigenen Organisation, nicht nur einer ökonomischen Interessenvertretung, sondern einer politischen Organisation, die seine Selbständigkeit gegen die offizielle Gesellschaft in ideologischer, organisatorischer und politischer Beziehung — somit seinen Charakter als geschichtliches Subjekt — konstituiert. Dadurch wird es allein fähig, die staatliche Macht zu erobern und als Instrument sozialistischer Umgestaltung zu handhaben.

Ohne diese Konsequenz gewinnt ein Bekenntnis zu Marx keine Verbindlichkeit, sondern muß interpretierende Innerlichkeit, reservatio mentalis gegenüber dem Integrationszwang bleiben, worin sich eben dieser realisiert.

Die Leugnung eines revolutionären Subjekts in der gegenwärtigen westdeutschen Gesellschaft ist gerade der Kernpunkt der bürgerlichen Ideologie zur bürgerlichen Macht. Diese Leugnung impliziert, daß das Kapitalsverhältnis für niemand und niemals Objekt eines revolutionären, eben seine Struktur ändernden und aufhebenden Handelns sei. Die nun keineswegs zu leugnende stürmische Entwicklung, der Fortschritt muß daher anonymisiert, auf subjektlose Mächte, wie Wissenschaft und Technik delegiert werden: fremde Reiter, die die Menschen reiten. Unter dieser Voraussetzung ist jede Bewertung — vom Kulturpessimismus bis zum technokratischen Optimismus, herrschaftsideologisch verwertbar.

Mir scheint, was Günther Rohrmoser, Professor an der Pädagogischen Hochschule in Münster, in „Christ und Welt“ schrieb, besonders charakteristisch — zumal er im Dialog zwischen Marxisten und Christen als abschließenden Beitrag ein nicht nur weltanschaulichen, sondern praktischen Dialog ausschließendes Diktum abgab.

Entscheidend in seiner Argumentation ist folgender Passus:

„Nicht nur in der bolschewistischen Revolution, sondern in allen Formen versucher revolutionärer Praxis scheitert heute die Revolution der Freiheit, wie es ja auch der marxistische Revisionismus bei Herbert Marcuse zugibt, daran, daß revolutionäre Theorie kein Subjekt mehr findet. In der westlichen Welt findet revolutionäre Theorie keinen Adressaten mehr. Ein zur Distanzierung und Überholung bestehender Verhältnisse befähigtes und gewilltes Subjekt ist in unserer Welt nicht mehr auszumachen. An die Stelle sich in der Revolution befreiender Subjektivität ist heute als Träger revolutionärer Prozesse die Wissenschaft getreten, die sich als stärkste und produktivste Kraft aller revolutionären

nären Veränderungen erwiesen hat. Der Gang der Revolution hat das Subjekt einer möglichen revolutionären Veränderung im Sinne des Begriffs einer Verwirklichung von Freiheit selbst aufgelöst.“¹

In Form einer Tatsachenfeststellung wird hier beschworen und normiert. Der Verfasser nimmt den Revolutionen seit dem Ende des Mittelalters den unterschiedlichen historisch-sozialen Gehalt, setzt an die Stelle der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution eine allgemeine Revolution der Freiheit „im Verständnis des in der Neuzeit vorausgesetzten Begriffs von Revolution“, die „als Zurückholen der entfremdeten Welt in die Verfügung autonomer menschlicher Freiheit“ als abstrakt-idealistisches Ideal den wirklichen Revolutionen unterstellt wird. Diese werden an diesem Ideal gemessen und von ihm her verworfen hinsichtlich ihres Endresultats — der sozialistischen, während die bürgerliche noch als relative Leistung anerkannt wird. Aber diese, des Verfassers Revolution sei an ihr selbstproduziertes Ende gelangt, „weil das Subjekt einer möglichen Verwirklichung von Freiheit durch die nunmehr total und unbedingt gewordene Emanzipation selbst abgeschafft wird.“ Übergehen wir die merkwürdig widersprechenden Zeitbestimmungen, wo zwischen „nicht mehr“ und „abgeschafft wird“ der Leser eine höhere Identität stiften muß. Hier überlagern sich mehrere Denkschemata: zunächst ist hierin die soziologische These verpackt, daß die revolutionäre Theorie keinen Adressaten mehr fände. Diese als empirische auftretende Behauptung ist diskutierbar, als sie seinerzeit z. B. von Habermas formuliert — keineswegs neu erfunden wurde — sie ist recht alt, wurde sie von Wolfgang Abendroth hinreichend beantwortet. Diese These, die sich empirisch auf das Resultat des Hitlerfaschismus und die restaurative Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland stützt und diese einseitig und unkritisch verallgemeinert, impliziert die genannte Norm, sucht sie zu verifizieren und ist auf gleichem Wege falsifizierbar: allein schon durch das praktische Verhalten der herrschenden Klasse, die sich dessen offenbar gar nicht so sicher ist.

Rohrmoser nun setzt diese These in einen allgemeinen weltanschaulichen, philosophisch-theologischen Bezugsrahmen, wodurch sich unter der Hand Inhalte und Ziele der Revolution vertauschen, und paßt sie dergestalt durch die Vermittlung von Hegelianismen einem alten theologischen Denkschema an, wonach der „emanzipierte Mensch“, der von Gott emanzipiert ist und dadurch eben der Knechtschaft seines sich selbst wollenden Willens, der blinder Naturwille sei, verfallt, und deshalb nur sein Gefängnis baue. Hier konvergiert der theologische Ansatz mit der von Nietzsche zu Heidegger und Gehlen führenden Zurücknahme der emanzipatorischen ideellen Leistungen der bürgerlichen Gesellschaft, mit der seit der Allgemeinen Krise des Kapitalismus dominanter werdenden Gegenauflärung, „Zurücknahme der neunten Symphonie“.

In Rohrmosers Anerkennung früherer Revolutionen und Negierung einer

gegenwärtigen und künftigen liegt nur der recht alte Gedanke bürgerlichen Denkens, wohl die Entwicklung zur bürgerlichen Gesellschaft hin mit dem Akzeptieren von Revolutionen wohlwollend zu quittieren, deren Recht bzw. Möglichkeit über sie hinaus aber zu bestreiten: das Natürliche, Normgemäße, Höchstmögliche ist erreicht, — sehen wir von antidemokratischen Konterrevolutionen ab. Angesichts der wirklichen revolutionären Entwicklung in unserer Epoche spricht Rohrmoser als Ideologe einer bürgerlichen Ordnung, die sich als soziale Konterrevolution verhält und „versteht“, zugleich aber ihre geschichtliche Grenze ahnt: „Nicht nur nach oben, auch nach vorn ist uns die Aussicht versperrt.“ Dies Diktum gilt zugleich von oben nach unten: damit wird dem Untertan die schlechthinnige Fügung ins Geschick bestehender Machtbestände, die sein Schicksal machen, zugemutet — mit dem Pathos der Tiefe. Es wird nicht allzudeutlich, ob Rohrmoser die Reformation als letztes Panier der Freiheit betrachtet. Das wäre aber dann die Reformation, deren Erben die Landesfürsten auf den Schlachtfeldern des Bauernkrieges waren. Ob die „glaubende Subjektivität“ sich auf solche Nullität reduzieren und damit einer sehr weltlichen Norm unterwerfen läßt, die ihre Subjektivität nur als Objekt anderer real zu werden, gestattet, glaube ich bezweifeln zu können.

Nein — der Adressat der revolutionären Theorie ist nicht deshalb Adressat, weil die Theorie bei ihm schon angekommen ist, sondern weil sie seine Emanzipationsbedingungen ausspricht. Er ist die Existenzbedingung des Privateigentums und der Herrschaft der Privateigentümer an Produktionsmitteln, sie bedürfen seiner, so wenig er ihrer bedarf: was die geschichtliche Entwicklung bewiesen hat. Erpreßte und eingeübte Resignation sind da kein Gegenargument. Daß dieser Adressat in der westlichen Welt mehr als Wunsch von Theoretikern ist, beweist nicht nur ein Blick über die Grenzen der bundesdeutschen Provinz. Und dieser Adressat ist der Potenz nach massenhafter als je zuvor: er umfaßt die Gesamtheit der produktiven Kräfte, die im Kapitalsverhältnis stehen. Dazu gehören auch die Träger der Wissenschaft als Produktionskraft, soweit sie nicht am Mehrwert partizipieren.

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, der daraus abgeleitete zwischen Kapital und Arbeit ist in der westlichen Welt nicht aufgehoben, sondern deren Lebens- und Bewegungsgesetz, er steht letztlich hinter allen immer wieder aufbrechenden Konflikten, gestaltet sich als äußere im Gegensatz zwischen den entgegengesetzten Weltsystemen, er durchpulst die Revolution der dritten Welt und gewinnt seine brutalste Konfliktgestalt heute auf den Feldern von Vietnam.

So vielseitig, widerspruchsvoll und vielstufig diese Bewegung durch die Menschenwelt, die unsere Epoche prägt, ist — ihren letzten Grund hat Marx erkannt, ihrem Subjekt das theoretische Selbstbewußtsein als Bedingung seines Handelns ermöglicht und ihm die allgemeinen Wege der Emanzipation gewiesen.

¹ „Christ und Welt“ vom 16. 2. 68

Billig, wenn auch oft geübt, ist, dem Marxismus zu unterstellen, er glaube, ein Endziel der Geschichte sei ins Innerweltliche projizierte Reich-Gotteserwartung und endgeschichtliche Vision. Hier soll nicht das Elend eines nur geistesgeschichtlichen Verbalismus strapaziert werden, der nur, was ihm gleicht, begreift. Da bricht nichts an, niemand schickt ein „Schicksal“, keine Geschichte kommt an ihr Ende oder erfüllt sich, sie hat auch gar keinen vorgegebenen Sinn — das zu glauben, wäre Residualtheologie — die Menschen machen sie und setzen sich ihre Zwecke, geben ihrem Handeln einen Sinn — einen realistischen oder illusionären. Und hier geht es um die real mögliche und lebensnotwendige neue Ausgangsposition, um eine bewohnbare Erde ohne Hunger und Unterdrückung, ohne Ausbeutung der Individuen, Klassen, Völker, ohne die daraus erwachsende Ausrottung des Menschen durch den Menschen, die so lange droht, als Krieg und Kriegsvorbereitung Geschäft sind, Beute versprechen und innere Antagonismen nach außen zu verlagern dienen und dadurch den inneren Herrschaftszustand zu stabilisieren scheinen.

Als vor rund hundert Jahren das KAPITAL erschien — wie wurde wohl damals die Nichtexistenz des Adressaten festgestellt? Wie unreal mochte der Gedanke erscheinen, daß die kräftig aufstrebende kapitalistische Produktion das Ende dieser Formation erzeugen könnte. Lesenswert wäre auch eine Zusammenstellung autoritativer Prognosen über den Zusammenbruch des Marxismus, die endgültige Beseitigung der revolutionären Arbeiterbewegung, die Stabilität der Kolonialreiche und den Zusammenbruch des werdenden Sozialismus. Und das Resultat? — trotz blutiger Niederlagen, trotz langer Zeiten der Verworfenheit, irritierter Parteien des Proletariats und immer perfekter werdender Herrschaftspraktiken der Bourgeoisie. Zählen wir die Summe aufgewandter konterrevolutionärer Gewalt — vom weißen Terror der Bürgerkriege bis zum Atomblitz von Hiroshima. Nichts blamiert sich schneller als Endgültigkeitsansprüche. Solche Erfahrungen wollen begriffen sein. Sie prägen das Geschichtsbild. Sie ermöglichen, ohne Utopismus und ohne Resignation perspektivisch zu denken und zu handeln.

Freilich ist das nur dort sinnvoll möglich, wo Zukunft nicht als Ankommende, sondern real herzustellende verstanden, wo also die Kraft ihrer Herstellung gefunden und bewußt ist. Damit sind wir wieder beim „Adressaten“. Umgekehrt verschenkt keine herrschende Klasse ihre Macht. Und ihr Interesse ist ihre Welt, ihre Weltordnung.

Rüdiger Altmann hat sehr plastisch jüngst das Geschichtsbild, das im faschistoiden Formierungsprogramm liegt, im Programm der integrierenden Zusammenfassung aller Kräfte zwecks äußerer Machtentfaltung, ausgesprochen: „Es ist keine neue Erkenntnis, daß die Rückseite des Fortschritts apokalyptische Symbole zeigt. Das innerstaatliche Niveau der Demokratie und der Zerfall der Weltpolitik entsprechen sich in vielfältiger Weise. Mit Sozialtechniken und Globalsteuerung, auch mit der weiteren Steigerung der Produktivkräfte, kann

die manipulierte Gesellschaft dieser Gefahr nicht begegnen, wenn sie dabei ihren Willen zur Geschichte verliert. Die Geschichte aber, das sollten die Europäer (und die Deutschen noch besser) wissen, ist die Geschichte vom ständigen Untergang der Welt. Die geheime Offenbarung ist nicht nur für einen Tag geschrieben worden. Vielleicht ist das ein Teil ihres Geheimnisses. Der Wille zur Geschichte war deshalb immer der Wille, ihren Zerfall aufzuhalten. Aus diesem Willen, der vis conservandi, wie ein großer Römer ihn genannt hat, sind die Staaten geschaffen, die Staatsideen geboren worden: der Staat als Bewahrer des Fortschritts, als aufhaltende Kraft.“²

Dieser Wille zur Geschichte — was will er? Als Staatsidee soll er die manipulierte Gesellschaft mobilisieren — zum Geschichtemachen: doch wohin? für wen? Immerhin haben wir Deutschen in solchem Geschichtemachen hinreichend Erfahrung, brachen schon zweimal auf, eine verfallende Welt neu zu ordnen, sie genas nur nicht daran, wir auch nicht. Es ging auch keine „Welt“ unter, nur das Kaiserreich und der Hitlerfaschismus und Millionen schweigender Toter. Doch in dieser Zielsetzung haben die sie tragenden und betreibenden Klassenkräfte — es sind die heute herrschenden — nichts vergessen und nur wenig Technisches dazugelernt, samt ihren illuminierten Nachläufern. Nur ist der Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit erheblich tiefer noch geworden. Die Barriere beginnt an der Elbe. Wohin will dieser „heroische Aktivismus“ führen, wenn er bewahren will, was ist, sich daher nur nach außen reproduzieren kann? Das Gesetz, nach dem wir angetreten, reduziert sich ja wohl nicht darauf, die Konterrevolution der modernen Völker zu teilen, nicht ihre Revolutionen — dieser Teufelskreis ist schon durchbrochen. Mag Altmann die geheime Offenbarung mit den Sputniks reimen — demonstriert nicht der Ruf nach dieser Staatsidee die Ideenlosigkeit reiner Machtbehauptung, die Perspektive der Perspektivlosigkeit? Das will den Sozialismus „aufzehren“?

Die Bemerkungen des Eingeweihten über Manipulation, Globalsteuerung etc. zeigen den literarischen Techniker einer Herrschaft, deren Zukunftskonzeption ihre Verlängerung, deren wirkliche Perspektive nur durch das sacrificium intellectus ertragbar wird. Dies historische Selbstverständnis, das aus der Not eine weihevoll Tugend macht, korrespondiert dem Ruf nach dem starken Staat, nach einheitlich bindender Staatsgesinnung — vor allem für die, deren Interessen er nicht vertritt etc.: da bleibt gegen Marx und seine Sache nur das Argument argumentloser Gewalt. Und natürlich die geheime Offenbarung. Wir leben 150 Jahre nach Marx' Geburt. Zu jener Zeit reagierten ähnlich die Feudalherren auf die Französische Revolution. Wir können in Geschichtsbüchern über sie nachlesen.

² „Merkur“ Jan./Febr. 1968, Heft 238, Seiten 10/11

Artur Schnickmann 40 blaue Bände

Einen besonderen Platz in der Geschichte der Marx-Engels-Edition in Deutschland nimmt die Ausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels im Dietz Verlag, Berlin, ein. Im Karl-Marx-Jahr 1953 mit dieser Aufgabe betraut, legte das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zum 150. Geburtstag von Karl Marx die letzten Bände dieser Ausgabe auf den Geburtstags-tisch. Mit ihren 40 Bänden in 43 Büchern ist dies die umfassendste Ausgabe der Werke von Marx und Engels in deutscher Sprache. Alle abgeschlossenen Werke, Schriften und Artikel, sowie eine große Zahl bedeutsamer Vorarbeiten, Entwürfe und Konzepte, sämtliche bisher aufgefundenen Briefe aus der Feder von Karl Marx und Friedrich Engels werden damit — zu einem beträchtlichen Teil erstmalig — dem deutschen Leser zugänglich gemacht.

Die Werke in so verhältnismäßig kurzer Frist herauszubringen war nur möglich durch die enge Zusammenarbeit mit dem Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau. Die deutsche Ausgabe, die im Dietz Verlag Berlin erscheint, fußt auf der zweiten russischen Ausgabe der Werke von Marx und Engels, die von 1955 bis 1966 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU herausgegeben wurde. Sie folgt der russischen in der Quellengrundlage, in der chronologischen Anordnung der Schriften, Artikel und Briefe, und stützt sich bei den Vorworten und dem wissenschaftlichen Apparat weitgehend auf die Ergebnisse der sowjetischen Forschung.

Schatzkammer des Marxismus

Das Moskauer Institut hat sich besonders verdient gemacht bei der Sammlung und Pflege des literarischen Nachlasses von Marx und Engels. Bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht regte Lenin an, alles Notwendige zu tun, um alle Materialien von Marx und Engels zu erwerben. Seit der Gründung des Marx-Engels-Instituts in Moskau im Jahre 1921 wird systematisch die Suche und Sammlung

dieser Materialien betrieben. In erster Linie geht es dabei um die Handschriften von Marx und Engels, dazu gehören sowohl abgeschlossene Arbeiten, als auch entsprechende Vorarbeiten, Konzepte usw., und ihre Briefe. Die Sammlung erstreckt sich auch auf die Erstdrucke der Arbeiten von Marx und Engels, auf die Briefe Dritter an Marx und Engels, sowie die Materialien, mit denen die Begründer des Marxismus gearbeitet haben, wie die Bücher ihrer recht umfangreichen Bibliothek,¹ die oftmals interessante Bemerkungen oder Anstreichungen enthalten, wie die zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, die sie regelmäßig verfolgten. Gesammelt werden ferner alle Zeitdokumente, in denen sich das Wirken von Marx und Engels widerspiegelt, wie z. B. Materialien von bzw. über ihre Kampfgefährten. Jedem Hinweis über die Existenz eines bisher unbekannten Briefes oder Manuskripts wurde sorgfältig nachgegangen, jede Spur aufmerksam verfolgt. In mühevoller Arbeit konnte so die umfangreichste Sammlung des literarischen Erbes von Marx und Engels zusammengetragen werden und das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU besitzt heute fast alle erhalten gebliebenen Materialien von Marx und Engels entweder im Original oder zumindest in Fotokopien. Wir sind dem Moskauer Institut für seine umfangreiche Tätigkeit bei der Sammlung und Erschließung des Erbes von Marx und Engels zu großem Dank verpflichtet; die Faschisten, die zeitweilig ihre Macht über große Teile Europas ausdehnten, konnten dadurch ihr Ziel nicht erreichen, die Erinnerung an Marx auszulöschen, obgleich durch Bücherverbrennungen usw. wertvolle Materialien vernichtet wurden. Welche Fortschritte inzwischen bei der Erforschung und Erschließung des literarischen Nachlasses von Marx und Engels gemacht wurden, geht daraus hervor, daß der Umfang der zweiten russischen Ausgabe gegenüber der ersten Ausgabe, die von 1926 bis 1946 erschien, um zehn Bände erweitert werden konnte.

Umfangreiche Untersuchungen waren erforderlich, um alle Artikel, die Marx und Engels für die Presse geschrieben haben, aufzufinden — die Ausgabe enthält rund 1300. Diese Artikel waren nicht immer gezeichnet. Die „New-York Daily Tribune“ beispielsweise, deren Korrespondent Marx von 1852 bis 1862 war, brachte seine Artikel oftmals als Leitartikel und nahm auch Änderungen und Ergänzungen vor. Eine große Anzahl von Artikel erschienen in der Zeitung zwar unter Marx' Namen, während der wirkliche Verfasser Engels war, denn dieser unterstützte seinen Freund bei seiner Korrespondententätigkeit, um ihm zu ermöglichen, an seinem großen Werk, dem „Kapital“, weiterzuarbeiten. Um die Verfasserschaft zu klären, wurden Stiluntersuchungen angestellt, Bemerkungen im Briefwechsel nachgegangen und vor allem Marx' erhalten gebliebene Notizbücher ausgewertet.

¹ Über das Schicksal der Bibliothek von Marx und Engels gab das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED im Dietz Verlag 1967 unter dem Titel „Ex Libris Karl Marx und Friedrich Engels“ eine interessante Arbeit von Bruno Kaiser und Inge Werchan heraus.

Aufbau der Marx-Engels-Werke

Die neue Ausgabe der Werke von Marx und Engels ist in drei Abteilungen gegliedert. Die Bände 1 bis 22 sowie der Ergänzungsband enthalten in chronologischer Anordnung alle Werke und Schriften von Marx und Engels mit Ausnahme des „Kapitals“. Rund 1700 Titel erscheinen hier, in der Mehrzahl Artikel von Marx und Engels für die Presse. Etwa die Hälfte der rund 1300 Artikel werden entweder erstmals in deutscher Sprache gedruckt oder erstmalig wiederveröffentlicht. Allein von den Artikeln aus der „New-York Daily Tribune“ werden 315 Artikel erstmals in deutscher Sprache gebracht.

Marx' Hauptwerk, „Das Kapital“, an dem er rund vier Jahrzehnte arbeitete, ist in den Bänden 23 bis 26 enthalten. Bekanntlich konnte Marx nur den ersten Band des „Kapitals“ selbst veröffentlichen; den zweiten und dritten Band hat sein Freund Friedrich Engels auf Grund der nachgelassenen Manuskripte herausgegeben. Den vierten Band des „Kapitals“ zu veröffentlichen, war auch Engels nicht mehr vergönnt. Zum ersten Mal gab Karl Kautsky von 1905 bis 1910 die „Theorien über den Mehrwert“ heraus, jedoch in einer wissenschaftlich unzulänglichen Weise. In den drei Büchern des Bandes 26 erscheint nunmehr das von Marx in den Jahren 1862/1863 geschriebene Manuskript als vierter — historisch-kritischer — Band des „Kapitals“ in einwandfreier Fassung.

Die Bände 27 bis 39 der Marx-Engels-Werke enthalten alle bis jetzt aufgefundenen Briefe von Marx und Engels, und zwar 1545 Briefe, die zwischen Marx und Engels gewechselt wurden und 2376 Briefe an dritte Personen. In den Beilagen werden rund 120 weitere Briefe veröffentlicht, die z. T. im Auftrage von Marx geschrieben wurden, wie z. B. Briefe von Jenny Marx an Friedrich Engels, Ludwig Kugelmann, Wilhelm Liebknecht u. a. Die einzelnen Bände bringen chronologisch alle Briefe eines bestimmten Zeitabschnitts; im ersten Teil jeweils die Korrespondenz zwischen Marx und Engels, im zweiten Teil ihre Briefe an dritte Personen. Während die Briefe, die Marx und Engels untereinander gewechselt haben, schon durch frühere Ausgaben bekannt waren, wird fast jeder zweite Brief, den sie an Dritte richteten, zum erstenmal in deutscher Sprache veröffentlicht.

Der Vorzug der vorliegenden Ausgabe besteht darin, daß sie alle abgeschlossenen Arbeiten von Marx und Engels sowie ihre Briefe vollständig und ungekürzt bringt. Der Zusammenhang der einzelnen Arbeiten und ihr Platz im Gesamtwerk tritt so deutlicher hervor. Insbesondere der Briefwechsel gibt Aufschluß über die verschiedenen Etappen im Schaffen von Marx und Engels, über das Entstehen einzelner Projekte, deren Änderung und Entwicklung. Ihre Briefe vermitteln ein eindrucksvolles Bild von ihrem allseitigen Interesse, ihrer Aufgeschlossenheit allem Neuen gegenüber und von ihrer vielseitigen Wirksamkeit auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens. Gleichzeitig geben sie einen tiefen Einblick in ihr persönliches Leben und bringen uns damit diese überragenden Persönlichkeiten auch menschlich näher.

Aus der Werkstatt der Editoren

Größtes Gewicht wurde auf die zuverlässige Darbietung der Texte gelegt. Sie wurden sämtlich aufs Sorgfältigste mit den Handschriften verglichen bzw. mit den Ausgaben, die Marx und Engels selbst besorgt haben. Als Textgrundlage diente im allgemeinen die Ausgabe letzter Hand. Auch die von Marx und Engels benutzte Literatur wurde herangezogen, wodurch eine Reihe von Schreib- oder Druckfehlern ausgemerzt werden konnte. Die Besonderheiten der Zitierweise, die besonders bei Marx zu finden sind, z. B. durch Kürzung der Zitate, indem er Unwichtiges wegläßt, durch Einsetzen von Synonymen oder durch teilweise Übersetzung ins Deutsche, wurde jedoch erhalten.

Der Vergleich mit den Handschriften, besonders mit der von Marx, kostete besondere Mühe. Das wird jeder verstehen, der schon einmal einige Zeilen der Marxschen Handschrift gelesen hat. Oftmals handelte es sich bei den zu entziffernden Materialien nicht um Reinschriften, wie in seinen Briefen, sondern um Notizen oder Manuskripte, die Marx für seinen eigenen Gebrauch anfertigte, bei denen er im Prozeß der Niederschrift Änderungen, Streichungen oder Ergänzungen vornahm. Friedrich Engels war zu Lebzeiten seines Freundes Marx fast der einzige, der dessen Schrift gut lesen konnte. In seinem Briefwechsel finden sich zahlreiche Stellen, in denen er die Befürchtung ausspricht, die von Marx hinterlassenen Manuskripte blieben unerschlossen, wenn er nicht mehr dazu käme, sie zu entziffern. Die Redakteure der neuen Ausgabe der Marx-Engels-Werke scheuten keine Mühe, in die Geheimnisse der Marxschen Manuskripte einzudringen, um diese dem Leser unverfälscht wiederzugeben. In schwierigen Fällen wurden qualifizierte Spezialisten zu Rate gezogen. In wenigen Fällen, wenn z. B. das Manuskript durch Tintenklekse, durch Fehlen von Teilen des betreffenden Blattes usw. zu stark beschädigt war, mußte allerdings alle Kunst versagen.

Große Sorgfalt wurde den Problemen der Übersetzung gewidmet. Marx und Engels waren bekanntlich gute Kenner von Fremdsprachen und etwa ein Drittel ihrer Arbeiten schrieben sie in anderen Sprachen, besonders in Englisch und Französisch. Die Übersetzungen früherer Ausgaben, sofern sie nicht von Marx und Engels selbst stammten oder autorisiert waren, wurden sorgfältig überprüft und wenn notwendig präzisiert. Wie bereits erwähnt, wurden viele Arbeiten überhaupt zum ersten Mal ins Deutsche übersetzt. Dabei galt es, nicht etwa das Vokabular unserer Zeit zu verwenden, sondern sich dem Stil von Marx und Engels möglichst genau anzupassen. Wie in einer westdeutschen Rezension festgestellt wird, „sind die Übersetzungen in den MEW vortrefflich; mit viel Geschick und stilistischem Feingefühl haben die Herausgeber für Marx und Engels typische Formulierungen gefunden“.²

² Hans G. Helms: Kritik der westdeutschen Marx-Engels-Ausgaben. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 12/1967, S. 1274.

Beispiele für die Übersetzungstätigkeit finden wir bei Marx und Engels selbst. Es war jedoch nicht möglich, so frei mit dem Text umzugehen, wie das Marx und Engels in der Regel taten, die ihre eigenen Texte nicht schlechtweg übersetzten, sondern ihnen in den meisten Fällen auch eine neue Fassung gaben. Rund zwei Drittel aller Arbeiten faßten Marx und Engels in deutscher Sprache ab, sie erscheinen daher in der neuen deutschen Ausgabe in der Originalsprache, unbeeinflusst von jeder Übersetzungstätigkeit. Die Marx-Engels-Werke dienen daher vielfach als Grundlage für die Übersetzung ihrer Arbeiten in andere Sprachen. In mehr als 40 Länder werden die Marx-Engels-Werke exportiert.

Studienhilfe durch den wissenschaftlichen Apparat

Der neuen Ausgabe der Werke von Marx und Engels ist ein umfangreicher wissenschaftlicher Apparat beigegeben (fast 500 Druckbogen). Er erleichtert dem Leser die Arbeit mit den Werken von Marx und Engels und ermöglicht ihm, tiefer in den Inhalt und die Geschichte der einzelnen Arbeiten einzudringen, sich schnell über bestimmte Sachverhalte zu orientieren. Im Apparat spiegeln sich die Ergebnisse der sowjetischen und deutschen Forschung auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft.

Jeder Band enthält ein ausführliches Vorwort, das den Leser in die Hauptprobleme des Bandes einführt. Hier werden die wichtigsten Arbeiten erläutert und der historische Hintergrund geschildert, auf dem sie entstanden. In ihrer Gesamtheit geben die Vorworte eine auf neue Forschungsergebnisse gestützte Darstellung der Herausbildung und Entwicklung des Marxismus im 19. Jahrhundert.

Den Hauptteil des wissenschaftlichen Apparates bilden rund 16 000 Anmerkungen. Sie gehen auf die Entstehung und Verbreitung einzelner Werke ein, erklären historische Details und Zusammenhänge, geben Auskunft über den Charakter und die Rolle von den im Text erwähnten Organisationen, Zeitungen oder Zeitschriften, weisen auf die Quellen hin, aus denen Marx und Engels geschöpft haben, und geben vielfach auszugsweise bisher unveröffentlichte Briefe dritter Personen an Marx und Engels wieder.

Die Bände 1 bis 22 enthalten ein ausführliches Verzeichnis aller bisher ermittelten Daten aus dem Leben und Wirken von Marx und Engels. Aus dieser bisher umfassendsten Chronik über die Begründer des Marxismus — sie umfaßt rund 400 Druckseiten — erfährt der Leser zum Beispiel, mit welchen Problemen sich Marx und Engels jeweils beschäftigt haben, welche Reisen sie unternahmen, welche Besuche sie empfangen oder von welchen Krankheiten, Glücks- oder Unglücksfällen sie betroffen wurden.

Den einzelnen Bänden sind ferner umfangreiche Register beigegeben. So finden wir zum Beispiel im Personenverzeichnis über 10 000 Namen mit kurzen Annotatio-

nen. Das Literaturverzeichnis vermittelt eine eindrucksvolle Vorstellung von den umfangreichen Studien, die Marx und Engels auf den verschiedensten Gebieten betrieben haben. Allein das Literaturverzeichnis zum ersten Band des „Kapitals“ (Band 23 der MEW) nennt auf 30 Seiten 562 Titel. Die einzelnen Bände enthalten ferner Verzeichnisse literarischer, biblischer und mythologischer Namen, Verzeichnisse geographischer Namen, Fremdwörterverzeichnisse, Verzeichnisse der Gewichte, Maße und Münzen sowie Abkürzungsverzeichnisse.

Für 18 Bände, das ist beinahe die Hälfte der Ausgabe, wurden ausführliche und übersichtliche Sachregister erarbeitet, und zwar für Band 20 („Anti-Dühring“ und „Dialektik der Natur“), für „Das Kapital“ einschließlich der „Theorien über den Mehrwert“ (Band 23 bis 26) sowie für alle Briefe (Band 27 bis 39). Das Sachregister für die 13 Briefbände befindet sich in Band 39. Mit Hilfe der Sachregister ist der Benutzer in der Lage, schnell herauszufinden, wo sich die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus zu bestimmten Problemen in den genannten wichtigen theoretischen Werken bzw. in ihrem umfangreichen Briefwechsel geäußert haben. Die Sachregister tragen so in hohem Maße dazu bei, die Werke von Marx und Engels zu erschließen. Ein Sachregister für die gesamte Ausgabe ist vorgesehen, doch wird dies erst in einigen Jahren vorgelegt werden können.

Die Ideen von Marx und Engels werden Wirklichkeit

Der wissenschaftliche Apparat und besonders die Sachregister sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung, um die Werke von Marx und Engels zu erschließen. Kam es doch Marx, nach seinen eigenen Worten, nicht in erster Linie darauf an, die Welt zu interpretieren als sie zu verändern. Daß Marx' Lehre die Welt verändert hat, wird heute kaum noch bestritten. In den sozialistischen Ländern ist der Marxismus-Leninismus die Grundlage der Politik. Das gilt selbstverständlich auch für die DDR, deren Bevölkerung unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, der SED, erfolgreich den Sozialismus aufbaut. Wie wir uns dabei auf Marx' Lehren stützen, wurde besonders deutlich auf den internationalen wissenschaftlichen Sessionen in Berlin anlässlich des 100. Jahrestages des Erscheinens des ersten Bandes des „Kapitals“ im September 1967 und des 150. Geburtstages von Karl Marx im Mai 1968. Vor den Vertretern der internationalen Arbeiterbewegung legte hier die SED dar, welche Erfahrungen sie beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung gewonnen hat und durch welche neuen Erkenntnisse der Erfahrungsschatz des Marxismus-Leninismus bereichert wurde, denn der Marxismus-Leninismus darf niemals als ein Dogma aufgefaßt werden, sondern als eine lebendige Wissenschaft, die sich entwickelt. Das ist auch der Grund, warum in der Gegenwart der Marxismus als Marxismus-Leninismus auftritt, denn Lenin hat den Marxismus entsprechend der neuen Epoche weiterentwickelt.

Marx-Renaissance in Westdeutschland

Die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus ist aber durchaus nicht auf die Länder des Sozialismus beschränkt, sie zeigt sich auch in den Teilen der Welt, in denen heute noch der Kapitalismus vorherrscht. Auch in Westdeutschland übt er zunehmend größere Anziehungskraft aus, so daß mit Recht von einer Marx-Renaissance gesprochen wird. „Eine Marx-Renaissance ist angebrochen“, heißt es in einem Artikel der „Zeit“. „Mittlerweile floriert eine Marx-Diskussion, die ihren Höhepunkt noch nicht überschritten haben dürfte . . . Schon haben sich Verleger, die durchaus nicht marxistischer Sympathien verdächtig sind, auf diesen Bewußtseinswandel eingestellt, indem sie von Monat zu Monat biographische, geistesgeschichtliche und soziologische Werke über Marx und den Marxismus auf den Markt bringen.“³ Die Zahl der Publikationen über bzw. von Marx und Engels ist beständig gewachsen. In den Jahren 1964 bis 1967 erschienen nahezu 400 Veröffentlichungen über Marx und Engels, darunter 18 Publikationen mit ihren Schriften. Das bedeutet, daß im Durchschnitt jede Woche zwei Arbeiten erschienen, die sich mit dem Leben von Marx bzw. mit dem Marxismus beschäftigten. Die Zahl der Publikationen ist in diesem Jahr, im Jahr des 150. Geburtstages von Karl Marx, außerordentlich angestiegen.

Das Interesse für den Marxismus wächst in Westdeutschland, weil sich die Widersprüche des Spätkapitalismus zuspitzen. Fortschrittliche Kräfte, die nach einem Ausweg aus dieser Situation suchen, entdecken, daß Marx und seine Lehre durchaus auch heute noch Bedeutung hat. So heißt es in der „Holzarbeiterzeitung“ vom September 1967: „Mögen auch heute, nicht zuletzt durch sein Auftreten, manche Antworten anders ausfallen als vor hundert Jahren: im Kampf um ein Leben ohne Furcht und Not, im Ringen um Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen beginnen auch heute noch alle Überlegungen bei ihm. Den Lebenden stellt sich die Aufgabe, ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen, die Lehre von Karl Marx weiterzuentwickeln, die materialistische Geschichtsauffassung selbst anzuwenden. Dazu hat er den Weg gewiesen. Das ist sein Vermächtnis für uns.“⁴

Marx und Engels waren keine Stubengelehrten. Sie schufen ihre Lehre für die Arbeiterklasse. Sie wiesen wissenschaftlich nach, daß die Arbeiterklasse berufen ist, die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und die neue sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Gerade das wollen aber die konservativen und reaktionären Kräfte verhindern. Zunächst versuchten sie mit der altbewährten Methode des Verbots ihr Ziel zu erreichen. Die marxistisch-leninistische Partei in Westdeutschland, die KPD, wurde im Jahre 1956 verboten und damit der Möglichkeit beraubt, den Marxismus-Leninismus auf legale Weise zu verbreiten.

³ Gerd-Klaus Kaltenbrunner: Zum 150. Geburtstag des ersten Marxisten: Was Marx wirklich sagte . . . In: Die Zeit, Hamburg Nr. 18 vom 3. Mai 1968.

⁴ Dieter Schneider: Hundert Jahre „Das Kapital“. In: Holzarbeiterzeitung Nr. 9, September 1967, S. 6/7.

Die Sozialdemokratische Partei, die selbst Wert darauf legt, nicht mehr als Arbeiterpartei zu gelten, glaubte sich aller Erinnerungen an Marx entledigen zu müssen — siehe ihr Godesberger Programm. Daß es aber ganz ohne Marx nicht geht, hat sich inzwischen auch in ihren Reihen herumgesprochen. „Die SPD ist keine ‚marxistische Partei‘“, wird festgestellt, „aber sie braucht ein Körnchen Marx so nötig, wie eine Suppe ein Körnchen Salz braucht, wenn sie nicht schal und fade werden soll.“⁵ Dahinter steckt die richtige Erkenntnis, daß der ganze Marx die Koalitionssuppe zweifellos versalzen würde. Den Marxismus als Ballast abgeworfen zu haben, machte auch Ernst Bloch in seiner Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx den Sozialdemokraten zum Vorwurf. Die Partei müsse einen Linksdrall bekommen, falls sie überhaupt noch bestehen wolle. Kein Wunder daher, daß der Versuch Willy Brandts, aus den Marx-Feiern für die Sozialdemokratie Kapital zu schlagen, auf entschiedenen Protest der Marxisten stieß. Wenn man schon nicht an Marx vorbeikommt, so bemüht man sich, ihn ins Museum zu verbannen. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Trier verkündete beispielsweise diese Absicht mit folgenden Worten: „Wir haben Marx als Vater der Partei abgegeben und geben ihn der Nation als Großvater.“ Dies wurde von Springers „Welt“ aufgegriffen und am 21. Februar 1968 als Programm in Schlagzeilen verkündet. Daß die „Welt“ bei dieser Gelegenheit statt Marx' 150. Geburtstag seinen 150. Todestag proklamierte, ist höchstwahrscheinlich auf ihr Wunschdenken zurückzuführen. Verständlicherweise wäre der „Welt“ ein toter Marx lieber als der lebendige Marx; doch die Welt und ihr Lauf richten sich nicht nach der „Welt“.

Fälscher am Werk

Marx nur für das 19. Jahrhundert Bedeutung zuzusprechen, ist ein beliebter Trick der Marx-Verfälscher aller Schattierungen. Die Verbeugung vor dem „toten“ Marx fällt in der Regel um so tiefer aus, je heftiger die Bedeutung des Marxismus für unsere Zeit bestritten wird. Es wird behauptet, die Welt habe sich ganz anders entwickelt, als es Marx vorausgesagt habe. „Das Weltbild, das Karl Marx und sein Freund Friedrich Engels entwerfen, ist von der Weltgeschichte desavouiert worden“, heißt es in der „Welt“.⁶ Die heutige Gesellschaft in den entwickelten Ländern des Westens habe mit dem Kapitalismus wie ihn Marx im „Kapital“ untersucht hat, nichts mehr zu tun. Merkwürdig ist bloß, wie die gleichen Leute, die behaupten, die Geschichte habe Marx widerlegt, sich immer wieder erneut abmühen, Marx zu widerlegen.

⁵ Otto Martin Hoffmann: „Was das verdammte Buch betrifft . . .“ — Vor hundert Jahren erschien „Das Kapital“ von Karl Marx. In: Berliner Stimme Nr. 30/17 vom 29. Juli 1967, S. 3.

⁶ Michael Freund: Dr. Marx, Revolutionär. Zu seinem 150. Geburtstag am 5. Mai. In: Die Welt Nr. 104 vom 4. Mai 1968.

Ein immer wiederkehrendes Argument imperialistischer wie sozialdemokratischer Ideologen ist die sogenannte Konvergenz der beiden Systeme. Kapitalismus und Sozialismus — so wird behauptet — näherten sich immer mehr an; der Kapitalismus übernehme Elemente, die bisher nur für eine sozialistische Gesellschaft charakteristisch waren, wie z. B. Methoden der Planung; die Gleichheit aller Bürger wachse und der Staat spiele eine immer größere Rolle in der Wirtschaft. Umgekehrt schränke der Sozialismus die Rolle des Staates bei der Leitung der Wirtschaft immer mehr ein, das Gewinnstreben und der Markt spielten eine immer größere Rolle. Im Endergebnis würden schließlich beide Gesellschaftsordnungen zu einer einheitlichen Industriegesellschaft zusammenwachsen.

Wie die Argumente auch im einzelnen lauten, sie laufen alle darauf hinaus, den Kapitalismus zu verteidigen und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu stören. Besonders deutlich wird die antikommunistische Zielrichtung, wenn die absurde Behauptung aufgestellt wird, gerade für die sozialistischen Länder seien solche Erscheinungen charakteristisch, wie z. B. Klassenunterschiede, Ausbeutung, Entfremdung usw., die für den Kapitalismus gelehnet werden.

Die Vertreter der Konvergenztheorie ignorieren völlig die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, die — wie Marx und Engels bereits nachgewiesen haben — den Charakter der jeweiligen Gesellschaftsordnung bestimmen. Die Eigentumsverhältnisse Westdeutschlands sind aber nach wie vor kapitalistisch. Ganz zutreffend wird im Grundsatzprogramm des DGB festgestellt: „Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

Die Konvergenztheorie ist zu einem Hauptinstrument der Diversion gegen den Sozialismus entwickelt worden. Darin zeigt sich — ohne die Wirksamkeit dieser Theorie unterschätzen zu wollen —, daß auch die imperialistischen Kräfte die Lebenskraft des Marxismus respektieren müssen. Vor noch nicht allzulanger Zeit gingen sie mit dem Argument hausieren, der Sozialismus sei nicht lebensfähig und die Versuche, den Sozialismus zu errichten seien notwendig zum Scheitern verurteilt. Der oft prophezeite Zusammenbruch des Sozialismus ließ jedoch auf sich warten, und um nicht ganz Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einzubüßen, mußte man dem auch in der Theorie Rechnung tragen. Statt des Frontalangriffs, dessen Nutzlosigkeit man inzwischen einsehen mußte, versucht man nun, den Sozialismus von innen her zu zerstören und auszuhöhlen.

So erklärt sich auch, daß die imperialistischen Ideologen bereitwillig die Argumente des Revisionismus aufgreifen. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Dogmatismus wenden sich die Revisionisten gegen Grundprinzipien des Marxismus. Die Methoden des Revisionismus, den Marxismus mit scheinmarxistischen Argumenten zu bekämpfen, machen sich mehr und mehr auch bürgerliche Marx-Verfälscher zu eigen. Marx-Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen und „Widersprüche“ konstruiert. Da wird Marx gegen Lenin ausgespielt,

Marx gegen Engels, der alte Marx gegen den jungen Marx, der als der eigentliche Marx dargestellt wird, usw. Vor allem aber wird behauptet, die Praxis der sozialistischen Länder beim Aufbau des Sozialismus stehe im Widerspruch zu Marx' Lehre. Im Zentrum des Angriffs steht die Grunderkenntnis von Marx und Engels, daß allein die Arbeiterklasse in der Lage ist, im Bündnis mit den übrigen werktätigen Klassen und Schichten den Kapitalismus zu überwinden und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Marx und Engels lehrten Zeit ihres Lebens, daß die Arbeiterklasse ihrer führenden Rolle in der sozialistischen Revolution nur gerecht werden kann, wenn sie sich eine revolutionäre Partei schafft.

Gegen diese Grunderkenntnisse des Marxismus wird das Hauptfeuer gerichtet. Da predigt man, Politik, Wirtschaft und Kultur müsse „entideologisiert“ werden, wo doch Marx und Engels die revolutionäre Rolle der Ideen immer wieder betont haben, z. B. in dem berühmten Satz: „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“

Die sozialistischen Länder sollen ihre Wirtschaft „entstaatlichen“, während in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Staat im Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle spielt. Die Argumente dieser Ideologen gewinnen auch dadurch nicht an Glaubwürdigkeit, wenn sie vorgeben, den Sozialismus „verbessern“ zu wollen.

Die Kräfte der Konterrevolution haben aus den Erfahrungen gelernt und drapieren sich nun „sozialistisch“ und gar „marxistisch“. Aufgabe der Marxisten ist es, aufmerksam diese Ränke zu verfolgen und zu durchkreuzen. Grundlage für die ideologische Auseinandersetzung sind die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Ein Musterbeispiel für die schöpferische Arbeit mit den Werken von Marx und Engels gibt uns Lenin. Er kannte ihre Werke, wie kaum ein anderer. In seinen eigenen Arbeiten nahm er ständig Bezug auf Marx und Engels. Bei allen neu auftauchenden entscheidenden Problemen beriet er sich mit ihnen, indem er ihre Werke erneut durcharbeitete. In entscheidenden Punkten hat Lenin den Marxismus weiterentwickelt, so daß der heutige Marxismus, der Marxismus-Leninismus, auch das Studium der Werke Lenins erfordert. Die Herausgabe der vierzigbändigen Ausgabe seiner Werke in deutscher Sprache durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED schuf dazu die Voraussetzungen.

Verbreitung und Einfluß der Marx-Engels-Werke in Westdeutschland

Die neue Ausgabe der Marx-Engels-Werke fand auch in Westdeutschland Verbreitung. Wenn auch der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 25. Juli 1958 versuchte, die Ausgabe mit dem Ruf „Fälscher am Werke“ herabzusetzen, so eroberte sie sich doch bald mehr und mehr Anerkennung. „Auf den Bücherborden interessierter Forscher und Studenten findet man meistens die blauen Bände der Ostberliner ‚Marx-Engels-Ausgabe‘ (MEA)“, konstatierte die „Stuttgarter Zeitung“

am 17. April 1965. Weil dies als ein Ärgernis empfunden wurde, dem es bald abzuhelpen galt, gingen verschiedene westdeutsche Verlage dazu über, Marx' Werke herauszugeben. Der Cotta-Verlag Stuttgart brachte im Jahre 1960 den ersten Band einer auf sieben Bände (8 Teilbände) berechneten Karl Marx-Studienausgabe heraus. Zwei Bände stehen davon noch aus. Das erklärte Ziel der Cotta-Ausgabe war es, Marx „gegen die unglaublichen Verfälschungen zu schützen, denen sein Werk nicht allein im Osten unterworfen ist...“, wie es auf den Klappentexten der ersten Bände heißt. In dem Maße, wie die Marx-Engels-Werkausgabe voranschritt und immer mehr blaue Bände erschienen, verstummten die kritischen Stimmen allmählich. Ja, man kam nicht umhin, die editorische Leistung bei der Herausgabe der Marx-Engels-Werke anzuerkennen. Der Cotta-Verlag zog es vor, die zitierte Behauptung von den „unglaublichen Verfälschungen“ wegzulassen, und in den zuletzt erschienenen Bänden werden die Marx-Engels-Werke zum Teil sogar als Grundlage für den Abdruck einiger Arbeiten genommen. Der Herausgeber hebt insbesondere die hohe Qualität der Übersetzungen in den Marx-Engels-Werken hervor, die zum Teil übernommen wird. Auch andere westdeutsche Ausgaben stützen sich vielfach auf die Marx-Engels-Werkausgabe, beispielsweise die in der Fischer-Bücherei von Iring Fetscher herausgegebene vierbändige Marx-Engels-Studienausgabe. Die in der „Sammlung Insel“ mit einem Nachwort von Herbert Marcuse herausgegebene Schrift von Marx „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ enthält mit Zustimmung des Dietz Verlages die Anmerkungen zu dieser Arbeit aus dem Band 8 der Marx-Engels-Werkausgabe. Die Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main brachte 1967 alle drei theoretischen Bände des „Kapitals“ in einer Lizenzausgabe des Dietz Verlages Berlin heraus, die vollkommen den Bänden 23, 24 und 25 der Marx-Engels-Werkausgabe entsprechen. In diesem Jahre folgte auch der vierte Band des „Kapitals“, die „Theorien über den Mehrwert“, entsprechend Band 26 der Marx-Engels-Werkausgabe in drei Teilbänden. Alle hier erwähnten Ausgaben geben ihre Quellen für die Textwiedergabe korrekt an. Das war für die westdeutsche Marx-Edition leider nicht immer so selbstverständlich, wie es jetzt scheinen mag. So wird in den von Boris Goldenberg 1962 bei Kindler München herausgegebenen Ausgewählten Schriften von Karl Marx auch nicht eine einzige der benutzten Quellen angegeben.

Die Marx-Konjunktur wurde von vielen Verlagen ausgenutzt, denn „der ‚Markt‘ für Marx ist gut“, meint Prof. Schoeck im „Industriekurier“ vom 4. Mai 1968. So begrüßenswert die Verbreitung von Marx-Texten in Westdeutschland ist, weil dadurch der Bevölkerung Westdeutschlands die Möglichkeit gegeben wird, sich mit dem Marxismus aus den Originalquellen bekannt zu machen, so verfehlt wäre es anzunehmen, den Verlagen gehe es um eine Verbreitung des Marxismus. Das zeigt sich, wenn man die verschiedenen Ausgaben näher betrachtet. Durch Vorworte und Kommentare wird versucht den Text zu entschärfen. Die Schriften von Marx werden lediglich als „Studienobjekt“ dargestellt, keineswegs

aber als eine Anleitung zum Handeln. Daraus erklärt sich wohl auch die Vorliebe des Dietz Verlages Hannover für Faksimile-Ausgaben, die schon rein optisch durch ihre für den heutigen Leser ungewöhnliche Schriftart und Orthographie den Eindruck der Antiquiertheit hervorzurufen geeignet sind.⁷

Auch die für die Publikationen getroffene Auswahl ist nicht immer geeignet, dem Leser ein richtiges Bild vom Marxismus zu vermitteln. Besondere Betonung wird auf Frühschriften gelegt. Welche Hoffnungen daran geknüpft sind, plaudert der Herausgeber der Marx-Ausgabe im Rowohlt Verlag, Günther Hillmann aus: „Es handelt sich dabei vor allem um die Arbeiten, die eine bedeutende Rolle im Prozeß der Auflösung der offiziellen Ideologie und Weltanschauung der kommunistischen Länder gespielt haben und weiterhin spielen können.“⁸

Alle Publikationen von Marx und Engels in Westdeutschland zusammengekommen, veröffentlichen nur ein Bruchteil ihrer Arbeiten. Am schwersten fällt dabei ins Gewicht, daß oft gewaltsam versucht wird, Marx' Werke von Engels' Werken zu trennen; gewaltsam, weil nämlich beide eine Einheit bilden, die sich ohne Willkür gar nicht trennen lassen. Viele Arbeiten sind das gemeinsame Werk beider. Aber auch Marx' Werke allein sind in Westdeutschland bei weitem nicht vollständig veröffentlicht. Selbst die umfassendste westdeutsche Ausgabe im Cotta-Verlag weist große Lücken auf, gar nicht zu reden von den übrigen kleineren Ausgaben.

Fast alle westdeutschen Herausgeber scheuten die Mühen und Kosten einer eigenen textkritischen Arbeit. Es läßt sich daher ohne Übertreibung sagen, daß keine der westdeutschen Ausgaben die vierzigbändige Ausgabe der Werke von Marx und Engels ersetzen kann. „Diese Edition bildet auch heute noch die Basis für alle ernsthafte Beschäftigung mit dem Werk von Marx und Engels“, heißt es daher sehr richtig im „Gewerkschafter“.⁹

Historisch-kritische Gesamtausgabe in Vorbereitung

Die Kollektive, die in Moskau und Berlin die Herausgabe der Werke von Marx und Engels vorbereitet haben, stehen nunmehr vor der ehrenvollen Aufgabe, gemeinsam eine große historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels (MEGA) vorzubereiten. Diese Ausgabe wird über die Werkausgabe, die für einen breiten Benutzerkreis gedacht ist, weit hinausgehen. Sie wird sämt-

⁷ Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England (Fotostatischer Nachdruck d. 2., durchges. Aufl. 1892). Eingel. von W. O. Henderson (1965) LIV, 300 S. — Karl Marx / Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest (Faksimiledruck der Erstausgabe von 1848 mit 6 Vorreden von Marx und Engels sowie Engels' „Grundsätze des Kommunismus“). Neu eingel. von Hermann Weber (1966). 116 S.

⁸ Karl Marx — Texte zu Methode und Praxis. Mit einem Essay „Zum Verständnis der Texte, Erläuterungen und Bibliographie“ hrsg. von Günther Hillmann. (Hamburg:) Rowohlt Verlag 1966. Bd. I: Jugendschriften 1835—1841. 200 S.

⁹ Hans Mayer: Karl Marx und die moderne Wissenschaft. In: Der Gewerkschafter. Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall. Frankfurt Nr. 6/1968, S. 227.

liche nachweisbar von Marx und Engels stammenden Materialien aufnehmen, also auch alle Exzerpte, Vorarbeiten und Varianten, Randbemerkungen in Büchern, selbst die kleinste Notiz. Im Unterschied zur vorliegenden Werkausgabe werden alle Materialien in der Sprache des jeweiligen Originals veröffentlicht. Lesarten werden sämtliche Varianten aus den Handschriften, Korrekturbogen und Änderungen in allen weiteren von Marx und Engels besorgten Ausgaben deutlich machen. Die MEGA wird aus vier Abteilungen bestehen und insgesamt rund 100 Bücher umfassen. Die erste Abteilung enthält alle Arbeiten von Marx und Engels mit Ausnahme des „Kapitals“, dem die zweite Abteilung gewidmet ist. Die zweite Abteilung bringt auch sämtliche Vorarbeiten zum „Kapital“ sowie die von Marx und Engels autorisierten Übersetzungen ins Französische und Englische. In der dritten Abteilung werden außer den Briefen von Marx und Engels auch die Briefe aufgenommen, die von dritten Personen an Marx und Engels gerichtet wurden. Die vierte Abteilung enthält Exzerpte, Konzepte, Entwürfe und Notizen.

Mit der Veröffentlichung des vollständigen literarischen Erbes von Marx und Engels in der MEGA wird die Marx-Engels-Edition ihre Krönung erfahren. Sie schafft eine einzigartige Grundlage für die Herausgabe der Werke der Begründer des Marxismus in allen Sprachen. Sie wird der marxistischen Forschung neue Anstöße geben und zur weiteren Verbreitung des Marxismus beitragen. Nicht zuletzt wird sie den Verfälschern aller Spielarten einen wuchtigen Schlag versetzen.

Helmut Salzinger

Walter Benjamin — Theologe der Revolution

Che Guevara:

„Wie licht und nah würde sich uns die Zukunft darbieten, wenn zwei, drei, viele Viet Nam auf der Erdoberfläche zu Tage träten ...“

Jürgen Habermas:

„... ein Spiel mit dem Terror, mit faschistischen Implikationen, ... Ideologie ... die man ... linken Faschismus nennen muß.“

Jean-Paul Sartre:

„Diese ununterdrückbare Gewalt ist ... nichts weiter als der sich neu schaffende Mensch ... keine Sanftmut kann die Auswirkungen der Gewalt auslöschen, nur die Gewalt selbst kann sie tilgen.“

I

Die drei als Motto montierten Zitate sind ursprünglich nicht aufeinander bezogen¹. Sie können jedoch als Bestandteil einer Diskussion gelten, die gegenwärtig in diesem Land geführt wird und die spätestens seit der Oster-Revolution dieses Jahres überfällig war. Gegenstand dieser Diskussion ist die Gewalt, die sublimale Gewalt des Huhns im Topf jedes Bauern, das die Revolution ersticken läßt, die manifeste Gewalt des Polizeiknüppels gegen Demonstrantenköpfe und die Gegengewalt der von Demonstranten geschleuderten Steine, die sich zunächst gegen diese, im Prinzip aber gegen beide richtet. Bislang allerdings beschränkte die Diskussion darüber sich vorwiegend auf die Erörterung taktischer Vor- und Nachteile bei der Anwendung von Gewalt. Deren Befürworter hielten sich kaum bei der Bewertung von Gewaltanwendung auf und gar nicht beim Begriff der Gewalt selber. Indem sie Gewaltanwendung forderten, setzten sie voraus, daß ihr Zweck die Mittel heilige, was zu begründen sie sich mit dem bloßen Hinweis auf Che Guevara oder Frantz Fanon schenkten.

Dieser offensichtlichen Schwäche in der Argumentation versucht neuerdings ein

¹ Ernesto „Che“ Guevara: Botschaft an die Völker der Welt / Fidel Castro: Rede vom 13. März. München (1967), S. 21; Jürgen Habermas: Diskussionsbeitrag. In: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. (Voltaire Flugschrift 12) Berlin 1967, S. 75, 101; Jean-Paul Sartre: Vorwort. In: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt am Main 1966, S. 18.

Dokument abzuheften, das von einem Berliner Autorenkollektiv ausgearbeitet wurde und das sich zum einen mit dem „Begriff der Gewalt“ überhaupt und zum anderen mit der „Gewalt in den Metropolen“ befaßt (Konkret 6/68). Die hier vorgetragenen Überlegungen fußen weitgehend auf der Theorie Herbert Marcuses. Nur beiläufig hingegen wird in diesem Dokument ein anderer Theoretiker erwähnt, dessen Name im Werk Marcuses zwar gelegentlich genannt wird, aber keineswegs mit dem Nachdruck, den er angesichts der Bedeutung der mit diesem Namen verbundenen Theorie für Marcuses eigene beanspruchen könnte. Ich meine Walter Benjamin.

In der Tat scheint Marcuse der Geschichtsphilosophie Benjamins in entscheidenden Punkten verpflichtet zu sein. Dieser Sachverhalt wurde bisher wahrscheinlich aufgrund seiner fragmentarischen Überlieferung nirgends beachtet. Obschon Benjamin seit einigen Jahren immer mehr in Mode kommt, dürfte die Vorstellung, die man sich von ihm macht, kaum seiner wahren Bedeutung entsprechen. Die Tragweite seiner Theorie beginnt sich eigentlich erst seit der von Gershom Scholem und Theodor W. Adorno besorgten Edition seiner „Briefe“² und seit dem Streit, den sie auslöste, abzuzeichnen. Vollends unter dem Eindruck der innenpolitischen Auseinandersetzungen im letzten Jahr, soweit sie auf die Formierung einer Neuen Linken zurückgehen, sollte man einsehen, daß Benjamin mehr ist als lediglich ein Lieferant von schicken Zitaten. Er ist nicht nur einer der bedeutendsten Denker, den die deutsche Linke in der ersten Jahrhunderthälfte hervorgebracht hat, er ist auch einer der gefährlichsten: gefährlich vor allem für die deutsche linke Intelligenz von heute. Könnte er sie doch leicht der Gedankenlosigkeit überführen, indem er ihre heutigen Fragen mit einer Radikalität vorausgedacht hat, der sie bislang nicht im mindesten nachgekommen ist; namentlich in der Reflexion des Gewalt-Begriffs und seiner geschichtsphilosophischen Implikationen. Mögen auch deren Ergebnisse dem Verdacht der Häresie ausgesetzt sein, so erscheint es dennoch unerläßlich, daß die außerparlamentarische Opposition ihre revolutionäre Theorie, ehe sie sie anwendet, an der Theorie Benjamins mißt. Vieles von dem, was sie unter Anleitung Marcuses analysiert, findet sich bereits im Werk Benjamins antizipiert, und zwar in einer gedanklichen Zuspitzung, die diesen eher als jenen als den wahren Theoretiker der Neuen Linken auszuweisen vermöchte. Vorausgesetzt allerdings, sie weiß wirklich, wovon sie spricht, wenn sie die Revolution fordert.

Diese Arbeit versucht, den Streit um Benjamin zu rekapitulieren und ihn zugleich weiterzutreiben, indem sie Benjamin in die Diskussion über die Rolle der Gewalt hineinzieht. Sie intendiert alles andere als eine Rettung Benjamins, wenn sie auf seine Aktualität verweist. Es geht ihr im Gegenteil um den Nachweis, daß der Neuen Linken mit dem Werk Benjamins eine Möglichkeit gegeben ist, ihre Aktivität theoretisch zu fundieren, ehe sie sie vollends diskreditiert.

² Walter Benjamin: Briefe. Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Gershom Scholem und Theodor W. Adorno. 2 Bde. Frankfurt am Main 1966. Zitiert als „Briefe“.

II

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, Benjamin gegen die Neue Linke auszuspielen. Am Schluß einer Rezension der „Briefe“ schlägt Dietrich Böhler (Neue Rundschau 1967/4) ihr ein Benjamin-Zitat um die Ohren: „Dieser linke Radikalismus ist genau diejenige Haltung, der überhaupt keine politische Aktion mehr entspricht. Er steht links nicht von dieser oder jener Richtung, sondern ganz einfach links vom Möglichen überhaupt.“ Doch Böhler hat dies Zitat aus seinem Zusammenhang gerissen. Er erweckt den Anschein, als habe Benjamin mit dieser Bemerkung aus seinem Aufsatz „Linke Melancholie“³ den linken Radikalismus schlechthin diffamieren wollen. Aus dem Kontext ergibt sich aber, daß Benjamin den Akzent auf das Demonstrativpronomen gelegt hat; denn „dieser“ linke Radikalismus, von dem er spricht, ist der Radikalismus der Gedichte eines Erich Kästner. Was Benjamin dessen „Aktivismus“ vorzuwerfen hat, ist — die Stelle geht nämlich weiter — Selbstgenuß in „negativistischer Ruhe“ und die „Verwandlung des politischen Kampfes aus einem Zwang zur Entscheidung in einen Gegenstand des Vergnügens, aus einem Produktionsmittel in einen Konsumartikel“ (Angelus, S. 459). Indem Böhler auf diese Erläuterung verzichtet, unterschlägt er den Sinn von Benjamins Attacke. Der Zufall, der den Wortlaut zweier Sätze von Benjamin mit dem Inhalt der liberalen Kritik an der Neuen Linken übereinstimmen ließ, wurde sogleich gegen beide ausgeschlachtet. Wenn es sich um ein Mißverständnis handelt, dann um ein polemisches, das nach zwei Seiten zugleich austritt, gegen die Angegriffenen sowohl wie gegen den Zeugen.

Adorno war es, der darüber klagte, daß Benjamin einem „Mißverständnis“ ausgesetzt sei, „das sich trifft mit dem Interesse, Erkenntnisse wenigstens zu neutralisieren, deren Gewalt schwer einer sich entziehen kann“⁴. Dies gilt vor allem für die liberale Benjamin-Rezeption von Böhlerschem Zuschnitt. Man könnte aber auch behaupten, Mißverständnis und Interesse trafen sich gerade in ihm, Adorno, selber; denn er ist es, der die Verwirrung um Benjamin, die sich inzwischen zu einem veritablen Streit ausgeweitet hat, zuallererst stiftete. Das Verdienst, das Adorno sich um Benjamin erworben hat, soll ihm nicht bestritten werden. Adorno hat mit seinem Essay „Charakteristik Walter Benjamins“ diesen der Vergessenheit entrissen und durch die Edition seiner „Schriften“ von 1955⁵ ihn überhaupt erst wieder zugänglich gemacht. Doch schmälerte Adorno selber dies Verdienst durch seine Editionspraxis. Die Bedeutung von Benjamins Wendung der zwanziger Jahre, philosophisch zum dialektischen Materialismus, politisch zum Kommunismus, die für sein Spätwerk entscheidend ist, wurde von

³ Walter Benjamin: Angelus Novus. Ausgewählte Schriften 2. Frankfurt am Main 1966, S. 457–461. Zitiert als „Angelus“.

⁴ Theodor W. Adorno: Vorrede. In: Rolf Tiedemann: Studien zur Philosophie Walter Benjamins. (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 16) Frankfurt am Main 1965, S. VIII. Zitiert als „Tiedemann“.

⁵ Walter Benjamin: Schriften. Herausgegeben von Th. W. Adorno und Gretel Adorno unter Mitwirkung von Friedrich Podszus. 2 Bände. Frankfurt a. M. 1955. Zitiert als „Schriften“.

Adorno in seiner „Einleitung“ zu den „Schriften“ systematisch herabgespielt, so daß sie lediglich als Anlaß zu bloßen „materialistischen Injektionen“ (Schriften I, S. XXI) erschien. Eben diesen Eindruck, den der Beiläufigkeit, mußte dann in der Tat ein unbefangener Leser auch solchen aufgenommenen Arbeiten entnehmen, in denen Benjamin zwar materialistisch argumentierte, ohne daß dies jedoch in einem sinnvollen Zusammenhang mit der Masse der anderen stand, in denen es nicht geschah.

Gut zehn Jahre lang konnte man nur ein einseitiges und unvollständiges Bild von Benjamin gewinnen. Dies änderte sich erst 1966 mit dem Erscheinen des Auswahlbandes „Angelus Novus“, das ausgerechnet einen Kritiker der FAZ zu der Feststellung veranlaßte, „daß die Herausgeber der ‚Schriften‘ einem Auswahlprinzip gefolgt sind, das nicht frei von politischen Rücksichten war. Die Aufsätze und Rezensionen aus den dreißiger Jahren, in denen sich Benjamin unzweideutig zum Kommunismus bekannte, wurden 1955 zugunsten weniger verfänglicher Arbeiten vernachlässigt“ (FAZ v. 26. 11. 66).

Helmut Heißenbüttel hat in einer ausführlichen Rezension der „Briefe“ diesen Vorwurf nachdrücklich wiederholt (Merkur 228, 1967/3), denn sie lassen nun endgültig keinen Zweifel über die Stellung des späten Benjamin zum Kommunismus mehr zu. Sie zeigen darüber hinaus, daß seine Position schon zu Benjamins Lebzeiten zwischen ihm und einigen seiner Briefpartner (den jetzigen Herausgebern Gershom Scholem und Adorno) kontrovers war. Um die Standpunkte in dieser Frage zu verdeutlichen, haben sie dankenswerterweise fünf ihrer Briefe an Benjamin abgedruckt. Das mindert jedoch nicht die Bedenklichkeit von Adornos „Retouche am Spätwerk“ (Merkur 228, S. 240) Benjamins. Gerade die Tatsache, daß die Auffassungen schon zu dessen Lebzeiten auseinandergingen und Benjamin Adornos Einwände gegen die betreffenden Arbeiten entschieden abwies, läßt die spätere „Uminterpretation, in der der überlebende kontroverse Briefpartner seine Auffassung durchsetzt“ (Merkur 228, S. 240), hart am Rande der Fälschung sich bewegen.

Einige pikante Illustrationen zu diesem Sachverhalt hat das vor einiger Zeit erschienene Benjamin-Heft der Zeitschrift „alternative“ (H. 56/57, Okt./Dez. 1967) beizusteuern. Der Nachlaß Walter Benjamins befindet sich nämlich nur zum Teil im Privatbesitz Theodor W. Adornos. Ein anderer, nicht unerheblicher Teil wird in der DDR aufbewahrt, und zwar im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, darunter die handschriftliche Erstfassung der Baudelaire-Arbeit, sowie Konzepte und Durchschläge von Briefen Benjamins an Adorno, Scholem und andere. Besagtes Heft der „alternative“ liefert nun anhand dieses Materials anschauliche Beweise dafür, daß das Institut für Sozialforschung (von dem Benjamin übrigens mehrere Jahre lang ein Stipendium erhielt) sogar in die Texte eingegriffen hat. So mußte zum Beispiel beim Wiederabdruck des 1930 zuerst veröffentlichten Aufsatzes „Theorien des deutschen Faschismus“ in der Zeitschrift „Das Argument“ der Schlußsatz fortgelassen werden, in welchem Ben-

jamin die Umwandlung des faschistischen Eroberungskriegs in den revolutionären Bürgerkrieg fordert, „in Ausführung des marxistischen Tricks, der allein diesem finsternen Runenzauber gewachsen ist“ (alternative, S. 197). Daß Benjamins Auffassungen, den Marxismus betreffend, nicht nur Adorno, sondern generell der Politik des Instituts, das damals von Horkheimer geleitet wurde, zuwiderliefen, zeigen die redaktionellen Eingriffe in den Text der Abhandlung „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, die in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ erschien (vgl. alternative, S. 190). Briefe an Horkheimer, die sich darauf beziehen, wurden in die Edition nicht aufgenommen, und so hat es den Anschein, als sei entgegen der Bemerkung Scholems, die Auslassungen in den aufgenommenen beträfen lediglich „rein Technisches, Finanzielles, seine Beziehungen zu seinen Eltern und persönliche Äußerungen über Lebende“ (Briefe, S. 10), auch eine gewisse Zwiespältigkeit in Benjamins Einstellung dem Institut gegenüber den Kürzungen zum Opfer gefallen (vgl. alternative, S. 130 u. 136). Wollte man allerdings Auslassungen dieser Art unter „rein Technisches“ zu rubrizieren versuchen, so wäre damit ein weiteres Mal erwiesen, daß es mit der Ideologiefreiheit des Technischen nicht so weit her ist, wie die bürgerlichen Theoretiker das gern hätten.

Die intensive Beschäftigung mit den Materialien und Analysen dieses Heftes der „alternative“ wird künftig für jeden unumgänglich sein, der den Philosophen Benjamin den Händen der liberal-oppositionellen Theoretiker Frankfurter Provenienz zu entwinden gewillt ist. Und dies erscheint unerlässlich, sofern man den Anspruch auf marxistische Methodik, den Benjamins Spätwerk erhebt, ernst zu nehmen gedenkt. Entscheidend dafür ist die Auslegung seines Fragment gebliebenen Hauptwerks, das den Titel „Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts“ tragen sollte und in den Briefen gewöhnlich als „Pariser Passagen“ oder „Passagen-Arbeit“ bezeichnet wird.

An ihr entzündete sich bereits 1935 die Kontroverse zwischen Adorno und Benjamin. Anlaß war ein Exposé, das den vorgesehenen Aufbau der Untersuchung skizziert (Schriften I, S. 406—422). Dieser Aufbau blieb vor allem insofern nicht endgültig, als das Baudelaire-Kapitel (ebd., S. 416—419) über der Arbeit daran die Dimensionen eines Baudelaire-Buches annahm, dem der Titel „Charles Baudelaire. Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus“ zugeordnet war. Auch dies Buch ist jedoch nicht zustande gekommen. Ausgearbeitet wurde im Sommer 1938 lediglich der zweite Teil, überschrieben „Das Paris des second empire bei Baudelaire“, dieses auf drei Teile angelegten Buches. Er bestand seinerseits ebenfalls aus drei Kapiteln, betitelt „Die Bohème“, „Der Flaneur“ und „Die Moderne“, und war zum ganzen oder teilweisen Abdruck in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ vorgesehen (Briefe, S. 773). Dieser aber unterblieb aufgrund von Adornos Einspruch (Briefe, S. 788). Der handschriftliche Text befindet sich heute im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, ein maschinenschriftliches Exemplar ist im Besitz Adornos. Dessen Einwände veranlaßten Benjamin zu einer Umarbeitung

des „Flaneur“-Kapitels, die dann unter dem Titel „Über einige Motive bei Baudelaire“ in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ publiziert wurde (Schriften I, S. 426—427). Die Frage, an der sich der Streit um Benjamin entzündet hat, lautet nun, ob dieser in der Neufassung sich Adornos Kritik zueigen gemacht habe oder nicht. Zum Erweis, daß das erstere der Fall ist, hat Rolf Tiedemann in Antwort auf Heißenbüttels Behauptung, Benjamin habe auf Adornos Kritik mit einer „Verschärfung der Position“ (Merkur 228, S. 239) reagiert, die maschinenschriftliche Erstfassung des „Flaneur“-Kapitels veröffentlicht (Neue Rundschau 1967/4, S. 549—574). In seiner Entgegnung (Merkur 238, 1968/1/2, S. 179—185) auf Tiedemanns Polemik in der Vorbemerkung zum „Flaneur“ hält Heißenbüttel an seiner Auffassung fest: „In diesem neuen Konzept ändert Benjamin nicht seine früheren Ansichten, er verdeutlicht sie. Die Kritik Adornos wird nicht so sehr berücksichtigt wie widerlegt“ (S. 180). Und über das Verhältnis des „Flaneur“-Kapitels zur Neufassung als „Über einige Motive bei Baudelaire“ heißt es: „Benjamin begegnet der kritischen Frage Adornos, indem er noch einmal die Fragestellung verändert. Wer das nicht als eine ‚Verschärfung der Position‘ bezeichnen mag, der kann es doch zumindest nicht in ein Entgegenkommen der dialektischen Philosophie Adornos gegenüber umdeuten“ (S. 183). Unmißverständlich noch drückt sich Rosemarie Heise aufgrund ihrer Kenntnis der handschriftlichen Fassung in ihren „Vorbemerkungen zu einem Vergleich der Baudelaire-Fassungen“ (alternative, S. 198—202) aus: „Adorno [wirft] ihm [Benjamin] Mangel an theoretischer Analyse des historischen Gesamtprozesses vor. Gerade dieser Gesamtprozeß aber kommt in der nicht veröffentlichten Arbeit, worauf schon der Titel weist, ausführlicher und ausdrücklicher vor Augen als in der Neufassung“ (S. 201; der erwähnte Vorwurf Adornos: Briefe, S. 787).

Diese Abschweifung in die philologische Klippschule war nötig, da bereits von anderen Philologen Benjamins Texten eine Faktizität zu unterschreiben versucht wurde, die der wahren nicht entspricht. „Der Schein der geschlossenen Faktizität, der an der philologischen Untersuchung haftet und den Forscher in den Bann schlägt, schwindet in dem Grade, in dem der Gegenstand in der historischen Perspektive konstruiert wird“ (Briefe, S. 794). Diese Lehre Benjamins, die zugleich eine Kritik der üblichen Universitäts-Philologie seiner wie unserer Zeit impliziert, betont die Bedeutung philologischer Fakten, während sie zugleich deren Geschlossenheit leugnet. Indem Benjamins Interpreten sie sich zueigen machten, versuchten sie schon im Vorgriff, die Erkenntnisse einer künftigen Benjamin-Philologie dadurch zu neutralisieren, daß sie sie auf die schwankende Basis manipulierter Texte hinausstießen. So hätte sich möglicherweise gegen ihn bewahrt, was Benjamin aus der Konstruktion des Gegenstandes in der historischen Perspektive folgerte, daß nämlich ihre „Fluchtlinien . . . in unserer eignen historischen Erfahrung“ zusammenlaufen (Briefe, S. 794). Der Schnittpunkt wäre dann nicht seine, sondern die Erfahrung Adornos und seines Musterschülers

Tiedemann gewesen; denn die Kontroverse über Benjamins Marxismus zeigt, daß dessen Höflichkeit, die ihn von „unserer“ Erfahrung sprechen ließ, in diesem Fall unangebracht war. Im Entscheidenden nämlich scheinen die seine und die Adornos zu divergieren oder doch wenigstens zu divergierenden Konsequenzen geführt zu haben. Durch Amputation der Texte sollte diese Divergenz vertuscht werden.

III

Es kann heute keinen Zweifel daran mehr geben, daß der späte Benjamin Kommunist war. Zu fragen wäre nur, wie sein Beitrag zum dialektischen Materialismus aussah und wie er zu bewerten ist. Möglicherweise wird man hier mit so gravierenden Abweichungen von der marxistischen Orthodoxie zu rechnen haben, daß sie den Zweifeln an seiner grundsätzlichen Haltung Vorschub leisteten. Es bleibt jedenfalls merkwürdig, daß von den drei Autoren, die Benjamin persönlich nahestanden und sich über ihn geäußert haben, nicht einer unbefangen zur Tatsache seines Kommunismus Stellung zu nehmen imstande ist. Adorno will sie nicht wahrhaben. Hannah Arendt, die gerade deswegen und wegen seiner Praktiken, es sich und anderen zu verbergen, temperamentvoll gegen ihn polemisiert, erklärt sie gleichwohl für nebensächlich (Merkur 238, 239, 1968/1/2, 3, 4 bes. S. 59 ff.). Gershom Scholem bedauert sie (Neue Rundschau 1965/1). Er hält sie geradezu für eine Selbsttäuschung, wenn nicht gar für Selbstbetrug. Der Wichtigkeit des Falles wegen, die sich nicht zuletzt in den Versuchen äußert, ihn zu unterschlagen, seien die entscheidenden Phasen jener Wendung anhand der Briefe hier kurz skizziert.

Seit dem Sommer 1924 finden sich in Benjamins Briefen Äußerungen, die seine Annäherung an den Kommunismus bezeugen. Auslösendes Moment mag die Begegnung mit der lettischen Kommunistin Asja Lacis gewesen sein, sowie eine Rezension Ernst Blochs über „Geschichte und Klassenbewußtsein“ von Lukács (Briefe, S. 350). Kaum erstaunlich, daß Benjamin bei seinen philosophischen Voraussetzungen zunächst theoretische Einwände geltend zu machen versuchte: „Aber das hindert nicht, daß . . . die politische Praxis des Kommunismus (nicht als theoretisches Problem sondern zunächst als verbindliche Haltung) mir in einem andern Licht steht, als je vorher“ (Briefe, S. 355). Die Ablehnung seiner Habilitation war noch nicht ausgesprochen, da kündigt er bereits, im Mai 1925, seine Absicht an, der Kommunistischen Partei beizutreten: „Diesen Schritt werde ich über kurz oder lang wohl auf alle Fälle tun“ (Briefe, S. 382). „Er tat ihn nie“, wird in einer Anmerkung dazu triumphierend festgestellt, so als ob damit diese ganze unangenehme Angelegenheit sich von selbst erledigt hätte. Warum er ihn aber nicht getan hat, wird aus den Briefen nicht recht deutlich. Man ist hier auf Vermutungen angewiesen, die es aber immerhin wahrscheinlich machen, daß in diesem Fall zum Triumph nicht der mindeste Anlaß besteht.

Ende März 1931 schrieb Scholem einen (in dieser Ausgabe enthaltenen) Brief an Benjamin, in welchem er bereits die gleichen Einwände gegen dessen Materialismus vorbringt wie in dem Aufsatz von 1965. Hier empfahl er ihm mit feiner Ironie den Eintritt in die Partei, weil sich damit sogleich seine Position als absurd offenbaren würde: „Daß deine Dialektik nicht die des Materialisten ist, der du sie anzunähern strebst, würde sich in dem Moment eindeutig klar, explosiv, herausstellen, wo du als typischer Konterrevolutionär und Bourgeois, wie es nicht ausbleiben könnte, von deinen Mitdialektikern entlarvt werden würdest“ (Briefe, S. 527). Vor allem seinen Schriften glaubt er innerhalb der Partei ein trübseliges Schicksal voraussagen zu können. Benjamin erwidert darauf, über dies Schicksal und über die Dauer seiner möglichen Parteizugehörigkeit gebe er sich keinen Illusionen hin, und er fährt fort: „Aber kurzsichtig wäre es, diesen Umstand nicht für abänderungsfähig zu halten, wenn schon unter keiner kleineren Bedingung als der einer deutschen bolschewistischen Revolution. Nicht als ob eine siegreiche Partei im geringsten zu meinen heutigen Sachen ihre Stellung revidieren würde, wohl aber in dem anderen, das sie sie mir anders zu schreiben möglich machen würde“ (Briefe, S. 530).

Das bedeutet aber doch wohl die Bereitschaft Benjamins, seinerseits die Stellung zu seinen Sachen unter gewissen Umständen und in bestimmten Punkten zu revidieren. Das dürfte die vielberufene „Esoterik“ seiner Schriften betreffen. Hier will Benjamin sie noch als Tarnung verstanden wissen, als Tarnung gegenüber der Klasse, aus der er stammt. Er gibt Scholem deren — vom Standpunkt der Partei aus — gegenrevolutionären Charakter zu, bestreitet aber, sie für die Gegenrevolution geschrieben zu haben: „Soll man sie (die Schriften) nicht vielmehr denaturieren, wie Spiritus, sie — auf die Gefahr hin, daß sie ungenießbar für jeden werden — bestimmt und zuverlässig ungenießbar für jene (die Konterrevolution) machen?“ (Briefe, S. 531). Obwohl also an der Tatsache, daß er sich auf die Seite des Kommunismus geschlagen hat, nicht zu rütteln ist, bleibt die Frage, warum der angekündigte Eintritt in die Partei unterblieb, unbeantwortet. Möglicherweise spielte hierfür zunächst der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis eine maßgebliche Rolle.

Sehr früh schon, 1924, sah er ein, daß im „Bereich des Kommunismus . . . eine definitive Einsicht in Theorie an Praxis . . . gebunden ist . . . Da nun diese härteste Vorbedingung mir zur Zeit nicht erfüllbar ist, so bleibt auch das Sachliche (die theoretische Auseinandersetzung) teilweise vertagt. Aber doch wohl nur vertagt“ (Briefe, S. 355). In der späteren Kontroverse mit Scholem begründet er die Tatsache, daß er es an der äußeren Proletarisierung seiner Existenz fehlen lasse, mit den Bedingungen seiner Arbeit. Es stünde nicht in seiner Macht, seine „Produktionsanstalt“ von Berlin W. nach Berlin O. oder N. zu verlegen: „In meiner Macht stünde nach Berlin O. oder N. zu übersiedeln, aber dort anderes zu tun, als ich hier tue. Ich gebe zu, daß sich das aus moralischen Gründen vielleicht fordern ließe“ (Briefe, S. 531). Gemeint ist die Solidarisierung mit dem

Proletariat und die Hinwendung von der Theorie zur Praxis. Letzterer aber standen im April 1931, wenn sie für Benjamin sinnvoll sein sollte, keine anderen Hindernisse im Wege als im Oktober desselben Jahres, als er feststellt: „Die Arbeitslosigkeit ist im Begriff, die revolutionären Programme genau so antiquiert zu machen wie es mit den wirtschaftspolitischen bereits geschehen ist. Denn allem Anschein nach sind die faktisch von den Massen der Arbeitslosen delegierten bei uns die Nationalsozialisten; die Kommunisten haben bisher den notwendigen Kontakt mit diesen Massen und damit die Möglichkeit einer revolutionären Aktion nicht gefunden . . .“ (Briefe, S. 537). Daran änderte sich auch bis zum Machtantritt Hitlers nicht das geringste, und nach der Emigration schien der Anschluß an irgendwelche Exil-Organisationen der Partei um so weniger dringend, als deren Möglichkeiten zur Aktion minimal waren und unter den gegebenen Umständen einzig die Aufklärung bzw. die Theorie, und das heißt, die wissenschaftliche Praxis, übrigblieb. Der aber war Benjamin seit je nachgegangen.

Anläßlich des Aufsatzes „Zum gegenwärtigen gesellschaftlichen Standort der französischen Schriftsteller“ (Angelus, S. 264—291), macht Scholem neue Vorbehalte geltend.

Kaum verhüllt wirft er Benjamin das *sacrificium intellectus* vor. Er habe darin sein kommunistisches Credo ausgesprochen, und er wählt gerade den Begriff des Credo, weil er mit ihm Benjamins Wendung zugleich glaubt begründen zu können, nämlich mit dem „Grauen der Einsamkeit“ und dem „Verlangen nach Gemeinschaft, und sei es selbst der apokalyptischen der Revolution“ (Briefe, S. 533). Darauf nun antwortet Benjamin eindeutig und entschieden genug, um künftig sowohl jeden Zweifel an seiner Position als auch etwaige Zweifel an seiner Einsicht in die aus ihr sich ergebenden Konsequenzen zu beseitigen, und in seiner Antwort klingt unüberhörbar das Bedauern dessen mit, der sich in der Redlichkeit seiner Überzeugungen und Handlungen verkannt sieht: „Daß mein Kommunismus von allen möglichen Formen und Ausdrucksweisen am wenigsten die eines Credo sich zu eigen macht, daß er — um den Preis seiner Orthodoxie — nichts, aber auch gar nichts ist, als der Ausdruck gewisser Erfahrungen, die ich in meinem Denken und in meiner Existenz gemacht habe. Daß er ein drastischer, nicht unfruchtbarer Ausdruck der Unmöglichkeit des gegenwärtigen Wissenschaftsbetriebes ist, meinem Denken, der gegenwärtigen Wirtschaftsform, meiner Existenz einen Raum zu bieten, daß er für den der Produktionsmittel fast oder ganz beraubten den naheliegenden, vernünftigen Versuch darstellt, in seinem Denken wie in seinem Leben das Recht auf diese zu proklamieren — daß er dies alles und vieles mehr, in jedem aber nichts anderes als das kleinere Übel ist . . . — habe ich nötig Dir das zu sagen? — Nun wäre ich freilich bestürzt, wenn Du in diesen Worten etwas fändest, was einem Widerruf auch nur ähnlich sieht. Das Übel ist — im Vergleich zu denen, die uns umgeben — ein soviel kleineres, daß es in jeder praktischen, fruchtbaren Gestalt zu bejahren

ist — nur in der unpraktischen, unfruchtbaren des Credo nicht* (Briefe, S. 604 f.). Scholem jedoch ließ sich davon nicht überzeugen. Seine Antwort auf diesen Brief wurde nicht veröffentlicht, aber noch 1965 nennt er die „Einsichten“ des späten Benjamin „die eines ins Profane verschlagenen Theologen“, wenn sie auch „nun nicht mehr unverstellt als solche“ auftreten. Er habe sie „in die Sprache des historischen Materialismus“ gleichsam „übersetzt“. Doch selbst „unter materialistischer Verkleidung“ (Neue Rundschau, 1965/1, S. 12) seien sie immer die des „Metaphysikers“ geblieben, der Benjamin war, und nicht die des „Marxisten“, der er ... sein wollte“ (Briefe, S. 8). In der Tat bewegt sich Benjamins Denken schließlich in dem Spannungsfeld zwischen Metaphysik und historischem Materialismus. Scholem sieht in diesen beiden Polen Gegensätze, die einander ausschließen. Man wird aber demgegenüber die Erwägung anzustellen haben, ob nicht Benjamins denkerische Leistung gerade in der Vereinigung des scheinbar Unvereinbaren besteht. Hinter dem angeblichen Bruch in der Entwicklung seines Denkens von der Metaphysik zum historischen Materialismus könnte dann die tatsächliche Kontinuität dieser Entwicklung sichtbar werden.

Würde Benjamins Anspruch endlich einmal ernst genommen — und es ist nicht einzusehen, was dem eigentlich im Wege steht —, dann erschiene sein Spätwerk als genuiner Beitrag zum Marxismus, wobei der Schwerpunkt einerseits auf dem Entwurf einer „materialistischen Kunsttheorie“ (Briefe, S. 699), andererseits auf der Geschichtsphilosophie liegt. Kunst und Geschichte stehen auch schon beim frühen Benjamin im Zentrum seines Denkens. Durch ihre materialistische Fundierung aber leistet er, was Heinz-Dieter Kittsteiner die „von Benjamin vorgenommene Erweiterung des Marxismus“ nennt (alternative, S. 245). Die Richtung dieser Erweiterung ist in der ersten der „Geschichtsphilosophischen Thesen“ (Schriften I, S. 494—506) klar genug angegeben. Das dort Ausgeführte ist alles andere als lediglich ein skurriles Bild. Es stellt vielmehr einen wörtlich zu nehmenden Hinweis auf Benjamins Methode dar. Vom Standpunkt eines dogmatischen Marxismus aus mag die damit sich abzeichnende „Erweiterung“ tatsächlich — wie Scholem anmerkt — „häretisch“ sein.

Aber gerade die Dogmatiker, die mit diesem Verdikt allem Neuen gegenüber rasch bei der Hand sind, sollten unter Marxisten nicht das letzte Wort behalten dürfen.

IV

Benjamin war sich dessen bewußt, daß er für seinen „Kommunismus“ den „Preis seiner Orthodoxie“ (Briefe, S. 604) gezahlt habe. Er war Kommunist im Sinne von Castros Feststellung, daß Kommunist nicht unbedingt der sei, der sich so nenne, sondern wer entsprechend handele. Er sah sich im Besitz „gewisser Erfahrungen“, die er in seinem „Denken“ und in seiner „Existenz“ (ebd.) gemacht hatte, und es war „Solidarität“ mit ihnen (Briefe, S. 793), die ihn jenen Preis bereitwillig zahlen ließ. Schon mehr als zehn Jahre zuvor hatte er vom „Unzutreffenden der materialistischen Metaphysik“ oder der „materialistischen Geschichtsauffassung“ gesprochen (Briefe, S. 425) und die „kommunistischen ‚Ziele‘ ... für Unsinn und für nichtexistent“ erklärt (Briefe, S. 426). Diesen Einsichten ist zu entnehmen, daß er sich über seine Position als die eines Häretikers von vornherein keinen Illusionen hingab. Unter diesem Aspekt mußte sich für ihn die Frage seines Parteieintritts und die des Verbleibens in ihr in der Tat weniger als die nach dem „Ja“ oder „Nein“ als vielmehr nach dem „Wielange“ (Briefe, S. 425) stellen. Wenn Benjamin den Gedanken an einen Beitritt allmählich ganz fallen ließ, dann dürften ihm dabei nicht zuletzt auch die Konsequenzen seiner Geschichtsphilosophie vor Augen gestanden haben, deren Radikalität ihn von vornherein auf Einwände „von seiten des orthodoxen Marxismus“ (Briefe, S. 664) gefaßt sein ließ. Der Nachweis eines solchen Zusammenhangs liefe im Grunde darauf hinaus, daß Benjamin schon damals, in den späten dreißiger Jahren, von marxistischer Warte her den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei anzweifelte, jedenfalls soweit er sich als Dogmatisierung des Marxismus, etwa bei Stalin, äußerte. Und Benjamin legte einigen Wert darauf, in ihm selber „nicht einen Vertreter des dialektischen Materialismus als eines Dogmas“ (Briefe, S. 524) zu erblicken.

Seine Kritik am dogmatischen Partei-Marxismus betrifft dessen „Ziele“, und diese Kritik ist die eines Marxisten, für den es selbstverständlich geblieben ist, daß die „Ordnung des Profanen“ sich an der „Idee des Glücks“ aufzurichten hat (Schriften I, S. 511). In der „Vorstellung des Glücks“ aber schwingt „unveräußerlich die der Erlösung“ mit (Schriften I, S. 494). Für Benjamin ist, so konstatiert Marcuse, „Erlösung ein materialistisch-politischer Begriff: der Begriff der Revolution“⁶. Gleichwohl entstammt er auch bei ihm dem theologischen Denken, und zwar dem jüdischen. Insofern meint Scholem etwas Richtiges, wenn er von Benjamins Geschichtsphilosophie als einer „materialistischen Theologie“ (Neue Rundschau, 1965/1, S. 18) spricht. Dieser selbst allerdings kehrt das Verhältnis um: der historische Materialist, so sagt er, könne es mit jedem aufnehmen, wenn er die „Theologie“ in „Dienst“ nähme (Schriften I, S. 494). In Anwendung dieser These bedient der Marxist Benjamin sich des jüdischen Messianismus, wenn er als Geschichtsphilosoph die „kommunistischen ‚Ziele‘“ kritisiert.

⁶ Herbert Marcuse: Nachwort. In: Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt am Main 1965, S. 101.

Politisch und historisch betrachtet kann es nicht Ziel der Geschichte sein, das marxistische Glücksversprechen einzulösen; denn der Begriff des Ziels ist sinnvoll nur als Kategorie theologischen Denkens. Die politische Aktion aber, die im Kontinuum der Geschichte steht, kann, indem sie die angestrebte „Ordnung des Profanen“ an der „Idee des Glücks“ zu orientieren sucht, nur die Bedingungen für eine solche Ordnung herstellen, nicht aber diese selber. Das Reich Gottes, auf das die Vorstellung dieser Ordnung, in der die Idee des Glücks verwirklicht und die Erlösung der Menschheit bewerkstelligt wäre, hinausläuft, ist historisch nicht zu denken. Insofern die Revolution als Ergebnis historischer Vorgänge die Herstellung dieser Ordnung bedeutet, erweist sich das marxistische Glücksversprechen als theologisch dimensioniert. Andererseits kann auch das messianische Heilsversprechen, das sich auf das Reich Gottes bezieht, nicht im Rahmen der Geschichte eingelöst werden. In beiderlei Hinsicht muß die Geschichte sich für die neue Ordnung unzuständig erklären. Für Benjamin gibt es keinerlei Beziehung zwischen beiden, ausgenommen den einzigen Fall der Ankunft des Messias. „Erst der Messias selbst vollendet alles historische Geschehen, und zwar in dem Sinne, daß er dessen Beziehung auf das Messianische selbst erst erlöst, vollendet, schafft. Darum kann nichts Historisches von sich aus sich auf Messianisches beziehen wollen“ (Schriften I, S. 511). Die politische Aktion dürfte sich mithin auf ein solches Glücksversprechen gar nicht einlassen, da sie als historisch bedingte nicht imstande ist, es zu erfüllen. Denn „das Reich Gottes (ist) nicht das Telos der historischen Dynamis; es kann nicht zum Ziel gesetzt werden. Historisch gesehen ist es nicht Ziel, sondern Ende“ (ebd.). Dasselbe aber hat für die neue Ordnung zu gelten, die mit dem marxistischen Glücksversprechen gemeint ist. Die Revolution bezeichnet ebenso das Ende der Geschichte wie die Ankunft des Messias. Dieser kommt zugleich als „Erlöser“ und als „Überwinder des Antichrist“ (Schriften I, S. 497), das heißt, er vollendet die Geschichte, indem er sie vernichtet und die neue Ordnung, die ungeschichtlich ist, an ihre Stelle setzt. „Denn im Glück erstrebt alles Irdische seinen Untergang, nur im Glück aber ist ihm der Untergang zu finden bestimmt“ (Schriften I, S. 511). Sinnvoll kann von einem Ziel der Geschichte nur theologisch gesprochen werden: es ist das Reich Gottes, das die Idee des Glücks für eine befreite Menschheit verwirklicht. Der materialistische Historiker hingegen kann niemals dieses Ziel, sondern nur ein Ende der Geschichte absehen, die Revolution nämlich, die die Befreiung ins Werk setzt und die Menschen als unfreie, historische Wesen untergehen läßt. Als Geschichte von Klassenkämpfen ist Geschichte genau dann zu Ende, wenn diese Kämpfe ein für allemal entschieden sind. Das „Kontinuum der Geschichte“ wird damit aufgesprengt (Schriften I, S. 503) und ihr Fortgang endgültig stillgelegt. Benjamin meint mit solchem Untergang der Geschichte nicht den apokalyptischen einer totalen Vernichtung der Welt, sondern den Umschlag von Weltgeschichte in Heilsgeschichte. Dafür kann jedoch nicht mehr der Historiker und erst recht nicht der Politiker zuständig sein. Hier erhält vielmehr der Theologe das Wort,

beziehungsweise der Marxist, der im Utopischen nicht in erster Linie das Irreale, sondern das Mögliche wahrnimmt. Als Geschichtsphilosoph, der sich an der Praxis orientiert, kann Benjamin jedoch einen „Unterschied dieser beiden Observanzen in ihrer Quintessenz“ nicht zugestehen: „Ebensowenig jedoch eine Vermittlung.“ Er muß für religiöses wie für politisches Handeln auf einer „Identität“ beharren, „die sich allein im paradoxen Umschlagen des einen in das andere (in welcher Richtung auch immer) und unter der unerläßlichen Voraussetzung erweist, daß jede Betrachtung der Aktion rücksichtslos genug, und radikal in ihrem Sinne verfährt“ (Briefe, S. 425). Unsinnigkeit und Nichtexistenz der „kommunistischen ‚Ziele‘“ ergeben sich somit aus Benjamins Konzeption von Geschichte, nach der es „sinnvoll politische Ziele nicht gibt“ (Briefe, S. 426). Mit ihr aber entbindet er zugleich auch die dem Marxismus innewohnenden Kräfte der Utopie. Benjamins Geschichtsphilosophie ist materialistisch, insofern sie auf die Revolution hin spekuliert, sie ist utopisch, insofern sie das Reich der Freiheit beim Wort und ernst nimmt, sie ist marxistisch, indem sie die Identität beider Aspekte offenbart. Ihr Beitrag zum Marxismus besteht in der Einsicht, daß am Ende der Geschichte das gegenseitige Umschlagen von religiösem und politischem Handeln, von Erlösung und Revolution steht, daß ihr Ziel aber dieses Umschlagen und die Geschichtslosigkeit ist.

Auch darin gibt Benjamin sich als einen Vorläufer der Neuen Linken von heute zu erkennen, daß es ihm weniger um das Aussehen der neuen Ordnung geht als vielmehr um ihre Errichtung. Zugleich aber ist er sich voll auf der Problematik dieser Position bewußt. Die Radikalität im Theoretischen ist hier unabdingbar an die äußerste Kompromißlosigkeit in der Praxis gebunden, da sie andernfalls in den Bereich dessen geriete, was Enzensberger treffend „Gratismut“ genannt hat. Selbstverständlich gilt umgekehrt genau dasselbe. Flexibilität in der politischen Taktik ist für den, der diese Position einnimmt, keineswegs ausgeschlossen, wohl aber das opportunistische Ausweichen in die revolutionäre Phrase oder in die allein von der Emotion betriebene Aktion. Theorie und Praxis haben sich hier gegenseitig voreinander zu legitimieren. Das sollten diejenigen bedenken, deren Theorie es bei dem bloßen Hinweis auf Marcuse bewenden läßt, und dies gilt gerade in der Frage der Negativität. Wie Marcuses Kritik an allen etablierten staatlichen Systemen sich der Antwort auf die Frage, was denn konkret an ihre Stelle zu treten hätte, entzieht, so auch Benjamins Konzeption der „Erlösung“: „Wer wissen wollte, in welcher Verfassung sich die ‚erlöste Menschheit‘ befindet, welchen Bedingungen das Eintreten dieser Verfassung unterworfen ist und wann man mit ihm rechnen kann, der stellt Fragen, auf die es keine Antwort gibt. Ebensogut könnte er sich danach erkundigen, welche Farbe die ultravioletten Farben haben“ (zitiert nach Tiedemann, S. 104 f.). Die Negativität, in der Marcuses kritische Theorie verharret, verspricht den Hoffnungslosen die Treue zu halten, um deretwillen allein nach dem vielzitierten Wort Benjamins „uns die Hoffnung gegeben“ sei (Schriften I, S. 140). Es ist die aufs „Ende der Geschichte“,

und im gleichen Sinne, wie Benjamin von ihm spricht, tut dies auch Marcuse, wenn er den Begriff der Utopie denen zu entreißen sucht, denen er lediglich „zur Denunziation von geschichtlich-gesellschaftlichen Möglichkeiten gedient hat“⁷. „Das Ende der Utopie“, das er verkündet, ist insofern zugleich das „Ende der Geschichte“, als „die neuen Möglichkeiten einer menschlichen Gesellschaft und ihrer Umwelt . . . nicht mehr als Fortsetzung der alten, nicht mehr im selben historischen Kontinuum vorgestellt werden können, daß sie vielmehr einen Bruch mit dem geschichtlichen Kontinuum voraussetzen, jene qualitativen Differenzen zwischen einer freien Gesellschaft und den noch unfreien Gesellschaften, die nach Marx in der Tat alle bisherige Geschichte zur Vorgeschichte der Menschheit macht“ (Psychoanalyse, S. 69). Marcuse verwirft also den pejorativen Sinn, der dem Begriff der Utopie anhaftet und nimmt, was unter ihm gefaßt wurde, wieder als reale geschichtliche Möglichkeit ernst, sofern es nicht „wirklichen Naturgesetzen widerspricht“ (ebd., S. 71). Nicht anders aber verwendet ihn Benjamin. Auch die in Marcuses Arbeiten über „Repressive Toleranz“⁸ und „Das Problem der Gewalt in der Opposition“ (Psychoanalyse, S. 54–68) geäußerten Ansichten über die Gewalt als eines revolutionären Mittels werden in ihrem Kern von Benjamin vorweggenommen. Gerade in der Frage der Gewalt aber dürfte sich die unverminderte Aktualität von dessen Gedanken erweisen.

In dem eingangs erwähnten Dokument eines Autorenkollektivs der Neuen Linken heißt es: „Ebenso wie die reine Toleranz wäre die absolute Gewaltlosigkeit repressiv. Genausowenig kann es indessen eine reine Apologie der Gewalt geben. Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der Marcuse jegliche Toleranz gegenüber Bewegungen von rechts verurteilt, lehnen wir auch jede Gewaltanwendung von rechts ab. Gewalt ist immer nur dann gerechtfertigt, wenn sie der Abschaffung von Gewalt, soweit sie Unterdrückung ist, dient.“ Diese Thesen können nicht widerspruchsfrei hingenommen werden.

Marcuse spricht das Recht zur „Unterscheidung zwischen befreienden und repressiven, menschlichen und unmenschlichen Lehren und Praktiken“ (Toleranz, S. 112) jedem zu, „der gelernt hat, rational und autonom zu denken“ (ebd., S. 117), da diese Unterscheidung eine Sache „rationaler Kriterien“ ist (ebd., S. 112) und „sich rational auf empirischem Boden treffen läßt“ (ebd., S. 116). Dies zugegeben bleibt jedoch die Gewaltanwendung, der jenes Dokument zur nachträglichen Rechtfertigung dient, noch immer problematisch. So subjektiv verständlich jeder bei der Oster-Revolution von links geschleuderte Stein war und mit wieviel Sympathie auch immer man ihm noch heute nachblicken mag: ob Rationalität ihn schleudern hieß, das eben ist die Frage, deren Beantwortung jenes Dokument sich im Grunde entzieht, wenn es sich auf Marcuse beruft und

⁷ Herbert Marcuse: Das Ende der Utopie. In: H. M.: Psychoanalyse und Politik. Frankfurt am Main 1968, S. 69. Zitiert als „Psychoanalyse“.

⁸ In: Robert Paul Wolff — Barrington Moore — Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt am Main 1966, S. 91–128. Zitiert als „Toleranz“.

prinzipiell gutheißt, daß er geschleudert wurde. Dem Hinweis auf die Lehre Che Guevaras, daß „man nicht immer warten (müsse), bis alle Bedingungen für eine Revolution hereingereift sind“, weil „die Führung des Aufstandes . . . solche Bedingungen selbst schaffen“ können⁹, läßt sich mit einem Wort desselben Guevara begegnen, das es für „absolut richtig“ erklärt, „jedes unnütze Opfer zu vermeiden“ (Botschaft, S. 19). Das plötzliche Abflauen der studentischen Revolte nach Ostern scheint aber doch wohl dafür zu sprechen, daß die Opfer, die sie forderte, unnütz waren. Es kann eben keine Rede davon sein, daß diese Gewalt der „Abschaffung der Gewalt“ gedient hat, selbst wenn sie das vorhatte.

Überdies ist die Ablehnung aller „Gewaltanwendung von rechts“, wie das Dokument sie postuliert, in sich höchst problematisch. Sie bewegt sich auf der Linie eines neuen Dogmatismus. Sie ist konstruiert in Analogie zu Marcuses Ablehnung der Toleranz gegenüber Bewegungen von rechts. Toleranz aber bedeutet Gewaltlosigkeit, ihre Ablehnung in diesem Falle also die Forderung nach Gewaltanwendung. Betrachtet man als rechtsstehend die etablierte Ordnung des Staates, dann hieße es, ihm mit Gewalt entgegenzutreten. Mag auch solche Gewaltanwendung in irgendeinem Sinne gerechtfertigt sein, so bedeutet die Ablehnung der Gewalt, die er ausüben könnte und ausübt, gleichwohl eine Verkenning der wirklichen Verhältnisse, die um so schärfer zu kritisieren ist, je rationaler deren Verfechter sich gebärden; denn, und auch dies sagt Marcuse, „das Bestehende hat das legale Monopol der Gewalt und das positive Recht, ja die Pflicht, diese Gewalt zu seiner Verteidigung auszuüben“ (Psychoanalyse, S. 62). Es wäre ein gefährlicher Illusionismus, wollte man dies leugnen. Selbst wenn man mit Marcuse das „Widerstandsrecht“ für „höher“ hält als das positive, so wird man dennoch einsehen müssen, daß es sich bei ihrer Konfrontation um einen „Konflikt der Rechte“ handelt und daß auf jeden Fall die Legalität beim positiven Recht und bei der monopolisierten Gewalt liegt. „Von einer Legalität des Widerstandes zu sprechen ist sinnlos“ (ebd. S. 62). Marcuse differenziert, wo die Verfasser jenes Dokuments es sich reichlich einfach zu machen scheinen: „So deckt, glaube ich, der Begriff der Gewalt zwei sehr differente Formen: Die institutionalisierte Gewalt des Bestehenden und die Gewalt des Widerstandes, die notwendig dem positiven Recht gegenüber illegal bleibt“ (ebd.). Vor Marcuse, glaube ich, entdeckte diesen Sachverhalt Walter Benjamin.

Seine „Kritik der Gewalt“ erschien bereits im Jahre 1921, also lange vor seiner endgültigen Wendung zum Marxismus, und sie gehört mithin jener Phase seines Denkens an, die er, nachdem die Wendung vollzogen war, seinen „früheren“ Anarchismus“ nannte (Briefe, S. 426). Schon in dieser Abhandlung kommt Benjamin zu einem Begriff von Gewalt, der, obwohl anarchistisch, zu seiner späteren marxistisch orientierten Geschichtsphilosophie nirgends in Widerspruch gerät. Er geht aus von der Unterscheidung der positiven Rechtstheorie zwischen „der

⁹ Ernesto Che Guevara: Der Partisanenkrieg. (Revolution 2) Hamburg 1968, S. 11.

historisch anerkannten, der sogenannten sanktionierten, und der nicht sanktionierten Gewalt“ (Angelus, S. 44), begnügt sich dann aber nicht damit, die Anwendung dieser beiden Gewalten zu untersuchen, sondern er fragt weiter nach dem Sinn dieser Unterscheidung und nach dem, was aus ihr für das „Wesen der Gewalt“ überhaupt zu folgern sei. Damit aber bringt er den Begriff der Gewalt in die Geschichtsphilosophie ein, die allein ihm die Kriterien für eine Kritik der Gewalt und ihrer Anwendung zu bieten scheint.

Benjamin identifiziert die sanktionierte Gewalt mit der des Staates und bemerkt dazu, daß ihre Kritik auf eine Kritik des Rechts hinausliefe, für dessen Setzung und Bewahrung der Staat mit seiner legalen Gewalt einstehe. Kritik der sanktionierten Gewalt bedeutet mithin eine Kritik der Staatlichkeit überhaupt. Sie aber erklärt er für unerlässlich, und er nimmt davon auch nicht die Staatsform der parlamentarischen Demokratie aus. Als Beispiel für die Institutionalisierung und Verselbständigung der staatlichen Gewalt, die er im Vorgriff auf heute für jedermann offen zutage liegende Zustände die „verwaltete“ (Angelus, S. 66) nennt, dient ihm die Polizei. Das „Schmachvolle einer solchen Behörde“ (ebd., S. 52) erweist sich seiner Meinung nach gerade in Demokratien, wo ihr Bestehen „die denkbar größte Entartung der Gewalt bezeugt“ (ebd., S. 53). Benjamin warnt allerdings davor, die staatliche Ordnung anzufechten, solange diese Anfechtung „nur im Namen einer gestaltlosen ‚Freiheit‘ auftritt, ohne jene höhere Ordnung der Freiheit bezeichnen zu können“ (ebd., S. 50). Er richtete diese Warnung seinerzeit an die „Pazifisten und Aktivisten“ (ebd., S. 50), die nach dem Ersten Weltkrieg in diesen Fehler verfielen. Die gleiche Gefahr scheint heute den Aktivisten der Neuen Linken zu drohen. „Die grundsätzlich zu bejahenden Demonstrationen und Aktionen nach dem Attentat auf Dutschke erfordern indessen einige Bemerkungen über die Strategie und Taktik der dominierenden Strömung im SDS. Wir können daran Stärke und Schwäche, Chancen und Gefahren der demokratischen und sozialistischen Bewegung unseres Landes ablesen... Neue Methoden des politischen Kampfes — vom SDS in die außerparlamentarische Bewegung mit hineingetragen — haben ihr zweifellos Frische und Stoßkraft verliehen. Gleichzeitig ist eine Dogmatisierung solcher Methoden zu erkennen, die Sektierertum und die revolutionäre Phrase fördert“¹⁰. Indem sich überdies die Aktivisten der Neuen Linken, unter Berufung auf Marcuse, weigern, die „höhere Ordnung“ der Freiheit, für die sie eintreten, genauer zu bezeichnen, droht ihnen ständig die Versuchung, programmatisch auf Negativität zu pochen wie auf ein Alibi. Die Negativität, von der Marcuse spricht, ist jedoch keines. Sie stellt vielmehr für jeden, der sich auf sie berufen will, eine äußerst schwierig zu erfüllende Verpflichtung dar, nämlich die, jederzeit und immer wieder den eigenen revolutionären Anspruch nicht sowohl an den speziellen Erfordernissen des politischen Tageskampfes, als vielmehr am Ziel der Geschichte zu messen und ihn gegebenen-

¹⁰ Jakob Mader: Aktion und politische Strategie. In: *Kürbiskern* 3/68, S. 453.

falls zu korrigieren. Denn einzig eine ausschließlich an diesem Ziel orientierte Bewegung besitzt jenes bei Marcuse erwähnte „höhere“ Recht auf Widerstand und Umsturz. Im Sinne von Benjamins Maxime, daß die Aufgabe nicht ist, „ein für alle Mal, sondern jeden Augenblick sich zu entscheiden“ (Briefe, S. 425), hat der Revolutionär bei jeder Aktion zu prüfen, ob die Revolution, die er mit ihr betreibt, tatsächlich die ist, die die Geschichte will und die den Grund für das legt, was Benjamin „Erlösung“ nennt. Dessen Warnung gilt für ihn um so mehr, als seine Berufung auf Negativität der Forderung eines Kredits gleichkommt, für den er außer der Deklamation keine Sicherheit zu bieten hat. Ob die Gewalt, die jenes Dokument der Neuen Linken fordert, die geschichtsphilosophische Legitimität besitzt, muß aber zumindest solange zweifelhaft bleiben, wie ihre Fürsprecher es an deren geschichtsphilosophischer Fundierung fehlen lassen. Die Berufung auf Marcuse oder auch auf Benjamin kann keinesfalls die eigene kritische Arbeit ersetzen. Damit würde eine neue Scholastik inthronisiert, in der alles, was geschieht, den Autoritäten angelastet wird. Die Gewalt, die man selber ausübt, kommt von niemandes Gnaden; der Revolutionär ergreift sie auf eigene Verantwortung, und die Instanz, vor der er sich zu verantworten hat, kann einzig die Geschichte sein.

Eben darum spricht Benjamin davon, daß allein die „geschichtsphilosophische Rechtsberatung“ (Angelus, S. 44) über Wert oder Unwert der ausgeübten sanktionierten Gewalt zu befinden hat. In verstärktem Maße aber muß dies für die Anwendung von gegen diese gerichteter und nicht-sanktionierter Gewalt gelten. Benjamin nennt sie die „reine“ (ebd. S. 66) und meint damit die „revolutionäre“, die die Beseitigung des „Rechts samt den Gewalten, auf die es angewiesen ist wie sie auf jenes, zuletzt also der Staatsgewalt“ betreibt und auf die „ein neues geschichtliches Zeitalter“ sich begründet (ebd. S. 65). Rein ist diese Gewalt also keinesfalls in dem Sinne, den Marcuse meint, wenn er die „reine“ Toleranz kritisiert, die „davon absteht, sich zu einer Seite zu bekennen“, und die auf diese Weise letztlich „die bereits etablierte Maschinerie der Diskriminierung“ (Toleranz, S. 97) schützt und unterstützt. Benjamins Begriff der reinen Gewalt hat weder im positiven Recht noch im Naturrecht einen Platz, und darum wird man sowohl gegenüber Marcuses Behauptung, es gebe ein „Naturrecht“ auf Widerstand“ (Toleranz, S. 127), wie auch gegenüber der positiv-rechtlichen konstitutionellen Festlegung eines solchen Widerstandsrechts (etwa im Falle der für die Notstandsgesetze erforderlichen Grundgesetzänderungen) Grund zur Skepsis haben.

Die Aufnahme des Widerstandsrechts ins positive bedeutet insofern einen Betrug des Bürgers, als der Staat ihm zwar dieses Recht zugesteht, ohne aber ihm zugleich die Mittel zu geben, dies Recht, falls es nötig werden sollte, auch auszuüben. Sie bleiben vielmehr in der Hand des Staates, gegen den dies Recht angewandt werden müßte. Darüber hinaus aber steht innerhalb der positiven Rechtsauffassung ein solches Widerstandsrecht auch theoretisch im Widerspruch zum Recht überhaupt, dessen „Manifestation“ (Angelus, S. 62) der Staat ist. Denn dessen Rechts-

gewalt kann sich auf keinen Fall mit der revolutionären Gewalt vertragen, die vom Widerstandsrecht postuliert wird und deren einzige Rechtfertigung der Wille der Geschichte ist. Die Verfassung räumt daher auch nicht ein Widerstandsrecht schlechthin ein, sondern berücksichtigt allein den Fall, daß die „verfassungsmäßige Ordnung“ zu beseitigen versucht wird. Dafür aber wäre ja zunächst einmal der Staat selber zuständig. Insofern jedoch laut Verfassung alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, versteht sich das Recht zum Widerstand gegen eine Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung logischerweise von selber, so daß dessen Rechtmäßigkeit keiner ausdrücklichen Festlegung bedarf. Hier wurde also dem Volk ein Recht zuerkannt, das es von vornherein und längst besessen hat, und indem dies Recht als „Recht zum Widerstand“ bezeichnet wurde, versuchte man, es darüber hinwegzutäuschen, daß ihm dasjenige Recht, das allein diesen Namen verdient, auch weiterhin abgesprochen wird. Allerdings ist ein Staat, der ein solches Recht setzen würde, unwahrscheinlich, und überhaupt ein solches Recht als vom Staat gesetztes undenkbar, da es prinzipiell auf die Beseitigung der gesamten im Staat sich manifestierenden Rechtsordnung gerichtet ist. Sofern diese aber das Widerstandsrecht einschloße, hätte es also auf die Beseitigung seiner selber zu dringen.

Als „Naturrecht“ auf Widerstand“ hingegen ist dieses Recht deswegen fragwürdig, weil die Idee eines Naturrechts und seine Bestimmungen „am Ort, nicht aus der Geschichte entwickelt wurden, als darin angelegte, sich entwickelnde. Sie wurden vielmehr von oben herab, von einer fetischistisch vorgeordneten Natur her, ans Bestehende herangebracht, als *Ideale*“¹¹. Wenn überhaupt auf irgend etwas, dann können ein solches Recht und die in seiner Anwendung ausgeübte revolutionäre Gewalt sich einzig auf die Geschichte berufen. Wie deren Ziel die eigene Aufhebung ist, so das der revolutionären Gewalt die Beseitigung von Gewalt überhaupt. Beide Begriffe, der des Widerstandsrechts wie der der reinen revolutionären Gewalt, erweisen sich damit als einen Bereich jenseits aller Rechtstheorie zugehörig. Ihr Raum ist vielmehr die Geschichtsphilosophie als diejenige Disziplin, die allein über Wert oder Unwert historischer und politischer Ereignisse zu befinden hat.

Wenn aber Benjamin neben dem Beweis, „daß und wie auch die revolutionäre Gewalt möglich ist“, die Entscheidung darüber, wann sie „in einem bestimmten Falle wirklich war“, weder für „gleich möglich“ noch auch für „gleich dringend“ erklärt (Angelus, S. 66), dann hat man den historischen Ort zu berücksichtigen, an dem er diese Erklärung abgab. Heute ist nicht mehr der Tag, wo man sich mit der Feststellung zufrieden geben kann, es gehöre zu ihrem Wesen, daß sie sich nicht „mit Gewißheit“ erkennen lasse, „es sei denn in unvergleichlichen Wirkungen“ (Angelus, S. 66). Denn die Gewalt, die mit dem Anspruch, die revolutionäre zu sein, bei uns aufgetreten ist, hat bereits Wirkungen gezeitigt, die keineswegs

¹¹ Ernst Bloch: *Naturrecht und menschliche Würde*. Frankfurt am Main 1961, S. 223.

„unvergleichlich“, sondern nur allzu vergleichlich sind. Allzu leicht machte es sich, wer diese Wirkungen mit dem Hinweis auf Che Guervaras Forderung nach vielen Viet Nams oder auf das Wort von Giap abtun wollte: „In jeder Minute sterben hunderte und tausende Menschen in der Welt — Leben und Tod eines einzelnen Menschen bedeuten nichts.“ Auch Benjamin hat eine Äußerung getan, die sich dem anreihen läßt: „So heilig der Mensch ist . . . , so wenig sind es seine Zustände, so wenig ist es sein leibliches, durch Mitmenschen verletzliches Leben“ (Angelus, S. 65). Wer immer sich auf diese oder vergleichbare Feststellungen berufen will, der wird den eigenen Ernst an dem wahrhaft revolutionären zu messen haben, der hinter solchen Worten steht. Ein Wort aber wie das des Rechtsanwalts Mahler über die Opfer der Osterrevolte läßt ohne Zweifel jeden Ernst überhaupt vermissen. Mahler bezeichnete es nachträglich als eine Selbstverständlichkeit, daß bei Demonstrationen dieser Art das Risiko des Todes in Kauf genommen werden müßte: „Ich habe niemanden für so dumm gehalten, daß man das ausdrücklich erklären muß. Das ist genauso, wie wenn ich mich an das Steuer eines Autos setze und damit rechnen muß, daß ein Reifen platzt“ (Der Spiegel v. 13. 5. 68, S. 42). Sollte diese Einstellung eines Wortführers der Neuen Linken repräsentativ sein für die Neue Linke überhaupt, dann steht zu befürchten, daß ihre Revolution, sollte sie Erfolg haben, von der Geschichte als ihre Fortführung statt ihrer Stilllegung verworfen werden wird. Vergleicht man einmal die kubanische Revolution oder den vietnamesischen Befreiungskrieg mit der Revolution, die mancherorts bei uns gepredigt wird, vergleicht man weiterhin die Gewalt, die von Fanon gefordert und in jenen Ländern angewandt wurde, mit der bei uns ausgeübt, dann zeigt sich neben der quantitativen sogleich die qualitative Differenz. Es wäre gefährlicher Illusionismus, wollte man dies leugnen. Mit dieser Feststellung soll nicht der Suspendierung der Revolution und ihrer Aufschiebung auf den St. Nimmerleinstag das Wort geredet werden, sondern der Aufhebung der qualitativen Differenz. Dazu bedarf es des Rückgriffs auf Geschichtsphilosophie. Wenn überhaupt einer, dann hat Walter Benjamin diese Revolution vorausgedacht. Wer nach ihm von Revolution spricht, der möge an ihm messen, was er denn eigentlich meint, wenn er dies tut. Er hat ihm nachzudenken, und das kann nicht mit der gelegentlichen Aufnahme eines Zitats erledigt werden.

In der gegenwärtigen Situation, in der die Gefahr, einmal mehr eine deutsche Revolution zu versauen, längst wieder akut geworden ist, kann man es sich nicht leisten, an einem Denker vorbeizusehen, der einem sagt, wie sie auszusehen hätte, wenn es denn wirklich eine sein soll. Wer bei Benjamin ein Rezept zu finden hofft, wie die Revolution ins Werk zu setzen wäre, muß sich allerdings enttäuscht sehen. Ein solches Rezept gibt es nicht. Auch Benjamin kann es nicht geben. Wohl aber haben die kompromißlose Schärfe, mit der er den Begriff der Revolution gedacht hat, und deren praktische Konsequenzen künftig als Maßstab für das zu gelten, was gewöhnlich die Revolutionierung der Revolutionäre heißt.

Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969

Die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik haben den letzten Schleier fallen lassen, der über ihre Politik gebreitet war. Mit den Notstandsgesetzen ist der demokratische Auftrag des Grundgesetzes im Kern getroffen. Indem das Parlament sie verabschiedete, hat es sich als Vertretung des Volkes aufgegeben. Anstatt der überfälligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen erleben wir das Festhalten an einer Politik der Stärkung des Großkapitals, der Rüstung, der Gebietsansprüche an den Osten, der Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR. Unter diesen Umständen wird unentwegt dem organisierten Rechtsradikalismus in die Hände gearbeitet. Den Kräften der Diktatur ist der Weg gebahnt.

Breite Schichten begreifen die Herausforderung. Es wächst die Erkenntnis: Die herrschenden Parteien haben sich dem Volke gänzlich entfremdet. Geblieben sind die brennenden Aufgaben: Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in den Betrieben, Wahrung und Erweiterung des sozialen Besitzstandes, Aufbau einer glaubwürdigen Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine vielfältige demokratische Erneuerungsbewegung ist in der Entwicklung. Sie wird nicht mehr verschwinden. Sie sollte auch in den Bundestagswahlkampf 1969 mit einer überzeugenden und wählbaren Alternative eingreifen. Schon wird vielerorts darüber beraten, wie das mit Erfolg zu bewerkstelligen ist. Die Unterzeichner dieses Aufrufs meinen, die demokratischen Kräfte, die vielfach noch getrennt auftreten, sollten sich zur Bundestagswahl vereinen. Wir wenden uns an Arbeiter, Angestellte und Beamte, an Intellektuelle und Studenten, an Bauern, den städtischen Mittelstand und die Freischaffenden, die in ihrer Unabhängigkeit bedroht sind, wir wenden uns an alle, denen es um eine demokratische und friedliche Zukunft geht. Wir rufen dazu auf, ein machtvolleres Wahlbündnis zu bilden, in dem die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, ungeachtet ihrer Weltanschauung — ob christlich, liberal oder sozialistisch — zusammenwirken. Wir raten, überall im Lande unverzüglich die Initiative zu ergreifen, Zentren zu schaffen und Verbindungen aufzunehmen, damit es im Herbst zur Bildung eines umfassenden Wahlbündnisses für die ganze Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm kommen kann.

Die Wahlverbindung wird sich eine Form geben müssen, die dem Bundeswahlgesetz entspricht. Sie wird dabei Unabhängigkeit und eigene Vorstellungen der beteiligten Persönlichkeiten und der zusammenwirkenden Gruppen zu wahren haben.

Die Abgeordneten dieser Wahlunion werden in Wechselwirkung mit der außerparlamentarischen Bewegung stehen und damit den demokratischen Aktionen eine weitere Ebene eröffnen. Während die Parlamentarier der herrschenden Parteien dem gegenwärtigen politischen Systemzwang unterliegen und die Veränderungswünsche des Volkes ins Leere gehen lassen, handeln die Volksvertreter des Wahlbündnisses als Teil der demokratischen Bewegung. Sie sorgen für Öffentlichkeit und Kontrolle der Parlamentsarbeit; sie unterstehen dem ständigen Auftrag des handelnden Volkes, der Rechenschaftspflicht und einer stets erneuerten Vertrauensfrage. Die Wahlunion muß sich an den Aufgaben des politischen Tageskampfes entwickeln; der Wahlkampf selbst ist eine Form der täglichen Auseinandersetzung um Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft, auch des Parlaments. Das Bündnis sollte daher auch bei Gemeinde- und Landtagswahlen erprobt werden.

Mit der Schaffung eines solchen Bündnisses kann unser Volk, zu oft getäuscht, beirrt und von den Herrschenden mißbraucht, die Zuversicht gewinnen, daß durch eigenes Handeln den wirtschaftlichen und politischen Mächten und den Kräften der Diktatur wirksam begegnet und das Geschick unseres Landes gewendet werden kann.

Gießen, im Juni 1968

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Hans Peter Alvermann, Vorsitzender des Republikanischen Centrums, Düsseldorf
Rechtsanwalt Dr. Walter Ammann
Dr. h. c. Frank Arnau
Kurt Arnhold, Betriebsratsmitglied der Fa. Vorkwerk, Wuppertal, Ortsverwaltungsmitglied IG Metall
Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D.D.
Arno Behrisch
Rudi Berzbach, Betriebsratsvorsitzender und die Betriebsratsmitglieder Helmut Daufenbach und Tono Wüller in der Fa. Middelhaue für einen Kollegenkreis der IG Druck und Papier im Ortsverein Opladen
Kurt Birking, Betriebsratsmitglied bei Rheinstahl-Hanomag, Hannover
Prof. Dr. Ernst Bloch
Werner Blum, Betriebsratsmitglied bei Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke, Völklingen
Rolf Boysen
Willi Bredemeier, Mitglied im DGB-Kreisausschuß, Minden
Willi Breidenbach, 1. Betriebsratsvorsitzender im Rudolf Müller-Verlag, Köln
Dr. Hans Breder
Dr. Margherita von Brentano
Helmuth Bruder, Vorstandsmitglied der Ortsverwaltung HBV, Wuppertal
Jürgen Büscher, Landesvorsitzender des VDS, Rheinland-Pfalz
Karl Busch, Vorsitzender des Ortsbauernvereins Wölferlingen
Willy Butz, Vorsitzender der AStA der Universität Kiel
Carl Carstens, Vertrauensmann und Vertreter IG Metall, Lübeck
Gerhard Danilowski, Betriebsratsvorsitzender in

Fa. Max Uhlig & Co., Hamburg
H. Donath, 2. Vorsitzender der „Jungen Linken“, Mainz
Tankred Dorst
Herbert Dräger, Betriebsratsmitglied bei Mannesmann-AG, Duisburg
Prof. Dr. Heinrich Düker
Fritz Dux, Betriebsratsvorsitzender, Solingen-Landwehr
Heinrich Eisel, Delegierter zum Hauptkongreß IGBE
Prof. Dr. Klara Marie Faßbinder
Hans Georg Feist, Stellv. Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses Lörrach, Mitglied des Ortsjugendausschusses der GDED, Weil a. Rhein
Erwin Fiedler, Betriebsratsmitglied, Nürnberg
Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim
Heinrich Flentge, Betriebsratsmitglied, Rinteln/Weser
Artur Fraas, Betriebsratsmitglied, Nürnberg
Karl Freitag, Stellv. Betriebsratsvorsitzender bei Örtlinghaus, Wermelskirchen
Ruprecht Frieling, Aktionszentrum Unabhängiger Soz. Schüler (AUSS), Oelde
Arthur Fritz jun., Betriebsratsvorsitzender im Zipp Werk GmbH, Nürnberg
Josef Gamp, Betriebsratsmitglied im Lonza-Werk, Waldshut
Pastor Simon-Peter Gerlach, Arbeitskreis Bremer Notstandsgegner
Karl Gmelch, Betriebsratsvorsitzender, Nürnberg
Max von der Grün
Hans G. Grunewald, Bezirksdelegierter IGBE, DGB-Kreisdelegierter, Essen
Christoph Güllich, im Auftrag der „Jungen Linken“, Heilbronn
Fritz Hammesfahr, Personalratsvorsitzender ÖTV, Solingen-Gräfrath

Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Heinz Hawelink, Vorsitzender der Jugendvertretung, Fa. Mannesmann-Meer AG, Vorsitzender der DGB-Jugend, Mönchengladbach
Jürgen Heimchen, Betriebsratsmitglied der Lackwerke, Wülfring, Vorsitzender des Jugendausschusses IG Chemie, Mitglied des Verwaltungsausschusses IG Chemie, Wuppertal
Ewald Heinzen, Betriebsratsmitglied bei Mannesmann AG, Duisburg
Wolfgang Hildesheimer
Hans Himmer, Betriebsratsmitglied, Nürnberg
Bernhard Hölitz, Betriebsratsmitglied, Nürnberg
Werner Höner, Vorstandsmitglied der Ortsverwaltung, HBV, Minden
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans D. Holl, Landesbezirksjugendleiter HBV, St. Ilgen
Pastor Eckart Hoppe
Heinz Ihrig, Landwirt
Franz Jakubowski, Betriebsratsvorsitzender, zugleich für 14 Betriebsratsmitglieder der Schachtanlage Mevisen, Rheinhäusen
Willi Jörges, Personalratsvorsitzender, Nünberg
Prof. Dr. Ernst Käsemann
Leo Kaaserer, Vorsitzender der Verwaltungsstelle IG Bau-Steine-Erden, Rosenheim
Ingenieur Jürgen Kaschube
Richard Kirn, Minister a. D., Saarbrücken
Philipp von Kodolitsch, DAG-Jugendsekretär, Hamburg
Martha Konarkowski, Betriebsratsmitglied, Gew. Textil, Pforzheim
Prof. Dr. Walter Kreck
Gerhard Kühnke, Betriebsratsvorsitzender in Fa. Jaensch und Ahrensmeyer, Minden
Hans Lambacher, DGB-Jugendleiter, Aach/Freudenstadt
Fritz Lamm, Betriebsratsvorsitzender bei „Stuttgarter Zeitung“
Erika Leipold, Betriebsratsmitglied bei Fa. Grundig, Nürnberg, Mitglied der Ortsverwaltung IG Metall
Ernst Hase, Betriebsratsmitglied, OTV, in Gesamthafenbetriebsgesellschaft, Hamburg
Prof. Dr. Werner Leibbrand
Dr. Annemarie Leibbrand-Wettley
Rüdiger Lenk, für den Unabhängigen Sozialistischen Schülerbund, Hannover
Dr. Helmut Lindemann
Werner Lippold, Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenbetriebe, Hamburg
Franz Löb, Betriebsratsmitglied, Nürnberg
Franz Lori, 1. Betriebsratsvorsitzender, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, Landshut
Josef Lutz, Betriebsratsvorsitzender, Stein/Immerstadt
Gunnar Matthiessen
Christoph Meckel
Richard Mittmann, Betriebsratsmitglied bei Fa. Ernst Carstens, Nürnberg
Pfarrer Dr. h. c. Herbert Mochalski
H. Möhlenbrock, 1. Vorsitzender IG Druck und Papier, Minden
Heinz Neuhoff, Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der Ortsverwaltung IG Metall, Solingen
Robert Neumann
Dr. Stefan Neupert

D. Martin Niemöller
Hans Nierstheimer, Winzer
Anne Nigbur, Landesvorsitzende des SDS, Nordrhein-Westfalen
Erwin Oltmann, Landwirt
Karl Otto, Schriftleiter, Sozialistische Hefte
Bernd Peterson, Vorsitzender des AStA der Universität Köln
Heinrich Picker, Betriebsratsvorsitzender bei Bremer Wellpappe- und Papierfabrik, Lübbecke/Westfalen
Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Plessner
G. Pohlmann, 2. Betriebsratsvorsitzender IG Metall Senne I
Gernot Praeger, Vertrauensmann IG Chemie
Hansa-Mühle, Hamburg
Dr. F. J. Raddatz
Fritz Reichold, Betriebsratsmitglied in Maschinenfabrik Billhöfer, Nürnberg
Prof. Dr. Erich Reigrotzki
Prof. Ernst Röttger
Siegfried Rohn, 2. Betriebsratsvorsitzender im Rudolf Müller-Verlag, Köln
Peter Rühmkorf
Günther Sauter, Betriebsratsmitglied, Stuttgart
Oskar Seibel, Weinbauer
Dr. Dorothee Sölle
Karl-Heinz Schepers, im Auftrag des PoSt-Clubs CLEF/Marl
Siegfried Schmidt, Betriebsratsvorsitzender der Fa. Siemens, Werk Netphen a. d. Sieg
Hans Schulze, Betriebsratsmitglied in Fa. Max Uhlig & Co., Hamburg
Dr. E. Schwandt, in Vertretung der Arbeitsgemeinschaft gegen die Notstandsgesetze
Hans Schweikart
Karl Stiffel, Betriebsratsmitglied in Fa. Hüco, Moers, Mitglied der Ortsverwaltung IG Metall, Rheinhäusen
Prof. Dr.-Ing. Fritz Straßmann
Jörg Streese, Sprecher für den Unabhängigen Schülerbund Bremen (USB)
Dieter Süverkrüp
Rainer Taudien, Betriebsratsvorsitzender der Fa. Girardet, Düsseldorf
Hans-Peter Terno, 1. Vorsitzender der „Jungen Linken“, Mainz
Grete Thiele
Christian Thom, Sprecher des Republikanischen Clubs, Delmenhorst
Norbert Trautwein, Vorsitzender des AStA der Universität Marburg
Gösta von Uexküll
Günter Wallraff
Dr. Martin Walser
Otto Weber, Betriebsratsvorsitzender bei Villeroy & Boch, Mettlach
Emil Weiten, Abgeordneter des Saarländischen Landtags 1947-65, Christliche Volkspartei
Hermann Wenz, Betriebsratsmitglied im Rudolf Müller-Verlag, Köln
Pfarrer Heinrich Werner
Rüdiger Wessel, Sprecher des Arbeitsausschusses der Ersatzdienstleistenden, Gadderbaum
Gerhard Wicht, Betriebsratsmitglied in Fa. Berstorff, Milsburg
Ernst Wöllecke, Ratsmitglied der Stadt Goslar
Erich Ziegler, Ratsmitglied der Stadt Goslar
Kurt Zimmer, Betriebsratsmitglied, Nürnberg

Professor Dr. Werner Hofmann Aktions- und Wahlbündnis 1969

Neun Fragen und Antworten

Mit einem öffentlichen Aufruf an alle demokratischen Kräfte, sich zur kommenden Bundestagswahl zu einem wirkungsvollen Aktions- und Wahlbündnis zusammenzuschließen, haben die im „Gießener Kreis“ vereinten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Professoren, Studenten, Schriftsteller, Landwirte usw. eine in unserem Lande neuartige Form politischen Zusammenwirkens angeregt. Im folgenden sollen wiederkehrende Fragen, die an die Teilnehmer des „Gießener Kreises“ gerichtet werden, kurz geklärt werden.

1. Frage: Soll man noch wählen?

Antwort: Die Frage ist berechtigt, nachdem die herrschenden Parteien sich dem Volke gänzlich entfremdet haben. Das Wahlrecht wird nach den Bedürfnissen der Herrschenden manipuliert; durch Sperrklauseln wird der notwendige Prozeß einer Erneuerung unseres Parteiensystems abgeschnürt; mit falschen Parolen wird der Wählerwille beirrt. So kommt es, daß im gegenwärtigen deutschen Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die — unter Einschuß der Sozialdemokratie — die Politik der Kapitalinteressen betreiben, während die zahlreichste Gruppe unseres Volkes, die Arbeiterschaft, unvertreten bleibt. Das Gefühl ist daher weit verbreitet: Mit den Bedürfnissen des Volkes stimmen die herrschenden Parlamentsparteien nicht mehr überein. Dies macht sich der organisierte Rechtsradikalismus zunutze, der selbst die Stimmen enttäuschter Wähler noch dem bestehenden System wieder zuführt.

Gerade wer aber den parlamentarischen Schein durchschaut, darf das Feld nicht kampflos denen überlassen, die ein wirkungsvolles parlamentarisches System heute in Wahrheit nicht mehr brauchen können. Der bewußteste Teil unserer Gesellschaft sollte sich nicht durch Wahlenthaltung mit den gleichgültigsten Gruppen des Volkes treffen und damit den Herrschenden das scheinparlamentarische Spiel erleichtern. Wir selbst, die gewaltige und stets wachsende Zahl der Menschen in Stadt und Land, die in dem versteinerten System einverschworener Parteien ihre Sache nicht mehr aufgehoben fühlen, müssen in die Verhältnisse eingreifen. Wir selbst müssen Gremien bilden, die unseren Bedürfnissen entsprechen, in denen wir handeln können, und unsere eigenen Vorstellungen zur Bundestagswahl entwickeln.

Alle Angaben über Funktionen als Betriebsrat, in Gewerkschaften, Verbänden oder Ausschüssen dienen nur zur Information über die Person des Unterzeichners. Sofern dies nicht ausdrücklich anders angegeben ist, bringen sie nicht zum Ausdruck, daß die Unterzeichnung im Auftrag der jeweiligen Gremien, Verbände oder Ausschüsse erfolgt.

2. Frage: Kann man durch Parlamentsarbeit etwas im Großen ändern?

Antwort: Gewiß nicht durch parlamentarische Wirksamkeit allein, fernab einer demokratischen Öffentlichkeit. Jedes Parlament und jede Parlamentspartei lebt allerdings aus der Verbindung mit Kräften und Gruppen des vorparlamentarischen Raumes. Die Beobachtung zeigt hierbei, daß Regierung wie Bundestag den Wünschen ganz unkontrollierter außerparlamentarischer Gewalten des Großkapitals, der Interessenverbände, der Militärs Folge leisten. Die Bewegung zur Erneuerung der Demokratie hingegen entwickelt als Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes auch ihre eigenen politischen Formen. Sie führt den Kampf um *Öffentlichkeit und Kontrolle* auf allen Schauplätzen des gesellschaftlichen Lebens als einen letztlich *einheitlichen*. Sie will die Verhältnisse *überall* durchsichtig machen: im Staat wie in den Wirtschaftsbetrieben, in den Schulen und Hochschulen wie in den Verbänden und Parteien. Daher stellt auch die notwendige Erneuerung der parlamentarischen Formen für sie selbst nur einen Teil jener allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens dar, um die es heute geht.

Die Partner des Aktionsbündnisses werden daher auch einen Wahlkampf nicht, wie die herrschenden Parteien, als eine kurzfristige Kampagne führen, sondern vielmehr als Teilglied eines gründlichen Prozesses der politischen Selbsterziehung wie der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung überhaupt. Das Bündnis sollte hierbei sofort politisch in Erscheinung treten, und zwar auf der ganzen Linie. Es sollte die Tätigkeit von Regierung und Bundestag ständig begleiten, sie dem vollen Licht einer kritischen Öffentlichkeit aussetzen, seine eigenen Vorstellungen entwickeln und popularisieren. Die Partner des Bündnisses werden den Wahlkampf mit aller Härte und als einen echten Machtkampf gegenüber den Herrschenden auszutragen haben; sie werden diesen Kampf schonungslos, offensiv, enthüllend führen, indem sie unablässig aufzeigen, was Bundestag und Regierung heute zu tun hätten und was sie versäumen. Auch eine parlamentsgerichtete Wirksamkeit verfolgt dabei das Ziel, durch eine Politik der *offensiven Reform* die Regierenden unablässig vor Alternativen zu stellen, die sie nicht selbst gewählt haben, ihre Worte an ihrem Verhalten überprüfbar zu machen, sie hartnäckig der Kontrolle und der politischen Urteilsbildung im Volke auszusetzen. In diesem Sinne erscheint das Bündnis der Demokraten als befähigt, jene Bewegung zu einer tiefgreifenden und umfassenden Erneuerung unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens fortzuführen, die im Kampf um die Notstandsgesetze machtvoll in Erscheinung getreten ist.

3. Frage: Wer ist ein Demokrat, und was heißt demokratische Selbsttätigkeit?

Antwort: Ein Demokrat ist heute, wer die Verfassungsordnung unseres Landes, welche die herrschenden Gewalten durch eine umfassende Notstandsordnung in ihrem Kern beschädigt haben, aus dem ursprünglichen Geist des Grundgesetzes erneuern und zugleich unser staatliches Leben im Sinne fortgesetzter Erweiterung von *Öffentlichkeit und Kontrolle* fortentwickeln will.

Die Erfahrung zeigt, daß ein bloßer Parlamentsbetrieb, mit einigen hundert Abgeordneten, die sich alle vier Jahre wieder ihrer Wähler erinnern, nicht ausreicht, um das öffentliche Leben zu demokratisieren. Vielmehr bezeichnet das stille Zusammenspiel von Staatsorganen und verborgenen gesellschaftlichen Mächten den Prozeß einer fortgesetzten *Entparlamentarisierung* der Entscheidungen, eines allgemeinen *Rückzuges von der Öffentlichkeit* überhaupt.

Demgegenüber bedeutet demokratische Selbsttätigkeit, daß wir denen, die Macht ausüben, auf die Finger sehen, im Staat wie in der Wirtschaft; daß wir Lärm schlagen, wo immer wir Gesetzesverletzungen, Rechtsbruch, Willkürhandlungen begegnen, wo immer man unsere Mithilfe für Zwecke in Anspruch nehmen will, die wir nicht billigen können. Demokratische Selbsttätigkeit heißt, daß wir uns um immer mehr Dinge im öffentlichen Leben und in unserer Arbeitswelt selbst kümmern und hierzu nicht auf Gesetze warten; daß wir auf allen Lebensgebieten lernen einzugreifen und immer weitergehende Mitbestimmung für uns unmittelbar in Anspruch nehmen.

Ein solches Verhältnis aktiver Demokratie muß sich auch innerhalb des Aktions- und Wahlbündnisses in neuen Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten niederschlagen: Die Kandidaten sollten direkt durch die beteiligten Gruppen und in öffentlichen Versammlungen aufgestellt werden, so daß Gewähr dafür besteht, daß die gesellschaftliche Zusammensetzung der Kandidaten des Bündnisses mit derjenigen unserer Bevölkerung aufs engste übereinstimmt. Die Wahlkandidaten sollten auf Wähleraufträge, auf regelmäßige Berichterstattung und Rechenschaft verpflichtet werden; kein Kandidat sollte für mehr als eine Wahlperiode aufgestellt werden, usw. So wird zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Bewegung selbst in keinem Augenblick ihre Aktivität an einige Repräsentanten abtritt, sondern vielmehr unmittelbar ins Parlament selbst hineinwirken will.

4. Frage: Welche gesellschaftlichen Schichten und welche politischen Gruppen sollte das Bündnis umfassen? Wo liegt sein Schwerpunkt?

Antwort: Das Aktions- und Wahlbündnis soll sich keineswegs auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition beschränken: seine Reserven sind weit größer. Zu ihm gehören der Sache nach alle, die ihre Interessen in einem Staat des herrschenden Großkapitals und eines schwindenden Freiheitsraumes nicht mehr aufgehoben finden; Arbeiter wie Landwirte, Angestellte wie Kleingewerbetreibende, unsere arbeitende wie unsere studentische Jugend. Politisch sind alle Gruppen bündnisfähig, welche eine Strategie der fortschreitenden Demokratisierung und der offensiven Reform unseres gesamten sozialen Lebens bejahen. Ganz gewiß werden sich die Bündnispartner hierbei nicht von dem gemeinsamen Gegner vorschreiben lassen, welche politischen Gruppen sie als honett ansehen wollen, und welche nicht.

Das Bündnis darf bei alledem kein formloser Haufen sein. Es muß seine Grundlage in der *Arbeitschaft* finden, auf die die ganze Last des gegenwärtigen Systems fällt und ohne deren Befreiung keine Freiheit der Gesellschaft möglich ist.

5. Frage: *Entscheiden-demokratisches oder sozialistisches Programm?*

Antwort: Das gemeinsame Minimalprogramm, auf das alle Gruppen sich verständigen können, wird der Natur der Sache nach ein *konsequent-demokratisches* sein. Es dürfte Punkte enthalten wie etwa: Verhinderung des Gebrauchs von Notstandsvollmachten; Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, als Beitrag zu einer Auflösung der Militärblöcke in Ost und West; Rüstungsbegrenzung; Verständigung mit der DDR; demokratische Kontrolle in den Betrieben, konsequente Schul- und Hochschulreform; ein ehrliches Agrarprogramm; Kampf gegen Kartelle und Preiswucher, usw. Jede der zusammenarbeitenden Gruppen wird hierbei ihre eigenen Schwerpunkte setzen und darüber hinaus weitergehende Vorstellungen entwickeln. Sozialisten werden mit den Tagesforderungen besondere Zukunftsziele verbinden und dies aussprechen. Jede Gruppe sollte ihre Eigenart nicht preisgeben, sondern zum Ausdruck bringen. Das Bündnis darf nicht ein graues Einerlei unbestimmter Vorstellungen sein; es soll den ganzen Farbenreichtum derer behalten, die durch den gemeinsamen Druck der gesellschaftlichen Gegenkräfte heute zusammengeführt werden und die nicht länger in der Trennung einzeln geschlagen werden wollen.

Bei alledem kann eine Politik der *greifbaren Etappenziele, der offensiven Reform* gar nicht anders als die demokratische Entwicklung unablässig über den einmal erreichten Stand hinaustreiben.

6. Frage: *Wer soll im Bündnis „führen“?*

Antwort: Es kann keinen Führeranspruch einer Gruppe geben. Keiner der Partner darf dem anderen seine besonderen Vorstellungen aufdrängen. Jede Gruppe wird auch finanziell ihre Aktionen innerhalb des Bündnisses überwiegend selbst bestreiten müssen, bei selbstverständlicher gegenseitiger Hilfe. Schon hierdurch behalten die Partner die Gewähr dafür, daß nicht eine „Zentrale“ die Initiative der Beteiligten an sich zieht.

7. Frage: *Wieder einmal eine neue Partei?*

Antwort: Das Bundeswahlgesetz läßt nur die Kandidatur von Parteien zu. Das Wahlgebilde, welches das Bündnis entwickeln wird, muß diesen Anforderungen genügen. Was als Partei in Erscheinung tritt, sollte allerdings so klein bleiben wie möglich. Der Schwerpunkt liegt nicht bei der Partei, sondern bei dem Aktionsbündnis, das dahinter steht und das diese Partei trägt. Das Neue besteht darin, daß im Gegensatz zu unseren erstarrten und versteinerten Parteien die Kräfte des Bündnisses offen bleiben für immer neue Gruppen der Bewegung im Volke selbst. Sie wollen nicht an die Stelle dieser Bewegung eine Partei setzen, sondern die Bewegung selbst stärken und entwickeln.

8. Frage: *Sollte man nicht die fortschrittlichen Kräfte in den bestehenden Parteien unterstützen?*

Antwort: Die Erfahrung zeigt, daß nur noch durch Druck von außen auch die kritischen Köpfe innerhalb der herrschenden Parteien ermutigt werden können. Die Führer der SPD, verdorben durch Jahre eines politisch sittenwidrigen und

öffentliches Ärgernis erregenden Konkubinats mit der CDU, haben es bisher immer verstanden, Kritiker in den eigenen Reihen zu verwirren oder zum Schweigen zu bringen. Das Wahlbündnis will nicht zuletzt denjenigen Wählern eine neue Heimstatt bieten, die in den letzten Jahren der SPD enttäuscht den Rücken gekehrt haben. — Auch die FDP, die selbstverständlich in ihrem Wesen eine Unternehmerpartei ist, hat allzulange mit der CDU gebuhlt und gemeinsam mit ihr jahrelang an den Notstandsgesetzen gearbeitet; sie bleibt auch weiterhin eine Koalitionsreserve der CDU. — Nur durch eine neue Kraft, welche allem voran die Initiative der Arbeiter und einfachen Angestellten zur Geltung bringt, können auch die Gewerkschaften aus ihrer Verstrickung mit dem gegenwärtigen System und aus ihrer vollständigen Unterwerfung unter eine Partei gelöst werden, die ihnen gegenüber mit einem totalitären Anspruch auftritt.

9. Frage: *Kann man es schaffen?*

Antwort: Die von einer politischen Alternative Nächstbetroffenen nehmen schon heute die Pläne für ein Wahlbündnis sehr ernst. (Auch der Eifer, mit dem die Führer der SPD neuerdings das Mehrheitswahlrecht betreiben, zeugt davon.) Zwischen der Zusammensetzung des Parlaments, in dem nur die herrschenden Interessen einen Platz haben, und der Zusammensetzung der Bevölkerung, deren arbeitende Schichten nicht mehr zu Wort kommen, besteht eine so aufreizende Nichtübereinstimmung, daß dies von den herrschenden Gruppierungen selbst als Gefahr empfunden werden muß. Es ist nicht Zuversicht, sondern Furcht, was sie nach immer neuen Eingriffen in das Wahlsystem Ausschau halten und nach immer neuen Mitteln der Irreführung des Volkes greifen läßt. Die Notstandsvollmachten der Regierung, die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik, der Druck auf den Lebensstandard des größeren Teils unseres Volkes werden ein Übriges tun, um unsere Mitbürger aufzuklären. Im Kampf um die Notstandsgesetze haben die herrschenden Kräfte eine Ahnung davon erhalten, welche Energien unser Volk freisetzen kann. Der Prozeß fortschreitender Bewußtseinsentwicklung im Handeln selbst aber entscheidet heute darüber, ob unser Land zu seinen Möglichkeiten finden wird.

Friedrich Hitzer

Die Funktion eines demokratischen Wahlbündnisses

Der „heiße Sommer“, der von manchen politischen Beobachtern als weitere Reaktion auf die verabschiedeten Notstandsgesetze erwartet worden war, ist ausgeblieben. Deshalb hatten aber keineswegs die Notstandsbefürworter recht, als sie damit rechneten, daß nach einer raschen Verabschiedung dieser Gesetze die außerparlamentarische Bewegung erlahmen würde. Oberflächlich betrachtet ist die oppositionelle Bewegung zurückgegangen. Sie verharrt in einem Zustand der kritischen Selbstbetrachtung und Sammlung der Kräfte in einer neuen Etappe des Kampfes. Dazu trugen selbst jene Mißerfolge bei, die dann eintraten, als Aktionen von denselben Voraussetzungen aus geplant und durchgeführt wurden, die bis zur dritten Lesung der Notstandsgesetze das Wesen des Kampfes bestimmt hatten — wie etwa der nach der dritten Lesung festgesetzte Studentenkongreß des VDS. Der augenscheinliche Rückgang der Aktionen ist einmal darauf zurückzuführen, daß die tage- und nächtelange Arbeit für die Notstandsaktionen eine Ruhepause erheischten; zum anderen mußte auf den Höhepunkt einer Bewegung der Tiefpunkt folgen, zumal das eine Nahziel des Kampfes entschieden war. Eine Schlacht war zwar verloren, aber das Bewußtsein der eigenen Möglichkeiten für den Kampf sah sich gestärkt. Noch nie hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik eine solche, alle Schichten umfassende Bewegung gegeben, die Professor Helmut Ridder am 11. Mai in Bonn zu Recht die „demokratische Erneuerungsbewegung“ nannte. Merkmale der Ermüdung bei Teilen dieser Bewegung gingen darauf zurück, daß sie den Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze nicht in seinen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen begriffen hatten. Aber deshalb läßt sich diese Ermüdung nicht gleichsetzen mit einer Anpassung an die neuen Bedingungen des politischen Lebens, denn die Frage, wie es nun weitergehen soll, beherrscht nach wie vor das Bewußtsein der Notstandsgegner. Die Bereitschaft zur Aktion ist vorhanden, aber woran soll man sich orientieren und auf welche Weise kann die Bewegung zusammengehalten und verbreitet werden?

Ohne Zweifel ist die Antwort auf diese Fragen auch dadurch erschwert worden, weil in immer kürzeren Zeitabständen zu den bereits bekannten neue politische Ereignisse ins Bewußtsein eindringen — wie etwa die Prozesse in Frankreich, der Tschechoslowakei und Nigeria —, vor denen die innenpolitischen Probleme vor-

übergehend zu verblässen scheinen. Jeder Tag bringt bestürzende Schlagzeilen, die politisch verarbeitet und umgesetzt werden wollen. Der Zorn verdrängt oft die Besonnenheit, dort den Kampf beharrlich fortzusetzen, wo die Bewegung tatsächlich voranzubringen ist. Jeder ist mit den vielen Fragen konfrontiert, wie die widersprüchlichen Erscheinungen zusammenzufassen sind, wie man sich verhalten, wofür man sich entscheiden soll. Daraus entsteht ein wachsendes Bedürfnis, die Dinge im Zusammenhang zu begreifen, allein, weil die Menge der sichtbar werdenden Ereignisse danach drängt. Das Bewußtsein einer Frontenbildung progressiver und reaktionärer Kräfte hat sich aus einer Bewegung herausgebildet, die zu einer qualitativ neuen Etappe des Kampfes hinführte. Dabei sind die scheinbar chaotischen Anfangsstadien in der gegenwärtigen Formierung der oppositionellen Kräfte nicht nur hemmend. Die einander widerstrebenden Auffassungen müssen sich in der Auseinandersetzung klären. Aber die Ökonomie der Kräfte verbietet es, Aktionen zu planen, die sich lediglich, eine auf die andere folgend, summieren. Die punktuellen Bewegungen, die im Notstandskampf eine Einheit bildeten, brauchen eine übergreifende politische und organisatorische Koordination. Die außerparlamentarische Opposition muß sich an einer Strategie und Taktik orientieren, die eine Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung anstrebt. Dazu gehört unter anderem die Einsicht, daß objektiv die absolute Mehrheit des Volkes zur außerparlamentarischen Opposition gehört, weil beispielsweise das Parlament den Interessen einer herrschenden Minderheit gehorcht. Noch ist dieser Tatbestand der Bevölkerung nicht bewußt, die nach wie vor ihre Hoffnungen auf das Parlament setzt. Was aber den herrschenden Kräften so teuer ist, kann uns nur billig kommen: das bevorstehende Wahljahr wird das Aktionsfeld aller demokratischen Kräfte sein. Wir sehen darin eine Möglichkeit der übergreifenden politischen und organisatorischen Koordination.

Im letzten Heft des „kürbiskern“ (3/68) wurde begründet, weshalb ein Wahlbündnis demokratischer und sozialistischer Kräfte unerlässlich ist (J. Mader: „Aktion und politische Strategie“). Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich nochmals mit den wichtigsten Argumenten der Befürworter und Gegner einer Wahlbeteiligung. Der Streit geht um die Rolle des Parlamentarismus in der spätkapitalistischen Gesellschaft.

Die Gegner einer Wahlbeteiligung gehen von einer Analyse des bürgerlichen Parlamentarismus aus, die in ihren wesentlichen Aussagen nicht zu bestreiten ist. Verkürzt formuliert kommen sie zu folgendem Ergebnis: der Parlamentarismus dient der Verschleierung der herrschenden Verhältnisse. Während er im 19. Jahrhundert Ausdruck des Konkurrenzkapitalismus und das Parlament folgerichtig eine Plattform politischer Entscheidungen gewesen seien, diene der Parlamentarismus unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus als ein Mechanismus der Manipulation und Legitimation der herrschenden Klasse. Die Plattform der Entscheidungen habe sich deshalb in andere Gremien verlagert, denn der Monopolkapitalismus könne keine konkurrierenden Parteien gebrauchen. Hier sei ein-

schränkend bemerkt, daß die Veränderungen der Funktionen des Parlamentarismus vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus, soweit es die Interessen der herrschenden Klasse betrifft, keineswegs qualitativer, sondern quantitativer Natur sind. Auch im 19. Jahrhundert war das Parlament ein Instrument der herrschenden Klasse. Es sei zwar eingeräumt, daß das Parlament im Monopolkapitalismus eine qualitativ neue Funktionsweise erhalten hat — die Wähler werden bewußt und nach abgekarteten Spielregeln manipuliert —, der entscheidende Unterschied zwischen dem bürgerlichen Parlamentarismus des 19. und dem des 20. Jahrhunderts liegt jedoch in der Rolle des Staates, der im Monopolkapitalismus umfassende Aufgaben der gesellschaftlichen Regulierung und Reglementierung übernimmt. Das Parlament ist heute ein Akklamationsorgan für die Fachausschüsse der Ministerien, die ihrerseits Instrumente der Zentralorgane der Monopole, wie etwa des BDI und BDA, sind. Die Belege für diese Tatbestände sind unbestreitbar, wie etwa die Aushöhlung der Legislative durch die Exekutive: schon in den ersten drei Legislaturperioden des Bundestages sind von den 1505 Gesetzen 1126 durch die Regierung, 357 durch die Fraktion und 22 durch den Bundesrat eingebracht worden.

Es ist nicht von ungefähr, daß gerade jetzt die Kritik am Parlamentarismus wieder aufgekommen ist. Die Willfähigkeit des Parlaments und der meisten Parlamentarier hatte sich gerade in der Frage der Notstandsgesetzgebung gezeigt. Die Niederlage einer auf das Parlament und seine Vertreter orientierten Bewegung veranlaßt nun einen Teil der außerparlamentarischen Kräfte zu dem Schluß, jede weitere Orientierung, insbesondere die auf die Parlamentswahlen gerichtete, würde das Klassenbewußtsein irritieren und verunklaren, also falsches Bewußtsein schaffen. Wir halten diesen Schluß für falsch, obgleich wir die Kritik am Parlamentarismus teilen. Der undifferenzierte, linksradikale Antiparlamentarismus ist in seiner letzten Konsequenz sogar gefährlich, weil er das Bewußtsein der auf das Parlament orientierten Massen falsch beurteilt und sie damit der Manipulation der herrschenden Klasse überläßt. Teilnahme am Wahlkampf zum Bundestag bedeutet auch nicht, daß man das Risiko der Manipulation bewußt eingehen müsse. Dieser von bedingten Befürwortern einer Wahlbeteiligung geäußerte Einwand unterschätzt die Rolle der Entlarvung herrschender Verhältnisse, die nicht manipulierte Abgeordnete sowohl in den außerparlamentarischen als auch parlamentarischen Kämpfen spielen können. Es ist hier kein Platz, die eine oder andere Kontroverse aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu dem Thema Wahlbeteiligung wiederzugeben, obgleich es für jeden notwendig ist, historische Parallelen kritisch nachzulesen und zu erkennen, inwieweit der Wahlboykott schwere Rückschläge für die Arbeiterbewegung bedeutete. Wir meinen auch, daß beispielsweise Lenins Arbeit „Der Linksradikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus“ für das Wesen der heutigen Auseinandersetzungen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition zutrifft, zumal sich Lenin nicht mit der russischen Duma, sondern speziell mit dem Wahlboykott

der deutschen revolutionären Linken nach der Novemberrevolution auseinander setzte und ihn als Kinderei bezeichnete. Dabei gab es seinerzeit für einen Boykott der Parlamentswahlen — den Liebknecht und Luxemburg ablehnten — viel gewichtigere Gründe als heute, denn schließlich herrschte eine revolutionäre Situation vor. Gerade dieser Boykott führte aber zu einer Isolierung der revolutionären Linken von großen Teilen der Arbeiterschaft. Vertreter des antiautoritären Sozialismus lehnen die Gültigkeit der leninischen Thesen für heute ab, und zwar mit dem Argument, das Parlament sei zu Lenins Zeiten noch eine Plattform der politischen Entscheidung gewesen. Dieses Argument ist aus der Luft gegriffen: weder war das Parlament jener Zeit eine Plattform, auf der machtpolitisch relevante Entscheidungen offen diskutiert und gefällt wurden noch hatte Lenin jemals für die Wahlbeteiligung zum Parlament plädiert, weil er meinte, das Parlament könne je die Plattform solcher Entscheidungen sein. Er trat für eine Wahlbeteiligung ein, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse, zumal die vom Reformismus beeinflusste Arbeiterklasse Westeuropas, auf das Parlament fixiert war. In dieser Hinsicht kann es für uns heute überhaupt keinen Zweifel geben, da in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik sogar das reformistische Bewußtsein der Sozialdemokratie schwach entwickelt ist, die parlamentarischen Illusionen also noch viel stärker sind. Die wachsende Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und die gegenseitige Annäherung des sozialen und ökonomischen Status aller arbeitenden Schichten läßt die parlamentarischen Illusionen der Massen in absehbarer Zeit eher noch zunehmen.

Wie ist heute das Verhältnis der herrschenden Klasse zum Parlamentarismus zu beurteilen? Sprechen nicht alle Fakten dafür, daß ihr bereits ein weitgehend willfähiges Parlament mit all seinen stummen Hinterbänkeln lästig zu sein scheint? Die Verabschiedung der Notstandsgesetze ist doch nachgerade ein Beweis dafür, wie die parlamentarischen Kulissen in allen Fugen krachen. Wie widersprüchlich die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie ist, zeigt sich einerseits in den Versuchen, ihre Diktatur auszubauen und zu festigen, andererseits jedoch durch parlamentarische Verfahrensweisen, die pseudodemokratische Fassade aufrechtzuerhalten. Das griechische Beispiel bewies, daß selbst die Fassade der parlamentarischen Verschleierung eingerissen und weggeräumt werden mußte, als eine Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zugunsten einer radikal-demokratischen Alternative zu erwarten war. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze läßt aber den Schluß zu, daß das griechische Beispiel auch in der Bundesrepublik eingeplant ist, wenn es im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Wenn auch in unserem Land alles andere als eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag durch ein demokratisches Wahlbündnis zu erwarten ist, so lautet die Alternative heute in unserem Land Demokratie oder Diktatur, in welcher Form auch immer. Wer meint, die parlamentarische Manipulation der herrschenden Klasse sei gefährlicher als eine unverhüllte Diktatur, vergißt dabei, daß auch die offene Diktatur zweckmäßige Formen der Massenmanipulation ent-

wickeln würde, auf jeden Fall mit Hilfe des Antikommunismus, der dann allerdings gegen jede Opposition terroristisch vorgehe. Aus diesem Grund sind die Bedingungen des Kampfes auch in der weitgehend manipulierten parlamentarischen Demokratie wesentlich günstiger als in einer unverhüllten Diktatur.

Gegner des demokratischen Wahlbündnisses planen unter anderem Aktionen, die lediglich den Parlamentarismus entlarven sollen. Sie wollen auf diese Weise das Bewußtsein der Massen wecken. Sie würden das Gegenteil bewirken. Selbst bei der Entfremdung der Massen von den herrschenden Parteien und dem weitverbreiteten Unmut „über den Schwindel da oben“, gelänge es den Vertretern der herrschenden Parteien sowie ihrer journalistischen Hilfstruppen leicht, ausschließliche Entlarvungsaktionen als Mangel an Verantwortung zu brandmarken und den unreflektierten Unmut im Volk zugunsten der Herrschenden umzufunktionieren. „Ihr habt ja nur zu kritisieren, was habt ihr denn anzubieten“, wäre die Reaktion in Betrieben und Büros. Einer Hinwendung radikal gestimmter Unzufriedener zur neonazistischen Partei, die mit den „Bonner Lizenzparteien“ überhaupt ins Gericht zu gehen verspricht, wäre nichts entgegengestellt.

Eine Alternative der antiparlamentarischen Linken ist das Rätssystem. Die Orientierung auf ein Rätssystem halten wir nicht prinzipiell, aber in der gegenwärtigen Situation für falsch, weil es nur abstrakt angeboten werden kann und sich noch viel mehr als anderes dazu eignet, die Unzufriedenheit auf den Neonazismus umzuorientieren. Nichts ist einfacher und für die herrschende Klasse leichter ausnutzbar als auf Papier geschriebene Modelle einer sozialistischen Rätegesellschaft. Aber es bleibt Papier und seine Verfasser werden Sektierer bleiben, solange das Modell nicht ansatzweise aus den Erfahrungen einer Massenbewegung hervorgegangen ist. Die Propagierung des Rätesozialismus im Wahljahr würde unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht an die im Kampf gegen die Notstandsgesetze gewachsene Bewegung anknüpfen können, sondern Verengung und Zersplitterung fördern.

Die breiteste Formation der demokratischen und sozialistischen Kräfte war die Notstandsbewegung. Sie wollte auf die Abgeordneten im Parlament Einfluß nehmen. Ihr Wesen war von dem Bewußtsein geprägt, daß das gegenwärtige Parlament seine ihm selbst gestellten Aufgaben nicht wahrnehme.

Der nächste Schritt kann also nur bedeuten, daß Abgeordnete ins Parlament zu wählen sind, die das Interesse des Volkes wirklich vertreten. Gerade dieser Schritt ermöglicht es aber auch, bestehende parlamentarische Illusionen abzubauen, also das Bewußtsein über die wahren Machtverhältnisse zu schärfen. Der Hebel zur Aufklärung über das Parlament liegt in der Orientierung auf das Parlament selbst. Das Parlament ist kein Apparat, dessen Funktionsfähigkeit aussetzt, weil er von selbst zerfällt, sondern weil ihn die herrschende Klasse allmählich abmontieren muß. Unsere Stärke beruht unter anderem darin, daß wir jene Schwäche ausnutzen. Gesellschaftliche Veränderungen werden letzten Endes nur über außerparlamentarische Bewegungen herbeigeführt, aber erst in der Verbin-

dung außerparlamentarischer und parlamentarischer Kämpfe werden diese Bewegungen entwickelt, nämlich solange die Mehrheit der Bevölkerung auf Parlamentswahlen fixiert ist.

Die herrschenden Kreise sind sich dieser Problematik wohl bewußt. Deshalb setzen sie alles daran, dem Wähler vorzutäuschen, die Macht werde an der Wahlurne delegiert. Man weiß nur zu genau, daß die Wähler während der Legislaturperioden zwar unruhig werden, aber zu den Wahlen immer wieder Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse mitbringen. Wir halten den Wahltag, der alle vier Jahre wiederkehrt, keineswegs für den entscheidenden Moment, der die Beteiligung zur Wahl rechtfertigen würde. Aber wie schließe sich der Wahlboykott der antiparlamentarischen Linken an diesem Tag nieder? Sie wären doch objektiv Verbündete des Teils der Bevölkerung, der aus Lethargie und Indifferenz der Wahl fernbleibt. Der Boykott würde nicht verhindern, daß das Parlament dennoch gewählt wird.

Die außerparlamentarische Opposition hat bereits das historische Verdienst erworben, daß sie die Politik der Reklameslogans während der letzten Legislaturperioden vereitelte. Sie hat die Möglichkeit, den kommenden Wahlkampf wieder zu politisieren.

Durch eine Beteiligung an der Wahl läßt sich außerdem eine Reihe von gesetzlichen Möglichkeiten ausnutzen, die sich die herrschenden Parteien zu ihrem eigenen Vorteil geschaffen haben. Beispielsweise bedarf es im Wahlkampf keiner besonderen Erlaubnis, die Arbeiter bei Schichtwechsel vor Fabriken durch Ansprachen aufzuklären. Die gesetzlich geregelten Sendezeiten in Funk- und Fernsehen für die an der Wahl beteiligten Parteien ermöglichen die Verbreitung von Informationen, die dem Hörer sonst vorenthalten werden.

Alle Möglichkeiten des Bundeswahlgesetzes, die den herrschenden Parteien zur Manipulation der Wähler dienen, müssen von den Kräften einer demokratischen Wahlunion für die Mobilisierung der außerparlamentarischen Kampagnen ausgenutzt werden. Sollte es gelingen, auch nur eine kleine Gruppe Abgeordneter ins Parlament zu bekommen, so vermögen jene die Manipulationen der Parlamentsmehrheit zu entlarven. Der Einwand, die Entlarvungsaktionen im Parlament könnten heute leichter unterdrückt werden als früher — etwa in der Zeit von Kaiser Wilhelm, ist nicht aufrechtzuerhalten. Karl Liebknechts berühmte Rede vom Dezember 1914, in der er der kaiserlichen Regierung die Kriegskredite verweigerte, wurde seinerzeit nicht einmal protokolliert und sickerte dennoch bis zu den Massen durch, und zwar dann, als ihre Lage die Liebknechtsche Idee zur materiellen Gewalt werden ließ. Der Einwand, solche Abgeordnete würden dem herrschenden System erneut ein Alibi verschaffen („was wollt ihr denn, wir haben auch Linke im Parlament!“), ist allein durch die Einführung der 5-Prozent-Klausel zu widerlegen. Nichtmanipulierte Abgeordnete haben durch ihr Auftreten im Parlament eine Ansteckungsfunktion, die zur Entwicklung außerparlamentarischer Kämpfe beiträgt.

Wir begreifen die Funktion eines demokratischen, das heißt antimonopolistischen Kampfes als eine übergreifende organisatorische und politische Klammer, in der sowohl die Position für Reformen innerhalb des bestehenden Systems als auch die weiterführenden Ziele für eine gesellschaftliche Veränderung Platz haben. Organisatorisch erfordert dies soviel wie nötig und so wenig wie möglich Partei, damit sich die Wahlunion in ihrem Aufbau grundsätzlich von den Strukturen der herrschenden Parteien unterscheidet.

Manchen erscheint der Aufruf des Gießener Kreises zu verschwommen. Sie meinen, ihm ginge die sozialistische Position ab. Was heißt das?

Der Gießener Aufruf ist kein Programm, wenngleich seine Richtung radikal-demokratisch ist. Die Kritiker dieses Aufrufs können einmal nicht bestreiten, daß die Notstandsopposition, von dem er ausgeht, zwar von vielen Sozialisten getragen wurde, aber keine sozialistische Bewegung war. Zum anderen ist der Kampf für den Sozialismus in der gegenwärtigen Etappe ein Kampf um demokratische Rechte in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft. Der sozialistische Teil dieses Bündnisses wird darüber hinaus die bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu entlarven und Demokratie als Veränderung der Basis zu propagieren haben.

Im Zentrum der Wahlunion stehen die Forderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die bereits heute, auch in den tagespolitischen Fragen, in diametralem Gegensatz zum Monopolkapitalismus stehen. Auf verschiedenen Etappen wird die Diskussion über Programm und Organisationsformen von Arbeitern und Angestellten, sowie von anderen sozialen Gruppen, selbst getragen werden müssen. Entscheidend an diesem Wahlbündnis ist die Selbsttätigkeit der an ihm beteiligten Gruppen, also genau jene Erfahrung und Lehre der außerparlamentarischen Opposition aus ihrem bisherigen Kampf. Im Wahlkampf selbst lassen sich alle neuen Formen der Auseinandersetzung, wie etwa die Kampfformen der Studentenbewegung (Go-in, Teach-in usw.) dort einsetzen, wo es gelingt, in begrenzten Aktionen die Kandidaten der herrschenden Parteien, vor allem aber die Notstandsbefürworter zu entlarven. Zugleich eröffnet dies neue Perspektiven einer Politisierung der Gewerkschaften von unten.

Zu den Mißerfolgen bisheriger Parteien mit demokratischen Zielsetzungen sei gesagt, daß sie sich strukturell von den herrschenden Parteien wenig unterscheiden, vor allem aber das Ergebnis von Konferenzen waren, nicht aber aus einer Bewegung und der politischen Selbsttätigkeit hervorgegangen sind. Außerdem galt beispielsweise die DFU bei Arbeitern als eine Partei von Professoren und Theologen. Die Demokratische Linke in Baden-Württemberg hatte ein halbes Jahr Wahlkampf zur Verfügung und davon wurde etwa ein Vierteljahr mit Diskussionen innerhalb der Linken über das Für und Wider einer Wahlbeteiligung aufgebraucht. Mit diesen Hinweisen sind freilich keine erschöpfenden Erklärungen für die Ergebnisse bei den Wahlen gegeben. In jedem Fall ist das entscheidende Argument für eine Wahlbeteiligung im gegenwärtigen Stadium nicht

die Wahlstatistik, sondern die Möglichkeit der Politisierung breiter Schichten der Bevölkerung während der Wahlkampfperiode. Daß die Chancen für ein Überspringen der 5-Prozent-Klausel gegeben sind, zeigen die Versuche, diese Klausel zugunsten eines Mehrheitswahlrechts abzulösen. Man gibt vor, die NPD treffen zu wollen, meint aber wirklich das Bündnis demokratischer und sozialistischer Kräfte.

Noch ein Jahr vor Verabschiedung der Notstandsgesetze meinten manche Gruppen, die heute oft identisch mit der antiparlamentarischen Linken sind, der Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze sei ohne Aussicht auf Erfolg. Sie stellten eine weder theoretisch noch praktisch einsehbare Alternative zwischen der Revolution in der Dritten Welt und der sekundären Notstandsbewegung in der Bundesrepublik auf. Wir sagten es bereits: diese eine Schlacht wurde verloren, aber die Kräfte und das kritische Bewußtsein für den weiteren Kampf sind gewachsen. Dasselbe kann und muß unter anderem durch den Einsatz für das Wahlbündnis aller Demokraten und Sozialisten geschehen. Das Bewußtsein, daß der politische Kampf auf allen Ebenen geführt werden muß, wird wachsen, und an die Stelle einer zumeist emotional bedingten Resignation gegenüber einem begrenzten und nicht erreichten Ziel im Klassenkampf wird allmählich eine Einsicht in die Zusammenhänge des jeweiligen Kräfteverhältnisses treten. Das Wahlbündnis aller Demokraten und Sozialisten kann dazu beitragen, die Klassenlage in der Bundesrepublik zu verdeutlichen. In Anbetracht des auf Bonn orientierten Neonazismus ist dieses Bündnis kein Experiment, sondern politische Notwendigkeit.

Christian Geissler / Yaak Karsunke Wahlen als Alternative?

Nach der eindeutigen politischen Niederlage, die die außerparlamentarische Opposition durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze erlitten hat, und angesichts der wachsenden Wahlerfolge der neofaschistischen NPD, sind in jüngster Zeit Stimmen laut geworden, die der Linken die Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl empfehlen. Konkrete Gestalt haben diese Empfehlungen in dem „Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969“ angenommen, den der „Gießener Kreis“ am 1. Juli bei einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit übergab. Die Frage der Beteiligung an der parlamentarischen Auseinandersetzung (sofern von einer solchen noch die Rede sein kann), ruft die Erinnerung wach an die Parlamentarismus-Debatte, die 1920 in der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale geführt wurde, und in der z. B. *Georg Lukács* warnte: „Die erste Schwierigkeit, der die parlamentarischen Gruppen beinahe ausnahmslos erliegen, ist: im Parlament selbst zum wirklichen Hinausgehen über den Parlamentarismus zu gelangen. Denn selbst die schärfste Kritik einer Handlung der herrschenden Klassen bleibt bloßes Wort, bloße revolutionäre Phrase, wenn sie nicht über den Rahmen des Parlamentes hinausgreift. Wenn sie nicht zur Folge hat, daß der Klassenkampf selbst sich an diesem Momente entzündet, daß die Klassegegensätze in offenerer und daher die Ideologie des Proletariats beschleunigender Weise an den Tag treten. Der Opportunismus — die größte Gefahr der parlamentarischen Taktik — hat seine letzten Grundlagen gerade hierin: jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch. Hierbei kann die schärfste Kritik die *innerhalb* dieses Rahmens ausgeübt wird, nicht das geringste ändern. Im Gegenteil. Gerade durch die Tatsache, daß eine scharfe Kritik der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen des Parlamentes *möglich* erscheint, wird zu der von der Bourgeoisie erwünschten Trübung des proletarischen Klassenbewußtseins beigetragen. Die Fiktion der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie beruht ja gerade darauf, daß das Parlament nicht als ein Organ der Klassenunterdrückung, sondern als Organ des ‚ganzen Volkes‘ erscheint. Indem jeder Wortradikalismus — durch die Tatsache seiner parlamentarischen Möglichkeit — die Illusionen der unaufgeklärten Schichten des Proletariats in Bezug auf diese Fiktion bestärkt, ist er opportunistisch und verwerflich.“

Wir haben diesem Zitat so breiten Raum nicht eingeräumt, um mit einem historischen Beleg der Analyse auszuweichen, sondern weil uns eine Analyse der Entwicklung seit 1920 die Lukács'schen Warnungen im wesentlichen zu bestätigen scheint. Die Gefahren sind seither deutlicher und größer geworden. In einer Analyse der Notstandsverfassung schreibt *Heinrich Hannover*: „Mit der Verabschiedung der Notstandsverfassung haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein anschauliches Beispiel dafür geliefert, daß der Parlamentarismus in unserem Lande nicht mehr als eine Möglichkeit, den Volkswillen zu repräsentieren und zu vermitteln, funktioniert. Eine mit größten Opfern unternommene Initiative der informierten und kritisch denkenden Teile der Bevölkerung, als ‚kleine radikale Minderheit‘ verketzert, hat nichts auszurichten vermocht gegen eine viel kleinere Minderheit, die jedoch den Vorteil hat, an den Hebeln eines Herrschafts- und Manipulationsapparates zu sitzen, dessen Vervollkommenung wichtigstes Ziel der ganzen Notstandsgesetzgebung ist.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1968.) Zum Abbau des Parlamentarismus durch die Notstandsgesetze heißt es bei Hannover weiter: „Der in diesen Regelungen (der NS-Gesetze) liegende Funktionsverlust des Parlamentes ist evident. Aber die Behauptung, daß erst durch diese Verfassungsänderung das Parlament seiner Funktion, Repräsentanz und Vermittlung des Volkswillens zu sein, entkleidet würde, wäre eine Überschätzung seiner heutigen Bedeutung. Schon heute ist der Abbau prozeß des Parlamentarismus so weit fortgeschritten, daß der Bundestag ohnehin längst zu einem Akklamationsorgan für Beschlüsse geworden ist, die anderswo gefaßt werden. Die Programmierung des Gesetzgebungsautomaten im Interesse der herrschenden Klasse wird durch die Verkleinerung des Parlaments zum Ausschuß und dessen Isolierung von der Öffentlichkeit zwar erleichtert, aber nicht inaugurirt.“

Dieser — auch von *Johannes Agnoli* (Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967) ausführlich dargestellte — Funktionswandel des Parlaments scheint uns in den bisherigen Vorschlägen für eine Wahlalternative nicht genügend bedacht. Weder Hinweise auf Lenin oder die bolschewistische Duma-Fraktion, noch auf Lukács („Die Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit bedeutet also für jede kommunistische Partei *das Bewußtsein und das Geständnis, daß die Revolution in absehbarer Zeit undenkbar ist*“, a. a. O.) können Überlegungen zur Entwicklung des Parlaments in den vergangenen fünfzig Jahren ersetzen. In diesem halben Jahrhundert gibt es nicht *ein* Beispiel, daß die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln auf *parlamentarischem* Weg grundlegend und dauerhaft geändert worden wären — die zeitweilig vorgenommene Sozialisierung der Verluste bestimmter Industriezweige bestätigt im Gegenteil die Rolle des Parlaments als Machtinstrument der herrschenden Klasse. Wo sich eine die herrschende Klasse ernsthaft gefährdende Parlamentsmehrheit auch nur *potentiell* abzeichnet, fordert allein bereits diese Möglichkeit zu faschistischen Putsch-Unternehmen heraus — der Staatsstreich *kurz vor den Wahlen* in Griechenland

war das jüngste, sicher nicht das letzte Beispiel. Für die Bundesrepublik ist dieser Weg mit den Notstandsgesetzen nun auch legalistisch angelegt.

Darüber hinaus hat die bürgerliche Republik sich mit verschiedenen Wahlrechtsmanipulationen eine wirksame Waffe gegen eine demokratische Umfunktionierung des Parlaments geschaffen. In Frankreich ergaben die letzten Wahlen *im Parlament* eine vernichtende Niederlage der Linken; sowohl die Linksföderation als auch die KPF verloren jeweils über die Hälfte ihrer *Sitze*, obwohl die Linksföderation lediglich 2,29 Prozent und die KPF 2,37 Prozent ihrer *Wähler* eingebüßt hatten — den Gaullisten dagegen genügte ein Stimmengewinn von 8,6 Prozent, um die Zahl ihrer Mandate von 242 auf 358 zu erhöhen. Die in den Bonner Regierungsparteien nicht abreißende Diskussion um Mehrheitswahlrecht bzw. Dreier- oder Viererwahlkreissysteme zeigen, wie aktuell das französische Beispiel auch für unsere Situation ist.

Aus dem bisher Skizzierten ergibt sich daher die Frage, ob die Linke in der Bundesrepublik einem derart transformierten Parlamentarismus das Alibi liefern sollte. Alles, was die tatsächliche Klassenlage klarmacht, das Klasseninteresse stärkt bzw. bewußt macht, ist politisch richtig. Alles, was die Klassenlage verschleiert, das Klasseninteresse irritiert, ist politisch schädlich. Das Ernstnehmen parlamentarischer Arbeit *in diesem Staat* verschleiert die Klassenlage, irritiert das Klasseninteresse. Bei Beibehaltung der Privateigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln ist das Parlament *nicht* die Hoffnung der Demokraten (d. h. der arbeitenden Massen), sondern deren Illusion — nämlich tatsächlich die Funktion, der Absprache-, Spiel- und Tricktisch der Herrschenden. Den Herrschenden ist das nicht nur bekannt, es wird von ihnen auch genau kalkuliert so praktiziert. Diese ‚Demokratie‘ besteht genau so lange, wie die Privateigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln dabei nicht zu Schaden kommen. Kommt Schaden auf (d. h. kommt Klasseninteresse bei den Massen auf, kommt dieses im Parlament relevant zur Sprache), so wird die ‚Demokratie‘ von den Herrschenden z. B. mithilfe eines Notstandsstaatsstreiks abgeschafft.

Wer das bestehende Parlament als politische Tribüne akzeptiert, muß parlamentarische Macht wollen. Wer für die Linke in der Bundesrepublik parlamentarische Macht will, sollte bedenken, was bevorsteht, wenn das Ziel (nämlich Macht) erreicht wird. Diese Macht fordert das kurzschlüssige und zuschlagende Auftreten der Herrschenden heraus: wo sind die Waffen der Linken für diesen Kampf? Angebote von links, die nicht bis mindestens zu diesem Punkt hin durchdacht sind, sind keine Angebote, sondern Reflexe einer politischen Ratlosigkeit, die Angst, Denkfähigkeit, Anpassung und Routine-Alternativen erzeugt hat.

Der „Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969“ des Gießener Kreises liefert leider keinen Hinweis, daß die genannten Fragen von seinen Verfassern auch nur gestellt, geschweige beantwortet worden wären. Statt dessen weckt die Lektüre

des Aufrufs den Verdacht, daß, wer das formuliert hat, selber nicht in Form ist, daß, wer hier politische Pläne zu haben vorgibt, in Wirklichkeit keine hat. Wenn die Sprache dieses Bündnisvorschlages — die wir als Schriftsteller als ihrem Inhalt dialektisch vermittelt verstehen — die Sprache (also der Inhalt) künftiger Bündnispolitik ist, können wir uns an diesem Bündnis kaum beteiligen.

An einer Reihe von Punkten wollen wir erläutern was gemeint ist:

1) der *letzte Schleier* — hier wird in gutbürgerlichem Theaterdeutsch dramatisch fixiert (und damit politisch minimalisiert), was doch erst der Anfang einer Entwicklung ist, die mit Verabschiedung der Notstandsgesetze erst *vorgezeichnet* wurde. Das die Sache umschreibende Pathos verdeckt, was in seiner ganzen Brutalität erst noch aufkommen wird. Wenn — was kommen kann — tatsächlich die letzte Maskierung der herrschenden Gewalt fallen sollte, dann wird es ringsum nicht nur nach faulem Fisch, sondern nach toten Menschen riechen. Darauf haben wir uns, also die Massen, vorzubereiten: auf Kampf, auf internationalen Klassenkampf, auf den Existenzkampf ganzer Gesellschaften.

2) der *demokratische Auftrag des Grundgesetzes* — die Aufgabe künftiger Arbeit sollte nicht die Mystifizierung der Verfassung, sondern die Aufdeckung ihrer Trickfunktion sein. Nicht Grundgesetze sind Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Veränderung, sondern die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln — eine Tatsache, die wohl schon 1949 bekannt war, als das GG seinen *demokratischen Auftrag* (von wem?) erhielt.

3) das *Parlament hat sich als Vertretung des Volkes aufgegeben* — hier kolportiert der Text die bürgerliche Geschichtslüge über die Funktion und das Funktionieren des Parlaments unbesehen, zu der wir bereits Lukács, Hannover und Agnoli zitiert bzw. genannt haben.

4) der *organisierte Rechtsradikalismus* — ist ebenfalls blind aus einem scheinliberalen bürgerlichen Sprachschatz übernommen, in dem er als Kompensation des ‚Linksradikalismus‘ seine berechnete Funktion hat: der historisch und politisch zutreffende Terminus heißt *Faschismus*.

5) daß *breite Schichten die Herausforderung begreifen* ist bestenfalls ein Wunsch, schlimmstenfalls eine Unwahrheit. Richtig ist, daß breite Schichten vorläufig eben nicht begreifen; Leute mit auch nur geringen Kenntnissen vom Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Sein und politischen Bewußtsein sollten sich darüber weder wundern noch hinwegtäuschen. Wer sich hier täuscht, geht von falschen Voraussetzungen aus, weil er unfähig ist, nun endlich einmal die tatsächlich gegebene gesellschaftliche Realität zum Ausgangspunkt seines politischen Denkens und Handelns zu nehmen.

6) daß *die herrschenden Parteien sich dem Volk gänzlich entfremdet* haben, macht kaum deutlich genug, daß die herrschenden Parteien doch nicht erst seit dem 29. Mai dieses Jahres Funktionen der herrschenden Klasse darstellen. Die herrschende Klasse aber war dem Volk immer fremd — und soll es auch bleiben. Hier klagen, verschleiert Fronten.

7) die *demokratischen Kräfte* definieren sich nach Klassenlage als die Macht der arbeitenden Massen. In einer Gesellschaft gibt es immer nur das an Demokratie, was es in ihr an politischer Macht der Massen gibt. Tatsächliche Demokratie hat ihre Chance also erst *nach* der revolutionären Aufhebung der Klassengesellschaft. Der *bürgerliche* Demokratiebegriff ist ein Instrument der Verschleierung dieser Tatsache — wir sollten ihn und aus ihm abgeleitete Begriffe vermeiden.

8) Arbeiter, Angestellte und Beamte, Intellektuelle und Studenten, Bauern, der städtische Mittelstand und die Freischaffenden, *die in ihrer Unabhängigkeit bedroht sind*, gibt es gar nicht. Keine der genannten Gruppen ist nämlich *unabhängig*, jede von ihnen hängt ab von den ökonomischen, also den gesellschaftlichen, also den Klassen-Realitäten. Das nicht zu sehen, heißt den bürgerlichen Freiheitsbegriff zu akzeptieren, anstatt Freiheit zu fordern.

9) die *Unabhängigkeit* taucht in anderem Zusammenhang nochmals im vierten Absatz des Aufrufs auf — hier besonders paradox, weil im ersten Satz dieses Passus die freiwillige Unterwerfung unter das bestehende System vollzogen wird („Die Wahlverbindung wird sich eine Form geben *müssen* [Hervorhebung von uns, C. G. und Y. K.], die dem Bundeswahlgesetz entspricht“) — der Fetisch Unabhängigkeit bedeutet dann nur noch Unabhängigkeit untereinander. Dies entspricht verblüffend dem „Teilen und herrschen“, wenn man hingegen von der klaren Erkenntnis der *Abhängigkeit* aller Beteiligten ausginge, könnte man zu einem solidarischen Vorgehen zur endlichen Erringung tatsächlicher Unabhängigkeit gelangen.

Für die letzten Absätze des Aufrufs wäre eine umfassende Parlamentarismus-Diskussion unerlässlich, die an dieser Stelle nicht geführt werden kann. Schon die punktuelle Kritik bestätigt jedoch die Warnung, die Georg Lukács bereits 1920 formulierte, als er die Wahlagitation ein „äußerst bedenkliches Mittel“ nannte: „Denn die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist: eine Scheintat, die Illusion einer Tat; sie wirkt deshalb nicht bewußtseinsfördernd, sondern im Gegenteil das Bewußtsein trübend. Es entsteht ein scheinbar großes Heer, das im Augenblick, wo ein ernstes Standhalten notwendig wird, völlig versagt. (Deutsche Sozialdemokratie im August 1914).“

Für die Bundesrepublik im Wahljahr 1969 läßt sich darüber hinaus unschwer die Entstehung einer Minderheit voraussagen, die wieder unter fünf Prozent bleiben wird — die DFU und die Demokratische Linke in Baden-Württemberg sind nachdenkenswerte Beispiele. Schwerwiegender als solch eine temporäre Niederlage erscheint jedoch die zu erwartende Bewußtseinstrübung bzw. -Ablenkung, die ein solches Wahlbündnis automatisch hervorbringen wird. Indem man sich dem Bundeswahlgesetz unterwirft, *ohne* eine neue Partei zu gründen, lenkt man z. B. endgültig von der Tatsache ab, daß es ja eine Partei gibt, deren theoretisches Programm einen Großteil der notwendigen Maßnahmen enthält: die verbotene KPD. Man erweist sich damit selbst einen Bärenienst, denn jede auch nur in Ansätzen sozialistische Alternative wird automatisch dem Antikommunismus-Tabu

verfallen, solange dieses Tabu nicht durch Aufhebung des KPD-Verbots gebrochen ist.

Dem Gießener Kreis wird man unterstellen dürfen, daß er sich in seiner Mehrzahl aus politisch geschulten und bewußten Bürgern der Bundesrepublik zusammensetzt. Wenn aber bereits der von ihnen erarbeitete Text soviel gedankliche Unklarheiten und Inkonsistenzen, soviel Spuren abgelenkten und falschen Bewußtseins aufweist, so läßt sich unschwer vorstellen, welche Wirkung die dort vorgeschlagene Wahlalternative im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik insgesamt haben wird. Wir fürchten, daß — durch den Kampf gegen die Notstandsgesetze entstandene — *Ansätze* eines kritischen politischen Bewußtseins durch Vorschläge wie den uns vorliegenden verschüttet werden. Der manipulierte Bürger ist nicht so dumm, daß wir ihm der Einfachheit halber dumm kommen dürften. Er ist in diesem Land seit Generationen um seinen Anspruch auf Kenntnis, also auf seinen Fortschritt betrogen worden. Er verdient endlich Klartext. Wer ihm dumm kommt, beleidigt ihn — wer ihn beleidigt, hat bei ihm keine Chance. Er wird sich wehren, er wird das Bündnisangebot ablehnen. Er erwartet von uns mehr als feuchte Hände, die hat er selbst: er hat Angst. Er möchte wissen, was tatsächlich hier bei uns los ist. Er erwartet von uns, daß wir es ihm sagen. Er hat ein Recht darauf.

Eine Alternative sollte nicht nur so heißen, sie sollte auch tatsächlich eine klare Alternative zum Bestehenden sein und nicht eine verwaschen-pluralistische Modifizierung bestehender Irrtümer — „ob christlich, liberal oder sozialistisch“ (Aufruf). Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik werden nicht durch eine preisgebende Vorsicht angesichts der Herrschenden geändert werden, sondern nur durch die unbedingte, sich ausbreitende und am Ende massenhafte (und dann auch materiell sich niederschlagende) Kenntnis der tatsächlichen, die Menschen in dieser Gesellschaft bedrohenden und verstümmelnden Fakten, und den aus dieser Kenntnis sich entwickelnden Klassenkampf. Wenn die Idee die Massen ergreift, wird sie zur materiellen Gewalt: *um* sie zu ergreifen, muß sie stark sein — nicht verwässert.

Nachtrag I

Freunde von mir, die der Wahlalternative zustimmen, mit denen ich inzwischen immer wieder über die von Karsunke und mir angeschnittenen Fragen diskutiert habe, sind der Meinung, kritische Überlegungen wie die unseren verwirren die jetzt politisch notwendigen Aktionen. Kein Zweifel: Ihre Sorge entspricht dem Ernst der Lage. Andererseits: Unsere auch. Was ist da zu tun?

Zunächst einmal: Sich erinnern, daß das Infragestellen von politischen Vorschlägen die Arbeit mit diesen Vorschlägen nicht nur verwirren, sondern sehr wohl festigen und klären kann. Ohne Auseinandersetzung mit gegebenen Fragen keine

Antwort, kein politisch neues Konzept. D. h.: Wer, wie zum Beispiel Karsunke und ich, große Bedenken gegenüber den Alternativangeboten des Gießener Kreises hat, darf, sofern er in aller Öffentlichkeit gefragt wird, seine Bedenken gewiß nicht verschweigen. Ebenso wenig wird er sie allerdings verabsolutieren. Fragen werden gestellt zum Zwecke ihrer Aufhebung in auf genau diese Fragen bezogenen Antworten. Sie sind nicht Selbstzweck sondern die Provokation von exakten Mitteilungen. Wer Fragen hat, wird deshalb sehr aufmerksam auf Antworten achten, die seine Fragen klären. Das scheint binsenwahr, muß aber gleichwohl gelegentlich ausgesprochen werden ... Und weiter: Wer Fragen stellt und auf die möglichen Antworten achtet, dessen Denken gerät in Bewegung, in eine Bewegung, in die, man hofft es, die Antwortenden selbst mit hineingezogen werden. Da meine Überlegungen zur Wahlalternative dem Leser erst vorliegen werden, wenn gut ein Monat nach ihrer Niederschrift vergangen ist, reizt es mich, den Denkprozeß, in den die Freunde der Wahlalternative mich mittlerweile immer weiter hineingezogen haben, hier, noch kurz nach Redaktionsschluß, zu skizzieren:

Zum Beispiel:

Wenn es auch richtig ist, daß, wie Karsunke und ich schreiben, Demokratie überhaupt erst stattfinden kann nach der revolutionären Aufhebung der Klassengesellschaft, — muß nicht dennoch, ausgehend von den jetzt hier gegebenen Realitäten, geprüft werden, was denn zur Vorbereitung dieser Aufhebung das günstigere Terrain ist: Die sich selbst überlassene, zum Faschismus hin sich entwickelnde spätkapitalistische Gesellschaft, oder eine Gesellschaft, in der, trotz feststehender spätkapitalistischer Basisstrukturen, der formaldemokratische Spielraum, also der tatsächliche politische Aktionsraum nach Maßgabe des GG mithilfe aller fortschrittlichen Kräfte uns einstweilen noch erhalten bleibt?

Oder:

Jede demokratische Aktion (Agitation vor den Betrieben, journalistische Arbeiten, Demonstrationen, Protestversammlungen u. v. a.) muß heute in einem (von den Herrschenden jederzeit sehr leicht zu verkomplizierenden) Bewilligungsverfahren erst genehmigt werden. Demokratische Aktionen, die sich einem Wahlmodus unterwerfen, haben aufgrund von gegebenen Wahlgesetzen ein Vielfaches an Aktionsunabhängigkeit.

Selbst also wenn es, wie ich meine, zu keinem Wahlerfolg des Bündnisses kommt, kommt es dann nicht immerhin bis zur Wahl mithilfe eben der Wahlgesetze zu einer sich steigernden und sich also ausbreitenden politischen Aktivität (und also Wirkung) aller fortschrittlichen Kräfte?

Oder:

So sicher für mich die Trickfunktion der heutigen Parlamentsarbeit ist — könnten nicht APO-Abgeordnete wohlmöglich eben diese Trickfunktion in aller Öffentlichkeit (und mit allen, uns jetzt noch nicht zugänglichen Informationen und Mitteln) wirksam bekannt machen?

Und dann, darüber hinaus:

Werden wohlmöglich unsere demokratischen, also radikalen, also revolutionären Forderungen überhaupt erst massenhaft deutlich vor der das Masseninteresse unterdrückenden Klassenfunktion des heutigen Parlaments? Müssen wir nicht doch vielleicht gerade deshalb den Versuch unternehmen, in dieses elende Parlament zu kommen, eben damit dort von *unseren* Abgeordneten der Gegner in flagranti ertappt werden kann?

Hier muß konsequent weiter nachgedacht werden, von allen an dieser Diskussion Beteiligten.

Wir melden uns im Dezemberheft zum gleichen Thema wieder.

C. G.

Nachtrag II

Das von Geissler referierte — und m. E. zutreffend widerlegte — Argument der *Verwirrung*, die bestimmte Überlegungen auslösen könnten, deutet eine prinzipielle Schwäche der Wahlbündniskonzeption an, die in der beginnenden öffentlichen Diskussion immer deutlicher zutage tritt: ihre mangelhafte und widersprüchliche theoretische Fundierung. Ein linker Traditionsfehler: mangelnde Strategie durch ungenügend durchdachte Taktik zu ersetzen, wiederholt sich einmal mehr. Diese Methode beschneidet eine gründliche Diskussion durch Hinweise auf die zu raschem Handeln zwingende Situation; kurzfristige Erfordernisse sollen kurzfristige Aktionen rechtfertigen.

Im Fall des Wahlbündnisses verhindert der Wahltermin die theoretische Diskussion, die sich kaum in einem Viertel- oder Halbjahr in genügender Breite durchführen läßt. Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß unter Zeitdruck mehr Wert auf organisatorische Geschlossenheit als auf theoretische Einigung gelegt werden wird, anstelle größtmöglicher Übereinkunft beschränkt sich ja bereits der Aufruf des Gießener Kreises auf den *kleinsten* gemeinsamen Nenner. Aus diesen Gründen beteiligt sich ein großer Teil der APO bereits jetzt kaum noch an dem Wahlbündnis — dieses hat also objektiv eine spalterische Funktion (eine Entwicklung, die übrigens nach den Erfahrungen mit der Demokratischen Linken in Baden-Württemberg durchaus vorhersehbar war). Von der Verantwortung dafür kann man Leute kaum freisprechen, die dem kurzfristigen Projekt eines organisatorischen Wahlbündnisses den Vorrang vor einem — konkret nur langfristig zu erreichenden — *realen* Bündnis gegeben haben.

Einige Verfechter der Wahlalternative bedienen sich unterdessen bereits ungeeignet aus dem Diffamierungskatalog der Herrschenden: daß „linker Radikalismus“ nur den „rechten Radikalismus“ fördere ist da ebenso zu hören wie der Vorwurf des „Antiparlamentarismus“. Andere, denen diese Kumpanei denn doch nicht behagt, argumentieren im Sinn der olympischen Maxime „Sinn ist

nicht Sieg, sondern Teilnahme“. Dem liegt eine eklatante Fehleinschätzung sowohl der Kräfteverhältnisse im Wahlkampf als auch des Wählerbewußtseins zugrunde. Um den Wahlkampf zu *politisieren*, braucht man materielle und technische Mittel und Möglichkeiten, die den herrschenden Parteien in ungleich größerem Ausmaß zur Verfügung stehen als der Linken — von Industriespenden bis hin zu (nach Proporz aufgeschlüsselten) Sendezeiten in Funk und Fernsehen. Das weitgehend auf das Parlament hin fehlorientierte Wählerbewußtsein dagegen wird durch eine Anpassung der Linken an bestehende Wahlmodi nur noch mehr fixiert. Der komplizierte Rösselsprung einer Wahlbeteiligung aus prinzipieller Parlamentarismus-Kritik heraus kann vom durchschnittlichen Wähler nicht vollzogen werden.

Diese Begründung also bleibt akademisch, das Bündnis selbst bleibt organisatorisch-abstrakt — die realen Ergebnisse werden Spaltung und (am Wahltag) eine neue Niederlage sein. Auf die dann zu erwartende Resignation muß sich eine langfristig planende Linke schon heute vorbereiten: mit *tatsächlichen* und *durchdachten* Alternativen.

Y. K.

Manfred Vosz PS zu Nachtrag II

Die Diskussion über das Wahlbündnis ist schon seit längerer Zeit in vollem Gang. Schon kann man bei den Kritikern einer Wahlalternative zwei Positionen unterscheiden: die eine stellt Fragen nach dem Nutzen der Sache und ist einer Diskussion aufgeschlossen. Diese Position nimmt hier m. E. Christian Geissler ein. Die andere ist bereits fixiert. Für sie scheint Yaak Karsunke zu sprechen. Er stellt zwar die Forderung nach gründlicher Diskussion, läßt jedoch gleichzeitig unmißverständlich erkennen, daß es für ihn keine Frage ist, ob das Wahlbündnis nutzt oder schadet. Die Forderung nach gründlicher Diskussion wird somit unglaublich. Auch geht seine Ablehnung an der Tatsache vorbei, daß der Wahlkampf in jedem Fall stattfindet und die Wahlbeteiligung der Bevölkerung wieder relativ hoch sein wird. Die außerparlamentarische Opposition umfaßt alle Gruppen, die ihre politischen Interessen nicht mehr durch die Parteien des Bundestages vertreten sehen. Das betraf und betrifft die Studenten im Kampf um die Reform der Hochschulen, die Forderungen der pazifistischen Verbände nach Abrüstung und europäischer Sicherheit, der Kampf der Arbeiter um Sicherung der Arbeitsplätze bis hin zum gemeinsamen Kampf aller Kräfte gegen die Veränderung des Grundgesetzes in eine Manipulationsmaschinerie des herrschenden Monopolkapitals. Der massive Angriff von rechts,

von CDU/CSU und NPD wird zwar von allen Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition erkannt, jedoch zum Teil falsch beantwortet. Obwohl, wie die Analyse der Wahlen in Baden-Württemberg zeigt, in Anbetracht der wachsenden Wählerzahlen der NPD eine profilierte linke Alternative bitter nötig ist. Überall dort, wo die Linke in Baden-Württemberg innerhalb ihres Bündnis geschlossen auftrat, gelang es ihr, 5 bis 7 Prozent der Stimmen zu gewinnen.

Was ist Karsunkes „tatsächliche und durchdachte Alternative“? Der Kritiker eines Klavierspielers muß nicht besser spielen können, um eine Berechtigung für sein kritisches Handwerk zu erlangen, aber in der Politik ist die Trennung in politische Theoretiker und politische Praktiker bürgerliche Ideologie; die politische Praxis betrifft einen jeden.

Was hat also Karsunke konkret anzubieten? Verfällt er nicht derselben Schwäche der linken Kritiker des Parlamentarismus, die dessen Funktion nur vordergründig sehen? Man beschäftige sich einmal mit der Rolle, die die KPD-Fraktion im ersten Bundestag wahrnahm, bis man sie mit den Mitteln der antikomunistischen Verhetzung des Volkes, des Verbots der Partei und der Einführung der 5-Prozent-Klausel von der parlamentarischen Bühne vertrieb. Gibt es jetzt wirklich keine Gelegenheit, gründlich zu diskutieren? Aber dürfen wir vergessen, daß, während wir diskutieren, die Rechte handelt? Oder soll die Forderung nach gründlicher Diskussion vertuschen, daß man seinerseits ein bereits vorhandenes Konzept durchsetzen möchte, ein Konzept, dem das Wahlbündnis nicht in den Kram paßt? Warum sonst deckt Karsunke seine eigene Konzeption nicht auf? Stattdessen erhebt er gegen die Anhänger des Wahlbündnisses den Vorwurf der Spaltung, nur weil er anderer Meinung ist. Diesen Vorwurf teilt er mit den rechten Sozialdemokraten, die heute die gegen die Linke gerichtete 5-Prozent-Klausel zugunsten einer neuen Wahlrechtsmanipulation ablösen wollen, weil sie befürchten, daß die Linke die 5-Prozent-Klausel tatsächlich überspringt; um sie also auch von vornherein zu entmutigen, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Hoffnung der Reaktion, daß die Diskussionen über Parlamentarismus und sozialistische Alternative die Linke unter sich beschäftigt und sie vom Handeln abhält, dürfen wir nicht erfüllen.

Die Gruppen und Personen, die das Wahlbündnis schon jetzt unterstützen, beweisen die Sammlung, nicht die Spaltung der Kräfte.

Das Wahlbündnis hat Chancen und Schwächen: es sind die Chancen und Schwächen der Linken im Ganzen. Man darf sich keinen Illusionen hingeben, aber der Anfang muß gemacht werden, vor allem mit den Arbeitern, die bereit sind eine ihren Interessen entsprechende Alternative zu unterstützen. Sicher macht sich keiner Illusionen darüber, daß als Folge der reaktionären und neofaschistischen Offensive die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird.

Wolf Brannasky
Gedicht

DER NEUE ANFANG

Als die Straßen leer war'n / und die Gassen
freigeKnüppelt wurden in der Nacht
flehten die Kanzleiratstimmen aus den Ämtern,
daß man einen neuen Anfang macht.

Leider wurde die Gebrauchsanweisung
nicht geliefert / und was jetzt passiert
weiß man nicht, drum habe ich die Konsequenzen
aus den Tatbeständen konstruiert.

Gingen wir / mal angenommen / saufen
anstatt gegen „Bild“ zu demonstrieren
könnte Vater wieder seinen Rauhhaardackel
abends am Verlagshaus gassi führen.

Wär das nicht ein eminenter Fortschritt
auf dem Weg zum liberalen Staat?
(Liberal heißt hier: daß einer seine Meinung
durchsetzt, weil er auch den Zaster hat.)

Für den Fall, daß jemand gegen solche
Machenschaften ist (das kommt ja vor)
lädt man ihn zum Tee zur Polizei und drückt ihm
einen roten Stern ins linke Ohr.

Wenn er dann noch laut / weil aus Verzweiflung /
schreit: Enteignet Springer, und zwar bald,
schickt man ihn zur Besserung ins Baumschulviertel
draußen im Neubiberstätter Wald.

Da soll er dann mit Gesinnungsbrüdern
Aggressionen abbaun, Ho Tschì Minh
tagelang im Sprechchor üben, Amseln fliegen
unbeteiligt flötend drüber hin.

In den Städten, hinter den Gardinen
lebt sich's wieder still und unbeschwert.
Auch der ferne Lärm der Rotationsmaschinen
klingt vertraulich und wird überhört.

So, da habt ihr ihn, den neuen Anfang.
Nur — er ist ein totgebornes Kind,
weil wir mit der Rolle, die man uns da zuteilt
ganz und gar nicht einverstanden sind.

Protokoll I Universitätskrawalle

an
den Herrn Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung, *hier*

Der Senat der Friedrich-Wilhelms-Universität hat in seiner Sitzung vom 11. Juli d. J. die Disziplinarverfahren zum Abschluß gebracht, die gegen die an den Ausschreitungen der letzten Monate bis zu den Unruhen vom 27. und 29. Juni beteiligten oder dafür verantwortlichen Studierenden eingeleitet waren. Die noch von früherher schwebenden Fälle *Wartchow* und *Wildhagen* wurden dabei mitbehandelt.

Ich beehre mich, zur vorläufigen Orientierung des Herrn Ministers, beifolgend Abschrift des Protokolls dieser Senats-Sitzung zu überreichen, und behalte mir die baldige Zusendung der Urteile und sonstigen Akten vor. Wir haben das Verfahren mit der größten unter den Großberliner Verhältnissen möglichen Schnelligkeit durchgeführt. Dabei hat sich als eine außerordentlich wirksame Maßnahme die von dem Herrn Minister empfohlene Entziehung der Studentenkarte, verbunden mit einem Verbot des Betretens der Universität bis zum Abschluß des Verfahrens, bewährt, ebenso die seit den letzten Unruhen eingeführte Kontrolle der Eingänge des Universitätsgeländes, eine Maßnahme, durch die zahlreiche universitätsfremde Elemente, wie auch viele Schwarzhörer, nunmehr ferngehalten werden.

Ein Verfahren gegen die Studierenden Robert *Müller*, Ilse *Kroner* und Walter *Becher* schwebt noch, da die beiden Hauptzeugen zur Zeit nicht erreichbar sind: ein gegenwärtig im Ausland befindlicher Kriminalbeamter und der infolge der Unruhen an einem schweren Nervenschock erkrankte Amtsgehilfe *Nowald*, der im Erholungsurlaub ist.

Auf Grund der Voruntersuchung konnte eine Anzahl von Studierenden ohne Senatsverhandlung mit einem vom Rektor erteilten Verweis bestraft werden, die Herren *Horschik*, *Syrup*, Hans *Braun* (Nationalsozialisten) und die Herren *Philippsborn*, *Weltmann*, *Krüger*, Fräulein *Hartmann*, Fräulein *Spitzer* (Rote Studenten). Eingestellt werden konnte das Verfahren gegen die Herren *Ellmenreich*, *Krömke*, *Bücking* und *Katz* (Rote Studenten).

Da die Presse der verschiedenen Richtungen ohne jede Kenntnis der Voruntersuchungen und der Senatsverhandlungen zum Teil sehr irreführende Berichte und Urteile über unsere Verfahren gebracht hat, halte ich mich für verpflichtet, im Folgenden kurz die wirklichen Tatsachen mitzuteilen:

Die Disziplinaruntersuchung durch den Senat der Universität bezog sich auf die gesamten Vorgänge der letzten Zeit, durch welche die Ruhe, Ordnung und Arbeitsmöglichkeit der Universität aufs schärfste erschüttert worden war. Die Krawalle vom 27. und 29. Juni waren ja nur die letzten Glieder einer Kette von Ereignissen, die schon am Anfang des Semesters begonnen hatten.

Auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten hatte der Herr Polizeipräsident von Berlin bereits in den Osterferien darauf aufmerksam gemacht, daß die Stehkonvente der studentischen Gruppen im Vorgarten der Universität als Versammlungen unter freiem Himmel behandelt werden würden. Da sich hieraus schwere Gefahren für die Studierenden ergaben (die geringste Strafe für Teilnahme an unerlaubten Versammlungen unter freiem Himmel sind drei Monate Gefängnis) hatte der Rektor den Herrn Polizeipräsidenten in einer persönlichen Unterredung gebeten, von einem Einschreiten der Schutzpolizei gegen die Konvente abzusehen. Er traf aber seinerseits alle Maßnahmen, um jede politische, in ihren Folgen für die Studenten ungemein gefährliche Aufmachung der Stehkonvente zu verhindern. Insbesondere hat er am 14. April 1931 durch eine Verfügung am Schwarzen Brett und an sämtlichen Hörsälen der Universität die Führer der studentischen Gruppen persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß auch der Anschein einer politischen Aufmachung der Stehkonvente vermieden werde. Ein Exemplar meines in zahlreichen Abdrücken überall angehefteten Anschlags füge ich hier bei. Trotz dieses Erlasses des Rektors kam es schon am Anfang des Sommersemesters 1931 wiederholt zu Störungen der Ruhe und Ordnung in der Universität. Insbesondere ist dies geschehen durch folgende Vorfälle: Am 1. Mai wurde die rote Sowjetfahne auf der Universität gehißt, nach dem Bericht der kommunistischen „Welt am Abend“ (Berlin vom 2. Mai 1931) und der „Berliner Volkszeitung“ vom 2. Mai 1931 von einem Studenten. Die Ausführung der Tat zeigte, daß sie auf das sorgfältigste unter Erbrechung einer Tür vorbereitet war. In den Monaten Mai/Juni (z. B. am 5. und 11. Mai und am 17. Juni) sind auf dem Universitätsgelände von der Roten Studentengruppe trotz des allgemein bekannten Verbots Flugblätter in den Hörsälen verteilt worden; sie sind auch am 17. Juni aus dem obersten Stockwerk in den Garten der Universität zu Hunderten von Exemplaren geworfen worden. Einen Abdruck des letztgenannten Flugblatts füge ich ebenfalls bei. Ferner wurde, trotzdem den Roten Studenten das Anschlagbrett entzogen war, Anfang Mai der Versuch gemacht, ein Plakat anzubringen. Ebenso wurden von ihnen Stehkonvente abgehalten, bei denen Reden politischen Inhalts gehalten wurden. Am 19. Mai fand dann ein Stehkonvent statt, der besonders stark gegen die Ordnung verstieß. Ein Schüler der Kunstschule, Wolf-Dietrich von Debschütz, hielt eine politische Rede mit schweren

Kränkungen der akademischen Behörden und erregte einen Tumult. Ganz besonders ist die Ordnung in der Universität schließlich durch einen Stehkonvent der Roten Studenten am 27. Juni d. J. gestört worden. An diesem Tage hat ein unbekannt gebliebener junger Mann vor einem Kreise von 70 bis 80 Personen, unter denen sich zweifellos eine große Anzahl Nichtangehöriger der Universität befand, den Stehkonvent der Roten Studenten als eröffnet erklärt und eine Hetzrede gegen Rektor und Senat und die Regierung gehalten, sowie die Anwesenden zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt aufgefordert. Der Versuch des Oberpedells, den Redner festzustellen, mißlang, weil die um den Redner stehenden Personen sich zu einer Kette fest zusammenschlossen und dem Oberpedell das Vordringen unmöglich machten. Zum Schluß des Stehkonvents wurde „Rotfront!“ gerufen; als sich der Konvent auflöste, gelang es einem Pedellen der Universität, den Redner festzuhalten. Der Pedell wurde jedoch von anderen Personen geschlagen. Es wurde ihm ein Finger ausgerenkt, so daß er den Redner loslassen mußte. Im selben Augenblick ertönte auf der Straße ein Pfiff und herein drang eine Rotte von jungen Leuten, die mit Stöcken bewaffnet waren und ohne weiteres auf die Studenten einhieben. In dem Tumult gelang es dem Redner, die Universität zu verlassen und in einer Autodroschke davonzufahren. Gerade die Bereitstellung der mit Stöcken bewaffneten jungen Leute am 27. Juni zeigt, daß die Störung der akademischen Sitte und Ordnung in der Universität planmäßig vorbereitet war.

Für diese höchst bedenklichen Vergehungen gegen die akademische Sitte und Ordnung sind von dem Senat, der Ankündigung des Rektors vom 14. April entsprechend, die Führer verantwortlich gemacht worden, und es war uns völlig zweifellos, daß wir mit den von uns bestraften Studierenden die Führer tatsächlich getroffen haben, obwohl nach bekannter kommunistischer Taktik die Führerschaft von ihnen selbst in Abrede gestellt wurde und niemand von ihnen zu wissen behauptete, wer eigentlich für diese Vorfälle verantwortlich sei.

Der Krawall des 29. Juni stand in einem engen Zusammenhang mit den Vorfällen des 27. Juni, da an diesem Tage nationalsozialistische Studenten von den von der Straße eingedrungenen Kommunisten verprügelt worden waren. Der Nationalsozialistische Studentenbund hatte ohne meine Erlaubnis an seinem Brett eine Protestkundgebung gegen diese Mißhandlung einiger seiner Mitglieder für den 29. Juni angekündigt. Ich habe diese Ankündigung sofort vom Brett abnehmen lassen, mich aber bereit erklärt, von dem Stehkonvent der Nationalsozialisten eine Protesterklärung persönlich entgegenzunehmen. Ich wollte dadurch der hochgradigen Erregung ein Ventil schaffen und hatte angeordnet, daß der Konvent sofort nach Entgegennahme der Protesterklärung sich auflöse. Im hinteren Universitätsgarten waren inzwischen kommunistische Gruppen mit dem Abzeichen der Spartakiade erschienen und dort entstanden dann Schlägereien zwischen rechts- und linksradikalen Studenten und es kam nachher auch im Vestibül der Universität zu unerfreulichen Radauszenen und Zerstörungen von schwarzen

Brettern der linkspolitischen Gruppen. Der Senat hat die an diesen Ausschreitungen beteiligten Studierenden, soweit ermittelbar, ebenfalls zur Verantwortung gezogen. Abgesehen von den seit früher schwebenden Fällen Wartchow und Wildhagen hat er bei drei Nationalsozialisten ebenfalls auf Entfernung von der Universität erkannt.

Auch in den Urteilen gegen die Nationalsozialisten spielte für unsere Erwägung der Begriff der verantwortlichen Führerschaft eine erhebliche Rolle.

Ich möchte schließlich noch ein Wort zu dem Fall *Dobriner* sagen. Herr Dobriner, einer der mit Entfernung von der Universität bestraften roten Studenten hat bald nach seiner Verurteilung in der Wohnung seines Onkels, bei dem er wohnte, Selbstmord durch Gasvergiftung verübt. Auch dieser sehr bedauerliche Fall ist in der Presse in übelster Weise behandelt worden, insbesondere mit schweren Beschuldigungen gegen den Rektor, der den Studenten durch ein Fehlurteil in den Tod getrieben habe. Gegen diese Darstellung erhebe ich den entschiedensten Einspruch. Herr Dobriner, ein junger Mensch im ersten Semester, ist während des ganzen Sommers bis hin zu einer in meiner Anwesenheit abgehaltenen großen politischen Aussprache der „Akademischen politischen Debatten“ im Auditorium maximum am 19. Juni 1931 als Führer und Sprecher seiner Gruppe tätig gewesen und hat als solcher des öfteren mit mir verhandelt. Er ist also mit vollem Recht meiner Ankündigung vom 14. April entsprechend, für die längst vor den letzten Krawallen geschehenen Ausschreitungen seiner Gruppe verantwortlich gemacht worden. Die Ursache seines Selbstmordes liegt, das kann mit großer Wahrscheinlichkeit behauptet werden, in der Tatsache, daß er seine kommunistische Tätigkeit im diametralen Gegensatz zu seiner Familienüberlieferung und ohne Vorwissen seiner Familie ausgeübt hatte und nach dem Bekanntwerden seiner Tätigkeit und seiner Verurteilung befürchtete, sein Vater werde ihm die Mittel zum weiteren Studium nicht mehr bewilligen. Ich habe hierüber außer dem Zeugnis sozialistischer Bekannter von ihm auch die protokollarische Aussage unseres Oberpedells Reile. Herr Dobriner hat Herrn Reile am Abend unserer Verhandlung im Vorraum zum Senatssaal gesagt, falls er von der Universität entfernt werde, würde das den endgültigen Abbruch seiner Studien bedeuten, da sein Vater ihm dann kein Geld mehr zur Fortsetzung seines Studiums geben werde.

Will man überhaupt die Frage der Schuld an dem Selbstmord des bedauernswerten jungen Kommilitonen aufrollen, so muß man diejenigen verantwortlich machen, die ihn, selbst im Hintergrunde bleibend, dauernd als Exponenten ihrer Propaganda vorschoben.

Berlin, den 22. Juli 1931

Der Rektor

Hans Werner Saß Rede vor Gericht

Herr Vorsitzender, Sie haben den Antrag des Staatsanwalts gehört. Wenn ich von meinem Recht Gebrauch mache, darauf zu antworten, dann muß ich den sogenannten Tatbestand allerdings in einem anderen Licht beleuchten als dieser. Es ist nämlich eine typisch rechtsformalistische Betrachtungsweise, wenn er meint, es stünde jedem der Weg zum Verwaltungsgericht offen, der mit dem Verbot einer Demonstration nicht einverstanden sei. Erstens kostet das Geld; zweitens, was das Schwerwiegendere ist, muß eine Demonstration nach dem Versammlungsgesetz bereits 48 Stunden vorher angemeldet werden, was bereits jede spontane Aktion verhindert; drittens hat ein Einspruch beim Verwaltungsgericht gegen schikanöse Auflagen oder gar ein Verbot keine aufschiebende Wirkung, so daß weitere kostbare Zeit verstreicht und insgesamt ein Effekt erreicht wird, der auf die Verhinderung und Unterdrückung politisch unliebsamer Demonstrationen hinausläuft. Man spricht soviel von der „Freiheit“, die gegen den „Osten“ verteidigt werden müsse; nimmt man aber in der Praxis diese Freiheit für sich in Anspruch, dann ist sofort von den „Grenzen der Freiheit“ die Rede, so daß man den Eindruck gewinnt, es sind in Wirklichkeit die „Grenzen der Freiheit“, die hier verteidigt werden sollen.

Und diese Grenzen sind sehr eng gezogen! Knapp vier Wochen nach der hier zur Verhandlung stehenden „Ketten-Aktion“ fand hier in München eine angemeldete Solidaritäts-Demonstration für Fritz Teufel statt. Sie wurde vom Amt für öffentliche Ordnung verboten. Begründung: Der Zug würde den Straßenverkehr in der ohnehin durch U-Bahn-Bau und Wochenendverkehr überlasteten Innenstadt gefährden. In der Praxis der Behörden findet also das hohe Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit seine Grenze in der Straßenverkehrsordnung!

Wenn es sich demnach bei dem Zug einer kleinen Gruppe in das Polizeipräsidium um eine „Demonstration“ gehandelt hat, dann um eine Demonstration der Ohnmacht. Wie tief diese Ohnmacht des einzelnen Staatsbürgers in unserer Gesell-

schaft ist, wird erst so recht verständlich, wenn man die vereinigte Macht betrachtet, die ihm auf allen Gebieten des Lebens gegenübertritt:

In der Familie haben die Eltern die Macht;
in der Schule haben die Lehrer die Macht;
im Betrieb haben die Vorgesetzten die Macht;
auf der Straße hat die Polizei die Macht;
und im Gerichtssaal hat der Herr Vorsitzende die Macht,

die im Gerichtsverfassungsgesetz mit dem schönen Wort „Sitzungspolizei“ umschrieben wird und ihm ausdrücklich das Recht gibt, alle Personen zu bestrafen, die seinen Befehlen nicht gehorchen oder sich einer sonstigen „Ungebühr“ schuldig machen.

Alle diese Mächte sind für den einzelnen völlig unkontrollierbar; dagegen kontrollieren sie ihn und beherrschen tendenziell jeden Bereich seines Lebens. Diese Kontrolle von oben kennzeichnet letzten Endes auch das politische Leben im engeren Sinn. Sogar Angehörige der Bonner Parteien sprechen heute stellenweise warnend von einer „Parteiendemokratie“, die faktisch eine Parteiendiktatur ist, wenn man bedenkt, daß nur 4 Prozent des Volkes in Parteien organisiert sind und von diesen 4 Prozent wiederum nur eine kleine Funktionärselite die sachlichen und personellen Entscheidungen trifft. Dafür darf dann das Volk alle vier Jahre zur Wahl gehen, abgerichtet wie der berühmte Pawlowsche Hund, dessen Reflexe in diesem Fall von einer Wahlreklame konditioniert werden, die in jeder Beziehung dem Werbefeldzug einer Waschmittelfirma entspricht: es kommt nur noch darauf an, welcher Kandidat das stärkste Image als weißer Riese, welche Partei die größte politische „Waschkraft“ hat. Wie wenig Einfluß die Wähler tatsächlich auf die Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens haben, hat nicht zuletzt auch die Beschwerdeinstanz des Bundestags unumwunden demonstriert: sie wies 1961 die Beschwerde eines Wählers, der sich „betrogen“ fühlte, mit dem Bemerkten zurück, die Parteien seien nicht verpflichtet, ihre Wahlversprechungen zu halten.

So steht auch die große Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, die Gewaltenteilung, heute praktisch nur noch auf dem Papier. Erstens sind die Bürokratien dieser Gewalten bereits so stark miteinander verfilzt, daß sie für den einzelnen Staatsbürger nur noch wie eine einzige reibungslos funktionierende Staatsmaschinerie in Erscheinung treten. Zweitens hat nicht zuletzt auch dieser Prozeß wieder bewiesen, daß sich die verschiedenen „Obrigkeiten“ in der Behandlung von Fällen, in denen Menschen auch nur ein Quentchen unserer sagenhaften Freiheit in Anspruch zu nehmen wagen, offenbar völlig einig sind: alle Fragen an Polizeizeugen nach den Hintergründen und inneren Zusammenhängen des polizeilichen Vorgehens blieben unter Hinweis auf das „Dienstgeheimnis“, auf „polizeitaktische Erwägungen“ unbeantwortet oder wurden als „offensichtlich unerheblich“ zurückgewiesen. So arbeiten sich Polizei und Justiz gegenseitig in die Hand.

Wenn man dann noch an die unkontrollierte Tätigkeit in- und ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden denkt, wenn man daran denkt, daß nach den Zahlen des Verfassungsschutzes auf 1000 Einwohner wenigstens ein geheimer Spitzel kommt — eine Zahl, die sich nur noch mit den Verhältnissen in Frankreich kurz vor Ausbruch der französischen Revolution vergleichen läßt —, dann wird klar, welche „Spielregeln“ gemeint sind, wenn man uns entgegenhält, wir hätten uns gefälligst an die Spielregeln zu halten — Spielregeln, die nicht wir geschaffen haben. Und an deren Einhaltung vor allem jene Kreise ein Interesse haben, die in ihrem Sprachrohr „Industriekurier“ ihre autokratischen Interessen unverhüllt mit dem Satz zum Ausdruck gebracht haben: „Demokratie ist im Betrieb genauso unmöglich wie in der Schule oder im Zuchthaus!“

Das also ist der gesellschaftliche Hintergrund, vor dem die friedliche Aktion einer kleinen Gruppe, die das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit für höher erachtet als das Versammlungsgesetz, gesehen werden muß. Solange diese autoritären Strukturen fortbestehen und solange die gesellschaftsbeherrschenden Mächte es verstehen, sie weiterhin im Einzelmenschen zu verankern, solange werden Demokratie und Freiheit nichts als leere Worte bleiben. Um was es hier geht, dafür nur ein kleines Beispiel. Ich war tief beeindruckt, als ich von einem Vorfall am Rande des Eichmann-Prozesses hörte — ein Vorfall übrigens, der von der sogenannten Öffentlichkeit gar nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn interpretiert worden ist. Ich zitiere den französischen Psychoanalytiker Béla Grunberger: „Als Eichmann der Aufzählung der ihm vorgeworfenen ungeheuren Verbrechen beiwohnte, war er unbewegt. Dies waren für ihn leere Worte ohne jeglichen Inhalt. Erst als der Präsident des Gerichts ihn mahnte, sich bei der Anrede zu erheben, brachte er verwirrt Entschuldigungen hervor, stotterte und errötete vor Beschämung. Diesmal, endlich, fühlte er sich schuldig. Denn hatte er nicht gegen die ihm im Rahmen seines Dressats eingepaukte Regel verstoßen, Vorgesetzten gegenüber Respekt zu bezeugen?“ Dieses Beispiel bringt sehr gut die lebensbedrohende Macht der Autorität zum Ausdruck, der wir uns von Kind an zu unterwerfen haben: in ihrem Namen kann man ruhigen Gewissens sogar Schreibtischmörder spielen und mit einem Federzug Tausende von Menschen ums Leben bringen — man weiß sich ja einig mit einer allmächtigen Autorität, deren Befehle und Anordnungen (siehe Gerichtsverfassungsgesetz!) man ausführt; das Gewissen regt sich erst, wenn man gegen derartige Anordnungen verstößt.

Wäre Eichmann ein Einzelfall, dann brauchte ich hier nicht von ihm zu sprechen. Daß er es nicht ist, zeigt ein zweites Beispiel. Nach dem *Journal of Abnormal and Social Psychology* wurde an der amerikanischen Yale-Universität vor einigen Jahren folgendes Experiment durchgeführt. Unter dem Vorwand, man wolle herausfinden, inwieweit sich die Gedächtnisleistung eines Erwachsenen durch körperliche Züchtigung steigern lasse, ließ man eine größere Anzahl von Versuchspersonen — Studenten, Arbeiter, Angestellte, Beamte — an einem fiktiven Experiment teilnehmen, das folgendermaßen aussah: vor den Augen der Versuchs-

person wird ein Mensch auf den elektrischen Stuhl geschnallt. Die Versuchsperson nimmt im Nebenraum Platz und legt bei jedem Fehler, den der Mensch auf dem elektrischen Stuhl begeht, einen Schalthebel um, der diesen unter Strom setzt. Die Illusion des Vorgangs wird dadurch erhöht, daß die „Schmerzschreie“ des Betroffenen zu hören sind und er bei 300 Volt gegen die Trennwand trommelt. Bei 375 Volt erscheint ein Warnsignal auf dem Schaltpult: „Gefahr! Schwere Schocks!“ Die letzten Hebel sind nur noch mit der Chiffre XXX bezeichnet. Natürlich stand der „elektrische Stuhl“ in Wirklichkeit nicht unter Strom. Natürlich wollte man gerade das Umgekehrte herausfinden: wieviel Menschen bereit sind, bedingungslos den Anordnungen einer Autorität zu folgen und dabei in Kauf zu nehmen, einen anderen Menschen zu töten. Das Ergebnis war erschreckend: 65 Prozent!

Wenn man dann daran denkt, daß das strategische Bomberkommando der USA — also jenes, das sich 24 Stunden am Tag mit Atomwaffen an Bord in der Luft befindet — seine Bedienungsmannschaften gerade unter dem Gesichtspunkt auswählt, ob sie bereit sind, Befehlen von oben zu gehorchen, ohne nach dem Sinn oder der Berechtigung zu fragen, dann kann einem nur angst und bange werden. Aber auch wenn diese Bomben niemals fallen, wirken die im Einzelmenschen verankerten autoritären Strukturen täglich auf alle zurück, die hierzulande die möglich und nötig gewordene größere Freiheit anstreben. Die Studenten von Berlin, von denen etliche schon wiederholt von aufgeputschten braven Bürgern, die sich im Einklang mit der staatlichen Autorität wissen, verprügelt worden sind, wissen jedenfalls ein Lied davon zu singen.

Worum geht es also? Betrachtet man diese lebensbedrohenden, freiheitsfeindlichen autoritären Kräfte, die die „Spielregeln“ unserer Gesellschaft bestimmen, dann nimmt sich ein Delikt wie der von uns begangene Verstoß gegen das Versammlungsgesetz geradezu erschreckend harmlos aus. Natürlich weiß ich, daß ein Gericht an die Gesetze gebunden ist. Unser Strafgesetzbuch stammt jedoch aus dem Jahre 1870, aus der Zeit des letzten deutschen Kaisers also, der noch keine Staatsbürger kannte, sondern nur Untertanen. Damit war auch die Unterdrückungsfunktion der Justiz eindeutig bestimmt. Nun, der Kaiser mußte gehen, seine Justiz blieb bestehen. Wie die Niedersächsische Landeszentrale für Heimatdienst — eine Einrichtung der Bundesrepublik also — vor einigen Jahren zusammenstellte, wurden in der Weimarer Republik folgende Urteile gefällt hinsichtlich von

Politischen Morden, begangen von der Rechten und der Linken

Anzahl	354	22
Verurteilte Personen	24	38
Todesurteile	—	10
Freigesprochene Mörder	23	—
Durchschnittliche Haft pro Mord	4 Monate	15 Jahre

Daß diese Art von Justiz im Dritten Reich ihre Fortsetzung fand, darf ich wohl als gerichtsbekannt voraussetzen. Nach einer Schätzung von Historikern sind allein in den Jahren 1933—39 225 000 Personen zu insgesamt rund 600 000 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden — nach Recht und Gesetz, versteht sich. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch Hitler damals ganz legal, also unter Einhaltung der Gesetze an die Macht kam.

Wie sieht es nun in der Bundesrepublik aus? . . .

(*Gerichtsvorsitzender Dr. Hummel*: Herr Angeklagter, Sie sind kein Jurist; ich halte Ihnen deshalb zugute, daß Sie die Grenzen nicht genau kennen, die einem Schlußwort gezogen sind, und muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie sich nur zu dem Tatbestand zu äußern haben, der Ihnen hier zur Last gelegt wird, und keinen politischen Vortrag halten dürfen, so interessant er auch immer sein mag.)

. . . Herr Vorsitzender, hier liegt ein Mißverständnis vor. Ich halte Ihnen keinen „politischen Vortrag“; es käme mir gar nicht in den Sinn, das zu tun. Ich bin tatsächlich der Meinung, daß ich mich nur zu dem mir zur Last gelegten Tatbestand äußere, und dazu gehört, daß ich die Hintergründe, Zusammenhänge und Motive aufzeige, die zu seiner Interpretation wichtig sind. Aber wenn Ihnen das zu ungewöhnlich erscheint, will ich mich zum Schluß kurz fassen und lediglich ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf zitieren, das mir in diesem Zusammenhang als repräsentativ erscheint; nach diesem Urteil müssen auch offensichtlich sinnlose Weisungen von Polizisten befolgt werden, da einem gewöhnlichen Menschen kein Nachprüfungsrecht hinsichtlich polizeilicher Anweisungen zustünde. Dieser Geist der heutigen Justiz ist es wohl, den der jetzige Justizminister Dr. Heinemann im Auge hatte, als er kürzlich in der Zeitschrift *Recht und Politik* schrieb (ich zitiere nach der Münchner *Abendzeitung*), die Juristen in der Bundesrepublik seien zu konservativ; nicht wenige Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Verwaltungsbeamte huldigten der Auffassung, ihre Rolle im sozialen Ordnungsgefüge schreibe ihnen vor, stets für „Beharren und Bleiben“ einzutreten, so daß sie damit nötige gesellschaftliche Reformen verhindern würden; sie müßten sich aus der „Gefangenschaft restaurativen Denkens“ befreien.

Ich möchte nun ausdrücklich davon absehen, einen Antrag auf Freispruch zu stellen. Das Gericht befindet sich auch so schon in keiner beneidenswerten Lage.

Folgen Sie dem Antrag des Staatsanwalts, dann bestätigen Sie damit zugleich meine kurze Analyse der Autoritätsstruktur dieser Gesellschaft, die an einer Entfaltung der Freiheit nicht interessiert ist.

Sprechen Sie mich dagegen frei, dann verstoßen Sie damit gegen die Interessen jener Kreise, die nichts so sehr wünschen wie gerade die Aufrechterhaltung dieses Status quo.

Ich jedenfalls möchte nicht an Ihrer Stelle sein, wenn Sie nachher aus dieser Tür kommen und ein Urteil sprechen, „im Namen des Volkes“!

9. Februar 1968

Protokoll II Politische Prozesse

*Urteile Münchner Gerichte gegen Demonstranten,
chronologisch nach Vorfällen geordnet.*

*Anmerkung zu den in der folgenden Zusammenstellung gebrauchten Begriffen
„Einzelstrafe“ — „Gesamtstrafe“:*

Wenn die Strafe als „Einzelstrafe“ bezeichnet ist, so bedeutet das, daß in dem betreffenden Urteil außer der Teilnahme an dem Vorgang des betreffenden Abschnitts gleichzeitig auch noch die Teilnahme an anderen Vorgängen abgeurteilt wurde. Nach § 74 I des Strafgesetzbuches (StGB) werden in einem solchen Fall zwar für jede einzelne Tat eine Einzelstrafe ausgeworfen, diese Einzelstrafen aber im Urteil nicht zusammengezählt, sondern die schwerste Einzelstrafe wird lediglich erhöht. Dabei darf nach § 74 III StPO das Maß der Gesamtstrafe den Gesamtbetrag der verwirkten Einzelstrafen nicht erreichen.

Wenn diese Einzelstrafen deshalb auch nicht als solche vollstreckt werden können, so ergibt sich doch aus ihrer Höhe, wie das betreffende Gericht die Tat rechtlich beurteilt, da diese Einzelstrafe als Endstrafe verhängt worden wäre, wenn nur diese Tat abzuurteilen gewesen wäre.

Zu dem Begriff „Tateinheit“: Von Tateinheit spricht man, wenn ein und dieselbe Handlung verschiedene Straftatbestände erfüllt. Nach § 73 StGB kommt bei einer solchen Tateinheit nur dasjenige Gesetz, das die schwerste Strafe, und bei ungleichen Strafarten (z. B. Gefängnis und Zuchthaus) dasjenige Gesetz, das die schwerste Strafart androht, zur Anwendung.

I. Vorfall am 26. 3. 1967, Ostersonntag (Vietnampredigt)

Sachverhalt: Als am 26. 3. 1967 während des Pontifikalamtes im Dom das Evangelium verlesen war und Kardinal Döpfner sich anschickte, zu seiner Predigt ans Mikrophon zu treten, stieg der 39jährige Johann Steinbrecher auf die Kanzel und rief in die herrschende Stille: „In Vietnam ist noch Passionszeit. In Vietnam wird Christus durch Christen getötet. Die Friedenszyklika des Heiligen Vaters in Ehren, aber in welch himmelschreiendem Widerspruch dazu steht doch die Tatsache, daß in Vietnam katholische Priester auf Seiten der Mörder stehen und tüchtig mitmorden? Und nicht genug damit — amerikanische Priester spenden den Mördern auch noch Segen und Sakramente. Woher nehmen sie denn den Auftrag dazu? Christus hat doch gesagt ‚Gehet hin und lehret alle Völker‘, nicht aber ‚Gehet hin und mordet alle Völker‘.“

Während des letzten Satzes zog ihn ein Kirchenordner von der Kanzel herunter und übergab ihn einem Kriminalbeamten, der ihn zum Polizeipräsidium brachte. Die Predigt von Kardinal Döpfner verzögerte sich dadurch um insgesamt 2 Minuten.

Noch in der Kirche kam plötzlich ein Kirchenbesucher auf Steinbrecher zu, beschimpfte ihn mit „Elender Kommunist“ und „Elender Hund“ und drückte ihm dabei mit beiden Händen mehrmals so die Gurgel zu, daß er ärztlich behandelt werden mußte.

Obwohl nach Aussage von Steinbrecher dieser Mann zusammen mit anderen freiwillig mit zum Polizeipräsidium kam, um sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen und dabei auch seinen Namen und Adresse angab, hat die Polizei nur höchst oberflächliche Ermittlungen angestellt, um Steinbrecher dann auf den Privatklageweg zu verweisen. Dieses Verhalten der zuständigen Beamten erzielte den wohl gewünschten Effekt: Steinbrecher gab angesichts der Schwierigkeiten einer privaten Ermittlungstätigkeit den Gedanken an eine Strafverfolgung des Täters auf.

Auch einem polizei- und obrigkeitsfreundlichen Betrachter drängen sich hierzu zwei Erkenntnisse auf: 1. Die zweiminütige Verzögerung der Predigt eines Kardinals ist offensichtlich nach Ansicht der zuständigen Beamten ungleich strafwürdiger als eine gefährliche Körperverletzung. 2. Wenn Studenten gegen den Krieg in Vietnam oder gegen die Militärdiktatur in Griechenland protestieren und dabei mit Sprühdosen Parolen auf Mauern oder Bürgersteigen anbringen, so hat ein Staatsanwalt (StA Heindl im Prozeß gegen Schmitz-Bender vom 7. 6. 68, s. u. V.) keine Bedenken, dies als „Gesinnungsterror“ zu bezeichnen. Geht aber jemand, dem dies nicht paßt, einem solchen Demonstranten an die Gurgel, so wird das öffentliche Interesse an einer Strafverfolgung verneint. Derselbe Staatsanwalt betonte in seinem Plädoyer, ein bestimmtes Strafmaß dürfe nicht unterschritten werden, um eine nötige „Abschreckung“ zu erreichen. Daß aber auf der anderen Seite durch das Unterlassen einer erschöpfenden Ermittlungstätigkeit Ge-

sinnungsgenossen des rabiatischen Kirchenbesuchers geradezu ermuntert werden, auch in Zukunft ungestraft Selbstjustiz auszuüben, dürfte wohl nicht ganz dem Ideal der Gerechtigkeit entsprechen.

Steinbrecher, verurteilt wegen Störung des Gottesdienstes, § 167 anstelle einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen zu einer Geldstrafe von 200,— DM.

Urteil vom 20. 5. 68, AGRat Dr. Meyer-Gossner, EStA Jung, RA Ralle.

Zu dem Tatbestand des § 167 wurde in der mündlichen Urteilsbegründung, die schriftliche liegt uns noch nicht vor, ausgeführt, die von § 167 geforderte Störung des Gottesdienstes liege darin, daß der ordnungsgemäße Ablauf insofern gestört gewesen wäre, als private Reden im ordentlichen Ablauf nicht zugelassen seien. Die Gottesdienstbesucher hätten ein berechtigtes Interesse daran, daß der Gottesdienst nicht gestört werde.

Rechtfertigungsgründe:

AGR Dr. Meyer-Gossner: „Was würden Sie tun, wenn jeder mit seinen kleinen Problemen (!!) da ankäme und in der Kirche predigte?“

In der mündlichen Urteilsbegründung sagte er, ein Rechtfertigungsgrund sei nicht gegeben, da der Angeklagte keine Anstalten gemacht habe, auf ordentlichem Weg in der Kirche tätig zu werden.

Strafzumessungsgründe:

AGR Dr. Meyer-Gossner: Als strafmildernd sehe das Gericht es an, daß der Angeklagte aus lauterer Motiven gehandelt habe. Als strafscharfend sei jedoch das „Geltungsbedürfnis“ des Angeklagten zu berücksichtigen. —

Tatsächlich hatte Steinbrecher im Verlauf des Gespräches mit dem Vorsitzenden auf die Frage, wie er auf die Idee gekommen wäre, im Dom eine Predigt zu halten, geantwortet: „Ich wollte immer schon gern eine Predigt halten, bin aber nie dazu gekommen.“ Aus den weiteren Ausführungen Steinbrechers war jedoch nach der Ansicht einer Zuhörerin eindeutig zu entnehmen, daß S., der dem Beispiel Christus nacheifert, nicht aus Geltungsbedürfnis „immer schon gern eine Predigt gehalten hätte“, sondern weil er glaubte, auf diesem Weg eine größere Anzahl von Menschen auf das wahre Christentum hinweisen zu können.

II. Vorfall am 8. 5. 1967 (amerikanisches Konsulat)

Sachverhalt: Am 8. 5. 1967 wurde von der „Demokratischen Aktion 8. Mai“ im Löwenbräukeller eine Protestveranstaltung durchgeführt. Im Anschluß an diese Kundgebung formierte sich ein Demonstrationzug von etwa 800 bis 1000 Personen, um gegen den Krieg in Vietnam zu protestieren. Der Zug nahm seinen Weg über die Brienerstraße zum Prinz-Carl-Palais (bis hierher war die Demonstration vom Amt für öffentliche Ordnung genehmigt worden) und von dort in Richtung auf das amerikanische Generalkonsulat in der Königinstraße. Dieses

war durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeriegelt worden. Nach den Aussagen der Polizei sind dann von den Demonstranten mitgebrachte Eier, Farbbeutel, Mehltüten und Tintengläser gegen die Polizeibeamten geworfen worden.

Etwa gegen 23.14 Uhr gelangte Koderer in einer Gruppe von 40 bis 50 Demonstranten unter Umgehung der polizeilichen Absperrung über die Prinzregentenstraße zur Von-der-Tann-Straße. An der Einmündung der Königinstraße wurde die Gruppe von Polizisten am Weitergehen gehindert.

Gegen 23.30 Uhr setzten sich etwa 15 Demonstranten auf die nördliche Fahrbahnhalfte der Von-der-Tann-Straße, um den Verkehr aufzuhalten und damit auf ihre Aktion gegen den Krieg in Vietnam aufmerksam zu machen.

Die Polizei forderte daraufhin mehrmals mit Lautsprechern zum Verlassen der Straße auf. Als der fließende Verkehr auf dieser Fahrbahn durch die Demonstranten zum Erliegen gekommen war und die Polizei deshalb begann, den Verkehr auf die andere Fahrbahn umzuleiten, wechselten die Demonstranten auf die andere Fahrbahnseite über. Gegen 23.35 Uhr wurde die Straße von der Polizei geräumt. Dabei wurden mehrere Demonstranten festgenommen.

1. Koderer, verurteilt wegen Landfriedensbruch, § 125 I, in Tateinheit mit Auf-
lauf, § 116 zu einer Einzelstrafe von 5 Monaten.

Urteil vom 18. 4. 68. AGRat Hofmann, EStA Heindl, RA Wagner.

2. Schlemper, verurteilt wegen Landfriedensbruch, § 125, in Tateinheit mit Auf-
lauf, § 116 zu einer Einzelstrafe von 3 Monaten.

Urteil vom 21. 6. 68. AGRat Dr. Hummel, Ger.-Ass. Glaser, RA Kittl.

3. Zehringer, verurteilt zu 3 Monaten mit Bewährung (m. B.)

4. Bokelmann, verurteilt zu 3 Monaten m. B.

5. Kohlhammer, verurteilt zu 4 Monaten m. B.

6. Tewes, verurteilt zu 3 Wochenendarresten.

Über die Verurteilungen 3 bis 6 liegen uns zur Zeit keine weiteren Unterlagen vor.

III. Vorfälle am 17. 10. 67 (Verteilen von Flugblättern in Straßenbahnen)

Sachverhalt: Am Nachmittag des 17. 10. 1967 fuhren Studenten mehrmals mit der Straßenbahn in München jeweils eine Station und verteilten dort Flugblätter gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife, ohne jedesmal eine Straßenbahnkarte zu lösen.

1. Wetter, verurteilt wegen Beförderungerschleichung, § 265 a, zu einer Einzel-
strafe von 2 Wochen.

Urteil vom 22. 5. 68, AGRätin Dr. Glum, EStA Schmidt, RA Kittl.

2. Bachmayer, verurteilt wegen Beförderungerschleichung, § 265 a, zu einer
Geldstrafe von 30,— DM.

Urteil vom 2. 5. 68. AGRat Urban.

IV. Vorgänge vom 10. 1. bis 17. 1. 1968 (Betreten der Universität)

Sachverhalt und Vorgeschichte: Am 18. 12. 1967 fand in der Universität München ein Teach-in statt, in dem die Ausweisung des persischen Studenten Farazi anläßlich des Schahbesuches diskutiert werden sollte. Die Diskussion weitete sich aus auf die Frage, ob Spitzel der Geheimdienste ein Recht zum Betreten der Universität hätten. Um diese Frage zu klären veranstaltete man ein Go-in in die Vorlesung von Rektor Becker, der jedoch keine Stellungnahme abgab. Bei einem erneuten Teach-in am nächsten Tag, bei dem der Senat zu dieser Frage Stellung nahm, und den Studenten der Vorwurf des Linksfaschismus gemacht wurde, identifizierten Studenten gegen 17.00 Uhr den Polizisten Hartmann, ein Mitglied der politischen Polizei.

Um dagegen zu protestieren und andererseits die Reaktion der Studenten und Professoren auf Polizisten in der Universität zu testen, gingen die Studenten Koderer, Aschenbrenner, Wetter, sowie 3 weitere, jeder bekleidet mit einem vollständigen und vorschriftsmäßigen Uniformrock der Münchner Stadtpolizei mit Dienstmütze am 10. 1. 1968 in den Hörsaal 118, in dem Prof. Kuhn seine Vorlesung abhielt. Auf die Frage von Kuhn, der die Studenten anfangs für wirkliche Polizisten hielt, erklärte Aschenbrenner, sie seien gekommen, um ihn vor linksradikalen Elementen zu schützen. Als Kuhn schließlich erkannte, daß es sich um verkleidete Studenten handelte, forderte er sie wiederholt vergeblich auf, den Hörsaal zu verlassen. Als sie nicht gingen, brach er seine Vorlesung ab und verließ den Hörsaal.

Nach ihm verließen auch die uniformierten Studenten den Hörsaal. Der von Kuhn herbeigeholte Verwaltungsdirektor Spörl forderte die Studenten auf, die Universität zu verlassen. Die Studenten kamen dieser Aufforderung jedoch nicht nach, sondern gingen danach in den Hörsaal 201, wo Prof. Maurach gerade las. Dort spielte sich dasselbe ab wie bei Kuhn.

Daraufhin verließen die Studenten das Universitätsgelände. Ohne die Polizeiuniformen kehrten sie gegen 11.45 Uhr in die Universität zurück, um mit den Studenten über den Sinn der Aktion zu sprechen. Mehreren Aufforderungen des Syndikus Schattenfroh, das Haus zu verlassen, kamen sie nicht nach. Schließlich wurden sie von Dienstkräften der Universität aus dem Haus gedrängt.

Mit eingeschriebenem Eilbrief vom 10. 1. 1968 erteilte der Rektor den betreffenden Studenten ein Hausverbot von einem Monat. Das Hausverbot war für sofort vollziehbar erklärt worden.

Am 12. 1. 1968 ging Koderer trotz des Hausverbotes wieder in die Universität, wo er mit Studenten diskutierte. Anschließend nahm er um 13.00 Uhr an einem Teach-in im Lichthof teil.

Auch Wetter nahm an dieser Diskussion teil, nachdem er vorher in mehrere Vorlesungen gegangen war und die Studenten zur Teilnahme an dem geplanten Teach-in aufgefordert hatte.

Koderer nahm am 17. 1. 1968 in der Universität an einer Veranstaltung der Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform teil. Ebenfalls am 17. 1. 1968 ging Wetter zusammen mit dem Studenten Opfermann in das Dienstzimmer des Syndikus und verlangten eine Satzung der Universität, um die Maßnahmen der Universität gegen sie überprüfen zu können. Sie verließen die Universität erst, als man ihnen ein Exemplar der Satzung ausgehändigt hatte.

Am 25. 1. 1968 schließlich nahmen Koderer und Aschenbrenner an einer Veranstaltung, die sich mit dem Linksfaschismus auseinandersetzte, in der Universität teil. Einer Aufforderung des Beauftragten des Rektors, die Universität sofort zu verlassen, kamen sie nicht nach.

Folgende Einzelstrafen wegen erschwerten Hausfriedensbruch, § 123 II wurden gegen Koderer, Aschenbrenner und Wetter ausgesprochen:

wegen Vorfall v. 12. 1. 1968:	Koderer — Einzelstrafe von 2 Monaten Wetter — Einzelstrafe von 6 Wochen
Vorfall v. 25. 1. 1968:	Koderer: Einzelstrafe von 1 Monat Wetter: Einzelstrafe von 1 Monat
Vorfall v. 17. 1. 1968:	Aschenbrenner: Einzelstrafe von 2 Monaten Koderer: Einzelstrafe von 3 Monaten

Diese Einzelstrafen sind in folgenden Urteilen enthalten:

Wetter: Urt. v. 22. 5. 68, AGRätin Dr. Glum, EStA Schmidt, RA Kittl.

Koderer/Aschenbrenner: Urt. v. 18. 4. 68, AGR Hofmann, EStA Heindl, RAe Wagner und Müller.

V. Vorgänge am 31. 1. 1968 (griechisches Generalkonsulat)

Sachverhalt: Am 31. 1. 1968 fand am Abend eine Veranstaltung der „Aktion Januar 1968“ im Kongreßsaal des Deutschen Museums statt. Weil die Veranstaltung sich auf die Beschwörung der neonazistischen Gefahr durch die NPD beschränkt hatte, rief der Student Schmitz-Bender zu einer anschließenden Demonstration vor dem griechischen Konsulat auf, um gegen die faschistische Militärdiktatur in Griechenland zu protestieren.

Es bildete sich ein Zug von etwa 100 bis 150 Demonstranten, die zu dem nahegelegenen griechischen Konsulat zogen. Die Demonstranten bildeten Sprechchöre „Freiheit für Griechenland“ u. a. Über ein Mikrophon forderten sie die Leute auf der Straße auf, mitzukommen, um gegen den Faschismus zu protestieren.

Über die geplante Aktion informiert, hatte sich inzwischen ein Polizeitrupp vor dem griechischen Konsulat aufgestellt. Als der Zug vor dem Konsulat angekommen war, wurde die Polizeikette durch ein Seil gesichert. Als die Demonstranten versuchten, die Polizeikette zurückzudrängen, entstand ein Gedränge und Ge-

schiebe. Einige spritzten mit Farbspraydosen „Freiheit für Griechenland“ und ähnliche Parolen auf den Gehsteig und an die Wände des Konsulats. Schmitz-Bender brachte mit einer Sprühdose die Aufschrift „114“ (Widerstandsartikel der griechischen Verfassung) an die Konsulatsfront in der Steinsdorfstraße an. Mehrere Fenster des Konsulats wurden mit Steinen eingeworfen. Die Polizei behauptet außerdem, daß die Demonstranten auf die Polizisten der Sperrkette eingeschlagen hätten. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Die Verhaftungsszenen wurden jeweils von einem Polizeiaufnahmeteam gefilmt.

Einige Male verlangten Demonstranten die Dienstnummer von Polizisten, die sich ihrer Meinung nach nicht korrekt benommen hatten, erhielten jedoch, wie üblich, in keinem Fall eine positive Auskunft.

Ein Zeuge berichtet Folgendes: „Plötzlich hörte ich einen Schmerzensschrei. Ein Demonstrant stand mit geballten Fäusten vor der Polizeikette und rief mehrmals: ‚Eines von euch Schweinen hat mich geschlagen!‘. Andere Demonstranten verlangten die Dienstnummer der vor ihnen stehenden Polizisten. Als diese nicht reagierten, verlangte der geschlagene Demonstrant den Einsatzleiter, der nach einigem Hin und Her auch erschien. Als der Demonstrant ihm sagte, daß er von einem Polizisten mit einem harten Gegenstand, vermutlich mit einem Schlagring, verletzt worden sei, sagte der Einsatzleiter lediglich, daß er da auch nichts machen könne.“

Später drängte die Polizeikette die Demonstranten in Richtung Deutsches Museum ab, wobei sich der Zug allmählich auflöste.

1. Wetter, verurteilt wegen erschwerten Landfriedensbruch, § 125 I, II in Tateinheit mit Aufruhr, § 115 zu einer Einzelstrafe von 1 Jahr.

Urtel v. 22. 5. 68, AGRätin Dr. Glum, EStA Schmidt, RA Kittl.

2. Schmitz-Bender, verurteilt wegen erschwerten Landfriedensbruch, § 125 I, II, Verletzung der Bannmeile, Sachbeschädigung, Aufruhr zu 8 Monaten Gefängnis ohne Bewährung.

Urt. v. 7. 6. 68, AGR Dr. Hummel, StA Heindl, RA Kittl.

Schmitz-Bender — Rechtfertigungsgründe

StA Heindl: Auch wenn in Griechenland Terror herrschen sollte (!) und man dagegen demonstriere, dürfe man nicht selbst zum Terror übergehen. Er zitierte Johnson, daß es keine Rechtfertigung für Gewalttätigkeiten gebe. Das Verhalten von Schmitz-Bender und anderer Demonstranten bezeichnete er als „Gesinnungsterror“.

Schmitz-Bender — Strafzumessungsgründe:

AGR Dr. Hummel: „Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt, da der Angeklagte als ‚Überzeugungstäter‘ ähnlich wie ein Kriegsdienstverweigerer keine Änderung seines Verhaltens erwarten läßt.“

VI. Vorgang vom 8. 2. 1968 (Amerikahaus)

Da uns zu diesem Vorfall bereits 3 Urteile mit Gründen vorliegen, bringen wir auf den nächsten Seiten die Originalsachverhaltensschilderungen dieser 3 Urteile.

Verurteilung wegen erschwerten Hausfriedensbruches, § 123 II, in Tateinheit mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, § 113.

Vorfall vom 8. 2. 1968 (Amerikahaus)

Koderer, Heinz u. Aschenbrenner, Urt. v. 18. 4. 68,

AZ.: 42 Ds 69/68 verbd. m. 4 Ds 149/68

2 Js 335/67, 2 Js 78/68, 2 Js 80/68

AGRat Hofmann, EStA Heindl

Verurteilung zu einer Einzelstrafe von 4 Monaten, dann allerdings zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten ohne Bewährung zusammengezogen. Bezüglich der übrigen in demselben Urteil abgeurteilten Fälle s. unter „Hausfriedensbruch“, „Landfriedensbruch“.

Sachverhalt:

Am Abend des 8. 2. 1968 wurde im Amerikahaus in München eine Ausstellung „Amerikanische Druckgraphik“ eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahm auch der Angeklagte Koderer teil. Nach Beendigung der Ansprache des amerikanischen Kulturattachés stürmte eine Gruppe von etwa 10 Personen die Bühne, schwenkte die Vietcongflagge und versuchte, sich des Mikrophons zu bemächtigen. Dem Ordnungsdienst gelang es nicht, die Störer von der Bühne zu verdrängen. Im Saal wurden Stinkbomben und Knallkörper geworfen. Der Veranstaltungsleiter Dr. Peters forderte von diesem Zeitpunkt an die Anwesenden wiederholt deutlich vernehmbar über einen Lautsprecher auf, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde nur zum Teil entsprochen. Etwa 40 Demonstranten, darunter auch der Angeklagte, blieben im Saal und setzten sich vor der Bühne auf den Fußboden. Die um 20.35 Uhr eintreffende Polizei wurde von den Störern mit Sprechchören wie „Notstandsübung“ empfangen. Weiteren Aufforderungen, den Saal zu verlassen, leisteten die Demonstranten keine Folge. Sie mußten schließlich gewaltsam von der Polizei aus dem Saal entfernt werden. Der Angeklagte leistete dem polizeilichen Vorgehen dadurch Widerstand, daß er sich an den noch am Boden sitzenden Demonstranten festhielt, um das Hinausschaffen zu verhindern. Als es einem Polizisten schließlich gelang, den Angeklagten teilweise aus der Umklammerung zu befreien, riß er sich los und klammerte sich erneut an die übrigen Demonstranten.

Rechtfertigungsgründe:

Die Angeklagten verteidigen sich damit, daß sie lediglich durch ihr Verhalten auf bestehende Mißstände hinweisen wollten. Den Angeklagten standen jedoch weder Rechtfertigungsgründe, noch Schuldausschließungsgründe zur Seite.

Den Angeklagten konnte die erkannte Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, da sie keine Gewähr für künftiges Wohlverhalten bieten. Der Ange-

klagte Aschenbrenner hat in seinem letzten Wort erklärt, daß er „bis zum Sieg“ weiterkämpfen wolle. Der Angeklagte Koderer hat als Beruf „Revolutionär“ angegeben. Bei seiner Einstellung kann nicht erwartet werden, daß er sich in Zukunft straffrei führen wird.

Strafzumessungsgründe:

Bei der Strafzumessung hat das Gericht zu Gunsten beider Angeklagten strafmildernd berücksichtigt, daß sie bisher strafrechtlich noch nicht in Erscheinung getreten sind und daß sie wenigstens den äußeren Sachverhalt ihrer Straftaten zugegeben haben.

Straferschwerend fiel die Häufung der Straftaten bei beiden Angeklagten ins Gewicht. Zu ihren Ungunsten war zu berücksichtigen, daß sie, wie sie durch ihr Verhalten gezeigt haben, nicht auf bestehende Mißstände hinweisen, sondern selbst Mißstände schaffen wollten. Beim Angeklagten Koderer mußte außerdem straferschwerend ins Gewicht fallen, daß er sich bei der Aktion am 8. 5. 1967 besonders hartnäckig gezeigt hat und daß bei der Aktion am 8. 2. 1968 im Amerikahaus ein erheblicher Schaden entstanden ist.

Verurteilung wegen erschwerten Hausfriedensbruches, § 123 II „gemeinschaftlich“.

Vorfall vom 8. 2. 1968 (Amerikahaus)

Wetter, Reinhard, Urt. v. 22. 5. 1968, AZ.: 63 AK 18/68 Jug. 98

AGRätin Dr. Glum, EStA Schmidt

Verurteilung zu einer Einzelstrafe von 3 Monaten Gefängnis, dann allerdings zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr zusammengezogen. Bezüglich der übrigen in demselben Urteil abgeurteilten Fälle s. unter „Hausfriedensbruch“, „Beförderungerschleichung“, „erschwerter Landfriedensbruch“ und „Aufruhr“.

Persönliche Verhältnisse: Gegen den Angeklagten wurde vom Jugendgericht München im Oktober 1967 ein Strafbefehl wegen Verletzung des Bay. Pressegesetzes erlassen. Es wurden 50,— DM Geldstrafe gegen ihn verhängt. Sonst ist er noch nicht vorbelastet.

Sachverhalt:

7) Am 8. 2. 1968 fand am Abend im Amerikahaus eine Ausstellung über amerikanische Druckgraphik mit einem Lichtbildervortrag statt. Der Angeklagte und andere Gleichgesinnte hatten sich Karten besorgt und besuchten diese Vorstellung. Nachdem der amerikanische Kulturattaché seine Eröffnungsansprache beendet hatte, stürmte der Angeklagte mit noch einigen anderen, in der Hand eine Fahne von Nordvietnam haltend, auf das Podium und versuchte, sich des Mikrophons zu bemächtigen. Es wurde dabei im Chor geschrien: „Ho Tsch Minh“, „Johnson, Mörder“. Der Angeklagte wurde mehrmals von dem Programmdirektor des Amerikahauses, der zur Wahrnehmung des Hausrechts befugt ist, persönlich aufgefordert, den Saal zu verlassen. Dessen ungeachtet blieb der Angeklagte im Saal

und setzte sich schließlich mit noch anderen Demonstranten auf den Fußboden vor der Bühne nieder. Als die Polizei eintraf, forderte auch diese die Demonstranten über einen Lautsprecher nochmals auf, sich zu entfernen. Erst als diese Aufforderung unbeachtet blieb, wurden der Angeklagte und die übrigen Demonstranten gewaltsam aus dem Saal entfernt. Die Veranstaltung mußte geschlossen werden.

Der Angeklagte war sich ... bewußt, daß er sich auf die Aufforderung der zuständigen Person aus dem ... Saal zu entfernen hatte.

Im Fall 7) leugnet der Angeklagte, von Dr. Peters persönlich aufgefordert worden zu sein, das Amerikahaus zu verlassen. Diese Einlassung wurde jedoch durch die widersprechenden Angaben des absolut glaubwürdigen Zeugen Dr. Peters widerlegt.

Rechtfertigungsgründe:

Der Angeklagte hat ferner geltend gemacht, sein Verhalten ... sei von der Ansicht getragen gewesen, er könne sich, da er zur freien Meinungsäußerung berechtigt sei, über die Rechte anderer und über die staatliche Ordnung hinwegsetzen. Sein Verhalten, mit dem er seine Meinung zu äußern pflege, entspreche der heutigen sozialethischen Ordnung und sei deshalb sozialadaequat.

Der Angeklagte hat hierzu ganz genau gewußt, daß seine Form, seine Meinung zu äußern, nur von einer Minderheit in Deutschland anerkannt wird. Das Gericht ist deshalb überzeugt, daß er sich dessen bewußt war, er dürfe sich nicht über die Rechte anderer und die staatliche Ordnung hinwegsetzen.

(*Sozialadaequanz:*) Das Verhalten des Angeklagten ... kann nicht als sozialadaequat angesehen werden. Abgesehen davon, daß das Gericht, wie schon ausgeführt, davon überzeugt ist, daß der Angeklagte genau gewußt hat, daß sein Handeln unerlaubt ist, kann das Auflehnen des Angeklagten nicht als sozialadaequat angesehen werden. Es kann hierbei dahingestellt bleiben, ob der sozialen Adaequanz, abgesehen von den Tatbeständen der §§ 96 a I 2, 240, 253 StGB eine Bedeutung zugemessen werden kann und ob es sich hierbei dann um einen Rechtfertigungsgrund handelt oder ob ein sozialadaequates Verhalten bereits den Tatbestand ausschließt.

Nach der heute bestehenden sozial-ethischen Ordnung kann das Vorgehen des Angeklagten auf keinen Fall als sozialadaequat angesehen werden. Nach wie vor kommt der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, dem Eigentum sowie dem Vermögen eines anderen eine erhebliche Bedeutung zu. Der Schutz von Eigentum und Vermögen, sowie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist auch heute noch eine wesentliche Aufgabe des Staates. Die Art und Weise des Vorgehens des Angeklagten, sich über die Rechte anderer, um seine Meinung zu vertreten, hinwegzusetzen, wird von einer Minderheit in Deutschland getragen. Sie kann nicht als sozialadaequat angesehen werden. (Vgl. hierzu auch das Bay. Ob. LG — NJW 62, 1878—, das im Rahmen des § 96 a I 2 StGB äußerste Zurückhaltung gegenüber der Anwendbarkeit der sozialen Adaequanz übte.)

Zur Beurteilung dieser Frage bedurfte es nicht eines Sachverständigengutachtens, da es sich um eine reine Rechtsfrage handelt. — Der Angeklagte kann sich auch nicht auf das Recht freier Meinungsäußerung berufen, da dieses seine Schranken in den allgemeinen Gesetzen findet (Art. 5 GG).

Strafzumessungsgründe:

Bei der Bemessung ... wurde zu seinen Gunsten berücksichtigt, daß der Angeklagte noch sehr jung und so gut wie noch nicht vorbestraft ist.

Strafschärfend fiel jedoch die Hartnäckigkeit ins Gewicht, mit der der Angeklagte vorgegangen ist. Er setzte sich über die Rechte anderer und die staatliche Ordnung bewußt hinweg und hat versucht, ... eine Veranstaltung im Amerikahaus zu stören.

Geldstrafen konnten deshalb auch in den Fällen ... 7) nicht in Betracht kommen ... Soweit der Angeklagte wegen erschwerten Hausfriedensbruches verurteilt wurde, wurde für jede weitere solche Zuwiderhandlung eine erhöhte Strafe ausgesprochen ... Im Fall 7) mußten 3 Monate Gefängnisstrafe ausgeworfen werden, da durch das Verhalten des Angeklagten die Versammlung im Amerikahaus erheblich gestört wurde. Sie mußte sogar geschlossen werden.

Verurteilung wegen erschwerten Hausfriedensbruch, § 123 II.

Vorfall v. 8. 2. 1968 (Amerikahaus)

Kensche, Urt. v. 9. 5. 1968, AZ.: 42 Cs 506/68

AGR Geissler, EStA Seidl

Verurteilung zu Geldstrafe von DM 300,—, ersatzweise 30 Tage Gefängnis.

Sachverhalt: Am Abend des 8. 2. 1968 nahm der Angeklagte an einer Veranstaltung im Amerikahaus teil ... Im Verlauf dieser Veranstaltung kam es zu heftigen Tumulten ... Saalordner und die inzwischen eingetroffene Polizei drängten die Demonstranten aus dem Saal, wobei mehrere Personen gewaltsam entfernt werden mußten. Der Angeklagte hielt die hierbei von der Polizei angewandte Härte für unverhältnismäßig. Um dagegen zu protestieren, setzte er sich zu einer Gruppe von 20 bis 30 Personen, welche sich inzwischen im umzäunten Grundstück des Amerikahauses ... zu einer Sitzdemonstration niedergelassen hatten. Trotz mehrfacher Aufforderung durch die Polizei entfernten sich die Demonstranten nicht, sondern hakten sich z. T. gegenseitig unter. Schließlich wurden mehrere von ihnen, einschließlich des Angeklagten, durch die Polizei festgenommen.

Gründe: Der festgestellte Sachverhalt erfüllt den Tatbestand des Hausfriedensbruches in der erschwerten Form des § 123 II. Der Angeklagte hatte nur die Befugnis, an der Veranstaltung teilzunehmen, nicht jedoch, sich auf die Straße zu setzen. Er hat sich trotz Aufforderung durch den Berechtigten nicht aus dem befriedeten Besitztum entfernt.

Der Angeklagte hat den Hausfriedensbruch gemeinsam mit anderen begangen.

Daß die Tatmotive bei den einzelnen Demonstranten verschieden waren, ändert daran nichts. Aus der glaubwürdigen Einlassung des Angeklagten geht vielmehr hervor, daß er sich gerade deshalb in den Garten des Amerikahauses setzte, weil er hier bereits Demonstranten vorfand, und so den Effekt des Demonstrierens verstärken konnte. Hieraus und aus der Tatsache, daß die Täter sich teilweise gegenseitig festhielten, läßt sich mit Sicherheit auf ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken, d. h. auf gemeinschaftliche Begehung schließen.

Rechtfertigungsgründe: Dem Täter stehen keine Rechtfertigungsgründe zur Seite. Insbesondere findet das in Art. 5 GG garantierte Grundrecht auf freie Meinungsäußerung seine Grenze in den allgemeinen Gesetzen (Art. 5 II GG), d. h. solchen Normen, welche wie § 123 StGB nicht darauf hinwirken, das Grundrecht des Art. 5 GG zu beschränken, sondern „dem Schutz eines schlechthin, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Meinung zu schützenden Rechtsgutes dienen“ (Bonner Kommentar, Art. 5 A. II 2 b). Danach ist § 123 StGB als Schutznorm für das dem Eigentum entspringende Hausrecht eine der Schranken des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Überdies wurde dem Angeklagten durch die Verweisung aus dem Grundstück nicht sein Recht, gegen die Polizei zu protestieren, in erheblicher Weise beschränkt. Es wurde ihm lediglich diejenige Modalität der Meinungsäußerung, mit der er die Rechte eines Dritten verletzt, verweigert.

Schuld: Der Angeklagte hat die Tat in schuldhafter Weise begangen. Nach seiner eigenen Einlassung war er sich bewußt, daß seine Handlung einen erschwerten Hausfriedensbruch darstellte. Er nahm das jedoch in Kauf, um nicht wegen unerlaubten Demonstrierens außerhalb des umzäunten Bereichs nach anderen Normen straffällig zu werden.

Die Annahme, er könne sich auf Grund des Demonstrationsrechtes über das Verbot des § 123 StGB hinwegsetzen, entschuldigt den Angeklagten nicht: Da er nicht über das Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes irrte, sondern lediglich über eine rechtliche Wertung, liegt kein vorsatzausschließender Tatbestandsirrtum vor. Der hier in Betracht kommende Verbotsirrtum war jedenfalls vermeidbar, da dem Angeklagten allein schon auf Grund seiner Vorbildung klar sein mußte, daß das Grundrecht des Art. 5 GG nicht zu Straftaten berechtigt.

Strafzumessungsgründe:

Neben dem verschuldeten Verbotsirrtum wirkte sich strafmildernd aus, daß der Angeklagte nicht vorbestraft ist und daß er dem ihm zur Last gelegten Sachverhalt ohne Ausflüchte zugibt. Vor allem wurde dem Beklagten zugutegehalten, daß er den Hausfriedensbruch nicht zum Zweck einer Straftat, sondern zur Wahrnehmung seines ihm an sich zustehenden Demonstrationsrechtes begangen hat. Der Angeklagte machte einen ausgesprochen guten Eindruck und ließ erkennen, daß er keinesfalls zu denjenigen gehört, die zur Durchsetzung politischer Forderungen rücksichtslos die Rechte anderer mißachten.

Straferschwerend mußte dagegen berücksichtigt werden, daß über das Tatbestandsmerkmal der gemeinschaftlichen Begehungsweise hinaus in der großen Zahl

der Mittäter und in der überaus hartnäckigen Weigerung, das Grundstück zu verlassen, ein recht erheblicher Eingriff in das Hausrecht zu sehen ist.

VII. Kurzübersicht über die verhängten Strafen:

Wetter	1 Jahr Gefängnis o. B., da nur eine Strafe von nicht mehr als 9 Monaten zur Bewährung ausgesetzt werden kann.
Koderer	9 Monate o. B.
Schmitz-Bender	8 Monate o. B.
Aschenbrenner	4 Monate o. B.
Schlemper	4 Monate m. B.
Kohlhammer	4 Monate m. B.
Zehringer	3 Monate m. B.
Bokelmann	3 Monate m. B.
Klipphahn	3 Monate m. B.
Fichtel	6 Wochen m. B.
de Vos	1 Monat m. B.
Kensche	300 DM
Saharkiz	300 DM
Steinbrecher	200 DM
Bachmayer	30 DM
Tewes	3 Wochenenden Freizeitarrest
Vogel	1 Wochenende Freizeitarrest

Äxte & Eichen Notstands-Ermächtigung

Einmal verabschiedet, werden die hier vorliegenden Gesetze ruhen. Die darüber geführte Debatte wird dann zu Ende sein.

(Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, SPD, bei seiner Befürwortung der NS-Gesetze im Deutschen Bundestag am 30. Mai 1968)

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen, im Inneren erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen.

(Abgeordneter Otto Wels, SPD, bei seiner Ablehnung des NS-Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reichstag am 23. März 1933)

Meine Damen und Herren, manche Stimmen von außen wollen nun den Eindruck erwecken, hier habe sich eine Gesellschaft von lauter Bösewichten mit finstersten Absichten zusammengefunden: eine Regierung, die darauf aus ist, ihre Macht zu verewigen, die Grundrechte der Staatsbürger abzuschaffen und einen neuen Krieg vorzubereiten, und ein Parlament, das nichts lieber täte, als sich selbst zu entmannen.

(Willy Brandt a. a. O.)

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.

(Otto Wels a. a. O.)

Kein Abgeordneter darf sich unter Druck setzen lassen, weder unter den angeblichen Druck seiner Fraktionsführung noch unter den tatsächlichen und teilweise in den letzten Tagen weiß Gott bösen Druck draußen, zu Hause, wo er oder wo seine Ehefrau oder wo seine Familie wohnt.

(Abgeordneter Helmut Schmidt, Hamburg, SPD, bei seiner Befürwortung der NS-Gesetze im Deutschen Bundestag am 30. Mai 1968)

Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen . . . Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet. *(Otto Wels a. a. O.)*

Wie wir alle habe ich in diesen Tagen viele Briefe bekommen. Ich habe sie so ernst genommen, wie sie gemeint waren, und dabei auch wieder einiges hinzugelernt. Tief berührt haben mich folgende Zeilen aus einem der Briefe — ich zitiere wörtlich diesen Satz; und nicht irgend jemand hat ihn geschrieben —: „Immerhin bin ich nicht durch Deutsche von den Nazis befreit worden, sondern durch Amerikaner und Engländer, und in diesem Sinn bleibe ich ganz und gar 1945er.“

(Willy Brandt a. a. O.)

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

(Otto Wels a. a. O.)

Ein gewisser Unwille in Teilen unserer Bevölkerung über das, was sich in der Vorstellung des Einzelnen mit dem Begriff „Notstand“ verbindet, wird gewiß auch nach Verabschiedung der Gesetze nicht von heute auf morgen verschwinden. Es gibt nun einmal Kräfte in unserem Land, die ein Interesse daran haben, den Unwillen am Leben zu erhalten und womöglich noch zu intensivieren. Für sie ist das Thema „Notstand“ nur ein Vorwand zur Unruhe.

(Willy Brandt a. a. O.)

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

(Otto Wels a. a. O.)

Anmerkungen

Die „Kalendergedichte in Prosa“ des 1928 in Berlin geborenen *Günter Bruno Fuchs* sind ein Vorabdruck aus einem Band, der im nächsten Frühjahr im Carl Hanser Verlag erscheinen wird.

F(riedrich) C(hristian) Delius, geboren 1943, aufgewachsen in Hessen, lebt und studiert seit 1963 in Westberlin, wo er bei Klaus Wagenbach einen Band Gedichte („Kerbholz“) und die Dokumentarpoemik „Wir Unternehmer“ herausbrachte.

Christa Wolfs neuer Roman „Nachdenken über Christa T.“, aus dem wir einen Auszug bringen, wird Ende des Jahres im Mitteldeutschen Verlag, Halle, erscheinen. Im gleichen Verlag soll im nächsten Jahr ein Essay-Band „Lesen und Schreiben“ herauskommen, dem wir das Selbstinterview von *Christa Wolf* und den Aufsatz von *Werner Bräunig* entnehmen.

Peter Hamm, geboren 1937 in München, wo er als Rundfunkredakteur lebt, hielt seinen Vortrag „Opposition — am Beispiel H. M. Enzensberger“ beim diesjährigen Nürnberger Gespräch im April.

Günther Frank, Mitarbeiter des Suhrkamp Verlags, hielt seinen Vortrag zur Rezeption Bertolt Brechts im Januar an der Bremer Volkshochschule — für den Abdruck wurde das Skript überarbeitet.

Werner Heise ist Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität in Ostberlin.

Dr. Artur Schnickmann hat am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED an der Marx/Engels-Edition der „40 blauen Bände“ mitgewirkt.

Helmut Salzingers Artikel ist Teil einer ausgedehnten Diskussion und Kontroverse um die Benjamin-Edition, wir verweisen unsere Leser besonders auf die

Hefte 56/57 sowie 59/60 der Westberliner Zeitschrift „alternative“ (1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V) — im zweitgenannten findet sich eine vorläufige Bibliografie der Diskussion.

Die redaktionseigenen „Stellungnahmen zu einem Wahlbündnis 1969“ haben wir ergänzt um den „Aufruf“ des Gießener Kreises sowie einen ausführlicheren Beitrag von *Prof. Hofmann*, der diesem Kreis angehört. Seine „Neun Fragen und Antworten“ erschienen erstmals in der „Düsseldorfer Volkszeitung“.

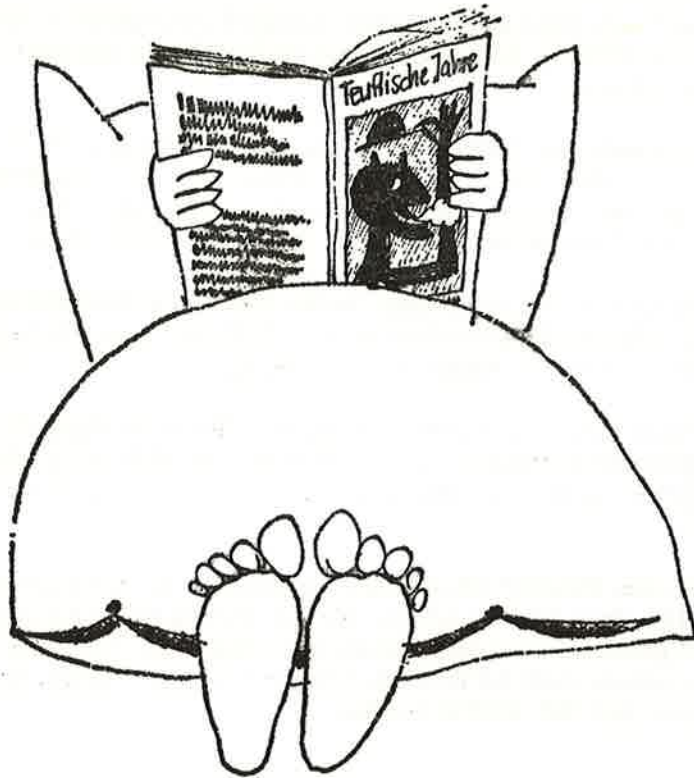
Den nicht nur historisch interessanten Bericht über die „Universitätskrawalle“ von 1931 stellte uns der Ostberliner Professor *Wilhelm Girmus*, Chefredakteur von „Sinn und Form“, in Fotokopie zur Verfügung.

Hans Werner Saß, geboren 1936 in Hamburg, gelernter Verlagsbuchhändler, lebt als Journalist in München, wo er am 9. 2. 68 vor Gericht stand. Seine Verteidigungsrede hat er aufgrund eigener Notizen aus dem Gedächtnis rekonstruiert.

Die „Politischen Prozesse“ dokumentierte die Münchner *Rechtshilfe der APO* im zweiten Heft ihrer Arbeitsunterlagen. Für den Abdruck wurde der Text redigiert und gekürzt, Interessenten können den vollständigen Text sowie andere Dokumentationen direkt bei der Rechtshilfe der APO, 8000 München 23, Karl-Theodor-Str. 54/I, Tel. 34 90 95 beziehen.

Beilagenhinweis

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung der Beilagen in diesem Heft: Suhrkamp Verlag, Frankfurt, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Damnitz-Verlag, München.



Deutschlands Bett-Bestseller Nr. 1 »Teuflische Jahre«

Mit Goethe ins Bett? Nie!
Aber wenn Sie eine muntere
Lektüre fürs Bett suchen: Da gibt's
was Gutes!
„Teuflische Jahre“ — macht
müde Menschen wieder munter.
Bissige Karikaturen, scharfe
Glossen, irre Fotos und geistreiche
Satiren, geben Ihnen
ein „Bettgefühl“, das Ihnen bisher
gewiß gefehlt hat.
„Teuflische Jahre“ ist die ideale,
anspruchsvolle Bett-, Reise-
und Urlaubslektüre für Leser,
die beim Lesen lachen.

Einiges aus dem Inhalt wird Ihnen
andeuten, was Sie erwartet:
Hilfe, wir werden noch alle rot /
Vorsicht, Dein Nachbar ist pervers /
Wie ich bei H. M. Enzensberger
durchfiel / Wie die Schweden leben
und lieben / Eros per Inserat /
Wasserleichen reden nicht —
und vieles andere.
„Teuflische Jahre“, Band III
Das Witzigste aus Pardon
280 Seiten — nur 6 Mark.
Überall im Buch- und Zeitschriften-
handel erhältlich
Verlag Bärmeier & Nikel

Soziologie/Politik

Herbst 1968

Richard A. Cloward/Lloyd Ohlin
Verbrechen und Gelegenheit

Reihe Soziologische Texte, Band 55.
Etwa 300 Seiten, Leinen etwa DM 29,—,
Studienausgabe etwa DM 19,—.

Norbert Elias Die höfliche Gesellschaft

Eine Untersuchung zur Soziologie
des Königtums und des Adels.
Reihe Soziologische Texte, Band 54.
Etwa 288 Seiten, Leinen etwa DM 32,—.

Ludwig von Friedeburg u. a.

Berliner Studentenuntersuchung
Reihe Soziologische Texte, Band 57. Etwa
600 Seiten, Studienausgabe etwa DM 18,—.

Arnheim Neusüss Utopie

Begriff und Phänomen des Utopischen.
Reihe Soziologische Texte, Band 44.
520 Seiten, Leinen etwa DM 38,—,
Studienausgabe etwa DM 26,—.

William F. Ogburn

Kultur und sozialer Wandel
Reihe Soziologische Texte, Band 56.
Etwa 400 Seiten, Leinen etwa DM 34,—,
Studienausgabe etwa DM 22,—.

Kurt H. Wolff

Versuch zu einer Wissenssoziologie
Reihe Soziologische Texte, Band 53.
Etwa 350 Seiten, Leinen etwa DM 30,—,
Studienausgabe etwa DM 20,—.

Theodor Gelger Ideologie und Wahrheit

Reihe Soziologische Essays.
Etwa 200 Seiten, kartoniert etwa DM 12,—.

Hans Heinz Holz

Herr und Knecht bei Leibniz und Hegel
Reihe Soziologische Naturrecht.
Etwa 80 Seiten, kartoniert etwa DM 7,—.

August Maria Knoll

**Katholische Kirche und
scholastisches Naturrecht**
Reihe Soziologische Essays.
Etwa 160 Seiten, kartoniert etwa DM 9,80.

Ulrich Kuntzel Der Dollar-Imperialismus

Reihe Soziologische Essays.
Etwa 140 Seiten, kartoniert etwa DM 9,80.

Peter Cornelius Mayer-Tasch
Autonomie und Autorität

Reihe Soziologische Essays.
Etwa 200 Seiten, kartoniert etwa DM 14,80.

Ernst Topitsch

**Die Freiheit der Wissenschaft und der
politische Auftrag der Universität**
Reihe Soziologische Essays.
Etwa 60 Seiten, kartoniert etwa DM 5,80.

Kurt H. Wolff Hingebung und Begriff

Reihe Soziologische Essays.
Etwa 200 Seiten, kartoniert etwa DM 12,80.

Siegfried Landshut

**Kritik der Soziologie
und andere Schriften zur Politik**
Reihe Politica, Band 27.
Etwa 320 Seiten, Leinen etwa DM 32,—,
Studienausgabe etwa DM 22,—.

Kurt Lenk/Franz Neumann

**Theorie und Soziologie
der politischen Parteien**
Reihe Politica, Band 26.
432 Seiten, Leinen etwa DM 37,—,
Studienausgabe etwa DM 25,—.

Jürgen Baumann § 175

Reihe Demokratie und Rechtsstaat.
Etwa 200 Seiten, kartoniert etwa DM 12,—.

Theo Rasehorn, Helmut Rosemeyer,

Diether Huhn, Fritz Hasse
Im Namen des Volkes?
Reihe Demokratie und Rechtsstaat.
Etwa 200 Seiten, kartoniert etwa DM 12,—.

Georg Lukács Frühschriften II

Geschichte und Klassenbewußtsein
Band 2 der Gesamtausgabe.
Etwa 725 Seiten, Leinen etwa DM 50,—.

Georg Lukács Probleme der Ästhetik

Band 10 der Gesamtausgabe.
Etwa 800 Seiten, etwa DM 70,—.

Das ausführliche Gesamtverzeichnis
Soziologie/Politik erhalten Sie über den
Buchhandel oder direkt vom Hermann
Luchterhand Verlag, 545 Neuwied,
Postfach 1780.

Luchterhand

In Baden-Württemberg hat die Demokratie eine Schlacht verloren

„Plötzlich sind die Uhren der deutschen Demokratie zurückgestellt worden. Das so tröstlich empfundene Wort, Bonn sei nicht Weimar, gilt nicht mehr.“
(„Zeit“)

Die NPD erhielt bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg fast zehn Prozent der Stimmen, ebensoviel wie die NSDAP im Jahre 1930 — drei Jahre vor der Machtergreifung Hitlers.

Diese Entwicklung war vorauszusehen. Um ihr entgegenzuwirken, haben Arbeiter und Angestellte, Studenten und Gewerkschafter am 22. 11. 1967 die DEMOKRATISCHE LINKE (DL) gegründet. Die DL hat den Wählern eine Alternative von links, eine demokratische Alternative geboten. Aber die Zeit war zu kurz, die Informations- und Propagandamöglichkeiten waren zu einseitig, um das Kontrastprogramm der DL überall sichtbar zu machen.

Die DL hat 88 000 Stimmen erhalten — 7 000 zu wenig, um einen Teil der Wahlkosten vom Staat vergütet zu bekommen. Das Land Baden-Württemberg bezahlt jetzt:

an die CDU	2,6 Millionen DM
an die SPD	1,7 Millionen DM
an die FDP	0,8 Millionen DM
an die NDP	0,6 Millionen DM (II)
an die DL	0,00 DM

Die DL hat 150 000 DM Wahlkampfschulden. Die meisten ihrer Mitglieder und Freunde haben nicht nur viel Zeit, Energie und Ideenreichtum in diesen Wahlkampf investiert, sondern sich auch finanziell oft bis über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinaus engagiert.

Die DL setzt den Kampf gegen den drohenden Neofaschismus fort. Sie braucht jetzt die Solidarität der Linkskräfte außerhalb Baden-Württembergs und auch außerhalb der Bundesrepublik. Sie bittet deshalb die Leser dieses Aufrufs um Unterstützung.

Schicken Sie bitte eine Ihren Möglichkeiten angemessene Spende auf das Postscheckkonto Demokratische Linke
Stuttgart 53900.

Welche Opfer wären der Menschheit erspart geblieben, wenn vor 1933 die Linkskräfte weniger zersplittert gewesen wären, wenn es mehr internationale Solidarität gegeben hätte!

Der Kampf gegen den Rechtskurs und für die Erhaltung der Demokratie ist das Gebot der Stunde. Es gilt, ihn gemeinsam zu führen!

Demokratische Linke

7000 Stuttgart 1 Rosenbergstraße 67a



präsentieren:

Die „Frankfurter Ring-Fibel“

„Zieht einen Ring durch die Nase der Macht“ (Gutenbergs Witwe)

Gebrauchsanweisung für die „Frankfurter Ring-Fibel“

Man bemächtige sich ihrer Form, indem man den Ring aus echtem Messing über den Daumen oder einen anderen Finger der linken Hand streift und mit Daumen und Mittelfinger der rechten Hand die runden Seiten ergreift und umblättert.

Man bemächtige sich ihres Inhalts, indem man seine Augenbälle von links nach rechts abrollen läßt und die Buchstaben zu Wörtern, die Wörter zu Sätzen, die Sätze zu Gedanken ordnet. Dann setze man den Gedanken von rechts nach links in Praxis um.

Man kann die Ring-Fibel am Gürtel, am Armreifen, im Ohr läppchen, an der Ordensspange auf der Brust oder am Ordensband um den Hals tragen. Bei diplomatischen Empfängen empfiehlt sich das Tragen an der großen Ordensschärpe links neben dem Großen Elefanten-Orden. Zu Hause hängt man die Ring-Fibel an ein Nagelbrett oder, zu Ketten geordnet, an die Wasserspülung des Klosetts. Den Inhalt trägt man im Kopf zwischen Idiotenhügel und Schweinebucht.

ring publications

Gerold Dommermuth
6 Frankfurt/M. 1, Kronberger Str. 30

Neue
deutschsprachige Autoren

Christa Carvajal: Kain

Zwei Erzählungen. 84 Seiten. Broschiert DM 6.—

Jürgen Eicke: Ende Paul Licht

Gedichte. 48 Seiten. Broschiert DM 6.—

Barbara Frischmuth: Die Klosterschule

Prosa. 71 Seiten. Broschiert DM 6.—

J. Wolfgang Körner: Normalfälle

Geschichten. 84 Seiten. Broschiert DM 6.—

Heidi Pataki: Schlagzeilen

Gedichte. 52 Seiten. Broschiert DM 6.—

Dominik Steiger: Wunderpost für Co-Piloten

Erzählungen. 96 Seiten. Broschiert DM 6.—

Jochen Ziem: Zahltag

Erzählungen. 91 Seiten. Broschiert DM 6.—

Suhrkamp Verlag

6000 Frankfurt/M. • Postfach 2446/SLPO 2

Kritischer Ring-Fibel-Grundkursus in zwölf Lehrgängen, 1. Semester

1. Religion:

Underground, eine Hippie-Fibel, zusammengestellt von Heidi und Marianne, eingeleitet von P. G. Hübsch. Mit Illustrationen von Bernd Brummbar u. a. DM 3,—.

2. Deutsch:

Wie erkennt man Staatsfeinde? Von Werner Berthel und Monika Steffen. Mit Collagen von Wilhelm Lehbruck. DM 3,—.

3. Leibesübungen:

Medizinisches Sex-Stichwörterbuch I, von Algolagnie bis Kopulation, zusammengestellt von Nikolaus Mak. DM 3,—.

4. Geschichte:

Worte des Che Guevara, gesammelt und ausgewählt von Alain Benoit, übersetzt von Hélène Orega, Vorwort von A. P. Lentin. DM 3,—.

5. Zeichnen und Werken:

Enkes Filmproduktion aus dem Film 'Zur Sache Schätzchen', mit einem Vorwort von W. D. und einer Gebrauchsanweisung von Werner Enke. DM 3,—.

6. Musik:

Die Beatles in Lebensgröße, zugerichtet von Wolf Dresch und Aeneas Procrustes, mit Illustrationen von Christian Lafrenz. DM 3,—.

7. Rechtschreibung:

Button College I, gehalten von Bazon Brock. Mit vielen farbigen Buttons. DM 3,—.

8. Kurzschrift:

Oscar Wilde, Beißheiten, zusammengestellt und übersetzt von Werner Berthel, mit vielen Illustrationen von Bernd Brummbär. DM 3,—.

9. Fahrschule (mit Führerschein):

Der kleine Machiavelli oder Wie man oben bleibt, ein modernes Lexikon von Bavaricus, mit vielen Illustrationen aus zeitgenössischen Comics. DM 4,—.

10. Warenkunde:

Brust raus! oder die befreite Brust. Zur Emanzipation eines Körperteils. Freigelegt von Bazon Brock und Juergen Seuss. Mit vielen Abbildungen und einer bebilderten Gebrauchsanweisung. DM 4,—.

11. Erste Hilfe:

Für Notstandsfälle — Grundrecht — zusammengestellt von E. Merlin. DM 4,—.

12. Gemeinschaftskunde:

Autofibel 1968, von Peter Klinkenberg. Wie sie fahren — was sie kosten — was der Kilometer kostet. Mit vielen Fotos. DM 4,—.

Georg W. Alsheimer Vietnamesische Lehrjahre

*Bericht eines deutschen Arztes aus Vietnam
1961—1967*

488 Seiten - Kartonierte - DM 18.—

1961 kommt der deutsche Arzt Georg W. Alsheimer nach Vietnam, um als Dozent für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Hué zu lehren. Er kommt ohne besondere Kenntnisse über das Land, ohne ausgeprägte politische Ansichten. Sechs Jahre später gilt er als vorzüglicher Vietnam-Experte und trägt durch seine Aussagen vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Roskilde dazu bei, daß die amerikanische Vietnam-Politik und die Hilfsdienste der Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit angeprangert werden. Was dazwischen liegt, sind — im Goetheschen Sinn des Wortes — Lehrjahre: angefüllt mit Erfahrungen und Erlebnissen, die einen Lernprozeß auslösten, ihn nicht nur Vietnam anders sehen lehrten, sondern ihn selbst zu einem anderen machten. Im Mittelpunkt dieser sechs Jahre stehen die Buddhisten-Unruhen in Hué, die das Ende der Diem-Diktatur einleiteten. Alsheimer, der Zeuge der Terroraktionen war, Dokumente darüber veröffentlichte und deshalb das Land verlassen mußte, hat das Seine zum Sturze Diems beigetragen. Als er nach Saigon zurückkehrte, waren seine vietnamesischen Freunde, mit denen er einst politische Zukunftspläne geschmiedet hatte, Minister geworden, aber von den alten Plänen war wenig übriggeblieben, man machte „Politik“ und führte Krieg. Für Alsheimer jedoch gingen die Lehrjahre weiter, mit neuen Erlebnissen und neuen Erkenntnissen. Er berichtet von all dem mit der Spontaneität und Genauigkeit des unmittelbar Betroffenen, und er zieht den Leser mit hinein, läßt ihn mit sich erleben und lernen, macht ihn bekannt mit Schlüsselfiguren der jüngsten Geschichte Vietnams, deren genaue und intime Porträts er zeichnet, aber auch mit ganz namenlosen Angehörigen dieses Volkes, Barmädchen, Patienten, „Viet-Congs“, die nicht weniger Schlüsselfiguren seines Berichtes sind — eines Berichtes, der nicht nur politische Brisanz besitzt, sondern auch politische Erfahrungen vermittelt; der nicht allein von Abenteuern erzählt, sondern selbst Abenteuer auslösen wird: im Bewußtsein seiner Leser.

Suhrkamp Verlag • 6000 Frankfurt / Main • Postfach 2446 / SDPO 1

Sie sind Demokrat. Sie wollen, daß demokratisch regiert wird.
Sie bejahen das Grundgesetz und sehen voller Sorge, wohin
unser Land treibt. Sie möchten die Hintergründe erfahren.
Den Dingen auf den Grund gehen. Sich ein eigenes Urteil
bilden. Lesen Sie

**die
tat**

**Die Wochenzeitung
der engagierten Demokraten.
Unabhängig
Konsequent
Gegen Neonazismus u. Militarismus
Für Freiheit und Grundgesetz**

Es schreiben und kommentieren:

Alma Kettig, langjährige Bundestagsabgeordnete

Dr. Arno Klönne, Dozent an der Universität in Münster

Dr. Herbert Mochalski, Mitherausgeber der evangelischen
Wochenschrift „Stimme der Gemeinde“

Max Oppenheimer, Mitglied des Präsidiums der Vereinigun-
gen der Verfolgten des Naziregimes

Gösta von Uexküll, Publizist

In jeder Woche

Die satirische Kolumne von Schmiere-Chef Rudolf Rolfs

Die politische Karikatur von Arno Ploog



Verlangen Sie Probeexemplare

RÖDERBERG-VERLAG GmbH.
6 Frankfurt am Main · Postfach 2409

res novae Dritte Welt

7 und 9 DM

Dritte Welt — diese Massen können als das neue Proletariat angesprochen werden, und als solches sind sie heute eine wirkliche Gefahr für das Welt-system des Kapitalismus.
Herbert Marcuse

**Ernesto Che Guevara
Venceremos!
Wir werden siegen!**

Aus dem Spanischen übertragen,
herausgegeben und eingeleitet von
Lothar Menne
ca. 168 Seiten, kartoniert 7,— DM

**Jean Chesneaux
Vietnam**

Geschichte und Ideologie des
Widerstands
Aus dem Französischen von Gisela
Mandel
ca. 180 Seiten, kartoniert 7,— DM

**Ronald Segal
Die Krise Indiens**

Aus dem Englischen von Herbert Preißler
ca. 368 Seiten, kartoniert 9,— DM

**Giovanni Blumer
Die chinesische
Kulturrevolution 1965/67**

ca. 264 Seiten, kartoniert 9,— DM

**C. P. Fitzgerald
Revolution in China**

Aus dem Englischen von Joseph Kalmer
288 Seiten, kartoniert 9,— DM

**Leo Hubermann
Paul M. Sweezy
Kuba
Anatomie einer Revolution**

Aus dem Amerikanischen von Herbert
Preißler
ca. 232 Seiten, kartoniert 9,— DM

Europäische Verlagsanstalt

dtv-report – Berichte, Analysen, Aspekte

Paris, 10. Mai 1968. Zur CRS (Compagnies Républicaines de Sécurité) gehören 13 156 Polizisten. Diese Spezialtruppe soll die Unruhen unter den Studenten und Schülern ersticken. Ihre Methoden erwecken Assoziationen: Die Studenten skandieren den Namen provozierend »CRS-SS, CRS-SS, CRS-SS«.

Mit einer Reportage zweier Augenzeugen über die französische Mairevolution, ihre Hintergründe und Auswirkungen – gestützt auf authentisches Material, illustriert durch Plakate, Revolutionslyrik und Flugblätter – beginnt der Deutsche Taschenbuch Verlag seine Reihe dtv-report zu aktuellen Problemen:

Claassen/Peters:
Rebellion in Frankreich
Die Manifestation der europäischen
Kulturrevolution 1968
dtv-report / DM 2,80

Deutscher
Taschenbuch
Verlag



kürbiskern

Songbuch

mit
134 Liedern und Texten

von

Therese Angeloff
Wolf Brannasky
Franz Josef Degenhardt
Erich Fried
Fasia Jansen
Erwin Jedamus
H. B. Klinger
Christoph Meckel
Reiner Rowald
Gerd Semmer
Hannes Stütz
Dieter Süverkrüp
u. v. a.

256 S. Paperback
DM 12.80

Soeben erschienen
Zu beziehen
in allen Buchhandlungen

Neu bei

Melzer



Peter O. Chotjewitz / Gunter Rambow
Roman • Ein Anpassungsmuster
246 Seiten, großformatiges Paperback, DM 18,—

*

Rolf Dieter Brinkmann
Ralf Rainer Rygulla
ACID

Underground und
neue amerikanische Szene
ca. 340 Seiten, Paperback, DM 20,—

*

La Chienlit
Dokumente zur französischen
Mai-Revolution
Herausgegeben im Auftrag eines
Komitees der Bewegung des 22. März
von Jean-Jacques Lebel,
Jean-Louis Brau, Philippe Merlhès
ca. 340 Seiten, zahlreiche Fotos und Dokumente,
Paperback, DM 12,—

*

Ronald Steel
Pax Americana
Weltreich des Kalten Krieges
384 Seiten, Leinen, DM 22,—

In jeder besseren Buchhandlung

INHALT

<i>Johannes Schenk: Kann das tun</i>	531
--------------------------------------	-----

<i>Eugen Leviné / Spendenaufruf zur Herrichtung seines Grabes</i>	533
---	-----

<i>Volker Braun: Gedichte</i>	537
<i>Günter Bruno Fuchs: Kalendergedichte in Prosa</i>	546
<i>F. C. Delius: Gedichte</i>	550
<i>Christa Wolf: Nachdenken über Christa T.</i>	555

KRITIK

<i>Werner Bräunig: Prosa schreiben</i>	572
<i>Peter Hamm: Opposition — am Beispiel H. M. Enzensberger</i>	583
<i>Yaak Karsunke: Vom Singen in finsternen Zeiten</i>	591
<i>Günter Frank: Zur Rezeption Bertolt Brechts</i>	597
<i>Wolfgang Heise: Fragen zur Marxfeier</i>	607
<i>Artur Schnickmann: 40 blaue Bände</i>	616
<i>Helmut Salzinger: Walter Benjamin — Theologe der Revolution</i>	629

KLASSENKAMPF

<i>Prof. Hofmann, F. Hitzer, C. Geissler, Y. Karsunke, M. Vosz:</i> <i>Stellungnahmen zu einem Wahlbündnis 1969</i>	648
<i>Wolf Brannasky: Der neue Anfang</i>	674
<i>Protokoll I: Universitätskrawalle</i>	676
<i>Hans Werner Saß: Rede vor Gericht</i>	680
<i>Protokoll II: Politische Prozesse</i>	685

AXTE & EICHEN

<i>Notstands-Ermächtigung</i>	698
-------------------------------	-----

<i>Anmerkungen</i>	700
--------------------	-----